Gerhard Stoltenberg

Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933

Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik

Herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

1962

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Philosophischen Fakultät der Universität zu Kiel
gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Gesamtherstellung:
Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 24

Vorwort

Für die modernen Demokratien haben die politische Meinungsbildung der Bevölkerung und ihre Ausprägung in mannigfachen Äußerungen schicksalhafte Bedeutung. Es geht dabei nicht nur um die aktiven Faktoren der „öffentlichen Meinung", deren Diskussionen die Entscheidungen des Tages vorbereiten und mitbestimmen. Unter dem Einfluß von Presse, Rundfunk, Partei- und Verbandszentralen, und doch in eigenständigen, elementaren und gleichzeitig sehr differenzierten Vorgängen bilden sich die Ansichten und Stimmungen breiter Volksschichten, um — oft wenig artikuliert — in Wahlen oder Demonstrationen ihren Ausdruck zu finden. Die genannten Elemente der repräsentativen „öffentlichen Meinung" beeinflussen zu jeder Zeit die Orientierung der Staatsbürger wesentlich. Aber aus dem unaufhörlichen Für und Wider der politischen und gesellschaftlichen Diskussionen erwachsen immer wieder Bewegungen von neuer, eigengeprägter Art. Sie können zu einer Abwendung vom gültigen Staatsdenken, zur scharfen Opposition gegen die bestehende Ordnung führen und damit zu einer schweren Gefahr für diese werden, wenn die staatstragenden Kräfte durch ideologische Gegensätze oder wirtschaftliche Krisen geschwächt sind.

Die Geschichte und das unglückliche Ende des Weimarer Staates waren maßgeblich durch das fehlende Vermögen zur politischen und gesellschaftlichen Integration bedingt. Nicht nur die traditionell antidemokratischen Kräfte der Rechten bekämpften neben der äußersten Linken die Republik. Große Wählerschichten, die vor 1914 den späteren „Weimarer Parteien" der Mitte und gemäßigten Linken ihre Stimme gegeben hatten, wandten sich in den zwanziger Jahren den schroff oppositionellen Gruppen zu.

In kaum einer deutschen Landschaft ist diese Entwicklung so deutlich aufweisbar wie in Schleswig-Holstein. Hier — wie auch in anderen Teilen Nord- und Ostdeutschlands — war es die ländliche Bevölkerung, die sich in besonders ausgeprägter Weise grundlegend politisch neu orientierte. In den einzelnen Phasen dieser Entwicklung lassen sich wichtige Einblicke in die Verflechtung ideologischer und wirtschaftlicher Motive bei der politischen Meinungsbildung, die Stellung und den Einfluß der Berufsverbände, die Schwächen der Parteiorganisationen, die Technik der nationalsozialistischen Propaganda und schließlich die Probleme des Verhältnisses von Hauptstadt und Provinz gewinnen. Die Frage nach dem Selbstverständnis des bäuerlichen Landvolks, als einer

Minderheit in der modernen Industriegesellschaft, ist von unverminderter politischer und soziologischer Aktualität.

Während der Arbeit an dieser Darstellung wurden mir das unveröffentlichte Manuskript von Rudolf Heberle, Die politische Willensbildung auf dem Lande in Schleswig-Holstein 1871—1932, und die in den USA erschienene Kurzfassung dieser Darstellung, From Democracy to Nazism, Baton Rouge 1945, zugänglich gemacht. Dieser wertvollen Untersuchung, wie auch zahlreichen persönlichen Hinweisen ihres Autors, verdanke ich viele bedeutsame Anregungen. Heberle hat seine soziologische Analyse im Jahre der Niederschrift, 1933, selbst klar von der Aufgabe eines Historikers abgegrenzt[1]). Insofern bedurfte sie der Ergänzung durch eine geschichtliche Darstellung, die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches erstmals die Archive für den betreffenden Zeitraum auswerten konnte. Unmittelbar nach Abschluß dieser Arbeit erschien im Neumünsteraner Verlag Wachholtz die Darstellung von T. Thyssen, Bauer und Standesvertretung. Auch diese Arbeit hat eine Reihe von Berührungspunkten mit der vorliegenden Untersuchung. Doch liegt ihr Schwergewicht in der historischen Schilderung der berufsständischen Vertretungen des schleswig-holsteinischen Bauerntums, insbesondere der Landwirtschaftskammer. Sie grenzt sich deshalb deutlich gegenüber der Aufgabe einer primär politischen Geschichtsschreibung ab.

Besonderen Dank schulde ich Herrn Prof. K. D. Erdmann, der diese Untersuchung durch seinen Rat in zahlreichen Gesprächen förderte. Herr Prof. Scharff gab mir freundlicherweise wertvolle Hinweise auf die besondere Entwicklung Schleswig-Holsteins im 19. Jahrhundert. Das Landesarchiv in Schleswig, das Institut für Zeitgeschichte in München, die Bibliotheken des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, des Deutschen Bundestages, des Historischen Seminars und des Seminars für Wissenschaft und Geschichte der Politik der Universität in Kiel vermittelten mir wichtiges Quellenmaterial. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ermöglichte mir in großzügiger Weise für einen Zeitraum von 2½ Jahren durch ein Forschungsstipendium, die Vorarbeiten für diese Darstellung abzuschließen. Schließlich habe ich den zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Provinz Schleswig-Holstein zu danken, die mir in eingehenden Unterredungen aus ihren persönlichen Erfahrungen in den Jahren vor 1933 berichteten.

[1]) „... Es sei ... mit allem Nachdruck gesagt, daß wir eine eigentliche soziologische Untersuchung der Parteien als Bewegungen und Organisationen nicht vorhaben, obschon immer wieder von politischen Bewegungen und Verbänden die Rede sein wird. Wir fühlten uns zu diesem Verzicht genötigt, weil eine solche Betrachtung des Parteiwesens in den 14 Jahren parlamentarisch-demokratischen Regimes ein Eingehen auf Vorgänge im Leben der Parteien und Interessenverbände erforderlich machen würde, von denen heute (1933/34) noch keine einwandfreie Kenntnis zu erlangen ist. Wir halten uns soweit irgend möglich an das „Zähl- und Meßbare", in dem vollen Bewußtsein, damit nicht alle Seiten des historischen Geschehens erfassen zu können ... Aber es ist nicht die Aufgabe des Soziologen, Geschichte zu schreiben."

I. Kapitel

Schleswig-Holstein im Kaiserreich

Schleswig-Holstein war nach Sachsen bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Weltkrieg 1912 derjenige deutsche Wahlbezirk, in dem es den höchsten Prozentsatz linksoppositioneller Stimmen (Sozialdemokraten und Linksliberale) gab[1]). In seiner Provinzhauptstadt Kiel zündete in den ersten Novembertagen 1918 der revolutionäre Funke, der dann schnell auf alle Teile Deutschlands übergriff und zum Sturz des Kaiserreiches führte. Die gleiche Provinz aber wurde vom Frühjahr 1929 an in wenigen Monaten zu einer Hochburg der rechtsradikalen Bewegung Hitlers. Sie wählte am 31. Juli 1932 als erste in Deutschland mit mehr als der Hälfte (51%) aller Stimmen die Liste der NSDAP.

Für jeden Kenner des Raumes zwischen Nord- und Ostsee und seiner Menschen ergeben sich aus diesem ungewöhnlichen Verlauf des politischen Weges interessante und schwierige Fragestellungen: Welche Ereignisse und Entwicklungen förderten den Radikalismus in einem Land, dessen gesellschaftliche Struktur die verschiedenen Lebensformen von der industriellen Großstadt bis zum rein ländlich-agrarischen Gebiet mit mannigfachen Übergängen ausgewogen in sich vereinte und dessen Bewohner zwar als eigengeprägt, aber dabei doch bedächtig und beharrlich galten?[2])

Wohl hatte sich vor allem in den Städten seit dem Ausgang der sechziger Jahre bis zum Ersten Weltkrieg die sozialistische Bewegung mit ihren radikalen, teilweise revolutionären Forderungen zu beachtlicher Stärke entwickelt[3]). Aber die extremen Verschiebungen in den politischen Strukturen der Provinz kamen nach der Revolution nicht mehr von diesem schon seit der Jahrhundertwende

---

[1]) Siehe Statistik des Deutschen Reiches, Band 250, Berlin 1913; die SPD hatte 40,5% (im Reich 34,9%) und die Fortschrittliche Volkspartei 29% (im Reich 13,1%) aller Stimmen erhalten.

[2]) G. F. Meyer, Der Schleswig-Holsteiner, in: Der deutsche Volkscharakter (herausgegeben von M. Wähler, 1937); F. Pauly, Von Land und Leuten in Schleswig-Holstein, in: Grenzland Schleswig (herausgegeben von H. M. Johannsen, 1926); K. Kröger, Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse auf der Geest in Schleswig-Holstein, Kiel 1931, S. 27 ff.

[3]) Quellenmaterial für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Schleswig-Holstein zwischen 1868 und 1918 findet sich in den Akten der Regierung zu Schleswig, Abteilung Polit. Polizei, Landesarchiv Nr. 309/12573, 12604, 8317, 12614; H. V. Regling, Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Kieler maschinenschriftliche Dissertation 1957.

ziemlich konstanten Block der Linken, sondern von den „konservativen" Kräften der Bürger und vor allem der Bauern. Insbesondere das Bauerntum Schleswig-Holsteins hat in der Zeit von 1912 bis 1932 so grundlegende und teilweise abrupte Wandlungen in seiner organisatorischen und politischen Orientierung durchgemacht, daß man selbst in diesen bewegten zwanzig Jahren kaum eine andere Bevölkerungsgruppe Deutschlands hierzu in Parallele setzen kann[1]).

Hieran knüpft sich die Erwartung, daß sonst verborgene, schwer faßbare Motive und treibende Kräfte für die gesamtpolitische Entwicklung der Weimarer Republik in den ungewöhnlich starken Ausprägungen dieses Raumes deutlicher aufweisbar werden. Geistesgeschichtliche Analysen alleine können den folgenschweren Wandel in der politischen Haltung des deutschen Volkes zwischen 1918 und 1933 ebensowenig erhellen wie eine von ökonomischen Vorzeichen bestimmte soziologische Anschauungsweise[2]). Es geht vielmehr darum, die verschiedenen wirkenden Kräfte ideologischer, wirtschaftlicher und psychologischer Art mit den individuellen Faktoren gleichermaßen in die Betrachtung einzubeziehen. Dann gilt es abzuwägen, wie manche Motive, die ursprünglich zu entschieden demokratischen Auffassungen geführt hatten, in nur geringfügigen Schattierungen durch einen Wandel in der staatlichen und geistigen Gesamtsituation plötzlich zum Antrieb für radikale Bestrebungen wurden[3]).

Schleswig-Holstein umfaßte nach dem Ersten Weltkrieg eine Fläche von 15060 qkm mit 1294000 Einwohnern. Vor der Volksabstimmung am 10. Februar 1920, die zur Abtrennung Nordschleswigs mit 166000 Einwohnern führte, war die Provinz etwa um ein Fünftel — fast ausschließlich landwirtschaftlich genutzten Gebietes — größer.

In den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg hatte sich der Prozentsatz der in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen infolge der zunehmenden Industrialisierung und Verstädterung ständig verringert. Während es 1867 bei der Angliederung der Herzogtümer an Preußen noch rund 70% waren, lag der Hundertsatz 1907 bei 35% und nach der Abtrennung Nordschleswigs Anfang der zwanziger Jahre unter 30%[4]).

---

[1]) Siehe S. 87 f. dieser Arbeit.

[2]) Siehe hierzu vor allem K. D. Erdmann, Die Weimarer Republik als Forschungsproblem, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1955/3, und Jean Neurohr, Der Mythos vom 3. Reich, Stuttgart, 1957, S. 13 f.

[3]) Siehe S. 60 ff. dieser Arbeit.

[4]) Siehe Das Erwerbsleben Schleswig-Holsteins, in: Statistische Korrespondenz des preußischen Statistischen Landesamtes 1928, Nr. 28. Diese ausführliche Auswertung der Berufszählung vom 16. Juli 1925 ergibt im einzelnen: 47,82% der Bevölkerung (726524 von 1519365) waren hauptberuflich erwerbstätig, davon 217515 Personen (29,94% aller Erwerbstätigen) in der Landwirtschaft (einschließlich Tierzucht, Forstwirtschaft u. ä.), 243492 (33,51%) in Industrie und Handwerk, 148417 (20,43%) in Handel und Verkehr, 44906 (6,19%) in Verwaltung, Heer, Kirche und freien Berufen.

Verwaltungsmäßig war die Provinz nach 1918 in 23 Kreise aufgegliedert[1]). Von diesen hatten 5 mit einem Drittel der Gesamtbevölkerung rein groß- oder industriestädtischen Charakter (Kiel, Altona, Flensburg, Neumünster, Wandsbek). Landkreise mit einer starken industriell-städtischen Note waren die Hamburger Randbezirke Pinneberg und Stormarn, ferner Lauenburg und Steinburg im süd- und südwestlichen Holstein. Auch die meisten anderen Kreise verfügten über gewerblich-industrielle Zentren (Rendsburg, Eckernförde, Husum) oder doch kleinstädtische Mittelpunkte des Wirtschaftslebens und der Verwaltung.

Trotz der räumlichen und vor allem zahlenmäßigen Ausweitung der Städte blieb doch das Gesamtbild der Landschaft Schleswig-Holsteins vorwiegend agrarisch geprägt. In den weiten Flächen der 1348 Landgemeinden[2]) gehörten neben den Bauern und Landarbeitern auch ländliche Handwerker, Einzelhändler, Lehrer und Akademiker (Landpastoren, Ärzte und Tierärzte) zum Lebensbereich des Landvolks, und auch die Wirtschaft der Klein- und Mittelstädte war — bis zur verarbeitenden Industrie hin — zu einem sehr großen Teil auf die Landwirtschaft bezogen[3]).

Diese vereinigte in der Provinz bei etwa 50000 Höfen[4]) die verschiedenen Formen der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe in einer verhältnismäßig ausgewogenen Mischung und mit unterschiedlichen Schwerpunkten der Wirtschaftsweise[5]). 1925 gab es 13048 Kleinbetriebe von 2 bis 5 ha mit einer Gesamtfläche von 41359 ha, 21969 mittelbäuerliche Betriebe (5 bis 20 ha) mit 238306 ha,

---

[1]) Landkreise: Bordesholm 66021,28 ha, 57564 Einwohner; Eckernförde 77995,60 ha, 38863 Einwohner; Eiderstedt 33635,70 ha, 15030 Einwohner; Flensburg Land 98222,29 ha, 43441 Einwohner; Helgoland 64,3 ha, 2585 Einwohner; Herzogtum Lauenburg 118246,28 ha, 58222 Einwohner; Husum 85279,52 ha, 43275 Einwohner; Norderdithmarschen 60140,33 ha, 42431 Einwohner; Oldenburg 83690,10 ha, 45519 Einwohner; Pinneberg 79459,57 ha, 139245 Einwohner; Plön 95102,29 ha, 50974 Einwohner; Rendsburg 125498,31 ha, 73916 Einwohner; Schleswig 105653,15 ha, 70299 Einwohner; Segeberg 115787,38 ha, 47782 Einwohner; Steinburg 93585 ha, 81414 Einwohner; Stormarn 91625,04 ha, 96878 Einwohner; Süderdithmarschen 76315,6 ha, 53440 Einwohner; Südtondern 84133,77 ha, 35622 Einwohner. — Stadtkreise: Altona 2180,52 ha, 185135 Einwohner; Flensburg 4874,63 ha, 63447 Einwohner; Kiel 5399,36 ha, 213587 Einwohner; Neumünster 1340 ha, 39844 Einwohner; Wandsbek 1102,7 ha, 39641 Einwohner. (Volkszählung vom 16. Juni 1925).

[2]) Eine genaue Aufstellung über die Gemeindegrößen findet sich im Handbuch für die Provinz Schleswig-Holstein, bearbeitet und herausgegeben vom Büro des Oberpräsidenten, Kiel 1929, S. 8.

[3]) R. Heberle (Manuskript S. 6) schließt in den Begriff „Landvolk" die Kleinstadtbevölkerung unmittelbar ein, da sie zum größten Teil vom Land abstamme, von der ländlichen Bevölkerung ökonomisch abhängig sei und mit ihr in engem geistig-seelischem Kontakt stehe. Näheres hierzu siehe S. 149 f. dieser Arbeit.

[4]) 1907 (ohne Nordschleswig): 48943 Betriebe; 1925: 51043 Betriebe (nach den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Betriebszählung am 16. Juli 1925 in: Statistische Korrespondenz des Preußischen Statistischen Landesamtes, 1927/Nr. 29).

[5]) G. Danker, Die Verschuldung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft in ihrer regionalen Bedingtheit unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Betriebe, Kiel 1931, S. 19 ff. K. Kröger, Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse auf der Geest in Schleswig-Holstein, Kiel 1931, S. 28.

15394 großbäuerliche Wirtschaften (20 bis 100 ha) mit 572192 ha und 682 Großbetriebe mit 160573 ha[1]).

Von den 217515 hauptberuflich in der Landwirtschaft tätigen Personen waren 21,9% Selbständige, 37,17% Arbeiter, 34,38% mithelfende Familienangehörige, 3,41% Angestellte und Beamte und 3,14% Hausangestellte.

In den Bodenverhältnissen Schleswig-Holsteins konnte (und kann) man drei große, stark unterschiedliche Regionen verzeichnen. Im Westen, der Nordsee zugewandt, erstreckt sich von der Elbe an aufwärts ein 7 bis 22 km breites Küstengebiet fruchtbarsten Marschbodens bis zu der dänischen Grenze, wertvolles, dem Meere abgerungenes Land, knapp 10% der Gesamtfläche Schleswig-Holsteins umfassend. Es sind dies die Elbmarschen Pinnebergs und Steinburgs, Teile von Süder- und Norderdithmarschen, Landschaft und Kreis Eiderstedt und die zu Husum und Südtondern gehörigen Küstenbereiche und Inseln Nordfrieslands.

Auf dieser Scholle lebten seit Jahrhunderten reiche, selbstbewußte und unabhängig gesinnte Bauern, die teilweise — insbesondere in Dithmarschen, Eiderstedt und Nordfriesland — bis weit in das 19. Jahrhundert hinein alte Freiheits- und Selbstverwaltungsrechte behaupteten[2]).

Die wichtigsten Erzeugnisse sind — heute, wie in den zwanziger Jahren — Weizen und Kohl. In ganz besonderem Maße wird die Weidemast von Schlachtvieh betrieben, dazu kommen im Süden Schweinezucht und Zuckerrübenanbau. In dieser Wirtschaftsweise liegen stark spekulative Momente, die den Großbauern in beträchtlichem Umfang Züge des kapitalistischen Unternehmers verleihen[3]). Hinzu kommt, vor allem bei den Dithmarschern, ein ausgeprägtes Temperament, das zu gewagten Spekulationen, großzügiger Repräsentation und kompromißloser Vertretung des eigenen Standpunktes neigt. Diese Eigenarten und das lebendige Bewußtsein der freiheitlichen Tradition machten den Marschbauern zu einem schwierigen Partner für die staatlichen Instanzen, wenn er

---

[1]) Das bedeutete gegenüber 1907 eine Zunahme der Zahl der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe und dementsprechend eine Abnahme der Durchschnittsgröße:
Entwicklung

a) *der Zahl der Betriebe*		und b) *der Gesamthektarfläche von 1907 bis 1925 in* %
2 bis 5 ha	+ 10,2	+ 8,1
5 bis 20 ha	+ 11,2	+ 7,4
20 bis 100 ha	— 7,3	— 14,5
über 100 ha	— 13,2	— 7,2

Ferner ist in diesem Zeitraum eine erhebliche Zunahme der (vorwiegend städtischen) Kleinsteigentümer von landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen zu verzeichnen (1907: 76685, 1925: 131742).

[2]) W. L. Andresen (Kating, Krs. Eiderstedt), Der sterbende Parlamentarismus, Diktatur oder Selbstregierung?, 1926, Selbstverlag, S. 31 ff.; V. Pauls, Landesherrschaft und Selbstverwaltung in Eiderstedt, Garding 1932, S. 8 f.; Heberle, Manuskript, S. 8 ff. und 56 ff.

[3]) Näheres, insbesondere über die ökonomischen Auswirkungen dieser Wirtschaftsweise zwischen 1918 und 1933, siehe Danker, a.a.O., S. 14 ff. und S. 53 ff. dieser Arbeit.

sich in seinen Rechten oder der wirtschaftlichen Basis durch von außen kommende Entwicklungen bedroht fühlte.

Die soziale Differenz gegenüber den ländlichen Arbeitern und den unselbständigen Erwerbstätigen der Flecken und Landstädte war in den Besitzverhältnissen und der gesellschaftlichen Wertung traditionell stark betont.

In der Mitte durchzieht ein breiter Geestrücken das Land von der Nord- bis zur Südgrenze mit von Natur aus wenig fruchtbaren Sand-, Heide- und Moorböden. Erst die Verwendung von künstlichem Dünger führte etwa seit 1870 in diesem Gebiet — das nach 1918 knapp die Hälfte der Gesamtfläche des Landes ausmachte — zu einer gewissen Steigerung der Produktivität und einer Erweiterung der Anbaufläche. Hackfrüchte und Buchweizen waren in der überkommenen Wirtschaftsweise die wichtigsten Erzeugnisse; mit der zunehmenden Intensivierung wurden auch die Rindviehzucht und Milchwirtschaft verbreiteter und mehr Getreide angebaut.

Der Geestbauer ist seit Generationen zumeist Eigentümer mittlerer und kleinerer Betriebe. Er übertrifft den wohlhabenderen und manchmal saturierten Hofbesitzer der Marsch durchweg an besinnlicher Geistigkeit und sozialem Solidaritätsbewußtsein[1]). Schroffe Klassenunterschiede fehlen; die Gruppen der Kleinbauern, Kätner und Landarbeiter mit geringem Deputatland gehen fließend ineinander über. Schon der zumeist geschlossene Charakter der Dörfer intensiviert die alltäglichen menschlichen Beziehungen sehr.

Das östliche Hügelland Holsteins und Schleswigs, mit vorwiegend fruchtbaren Lehmböden, machte zur Zeit der Weimarer Republik[2]) etwa 40% der Gesamtfläche Schleswig-Holsteins aus. In den holsteinischen Kreisen Plön und Oldenburg und stellenweise auch in Eckernförde nimmt bis heute der Großbetrieb und mit ihm der Getreidebau einen beträchtlichen Raum ein. Zur Zeit der Revolution 1918 gab es hier neben gesunden, unabhängigen Bauernsiedlungen immer noch zahlreiche bäuerliche Zeit- und Erbpachtdörfer, die sich in einer gewissen Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer befanden[3]).

Demgegenüber ist die Landschaft Angeln zwischen Schlei und Flensburger

---

[1]) Siehe R. Heberle, Manuskript, S. 126 ff., K. Kröger, a.a.O., S. 27 f., und Wübbena, Über die Arbeitsverhältnisse in der Provinz Schleswig-Holstein, Kiel 1900, S. 5 f. Aufschlußreich ist bei Danker, a.a.O., S. 20 ff., die Schilderung, wie sich die unterschiedliche Besitz- und Gesellschaftsauffassung zwischen Marsch- und Geestbauern auf die Vererbungsweisen der Betriebe auswirken.

[2]) Besonders im Osten der Provinz hat sich durch die 1937 erfolgte Eingliederung Eutins nach Schleswig-Holstein eine spürbare Veränderung gegenüber den zwanziger Jahren ergeben. Unsere Untersuchung bezieht sich auf die Landschaft Schleswig-Holstein, einschließlich dieses Verwaltungsbezirks, wenn bei Einzeldaten nicht ausdrücklich etwas anderes erwähnt ist.

[3]) Siehe: Die bäuerlichen Verhältnisse der Provinz Schleswig-Holstein, von dem Präsidenten des schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Centralvereins W. H. Bokelmann, in: Bäuerliche Zustände in Deutschland, Berichte veröffentlicht vom Verein für Sozialpolitik, Leipzig 1883, 2 Bände, S. 53 bis 77, ferner: Max Sering, Erbrecht und Agrarverfassung in Schleswig-Holstein auf geschichtlicher Grundlage, Berlin 1908.

Förde seit vielen Generationen durch ein fest verwurzeltes wohlhabendes Bauerntum geprägt, das seine Existenzgrundlage hauptsächlich in der Milch- und Veredelungswirtschaft findet, daneben aber auch den Getreidebau pflegt und sich so als relativ krisenfest erwiesen hat. Bei den Angeliter Landleuten führten ein zumeist guter Bildungsstand und die Nachwirkungen pietistischer Traditionen zu einer betonten geistigen und ethischen Auseinandersetzung mit politischen Fragen. Dies wurde — wie wir sehen werden — nach 1918 vor allem in den regionalen Erfolgen der „Landespartei", des Jungdeutschen Ordens und der Jungbauernbewegung spürbar[1]).

Schleswig-Holstein umfaßte in seiner Landschaft also die verschiedenen Haupttypen, die auch in anderen Teilen des Reichs und Nordeuropas gefunden werden[2]): „Der Westen (Schleswig-Holsteins) mit seinen Dauerweiden erinnert ebenso an Holland, wie das Kornland des Ostens an Vorpommern, und die Geest in der Mitte entspricht mit ihren Heiden und Mooren dem deutschen Nordwesten zwischen Elbe und Ems."

Aber nicht nur die Bodengestaltung, sondern auch die Geschichte hat zu diesem ungewöhnlichen Zusammentreffen der wichtigsten Typen auf engem Raum geführt, das eine regionale Studie besonders reizvoll macht. Durch das Land geht von Kiel in südlicher Richtung bis Lauenburg die alte Siedlungsgrenze, die einstmals das slawische, später — wie Ostdeutschland — überwiegend in der Form des privilegierten Großgrundbesitzes kolonisierte Ostholstein von den anderen Gebieten trennte.

Es wird sich zeigen, daß dieser historische Hintergrund in seinen soziologischen Auswirkungen bis in die Zeit der Republik hinein in deutlichen politischen Schattierungen spürbar war.

Schleswig-Holstein war in den bewegten Jahren um 1848 politisch ein überwiegend liberales Land. Mit dem erwachenden Nationalbewußtsein parallel ging die Forderung nach größeren bürgerlichen Freiheiten im Rahmen des dänischen—schleswig-holsteinischen Gesamtstaates und im Verhältnis der Stände zueinander[3]). Der Freiheitskampf 1848 bis 1851 wurde unter der schwarz-rot-goldenen Fahne und den alten blau-weiß-roten Landesfarben gemeinsam geführt; der Liberalismus ganz Deutschlands machte sich 1848/49 die Sache der „up ewig ungedeelten" Provinzen zu eigen. In Wien, Prag, Frankfurt und Berlin wehten die blau-weiß-roten Fahnen.

---

[1]) Siehe Heberle, Manuskript, S. 87 ff. und S. 33 ff. dieser Arbeit.

[2]) Graf Hans zu Rantzau-Breitenburg, Präsident der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein, Die Lage der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft, in: Bericht über die 38. Konferenz der Vorstände der Preußischen Landwirtschaftskammern am 21. Juli 1925 in Elmshorn, Berlin 1925, S. 19 ff.

[3]) Paul v. Hedemann-Heespen, Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit, Kiel 1926, S. 602 ff. A. Scharff, Schleswig-Holstein in der europäischen und nordischen Geschichte, 1955. Weitere Literatur-Angaben O. Brandt, Geschichte Schleswig-Holsteins, 5. Auflage, Kiel 1957, S. 203.

Diese Jahre waren die große politische Zeit des Landes. Niemals bis zu unserer Gegenwart hin hat eine gemeinsame Aufgabe, ein politisches Ziel die Einwohner Schleswig-Holsteins — von wenigen Gruppen abgesehen —[1]) so geeint und eine zu beträchtlicheren Opfern bereite und von der öffentlichen Meinung getragene Bewegung ins Leben gerufen.

Es kamen nach dem Zusammenbruch der deutschen Revolution und der Erhebung die harten Jahre der wiederhergestellten dänischen Herrschaft; die Befreiung erfolgte 1864 ohne die aktive Teilnahme der Einwohner des Landes und mündete — anfangs lebhaft begrüßt — in die als Unrecht empfundene Angliederung an Preußen ein.

Die weitreichenden negativen Folgen dieser Annexion und ungeschickter Verwaltungsmaßnahmen für die volkstumsmäßige und politische Orientierung wesentlicher Bevölkerungsteile Nordschleswigs sind bereits ausführlich dargestellt worden[2]). Es lassen sich jedoch von hier aus über die Nationalitätenfrage im Grenzgebiet hinaus auch bedeutsame Veränderungen im politischen Gesamtklima der Provinz aufweisen.

Die kontinuierliche Anknüpfung an die Überlieferung von 1848 gelang nicht. Es fehlte für die ganze Zeit des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreiches an einer ausgeprägten, stabilen politischen Grundstruktur, die eine stetige Traditions- und Bewußtseinsbildung ermöglicht hätte. Das Pendel der Stimmentscheidung sprang unstet zwischen verschiedenen, häufig extremen Polen hin und her[3]). Bei den ersten Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag 1867 wurden in 7 von 10 Wahlkreisen Abgeordnete der „Schleswig-Holsteinischen Landespartei" gewählt, die sich der „Bundesstaatlich-Konstitutionellen Vereinigung" — einer Fraktionsgemeinschaft von konservativen und liberalen Gegnern der Bismarckschen Politik und Verfassungspläne[4]) — anschlossen. Die beiden nördlichen Kreise (Hadersleben-Sonderburg und Apenrade-Flensburg) nominierten mit einer großen Mehrheit dänisch gesinnte Vertreter. Für diese stimmten auch zahlreiche deutsche, über die Annexion durch Preußen empörte

---

[1]) Einschränkend verdient vor allem die neutrale oder der Erhebung feindliche Haltung dänisch gesinnter Kreise in den nördlichen Bezirken Schleswigs Erwähnung; siehe u. a. Paul v. Hedemann-Heespen, Sprache und Volkstum in Nordschleswig, 1838—48, Nordelbingen 3 (1924).

[2]) Hedemann-Heespen, a.a.O., S. 758 ff.; J. Tiedje, Die Zustände in Nordschleswig, 1909; M. Maekeprang, Nordslesvig 1864—1909, 1910; T. Fink, Geschichte des Schleswigschen Grenzlandes, Kopenhagen 1958.

[3]) Bezeichnend für die hier zugrunde liegende Stimmung ist der Konflikt Schleswig-Holsteins mit Theodor Mommsen, einem seiner größten Söhne. Der Historiker und liberale Politiker warnte seine Heimat im Jahre 1873 bei einer Berliner Rektoratsrede eindringlich, um ihrer Zukunft willen sich nicht in „träger Verdrießlichkeit, in kümmerlicher Krittelei von dem allgemeinen Jubel des nun geeinten deutschen Volkes" auszuschließen. Diese Kritik vergaßen ihm viele seiner Landsleute bis zu seinem Tode (1903) nicht.

[4]) Siehe: F. Salomon, Die deutschen Parteiprogramme, Heft 1, Leipzig/Berlin 1932, S. 167, C. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Band 3, 1927, S. 17.

Bürger und Bauern. Lediglich im Kreis Herzogtum Lauenburg wurde ein Nationalliberaler gewählt.

Nach der Reichsgründung 1871 fand die latente Opposition in neuen, teilweise gemäßigteren Formen ihren Ausdruck. 1871 bis 1874 vertraten zwei „Partikularisten" Schleswig-Eckernförde und Pinneberg-Segeberg im Reichstag; die Dänen behaupteten (durchgehend bis 1918) den Wahlkreis Hadersleben-Sonderburg. In den meisten Kreisen lag in den nächsten beiden Jahrzehnten die Entscheidung zwischen den Nationalliberalen und oppositionellen Linksliberalen, wobei die Linke meist erfolgreicher war[1]) und die schleswig-holsteinischen Abgeordneten der liberalen Mehrheitspartei bis 1881 durchweg dem weniger „gouvernementalen" Flügel der Fraktion angehörten[2]). Daneben traten jedoch immer wieder extreme Gruppen sporadisch auf.

Bemerkenswert ist zunächst das frühe, ungewöhnlich starke Aufkommen der Sozialdemokraten. Die Lassallesche Richtung hatte 1871 11182 und 1874 44953 Wähler; bei der ersten Wahl rangierten sie mit über 11% aller im Reich für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen (101927) nach den Industriebezirken Sachsens (33282) und der Rheinprovinz (14493) in Schleswig-Holstein an dritter Stelle, 1874 mit fast 14% von insgesamt 351670 Stimmen und 2 von 9 Mandaten nach Sachsen (92180 Stimmen, 6 Mandate) sogar an zweiter. Nach 1877 folgte ein beträchtlicher Rückgang: 1881 waren es mit 14109 Wählern weniger als 5% der 311961 SPD-Stimmen im Reich.

Es erscheint wahrscheinlich, daß 1874 viele Wähler der „Partikularisten" von 1871 sozialdemokratisch gewählt haben[3]). Deshalb kann die außergewöhnlich starke sozialistische Welle in den Provinzen zu Beginn der siebziger Jahre

[1]) Mandatsverteilung im deutschen Reichstag für Schleswig-Holstein von 1871 bis 1903:

Jahr	Fortschr.	NL	SP	Konserv.	DRP	Antis.	Dän.	Partik.	Sonst.
1871 . .	3	3	0	0	0	0	1	2	1
1874 . .	2	5	2	0	0	0	1	0	0
1877 . .	3	4	0	1	0	0	1	0	1
1878 . .	3	3	0	1	1	0	1	0	1
1881 . .	5	0	0	1	0	0	2	0	2 Lib. Vg.
1884 . .	4	2	1	1	1	0	1	—	—
1887 . .	4	3	1	1	0	0	1	—	—
1890 . .	5	1	2	1	0	0	1	—	—
1893 . .	2	2	3	1	1	0	1	—	—
1898 . .	2	2	2	0	2	1	1	—	—
1903 . .	2	1	5	0	1	0	1	—	—

[2]) Dies wird vor allem bei einem Vergleich der Wahlergebnisse von 1878 und 1881 (nach der Spaltung der Nationalliberalen Partei) deutlich.

[3]) H. V. Regling, Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Kieler Dissertation 1957.

großenteils als ein radikaler Ausdruck der grundsätzlichen Opposition gegen das Schicksal des Landes nach 1867 und den Kurs der Berliner Verwaltung verstanden werden. Die Herkunft der beiden 1874 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten aus den Wahlkreisen Altona-Stormarn und Oldenburg-Plön verweist jedoch schon auf die politischen Folgen der beginnenden Industrialisierung und der starken sozialen Unterschiede in den Gutsbezirken Ostholsteins[1]). Diese Spannungen wurden durch die soziale Umformung im Gefolge des Vordringens der städtischen Wirtschafts- und Lebensweise und des Zerfalls mancher alter patriarchalischer Formen zusehends stärker und bewußter[2]). Sie brachten ab 1884 parallel zu der Entwicklung im Reich eine erneute ständige Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen von 24701 (1 Mandat) auf 109810 (5 Mandate) im Jahre 1903.

Während die Sozialdemokratie — trotz der unverändert revolutionären Programmatik — in den letzten 25 Jahren des Kaiserreichs langsam Ansätze zu einem gemäßigten Reformismus zu entwickeln begann, zeigten sich im Bürger- und Bauerntum verschiedener deutscher Landesteile von den achtziger Jahren an extreme Züge eines intoleranten politischen Antisemitismus[3]). In Schleswig-Holstein trat diese Bewegung erstmals bei den Reichstagswahlen 1893 mit 3012 Stimmen (vornehmlich in Altona-Stormarn und Pinneberg-Segeberg) für die sogenannte „Reformpartei“[4]) in Erscheinung. 1898 steigerte sie diese Zahl

[1]) Zur sozialen Notlage der ländlichen Arbeiter in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts siehe: W. H. Bokelmann, a.a.O., S. 76 f. Er berichtete: „Die Kindersterblichkeit erreicht zu Zeiten hohe Prozentsätze durch das Auftreten der Diphteritis und des Scharlachfiebers. Die Ernährung der Kinder in den bäuerlichen Kreisen ist eine durchaus genügende, während die Kinder der Arbeiter wohl vielfach schlecht genährt und überdies vernachlässigt werden, wenn außer dem Vater auch die Mutter genötigt ist, auf Arbeit zu gehen. Die Arbeitskraft und körperliche Frische ist bei vielen der Arbeiter durch schlechte Ernährung und übermäßige Anstrengung bedroht . . .“

[2]) Siehe: A. Grunenberg, Die Landarbeiter in der Provinz Schleswig-Holstein und Hannover, in: Max Weber, Die Landarbeiter in den evangelischen Gebieten Norddeutschlands. Eine Einzeldarstellung nach den Erhebungen des evangelisch-sozialen Kongresses, 2. Heft, Tübingen 1899.

[3]) Zur Entwicklung des politischen Antisemitismus, zu seinen geistigen Grundlagen siehe: H. Ahrendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt 1955. M. Broszat, Die antisemitische Bewegung im wilhelminischen Deutschland, Köln, Dissertation 1953 (Maschinenschrift). E. Vermeil, The Origin, Nature and Development of German Nationalist Ideology in the 19. and 20. Century. L. Poliakov, The Weapon of Anti-Semitism, in: The Third Reich, London 1955, besonders S. 60 ff. und S. 832 ff.

[4]) Das Programm der „Deutsch-Sozialen Reformpartei“ vom 21. Oktober 1895 (Specht-Schwabe, Die Reichstagswahlen 1867—1903, Berlin 1904) nahm vom „deutschnationalen, monarchischen und christlichen Boden“ Stellung gegen die „fortschreitende Zersetzung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung“, als dessen Träger das „stammfremde Judenvolk“ benannt wurde und unter ein besonderes Fremdenrecht gestellt werden sowie „aus allen amtlichen und einflußreichen“ Positionen entfernt werden sollte. Es sprach sich ferner u. a. für den Schutz der schaffenden Arbeit und das Zusammenstehen der Stände gegen das „Übergreifen des beweglichen Kapitals“ aus, für „ausreichende Schutzzölle“ zum Schutz der deutschen Arbeit und der Landwirtschaft gegen ausländische Konkurrenz, soziale Maßnahmen zugunsten der Angestellten und Arbeiter, Förderungsmaßnahmen für das mittelständische Gewerbe, „Beseitigung des herrschenden Bürokratismus“ und „eine Verdrängung der kapitalistischen Auswüchse des gegenwärtigen Rechts durch deutsch-nationale Rechtsanschauungen“.

auf 13221 und eroberte auf Anhieb (in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten) den bis dahin seit 1871 (mit Ausnahme von 1878 und 1881) nationalliberalen Wahlkreis Apenrade-Flensburg durch den im Lande kaum bekannten Hamburger Porzellanmaler Raab. Dieses Ergebnis muß — ebenso wie der relativ hohe Anteil sozialdemokratischer, freisinniger und dänischer Stimmen — als Protestwahl insbesondere der Bauern Angelns und Nordschleswigs gegen die Außenhandelspolitik der Regierung Caprivi verstanden werden[1]). Eine größere Zahl von Wählern (4077) vermochte die Reformpartei ferner in Rendsburg-Kiel mit ihrem Kandidaten Graf von Reventlow-Wulfshagen auf sich zu vereinigen. Graf Reventlow zählte zu den angesehensten Landwirten der Provinz und war von 1902 bis zu seinem frühen Tod 1906 Provinzialvorsitzender des Bundes der Landwirte. Besonders im Kreis Rendsburg bildeten sich früh mehrere Zentren völkisch-antisemitischen Denkens.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang schließlich, daß im Wahlkreis Steinburg-Dithmarschen 1898 der Kandidat des 1896 von Friedrich Naumann begründeten „National-Sozialen Vereins", Pohlmann, fast 15% aller Stimmen (3727 von 22226) erhielt. Insbesondere Landlehrer und Landpastoren sympathisierten an der Westküste mit den nationalsozialen Ideen Naumanns und wandelten sie teilweise — wie z. B. Gustav Frenssen — in völkisch-romantische Vorstellungen ab. Der Gedanke eines sozialen Ausgleichs auf nationaler Grundlage sollte vor allem in den Geestgebieten dieses Wahlkreises drei Jahrzehnte später — dann verbunden mit antiliberalen und antiparlamentarischen Affekten — zu einer der stärksten Antriebskräfte für den Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein werden[2]).

Noch günstiger schnitt der Bodenreformer Damaschke im Kreis Oldenburg-Plön bei der gleichen Wahl mit 3981 von 16443 Stimmen ab. Hier dürften seine Ideen einer sozialen Befreiung der Zeitpachtbauern und Kätner eine starke Werbekraft ausgeübt haben.

Die Konservativen hatten diesen Wahlkreis mit dem Großgrundbesitzer Graf von Holstein 1877 erstmals gewonnen und behaupteten lediglich ihn als einzigen bis 1893. Auch nach ihrer 1876 erfolgten Erweiterung von der preußisch-altkonservativen zur Deutschkonservativen Partei war ihre Werbekraft in den Herzogtümern nicht groß. Die meisten konservativen Kräfte schlossen sich, soweit sie sich allmählich mit den neuen Verhältnissen aussöhnten, den Frei-

---

[1]) Der angesehene Führer der Angeliter Bauern, Landesökonomierat Peter Jensen-Ausacker, hatte auf der großen Tivoli-Gründungsversammlung des Bundes der Landwirte am 18. Februar 1893 in Berlin in ungewöhnlich scharfer Weise gegen die Wirtschafts- und Außenhandelspolitik der Regierung Stellung genommen. — A. Dix, Die deutschen Reichstagswahlen 1871—1930 und die Wandlungen der Volksgliederung, Tübingen 1930, S. 14, kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß die Stimmen für die Antisemitenparteien vorwiegend aus dem Protest des bäuerlichen und städtischen Mittelstandes gegen die ideologisch einseitig interpretierte wirtschaftliche Entwicklung kamen.

[2]) Siehe S. 145 ff. dieser Arbeit.

konservativen an. Diese eroberten mit dem Standesherrn von Bötticher erstmals 1878 für kurze Zeit den Wahlkreis Apenrade-Flensburg und 1884 mit Graf Herbert von Bismarck Lauenburg, 1893 wieder Lauenburg, 1898 Lauenburg und Oldenburg und 1903 nur noch Oldenburg. An der Westküste traten fast niemals konservative oder freikonservative Parteikandidaten auf, in den übrigen Bezirken nur gelegentlich. Allerdings hatten die Rechtsparteien über die Organisation des Bundes der Landwirte[1]) zu den Großbauern Angelns, Husums und der Wilstermarsch gewisse Verbindungen.

Auch über 1890 hinaus behaupteten die liberalen Parteien in ständiger Auseinandersetzung miteinander zumeist die Kreise der Westküste und Schleswig-Eckernförde. Kiel-Rendsburg wurde nach mehreren heftigen Wahlkämpfen 1903 endgültig dem bedeutenden freisinnigen Rechtsgelehrten und Abgeordneten Prof. Hänel — der den Bezirk seit 1867 vertreten hatte — von dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Legien entrissen, dessen politische Freunde ferner in Altona-Stormarn (seit 1884), Lauenburg, Pinneberg-Segeberg (seit 1894) und Apenrade-Flensburg erfolgreich waren.

Im schleswig-holsteinischen Liberalismus des Kaiserreichs trafen sich verschiedene Motive. Er bezog sich einmal auf die geistige Tradition der vierziger Jahre im Bürgertum und der Akademikerschaft sowie in Teilen des gebildeten Bauerntums, ohne verfassungspolitisch noch über die wirklich formende und bewegende Kraft jener Zeit zu verfügen. Bei den zumeist dominierenden Linksliberalen kam der weiterwirkende Affekt gegen das konservativ-preußische Berlin hinzu, der allerdings im Verlauf der Jahrzehnte durch die Gewöhnung und eine gewisse Zunahme des Wohlstands — mitbedingt durch den größeren deutschen Markt und den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung — mehr den Charakter einer nur noch gelegentlich sichtbar werdenden Unterströmung annahm. Unmittelbarer war die bäuerlich-liberale Opposition gegen letzte Formen des Feudalismus der konservativen Großgrundbesitzer (etwa in den Zeitpachtdörfern), an deren Beseitigung schleswig-holsteinische Liberale, wie Prof. Hänel, tatkräftig mitwirkten. Freisinnig wählten auch zahlreiche kleinere Geschäftsleute und Handwerker in einer Frontenstellung gegen die von ihnen als bedrohlich empfundene Zunahme der städtischen Großbetriebe und Warenhäuser, als deren Exponenten industrielle Vertreter der Nationalliberalen und Freikonservativen angesehen wurden[2]), ferner ein Großteil der Lehrerschaft aus Opposition gegen die von den politisch und kirchlich Konservativ-Orthodoxen bejahte geistliche Schulaufsicht[3]).

[1]) In Husum/Südtondern/Eidelstedt erhielt ein Kandidat der Liste Bund der Landwirte 1903 1104 von 13517 Stimmen.

[2]) Zu den späteren Auswirkungen dieses Motivs, das sich bereits vor 1900 auch bei den völkischen Antisemiten fand, siehe S. 33 dieser Arbeit.

[3]) Zu den kirchenpolitischen Auseinandersetzungen in der Provinz vor 1914 siehe vor allem: H. Geil, Die verfassungsrechtliche Entwicklung in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holstein in der preußischen Zeit bis zur Gegenwart, Erlanger Dissertation 1935.

Die politische Entscheidung wurde innerhalb des Bauerntums von einem tiefgehenden Unterschied in den wirtschaftspolitischen Grundauffassungen mitbestimmt, der für die Entwicklung nach 1918 bedeutsam werden sollte. Während die Großgrundbesitzer und ein Teil der größeren Bauern — in Angeln, Husum und der Wilstermarsch — sich zu der Schutzzollpolitik des Bundes der Landwirte und der konservativen Parteien bekannten, sahen weite Kreise des auf der Veredelungswirtschaft mit ausländischen Futtermitteln und (vor allen in Dithmarschen, Eiderstedt und Nordfriesland) auf dem Viehexport[1]) basierenden Bauerntums das zollfreie liberale Außenhandelsprogramm des Freisinns als richtig an. Die zur Zeit der Reichsgründnng noch bestimmenden verfassungspolitischen Grundsatzfragen traten so gegenüber diesen ökonomischen Gesichtspunkten mehr und mehr in den Hintergrund. Neben der Mehrzahl der Landarbeiter schloß sich schon vor der Jahrhundertwende ein gewisser Teil der Kleinbauern den Sozialdemokraten an, die bereits 1898 mit 22,5 % der Stimmen in Gemeinden unter 2000 Einwohnern den höchsten Prozentsatz in ganz Preußen in den ländlichen Bezirken erhielten[2]). Insbesondere ihr Erfolg im Jahre 1903 (44,3 % aller Stimmen in der Provinz, 5 Mandate) führte zu einer starken Beunruhigung in den bürgerlichen Kreisen und einer wechselseitigen Annäherung der liberalen Parteien[3]). Die Ansicht gewann an Boden, daß die eigentliche Gefahr „links" stehe und die Unterschiede im bürgerlich-bäuerlichen Lager demgegenüber sekundär seien, ein für die parteipolitische Orientierung in der Weimarer Zeit ebenfalls hochbedeutsames Moment[4]).

Die liberalen Parteien unternahmen erste zögernde Schritte zu einer gewissen Straffung ihrer bis dahin sehr lockeren und zahlenmäßig vorwiegend auf die Mitarbeit von örtlichen Honoratioren in den Wahlvereinen begrenzten Organisationen. Insbesondere die Freisinnigen waren dann bei den Wahlen von 1907[5]) und 1912 erfolgreich, wozu neben der gestärkten Anziehungskraft des 1910 organisatorisch wiedervereinten Linksliberalismus vor allem auch ein geschicktes Taktieren bei den Stichwahlen beitrug.

Die letzten Reichstagswahlen vor der Revolution verdienen eine nähere Betrachtung. Am 12. Januar 1912 wurden in Schleswig-Holstein 7 Freisinnige,

[1]) W. H. Bokelmann, a.a.O., S. 61: „Für die Landwirte der Provinz . . . war es von der größten Bedeutung, als England die Korn- und Viehzölle aufhob und freien Import gestattete. Seitdem stiegen die Preise und mit ihnen der Reichtum der Bevölkerung . . ." — 1876 wurden z. B. von den Weidegebieten der Westküste Schleswig-Holsteins 50000 fette Ochsen nach England exportiert. Die Schwenkung eines Teils der Großbauern in das Lager des Bundes der Landwirte beruhte u. a. auf dem seit 1890 verstärkten Import von überseeischem Gefrierfleisch für den deutschen Markt.

[2]) R. Heberle, From Democracy to Nazism, Baton Rouge 1945, S. 26. Heberle hat die Wahlergebnisse regional und nach Gemeindegrößen untergliedert, indem er eine größere Zahl von typischen Wahlbezirken der verschiedenen Kategorien auswertete.

[3]) Heberle, Nazism, S. 28.

[4]) Siehe S. 83 f. dieser Arbeit.

[5]) 5 Abgeordnete des Freisinns, je 2 Nationalliberale und Sozialdemokraten, ein Däne.

2 Sozialdemokraten (in Kiel-Rendsburg und Altona-Stormarn) und ein Däne (Hadersleben-Sonderburg) gewählt. Sämtliche linksliberale Abgeordnete waren allerdings erst im zweiten Wahlgang erfolgreich. Die Stimmenverteilung am ersten Wahlsonntag lautete in neun Wahlkreisen für die wichtigsten Parteien[1]: 125765 SPD, 90315 freisinnig, 44231 nationalliberal (in 8 Wahlkreisen), 21979 für Kandidaten der Konservativen, Freikonservativen und des „Bundes der Landwirte" (in 7 Wahlkreisen), 5619 „deutsch-sozial" (in 2 Wahlkreisen).

Bemerkenswert war vor allem: Die beiden liberalen Parteien hatten — bei nur geringer Stärkedifferenz untereinander — ein ganz klares Übergewicht in den Kreisen Schleswig-Eckernförde[2]) und Tondern-Husum-Eiderstedt[3]). In dem sozial spannungsreicheren[4]) Dithmarschen-Steinburg rangierten sie beim ersten Wahlgang einzeln knapp hinter der SPD (12180, freisinnig 11092, nationalliberal 8367), während hier der Kandidat des Bundes der Landwirte, der ostholsteinische Großgrundbesitzer von Levetzow-Sielbeck, mit 410 Stimmen ohne jede Resonanz blieb. Der BdL schnitt dagegen recht gut in Oldenburg-Plön mit 7857 Stimmen (5826 Freisinn, 4313 SPD, 1665 Nationalliberal) ab. Bemerkenswert ist schließlich der relativ hohe Prozentsatz der völkisch-antisemitischen „deutsch-sozialen" Stimmen in Apenrade-Flensburg[5]) (13%, 3650 für Graf von Reventlow, Charlottenburg) und in Lauenburg (15%, 1969).

Bezeichnend ist an dem Gesamtergebnis, daß sich unter den gewählten Abgeordneten kein Landwirt oder Bewohner des „flachen" Landes befand. Der Freisinn entsandte drei Hamburger und einen Altonaer Rechtsanwalt, einen Hamburger Kaufmann und je einen Kieler Arzt und Lehrer als Vertreter Schleswig-Holsteins nach Berlin, die SPD je einen Kieler Gewerkschaftsführer und Hamburger Redakteur, die Dänen — als einzigen Nichtgroßstädter — H. P. Hanssen aus Apenrade.

Fraglos besaßen einzelne bedeutende Vertreter der Linksliberalen — wie Dr. med. Struve und Lehrer Hoff aus Kiel, sowie Rechtsanwalt Dr. Waldstein aus Altona — auch in ihren ländlichen Wahlbezirken ein starkes Ansehen; trotzdem sollte sich diese Einseitigkeit der Kandidatenauswahl für die Demokraten nach 1918 sehr negativ auswirken[6]).

Demgegenüber schnitten einige angesehene eingesessene Landwirte als Kandidaten der Nationalliberalen recht gut ab (Dr. Schifferer in Tondern-Husum-Eiderstedt, Landmann Mattsen, Steinfeld in Schleswig-Eckernförde, Guts-

[1]) Nicht einbezogen wurden (aus Vergleichsgründen für die Zeit nach 1918) der nordschleswigsche überwiegend dänisch bestimmte Kreis Hadersleben-Sonderburg. Siehe: Statistik des Deutschen Reiches, Band 250, Berlin 1913.

[2]) 8133 NL, 8050 Freisinn, 6338 SP.

[3]) 7928 NL, 6373 Freisinn, 3219 Bund der Landwirte (Hofbesitzer Jessen-Soholm), 2140 SP, 1985 Dänen.

[4]) Siehe S. 11 dieser Arbeit.

[5]) Siehe S. 16 dieser Arbeit.

[6]) Siehe S. 33 dieser Arbeit.

besitzer Hastedt, Wensien in Oldenburg-Plön), während die ausnahmslos agrarischen Kandidaten der konservativen Gruppen bis auf einen Husumer Hofbesitzer aus den Reihen des adeligen Großgrundbesitzes ausgewählt waren.

Es wurde bereits ausgeführt, daß die meisten Parteien zwischen 1867 und 1914 über keine nennenswerten Organisationen in der Provinz verfügten. Die wichtigste Ausnahme und das bewegende Moment war hier die Sozialdemokratie. Schon in der Zeit des Norddeutschen Bundes entfaltete die Lassallesche Richtung von den entstehenden Industriezentren Altona und Kiel aus eine systematische Organisationsarbeit unter der Arbeiterschaft in den Klein- und Mittelstädten[1]).

Mit den schnell steigenden Wählerziffern ging ab 1884 ein imponierender Aufbau der Partei parallel[2]). 1911 zählten die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein (einschließlich Eutin, ohne Lübeck) 44000 Mitglieder, davon 12900 in Altona und 11300 in Kiel[3]). Diese Zahlen bestätigen Berichte der Landräte, nach denen die organisatorischen Schwerpunkte ganz eindeutig in den Städten lagen, trotz der relativ günstigen Wahlergebnisse in einigen ländlichen Bezirken[4]). Fraglos war in manchen Teilen der Provinz die sichtbare organisatorische Bindung an die Sozialisten in der Zeit des Kaiserreichs mit dem Risiko einer beträchtlichen gesellschaftlichen und beruflichen Zurücksetzung verbunden.

So blieb — im Gegensatz zu den städtischen Gewerkschaften — auch die sozialistische Berufsorganisation der Landarbeiter sehr schwach. 1913 hatte sie in Schleswig-Holstein und Eutin insgesamt 2021 Mitglieder[5]).

Die Liberalen verfügten bis kurz vor dem Weltkrieg in Stadt und Land nur über wenige lose organisierte und zahlenmäßig schwache Wahlvereine[6]). Der Kieler Verein war bereits 1867 gegründet worden, mußte aber 1884 neu konstituiert werden. Insbesondere die wiederholten organisatorischen Veränderungen innerhalb der liberalen Parteien des Reichs wirkten sich ungünstig auf die Arbeit dieser Vereinigungen aus.

Nach dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie von 1903 waren dann, wie schon erwähnt, auf liberaler Seite verstärkte Bemühungen für den Aufbau einer

---

[1]) Siehe Akte 309/12573; u. a. das Schreiben des Landrats von Norderdithmarschen vom 16. August 1869, wonach in Heide ein Lohgerbermeister einen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" nach Lassalleschem Prinzip gegründet habe, der gegenwärtig 20 Mitglieder zähle und eine rege Aktivität entfalte. Ein Schreiben vom 11. September 1870 berichtete ergänzend, daß die Mitgliederzahl auf 150 angestiegen und neue Stützpunkte, u. a. in Wesselburen, entstanden seien.

[2]) Literaturhinweise siehe Fußnote 3 S. 7.

[3]) Vertraulicher Bericht über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung im Jahre 1911, Polizeipräsident Berlin, Mai 1912, Akte 309/12604.

[4]) Siehe S. 18 dieser Arbeit. So verzeichnete die sozialdemokratische Partei in Norderdithmarschen allein in Heide „nennenswerten Anhang" (450 Mitglieder), in den ländlichen Gebieten wurde nur eine geringe Versammlungstätigkeit festgestellt (309/12604).

[5]) Vertrauliches Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten vom 14. Mai 1913 (309/12604).

[6]) Zu Folgendem vor allem: Generalsekretär Wenken, Die Deutsche Volkspartei, Geschichte — Programm — Organisation, Kiel 1919, S. 18 bis 23.

eigenen Organisation zu verzeichnen. Der 1898 gebildete Landesverband der Nationalliberalen Partei richtete in Kiel eine eigene Geschäftsstelle ein und steigerte — ab 1909 unter dem Vorsitz von Dr. Schifferer, Neuwittenbek — von 1912 bis 1914 die Zahl seiner angeschlossenen Vereine von 36 auf 64 mit 4115 Mitgliedern[1]).

Etwa den gleichen Mitgliederbestand hatten die Wahlvereine der Freisinnigen in der Provinz[2]). Auch hier hatte man sich erst nach den Wahlen von 1903 zur Einstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers entschlossen. In noch geringerem Umfang war eine Organisation bei den konservativen Parteien vorhanden. Sowohl Deutschkonservative wie Freikonservative zählten nur wenige Hundert Mitglieder[3]), besonders — wie sich in den Kandidatenaufstellungen widerspiegelte[4]) — unter dem adeligen Großgrundbesitz. Beiden Parteien dienten die Verbindungen des Bundes der Landwirte zur Propagierung ihrer Ansichten.

Loser, mehr persönlicher und gesellschaftlicher Art waren auch die Kontakte zwischen den völkisch-antisemitischen Gruppen[5]). Schließlich lebte die aus den sechziger und siebziger Jahren stammende Tradition der antipreußischen Schleswig-Holsteinischen Landespartei noch in einigen politischen Kreisen weiter, zu denen mit anderen Vertretern des eingesessenen Adels der hochgebildete Paul von Hedemann-Heespen gehörte[6]).

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß der Bund der Landwirte in einigen Teilen der Provinz Einfluß auf die politische Haltung der Landbevölkerung ausübte[7]). Dabei blieb er jedoch zahlenmäßig relativ schwach, obwohl führende Landwirte der Provinz 1893 in Berlin an der Gründungsversammlung beteiligt waren[8]). Von den 50000 Betriebsinhabern der Provinz waren knapp 5000[9]),

[1]) Geschäftsbericht 1919 und Organisationsverzeichnis der Deutschen Volkspartei Schleswig-Holstein (vertraulich), Bordesholm 1920, S. 13.

[2]) Der ab 1919 als Generalsekretär der DDP für Schleswig-Holstein tätige Max Hampel (heute Berlin) nennt für 1914 die Zahl 4000. Schriftliche Unterlagen waren mir nicht zugänglich.

[3]) Nach einer Auskunft von Dr. E. Rasmuss, 1919 bis 1933 Kieler Kreisvorsitzender und Landesvorstandsmitglied der DNVP.

[4]) Siehe S. 16 dieser Arbeit.

[5]) Zur Organisation der völkisch-antisemitischen Gruppen vor 1914 siehe M. Broszat a.a.O., S. 42 ff., zur organisatorischen Situation der bürgerlichen Parteien dieser Zeit im ganzen: Th. Nipperdey, Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland vor 1914, Historische Zeitschrift, Band 185.

[6]) Besonders deutlich spiegeln sich die Ansichten dieses Kreises in Hedemann-Heespens 1926 erschienenem Werk Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit wieder. Der Verfasser versucht hier mit einer Fülle an Material (besonders S. 749 ff.) zu belegen, wie negativ sich die Angliederung der Herzogtümer an Preußen ausgewirkt habe, vor allem durch die Zerstörung eigengewachsener kultureller und politischer Ordnungen und eine landfremde Verwaltung.

[7]) Siehe S. 17 dieser Arbeit.

[8]) Siehe S. 16 dieser Arbeit.

[9]) Die Zahlenangabe verdanke ich Hofbesitzer H. Stamerjohann, Eichenhof, seit 1907 Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer, ab 1920 Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins. Zur Situation des BdL in Schleswig-Holstein vor 1914 siehe auch E. Topf, Die Grüne Front, Hamburg 1933, S. 11 f.

also weniger als 10%, im BdL organisiert, zumeist größere Besitzer, deren gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Standort im wesentlichen dem der konservativen Gruppen entsprach[1]). Die anderen agrarisch-wirtschaftspolitischen Verbände verfügten bis 1914 in Schleswig-Holstein über keine nennenswerten Organisationen. Trotz des starken liberalen Stimmanteils im Bauerntum der Provinz galt dies auch für den 1909 von nationalliberalen und freisinnigen Kräften in Hannover und unter ostdeutschen Siedlern als Gegengewicht zum BdL begründeten Deutschen Bauernbund[2]). Diese Tatsache kann vielleicht mit der schwachen organisatorischen Bindung der liberalen Wähler an ihre Parteien erklärt werden.

Ungleich vielgestaltiger und stärker waren demgegenüber die Organisationsformen in den unpolitischen Verbänden der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. Der 1896 an Stelle des „Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftlichen Generalvereins" gebildeten Landwirtschaftskammer waren 1909 insgesamt 20 landwirtschaftliche Kreis- und Bezirksvereine mit 171 landwirtschaftlichen Vereinen angeschlossen, ferner an Spezialverbänden u. a. die Dachorganisationen für 46 Pferdezuchtvereine, 87 Rindviehzuchtvereine und 522 Meiereivereine[3]).

Wichtig waren ferner 680 landwirtschaftliche Genossenschaften[4]), die sich seit 1884 aus kleinen Anfängen zu einer machtvollen Organisation entwickelt hatten. Hinzu kamen zahlreiche überkommene Heimat- und Geschlechterbünde, die besonders an der Westküste von großer Bedeutung für das gesellschaftliche Leben und die politische Meinungsbildung waren.

Diese Zahlen zeigen: Während die Industriearbeiterschaft der Städte im

---

[1]) Nach M. Gubeler, Die Interessenvertretungen in der deutschen Landwirtschaft, in: Volkswirtschaftliches Handbuch, Berlin 1909, S. 359, zählte der BdL in jenem Jahr 285000 Mitglieder.

[2]) E. Topf, a.a.O., stellt auf S. 1 bis 8 die Gründung des Deutschen Bauernbundes in Zusammenhang mit dem Kampf um die Futtermittelzölle (Gerste) dar, an denen die bäuerliche Veredelungswirtschaft (im Gegensatz zu den Großbetrieben) nicht interessiert war. Über die standespolitische Entwicklung im Bauerntum von 1914 orientieren: J. Croner, Die Geschichte der agrarischen Bewegung in Deutschland, Berlin 1909; Ernst Witte, Der Sinngehalt der wirtschaftspolitischen Standesorganisationen der deutschen Bauern in seinem geschichtlichen Werden, Gießen 1929 (Dissertation), besonders S. 22 bis 29. — Zur geschichtlichen Entwicklung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung siehe ferner: L. Freiherr v. Hornstein, Die landwirtschaftlichen Berufsorganisationen Deutschlands, ihr Aufbau und ihre Stellung mit besonderer Berücksichtigung ihrer rechtlichen Grundlagen, Kallmünz b. Regensburg 1929. — Die verbandsoffiziöse Veröffentlichung von O. v. Kiesewetter, Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes, Geschichte des Bundes der Landwirte, Berlin 1918, kennzeichnet das Verhältnis von BdL und konservativer Partei für die Jahre vor dem Weltkrieg als das einer „treuen Waffenbrüderschaft".

[3]) M. Gubeler, a.a.O., S. 531 f.

[4]) Der Verband der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) wurde 1884 gegründet. Er zählte 1885 23, 1900 174 Vereine. Siehe hierzu: A. Lüthje, 70 Jahre landwirtschaftliches Genossenschaftswesen in Schleswig-Holstein, Kiel 1954, besonders S. 28 ff., und M. Mahlstedt, Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und deren Vereinigung zu Verbänden etc., Oldenburg 1891. — Zur allgemeinen Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Deutschland siehe F. Fabian, Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft vor und nach dem Kriege, Barby 1930, S. 2 ff.

Ringen um persönliche und gesellschaftliche Emanzipation mit ihren stärksten Hoffnungen und Erwartungen in ihrer politischen Bewegung und Partei verwurzelt war, lebte der bäuerliche Mensch der Provinz auf der ererbten Scholle im wesentlichen noch in überkommenen Lebens- und Organisationsformen unpolitischer Art. Freilich gab es — vor allem in sporadischen Protestwahlen gegen wirtschafts- und handelspolitische Maßnahmen der Regierung —[1]) schon Zeichen einer neuen Zeit, in der die politischen Entscheidungen für jeden einzelnen Betrieb zu einer unmittelbaren Schicksalsfrage werden sollten[2]).

[1]) Siehe S. 16 dieser Arbeit.

[2]) Zu den politisch-ideologischen Auswirkungen des Überganges vom „Agrarstaat" zum „Industriestaat" im Landvolk vor 1914 siehe C. Jantke, Der vierte Stand, Freiburg 1956, S. 153 f., und G. Ipsen, Das Landvolk, 1933.

II. Kapitel

Die Neugruppierung im politischen und berufsständischen Leben nach der Revolution 1918

In Schleswig-Holstein zündete im November 1918 der Funke der deutschen Revolution. Wohl waren es Matrosen der kaiserlichen Marine in Kiel, von denen der Anstoß zum Umsturz ausging. Aber in ihrer engen Verbindung mit der eingesessenen sozialistischen Arbeiterschaft der Marinestadt lag der Keim für den Umschlag von der Militärrevolte zum politischen Aufstand gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung, der in wenigen Tagen auf ganz Deutschland übergriff.

Ein geringfügiger Anlaß genügte in der durch Krieg, Hunger, Friedenssehnsucht und politische Radikalisierung bis zum äußersten angespannten Atmosphäre, um die Lawine ins Rollen zu bringen[1]). Am 3. November wurden 180 Heizer des Linienschiffes „Markgraf" in das Kieler Militärgefängnis an der Feldstraße eingeliefert, weil sie im Oktober einen Befehl zum Auslaufen ihres Schiffes sabotiert hatten. Schon am 1. November hatten die Matrosen Kommissionen gewählt, die für die Freilassung der zunächst an Bord Inhaftierten eintreten sollten. Als diesem Anliegen nicht entsprochen wurde, hielten sie gemeinsam mit Tausenden von Arbeitern am 3. in der Stadt eine große Versammlung ab, bei der sie stürmisch die Aufhebung der Haft forderten. Ein Demonstrationszug von etwa 10000 Menschen formierte sich und marschierte zum Militärgefängnis. Bei dem vergeblichen Versuch, eine militärische Sperrkette mit Gewalt zu durchbrechen, wurden 8 Personen getötet und 30 verletzt; der Zug löste sich auf.

Obwohl die erste Welle des Aufruhrs damit niedergeschlagen war, brachte bereits der folgende Tag den Sieg der Revolution in Kiel. Matrosen der 1. Torpedodivision wählten die ersten deutschen Soldatenräte und erhoben die Forderung nach Abdankung des Kaisers. Um die Mittagszeit beschlossen die Arbeitervertreter der Kieler Großbetriebe die Ausrufung des Generalstreiks und die Durchführung einer gewaltigen Demonstration zu Ehren der am Vortag Getöteten. Daraufhin erklärte sich das Militärkommando zur Entlassung der

[1]) Für die Anfänge der Revolution in Kiel sind die ausführlichen Schilderungen in den Kieler Neuesten Nachrichten vom 4. bis 11. Dezember 1918 von besonderem Wert. Ferner: L. Popp und K. Artelt, Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918, Kiel o. J.; Rausch, B. Am Springquell der Revolution, Die Kieler Matrosenerhebung, Kiel 1918; Noske, Gustav, Von Kiel bis Kapp, Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920; Brüninghaus, F. W., Die politische Zersetzung und die Tragödie der deutschen Flotte, Berlin 1926; Linnfeld, H., Beiträge zur Vorgeschichte der Novemberrevolution von 1918, Hamburg 1933.

Gefangenen bereit, die am späten Nachmittag mit einem großen Umzug durch die Stadt geleitet wurden. Gegen Abend trafen Staatssekretär Haussmann und der SPD-Reichstagsabgeordnete Noske aus Berlin in der Stadt ein. Noske verstand es, nach einer Rede vor einer vieltausendköpfigen Menge beträchtlichen Einfluß auf den weiteren Verlauf der Dinge gegenüber den radikaleren Kräften zu gewinnen.

Am 5. November konstituierte sich der Arbeiterrat aus Vorstandsmitgliedern der SPD, USPD, den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells und Arbeitervertretern der Großbetriebe. Er übernahm am gleichen Tag die Führung der Verwaltungsgeschäfte in Kiel und wies die städtischen Organe sowie die Polizei an, nach seinen Richtlinien zu arbeiten. Auf dem Schloß, dem Rathausturm und den Schiffen der Flotte wurde die rote Fahne gehißt. Es kam trotz der energischen Maßnahmen Noskes noch zu manchen Ausschreitungen und Schießereien; Todesopfer waren vor allem unter den Offizieren zu verzeichnen, die sich teilweise dem Übertritt ihrer Einheiten in das Lager der Revolution widersetzten. Am 9. November legte der Militärgouverneur, Admiral Souchon, auf Grund eines Beschlusses des Arbeiter- und Soldatenrates formell die höchste militärische Gewalt in die Hände von Noske.

Schon am 6. November hatten sich nach dem Kieler Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte in Lübeck, Neumünster und Flensburg, Rendsburg, Brunsbüttelkoog und außerhalb Schleswig-Holsteins in den Küstenstädten Hamburg, Bremen, Cuxhaven, Bremerhaven und Wilhelmshaven konstituiert und voll oder zunächst teilweise als Träger der politischen Gewalt durchgesetzt[1]). Am 8. und 9. November erfolgte mit dem Umsturz in Berlin die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in allen größeren deutschen Städten.

Für die politische Bewußtseinsbildung waren bestimmte Momente dieser dramatischen Entwicklung von größter Bedeutung. Zunächst einmal schieden sich die Geister am erregenden Ereignis der Revolution selbst. Was den einen als Wendepunkt zur Verwirklichung ihrer größten Hoffnungen erschien und damit Anlaß zu Jubel und hochgespannten Erwartungen war, erfüllte die anderen mit Furcht und Schrecken. Der Umsturz verlief vor allem in Kiel nicht unblutig; aber auch in kleineren Orten Schleswig-Holsteins kam es zu manchen Ausschreitungen, die im Bürger- und Bauerntum Reaktionen der Ablehnung auslösten[2]). Die Vorstellung einer sozialistischen Revolution war selbst für betont

---

[1]) Zur Ausdehnung der Rätebewegung von Kiel auf ganz Deutschland siehe W. Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, Düsseldorf 1954, S. 55 ff.

[2]) So berichteten z. B. die KNN am 12. November aus Plön, daß dort Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats mit 200 Bewaffneten das Schloß und die öffentlichen Gebäude besetzt hätten. Dabei sei es leider zu Ausschreitungen und Plünderungen gekommen. — P. von Hedemann-Heespen schilderte in einem Rückblick auf die Revolutionstage (Der Jungbauer, 1931, Nr. 12), wie die Nachrichten von fliehenden Offizieren, Frauen und Kindern über die Kieler Unruhen und Ausschreitungen Anfang November in den Landgemeinden mit Schrecken aufgenommen worden seien.

liberale Kreise beunruhigend, weil neben einer Änderung der Staatsverfassung dann auch ein grundlegender Wandel in den Gesellschafts- und Besitzverhältnissen bis zum Mittelstand hin befürchtet werden mußte[1]).

Sorgenvoll verzeichnete man, daß die Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten mit den radikalen Forderungen der äußersten Linken übereinzustimmen schienen. Bereits am 5. November hatte Noske in seiner zweiten Rede in Kiel als Sprecher des Arbeiter- und Soldatenrats den „überwältigenden Erfolg" der „neuen Bewegung" als Anfang einer „neuen, besseren Zeit" gefeiert[2]). Am 8. November forderte der Kieler Arbeiter- und Soldatenrat als Träger der politischen Macht[3]) die Bevölkerung der Provinz auf, gleiche Räte an allen Orten zu bilden und sich „geschlossen hinter die neue Volksregierung", die von den Räten verkörpert werde, zu stellen.

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins vom 15. November erklärte: „Das sozialistische Zeitalter ist angebrochen[4])." Die Zeit zum Handeln sei gekommen. Deshalb müsse die Organisation der Partei gestärkt werden[5]) und sich für die kommenden Aufgaben rüsten.

Aber das Bild der sozialistischen Einigkeit und der starken Worte trog. In Wahrheit bestand ein tiefer Zwiespalt zwischen SPD und USPD über den einzuschlagenden Weg[6]). Die politische Initiative bei den Vorgängen in Kiel hatte zunächst eindeutig bei den Anhängern der 1917 begründeten USPD und insbesondere des „Spartakusbundes" gelegen. Vor allem unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution wurde in der äußersten Linken in theoretischen Debatten und ersten praktischen Vorbereitungen das Räteprinzip als Mittel zur Verwirklichung der proletarischen Revolution vertreten[7]). Auf dieser Linie lag die Übernahme der politischen Gewalt durch die Räte im November 1918 zunächst in Schleswig-Holstein und dann in fast allen Teilen Deutschlands.

Aber die Mehrheitssozialdemokratie sah unter der Führung Eberts diesen Zustand nur als eine Übergangslösung bis zum Zusammentritt einer in allgemeinen demokratischen Urwahlen nominierten Nationalversammlung an. Sie

---

[1]) Die Forderung nach Schutz des mittelständischen Eigentums stand in den Monaten nach dem November 1918 im Mittelpunkt verschiedener grundlegender Erklärungen bürgerlicher Parteien und bürgerlicher wie bäuerlicher Verbände. Siehe S. 32 dieser Arbeit.

[2]) KNN, 6. November 1918, „Die gegenwärtige Lage in Kiel".

[3]) „Die politische Macht ist in unserer Hand", KNN, 9. November, Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates.

[4]) Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 15. November, Aufruf an die Kreis- und Ortsvorstände, „An die Mitglieder".

[5]) Der Aufruf wies darauf hin, daß vom 1. bis 15. November in den Ortsverein Kiel 1013 neue Mitglieder aufgenommen worden seien.

[6]) Über die grundlegenden Differenzen zwischen SPD und USPD in den Jahren 1918 und 1919 orientiert vor allem: W. Tormin, a.a.O., S. 30 f., S. 49 f., S. 68, S. 74 f. (mit Literaturhinweisen).

[7]) L. Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1952, S. 186 f., S. 196 ff.; Tormin, a.a.O., S. 49 f.

wurde von den Ereignissen in Kiel zunächst überrascht[1]) und war nun zu großen taktischen Konzessionen bereit, um in den Tagen der Gärung und des Umbruchs die Masse der Arbeiterschaft und der eigenen Mitglieder nicht an die radikaleren Kräfte der USPD und des „Spartakus" zu verlieren[2]).

Nicht ohne große Schwierigkeiten und manche Krisen vermochte Ebert dann nach dem 9. November im von SPD und USPD paritätisch besetzten „Rat der Volksbeauftragten" den parlamentarisch-demokratischen Weg gegenüber der sozialistisch-revolutionären Lösung einer Diktatur des Proletariats durchzusetzen[3]). Am 19. Dezember wurden die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung für den 19. Januar 1919 angekündigt.

Eine Fassade an revolutionären Deklamationen und Beschwörungen verdeckte diese eigentlichen schicksalhaften Entscheidungen für die breitere Öffentlichkeit fast völlig. Während die Sozialdemokratie eine Lösung für die Konstituierung der neuen staatlichen Ordnung erkämpfte, die den liberalen Vorstellungen durchaus entsprach und die für die Konservativen in jedem Fall das unvergleichlich „kleinere Übel" sein mußte, nahm sie in ihrer mit der USPD rivalisierenden Propaganda vor der sozialistischen Wählerschaft die Führung bei der vollen Verwirklichung der Revolution für sich in Anspruch[4]). Diese Identifizierung von Sozialdemokratie und Revolution — einschließlich allem, was an Ausschreitungen und Rechtsbrüchen mit ihr verbunden war und noch an bedrohlichen Möglich-

---

[1]) G. Noske, a.a.O., S. 8 ff., macht dies besonders deutlich. Er berichtet, daß Scheidemann ihm am 4. November gegen 11 Uhr mitgeteilt habe, „in Kiel seien bedenkliche Dinge vorgekommen. Es müsse sofort jemand dorthin fahren."

[2]) Die taktischen Konzessionen der SPD und die grundlegenden Differenzen zur USPD spiegeln sich in folgenden Kieler Veröffentlichungen wider: Am 11. November erklärte Noske in einem gemeinsamen Aufruf mit dem Vorsitzenden des Soldatenrats, Popp (USPD), „... Der Sieg der sozialistischen Arbeiter und Soldaten ist im ganzen Reich ein vollständiger ... Der unselige Streit in der Sozialdemokratie hat sein Ende erreicht. Nur eine geschlossene Arbeiterbewegung und eine einzige, fest gefügte Sozialdemokratie darf es von jetzt ab geben ..." (VZ, 11. November 1918). — Am 22. November erklärte der von der USPD beeinflußte oberste Soldaten- und Arbeiterrat: „Durch die glorreiche Revolution ist das monarchistische militärische Gewaltsystem zusammengebrochen. Ein System, das Europa 10 Millionen Menschen und den größten Teil seines Reichtums raubte ... Unser Ziel ist die sozialistische Republik ... Die politische Macht muß zunächst, bis die Früchte der Revolution gesichert sind ... in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte bleiben ..." (VZ, 22. November 1918). — Gegen diese Stellungnahme protestierten die Vertrauensleute der Marineformationen am 23. November nach einem Referat von Noske. Sie forderten die Einberufung der Nationalversammlung, sobald ordnungsmäßige Wahlen möglich seien. (VZ, 25. November 1918.)

[3]) Siehe vor allem E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1954, S. 70 ff.

[4]) Am deutlichsten hat m. E. Ernst Troeltsch in seinen „Spectatorbriefen" diese zwiespältige Situation der SPD-Politik und -Argumentation in den Monaten des Umbruchs dargestellt: Die SPD „adoptierte" um der Führung bei den Massen willen „die Revolution", die sie nicht gemacht hatte und die von ihrem Standpunkt aus eine Fehlgeburt war, als ihr eigenes, lange verheißenes Kind ... An diesem Entschluß der Mehrheitssozialdemokratie hing in dieser Lage die Rettung „von Reich, Staat, Gesellschaft und Ordnung ...". Die Mehrheitssozialdemokratie war so für ein paar Monate bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung „das konservative Prinzip, dem die Beamten sich zur Verfügung stellen konnten ..." (12. November 1920, S. 15).

keiten in diesem Wort lag — bereitete psychologisch die tiefe Kluft vor, die in weiten Teilen Deutschlands zwischen der überwiegenden Mehrheit des Bürger- und Bauerntums und der SPD in den folgenden 15 Jahren trotz des allmählichen Sieges der reformerischen („revisionistischen") Kräfte in der Arbeiterpartei bestehen sollte[1]). In ihr lag auch der Keim für die spätere Breitenwirksamkeit der verhängnisvollen Dolchstoßlegende[2]).

Der Einfluß der Arbeiter- und Soldatenräte ging infolge der grundlegenden Entscheidungen in Berlin nach den ersten Novemberwochen auch in Schleswig-Holstein bald zurück. Zunächst übernahmen sie an vielen Orten selbst unmittelbar behördliche, stellenweise sogar richterliche Funktionen[3]). Als „Beigeordnete" der im November proklamierten „Provisorischen Provinzialregierung" fungierten die beauftragten Räte, Eduard Adler und Paul Greß, beim Regierungspräsidenten. Sie mußten sich bereits am 14. November gegen Eingriffe einzelner Räte in die Lebensmittelbeschaffung und -versorgung wenden[4]), die in der ländlichen Bevölkerung Unruhe erzeugt hatten und zu einer Gefährdung der Ernährung für die Städter führten.

Trotz günstiger Arbeitsergebnisse der Räte auf einzelnen Gebieten, insbesondere bei der Beschleunigung der Demobilisierung, ging das Gewicht der Entscheidungen doch bald wieder mehr an den eingespielten alten Behördenapparat über, der nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 und damit dem formellen Abschluß der Räteherrschaft mit einigen personellen Umbesetzungen weiterarbeitete[5]).

Allerdings bemühten sich die Angehörigen der Räte und die hinter ihnen stehenden sozialistischen Kräfte weiterhin, Einfluß auf die Verwaltungsgeschäfte zu behalten. So kam es Mitte Februar zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Beigeordneten Greß und Adler und dem Regierungspräsidenten in Schleswig, weil die beiden von den Räten nominierten Vertreter stärkere Einwirkungsmöglichkeiten verlangten[6]). Doch bereits von Beginn des Jahres 1919 an versuchten die Sozialdemokraten, eine gewisse Umformung der Administration durch die Besetzung einiger Schlüsselpositionen in der überkommenen Verwaltungshierarchie zu erreichen[7]).

[1]) Siehe S. 50 dieser Arbeit.

[2]) Siehe S. 39 dieser Arbeit.

[3]) Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Kappeln verurteilte am 14. November den Gastwirt Schwensen wegen Geheimschlachtung einer Starke zu 3000 Mark Geldbuße und der Schließung seiner Gastwirtschaft auf 12 Tage (VZ, 15. November 1918, „Energisches Eingreifen des Arbeiter- und Soldatenrats").

[4]) VZ, 15. November 1918, „An alle Arbeiter- und Soldatenräte in Schleswig-Holstein".

[5]) Siehe Tormin, a.a.O., S. 89 ff., und S. 47 dieser Arbeit.

[6]) KNN, 9. Februar 1919, „Gegensätze in der Schleswiger Regierung". Bis zu den Kommunalwahlen am 2. März nahmen die Arbeiter- und Soldatenräte in zahlreichen Gemeinden das Recht eines Vetos gegen die Beschlüsse der Vertretungskörperschaften für sich in Anspruch (VZ, 22. Februar 1919, „Das Veto des Arbeiterrates in Raisdorf").

[7]) Siehe S. 47 f. dieser Arbeit.

Beachtung verdient in diesem Zusammenhang noch der Versuch, die Arbeiter- und Soldatenräte durch Bauernräte zu ergänzen und damit das „flache Land" in das Gesamtsystem einzubeziehen. Im „Vorwärts" wurde am 13. November erstmals zu der Bildung dieser Räte aufgerufen. In Schleswig-Holstein forderten die Beigeordneten beim Regierungspräsidenten die Landbewohner der Provinz am 19. November auf, durch Wahl aller Einwohner über 20 Jahre in den Landgemeinden Bauernausschüsse aus Bauern und Landarbeitern zu bilden, die aus ihrer Mitte im Verein mit Vertretern der anderen Berufsgruppen den Bauernrat des Kreises nominieren sollten[1]). Bereits am 21. November schloß sich der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Graf Rantzau, dieser Empfehlung an. Sein „Mahnruf"[2]) richtete sich allerdings ausschließlich an die Landwirte und wies auf die Notwendigkeit hin, durch die neuen Ausschüsse die Lebensmittellieferung zu verbessern. Diese wirtschaftliche Aufgabe trat mit dem Abklingen der politischen Rätebewegung bald in den Vordergrund. Der am 14. Januar 1919 in Kiel konstituierte „Provinzial-Bauernrat" sollte vor allem mit dem von den Beigeordneten eingesetzten und mit großen Vollmachten ansgestatteten sozialdemokratischen Ernährungskommissar Schulz zusammenarbeiten. Daneben entwickelte der Beigeordnete Adler jedoch ein umfassendes Programm, das durchaus stark politische Züge enthielt[3]): Verstärkung des Genossenschaftswesens, Schaffung von neuen Stellen durch intensive Besiedlung und Parzellierung, „Freie Bauern- und Gemeindehoheit" durch Beseitigung bisheriger Privilegien des Großgrundbesitzes.

Die Haltung der Bauern selbst war durch verschiedene Momente bestimmt. Der Aufruf zur Bildung der Räte wurde stark befolgt. Bereits im Januar soll es 1700 örtliche Ausschüsse gegeben haben[4]). Man begrüßte die Möglichkeit, von dieser Plattform Sorgen und Beschwerden, vor allem über die Kriegswirtschafts- und Ablieferungsbestimmungen, vortragen zu können, was besonders auf der Kieler Tagung auch nachhaltig geschah.

Auch der Gedanke einer stärkeren ständischen Selbstverwaltung fiel weithin auf fruchtbaren Boden[5]). Wir finden hier — vor allem parallel zur neuen bäuerlichen Organisationsbewegung[6]) — Gedankengänge, die das sozialistische Räte-

---

[1]) VZ, 19. November 1918, „An alle Landbewohner von Schleswig-Holstein".

[2]) VZ, 21. November 1918, „Eine Mahnung an die Landwirte".

[3]) VZ, 15. Januar 1919, „Erste Tagung eines schleswig-holsteinischen Bauernparlaments". — KNN, 15. Januar 1919, „Die Bauernräte".

[4]) VZ, 15. Januar 1919.

[5]) Siehe hierzu die Ausführungen über die „Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie", die mit dem Führungskreis des Provinzial-Bauernrats personell stark verflochten war, S. 33 dieser Arbeit.

[6]) Siehe S. 40 ff. dieser Arbeit. Gleichzeitig führend beim Aufbau sowohl der „Bauernräte" wie des neuen „Bauernvereins" waren mehrere angesehene Landleute, u. a. Kaack, Hamdorf (Rendsburg), Thomsen, Winnert (Husum), Rickers, Kükels (Segeberg).

prinzip von der Vorstellung einer ständischen Ordnung her abwandelten und so bejahten[1]). Schließlich beteiligten sich Konservative, teilweise sogar deutschnationale Angehörige des Bundes der Landwirte, an der Arbeit der Räte, um den bisherigen Einfluß auf die Meinungsbildung des Landvolks zu behalten[2]).

Im weiteren Verlauf der Arbeit der Bauernräte überwogen allerdings die rein wirtschaftlichen und administrativen Probleme, wobei eine zunehmende Unzufriedenheit des Landvolks mit den von ihnen als bürokratisch und überspitzt empfundenen Formen der Zwangswirtschaft sich um so deutlicher äußerte, je weniger mit der allmählichen Konsolidierung der politischen Verhältnisse noch ein revolutionärer Eingriff in die überkommene Gesellschafts- und Besitzstruktur zu befürchten war[3]).

Im Verlauf des Jahres 1920 stellten die Räte ihre Tätigkeit allmählich ein, nachdem durch den starken Ausbau der berufsständischen Organisationen[4]) und die Wirksamkeit der Landwirtschaftskammer ihr Arbeitsgebiet zu geringfügig geworden war.

Die Revolution von 1918 war, gleich allen Umstürzen in der Geschichte, von einer Minderheit ausgelöst worden, nachdem die Gesamtsituation für deren Handeln reif geworden war. Die Gesamtheit der Bevölkerung hatte bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erstmals die Möglichkeit, mit dem Stimmzettel eine politische Entscheidung unter den neuen Verhältnissen zu fällen.

Das Ergebnis dieser Wahlen zur Nationalversammlung zeigt für das ganze Reichsgebiet und besonders auch für Schleswig-Holstein eine — gemessen an den tiefen Erschütterungen der vorhergehenden Monate — auf den ersten Blick überraschende Kontinuität gegenüber den letzten Vorkriegswahlen von 1912[5]).

---

[1]) Siehe hierzu Tormin, a.a.O., S. 81 ff., der auf eine parallele Entwicklung bei den Christlichen Gewerkschaften hinweist, und besonders S. 37 dieser Arbeit.

[2]) So ergriff bei den Debatten der Kieler Tagung der deutschnationale Kandidat für die preußische Landesversammlung, Gutsbesitzer Paul Johannsen, Sophienhof (Plön), mehrfach das Wort.

[3]) VZ, 27. Februar 1919, „Sitzung des Provinzial-Bauernrats". VZ, 23. Juli 1919, „Um unseren Ernährungskommissar". Das Organ der SPD wies scharf die wachsende Kritik aus Kreisen der Landwirtschaft gegen den Ernährungskommissar Schulz zurück. So hatte der demokratische Landtagsabgeordnete und Bauer Siemer, St. Margarethen, in einer Anfrage an die preußische Regierung dem Kommissar eine ernste Gefährdung der deutschen Belange besonders in den Abstimmungsgebieten durch „Willkür und Anarchie" seines Verfahrens vorgeworfen. VZ, 15. August 1919, „Versammlung der Kreisbauern- und Landarbeiterräte".

[4]) Siehe S. 40 ff. dieser Arbeit.

[5]) Einzelergebnisse finden sich in Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 in: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 28. Jahrgang, 1919, und — besonders unter regionalen Gesichtspunkten — bei Heberle, Manuskript S. 95 und 99. Bei den folgenden Ergebnissen ist der Landesteil Lübeck (Kreis Eutin), nicht jedoch der Freistaat Lübeck einbezogen, der zum Wahlkreis Mecklenburg gehörte.

Wohl hatten sich im Parteiengefüge gewisse Veränderungen ergeben, die jedoch vor allem im Bereich der Provinz — von einer wichtigen Ausnahme abgesehen — zunächst nur in einer Neubenennung bisheriger Organisationen sichtbar wurden[1]).

An der Spitze lag eindeutig die SPD mit 370384 Stimmen (45,7%, 1912: 40,5%). Die für den Beginn der Revolution in Kiel so wichtige USPD war demgegenüber mit 3,4% eine Splittergruppe geblieben, deren Kader aber nach wie vor sehr aktiv waren.

An zweiter Stelle folgte — entsprechend dem vorhergehenden Ergebnis für die Fortschrittliche Volkspartei — die Deutsche Demokratische Partei mit 219579 Stimmen (27,2%, 1912: 29%). Spürbare Einbußen hatte die Deutsche Volkspartei (62950 Stimmen, 7,8%) gegenüber den Nationalliberalen (1912: 14,3%) zu verzeichnen, während die Deutschnationale Volkspartei (61810 Stimmen, 7,7%) fast genau den Anteil von Deutsch-Konservativen und Freikonservativen (1912: zusammen 8,2%) erreichte.

Unter ihrem alten Namen trat lediglich die SPD wieder auf. Sie hatte ihre beträchtliche Mitgliederzahl in den Wochen nach der Revolution steigern und vor allem in manchen ihr vor 1918 schwer zugänglichen ländlichen Gebieten ihre Organisation ausbauen können[2]). Ihre fünf Abgeordneten — unter ihnen als Spitzenkandidat der Gewerkschaftsführer Carl Legien — kamen sämtlich aus den Städten Altona, Hamburg, Kiel und Flensburg. In den städtischen Bezirken lag ebenfalls das Schwergewicht ihrer Wählerschaft[3]). Doch auch in den ländlichen Gemeinden unter 2000 Einwohnern war ihre Führung eindeutig.

Die Deutsche Demokratische Partei konnte sich nach der Revolution als erste bürgerliche Partei in der Provinz neu konstituieren. Bereits kurz nach dem Gründungsaufruf vom 16. November in Berlin[4]) schlossen sich die Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei und einzelne Gruppen der Nationalliberalen

---

[1]) Die Dänen hatten in den nordschleswigschen Wahlkreisen zur Wahlenthaltung aufgerufen und keine eigenen Kandidaten aufgestellt. Deshalb lag die Wahlbeteiligung hier nur bei 30,3%. Demgegenüber war eine starke dänische Anteilnahme an den Kommunalwahlen vom März und Mai zu verzeichnen. Nähere Angaben finden sich bei K. Alnor, Handbuch zur Schleswig-Frage, Neumünster 1926—1929, 3. Band, S. 714 ff.

[2]) Zur Entwicklung der SPD Schleswig-Holsteins nach dem November 1918 siehe vor allem die Berichte vom Bezirksparteitag in der VZ am 12., 14., 15. und 16. Juli 1919. Zur Organisationsentwicklung heißt es hier u. a.: „Besonders erfreulich ist es dabei, daß es auch in der ‚schwarzen Ecke' des Bezirks, an der schleswigschen Westküste, vorangeht. Ist doch allein im ehemaligen 4. Reichstagswahlkreis (Tondern/Husum) die Zahl der Ortsvereine von 6 auf 19 und die der Mitglieder von 119 auf 2379 gestiegen." (12. Juli 1919.)

[3]) Heberle, Manuskript S. 95 und 99; 50,9% aller Stimmen in Gemeinden über 2000 Einwohner, in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern 39,0%, davon in der Marsch 45,9%, im Osten 39,6%, in der Geest 31,1%.

[4]) Zur parteipolitischen Entwicklung nach der Revolution und besonders der Gründung von Deutsch-Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei siehe L. Bergsträsser, a.a.O., S. 205 f.; E. Eyck, a.a.O., S. 86 ff. Der Text des Gründungsaufrufs der DDP findet sich bei F. Salomon, a.a.O., Heft 3, S. 9.

Partei in Schleswig-Holstein der DDP an[1]). Auf die DDP konzentrierten sich die Hoffnungen weiter Bevölkerungskreise; sie vermochte in wenigen Monaten eine Provinzialorganisation von etwa 10000 Mitgliedern aufzubauen[2]). Die neue Partei erschien vielen Liberalen dazu berufen, das Sammelbecken des freiheitlichen Bürgertums zu werden. Doch weit über den Kreis der entschieden Liberalen hinaus sahen in den ersten Wochen nach dem Umbruch große Teile der nichtsozialistischen Bevölkerung in ihr diejenige Partei, die aufgrund ihres klaren Bekenntnisses zu der neuen republikanischen Staatsform die Möglichkeit hatte, bei den bevorstehenden Verfassungsberatungen radikalen sozialistischen Bestrebungen mit Gewicht entgegenzutreten[3]).

In der Tat betonten die Wahlaufrufe der DDP diese Aufgabe stark[4]): „Recht und Ordnung und sozialen Ausgleich durch eine demokratische Verfassung" war der Grundtenor dieser Erklärungen. Die DDP bezeichnete sich als Plattform aller, „die das Schicksal des Vaterlandes weder der Reaktion noch der sozialdemokratischen Alleinherrschaft" überlassen wollten. Sie trat für „Schutz der Minderheiten vor jeder Vergewaltigung" und „unbedingten Schutz des Privateigentums" ein, forderte gleichzeitig allerdings die Überführung monopolistischer Betriebe in die öffentliche Bewirtschaftung und eine aktive Siedlungspolitik durch Beseitigung der Fideikommisse und Einschränkung des Großgrundbesitzes: „Bauerndörfer statt Rittergüter".

Den vorläufigen Vorstand der Partei bildeten der Reichstagsabgeordnete Mittelschullehrer F. Hoff, Stadtrat Dr. Ruer, Stadtverordneter F. Stellter und Bürovorsteherin Minna Raabe, sämtlich aus Kiel. Diese einseitige Konzentration des Führungskreises der DDP spiegelte sich auch in den Listenaufstellungen wider. Von den elf ersten Kandidaten für die Nationalversammlung stammten vier aus Kiel (u. a. der bekannte liberale Theologe, Prof. Otto Baumgarten), je zwei aus Hamburg und Neumünster und je einer aus Altona und Schleswig. Als einziger ländlicher Vertreter stand der Hofbesitzer Cornelius Petersen aus Westeranflod bei Tondern an sechster Stelle. Es war bei dieser Konstellation für das Ansehen der DDP in der Landbevölkerung doppelt verhängnisvoll, daß

---

[1]) Siehe hierzu: Wenken, a.a.O., S. 22 f., und den Aufruf nationalliberaler Persönlichkeiten für den Beitritt zur DDP vom 8. Januar 1919 (KNN, 9. Januar 1919, „An unsere nationalliberalen Parteifreunde").

[2]) Nach einer Auskunft des früheren Generalsekretärs der DDP in Schleswig-Holstein, Max Hampel, Berlin.

[3]) Troeltsch hat (a.a.O., S. 15, 12. November 1920) besonders auf diese Erwartung vieler bürgerlicher Wähler der DDP hingewiesen, sie werde „die Demokratie als Schutz gegen die Diktatur des Proletariats" durchsetzen. Demokratie sei so in dieser Situation im Grunde (im Gegensatz zu 1848) von vielen als ein „antirevolutionäres", ordnungsstiftendes und bewahrendes, mehr konservatives als liberales Prinzip verstanden worden. Siehe auch E. Eyck, a.a.O., S. 89.

[4]) Neben dem Gründungsaufruf für das Reich vom 16. November sind für Schleswig-Holstein die Wahlaufrufe der DDP für Schleswig-Holstein und Lübeck vom 4. Januar (KNN, 5. Januar 1919), 10. Januar (KNN, 11. Januar 1919) und 23. Januar 1919 (KNN, 24. Januar 1919) mit den Kandidatenlisten wichtig.

sich Cornelius Petersen schon im Frühjahr 1919 offen zum Dänentum bekannte und bis zur Volksabstimmung in Nord- und Mittelschleswig als einer der eifrigsten und wirkungsvollsten Sprecher für den Anschluß an Dänemark auftrat[1]).

Gewählt wurden infolge des Verhältniswahlrechts nur drei Kandidaten, die Hamburger und Altonaer Juristen Dr. Waldstein und Dr. Blunck und die Pädagogin Dr. Marie Baum aus Hamburg. Dabei lag der Stimmenanteil der DDP in den ländlichen Gemeinden mit 25,8% nur geringfügig unter dem in den städtisch bestimmten Gebieten[2]).

Für die Wahl zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung am 26. Januar hatte die Partei auch einen namhaften Landwirt, den Hofbesitzer Walter Siemer aus St. Margareten (Süderdithmarschen), als Spitzenkandidaten nominiert, der mit vier städtischen Vertretern der Liste gewählt wurde.

Wie stark aber die Vorbehalte gegenüber der DDP in vielen bäuerlichen Kreisen bereits unmittelbar nach der Revolution waren, zeigen die Gründung und der Erfolg der „Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokratie". „Das Land erwacht!" stand als Leitsatz über einem der ersten Aufrufe der neuen Partei, in dem ihr Programm verkündet wurde[3]). „In der Stadt herrscht bisher die Ansicht, daß das Land sich auch nach den Tagen der Revolution noch in tiefem Schlaf befindet und die politische Umwälzung spurlos an den Bauern und Arbeitern vorübergegangen ist. Das Gegenteil ist der Fall" hieß es Anfang Januar 1919.

Diese Bezugnahme auf die Revolution war nicht zufällig. Der Umbruch wurde als Beginn eines „Aufbruchs" verstanden und die Aufgabe der Bildung einer „freien deutschen Volksrepublik, die alle deutschen Völker unter einer weitgehenden Berücksichtigung der nationalen Eigenart" vereinigen sollte, bejaht. Auch sonst fanden sich betont liberale Forderungen, wie die nach der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Deutschen, der allgemeinen Gültigkeit der parlamentarischen Mehrheitsentscheidung und einer Reform der Schule. Besonders in wirtschaftlicher Hinsicht wurde das liberale Prinzip einer „sofortigen Einschränkung der Zwangswirtschaft" und der „entsprechenden Einführung des freien Handels und Verkehrs" vertreten. Worin lag dann der wesentliche Unterschied dieser Partei, die sich selbst als Erbin des schleswig-holsteinischen Liberalismus von 1848 ansah, gegenüber der DDP? Er beruhte vor allem in dem tiefen Mißtrauen weiter bäuerlicher Kreise gegenüber dem großstädtischen Liberalismus und seinen Verbindungen zu Industrie und Kapital. Hier hatte nicht zuletzt die völkisch-antisemitische Propaganda[4]) — gefördert durch

[1]) Siehe K. Alnor, a.a.O., Band 3, S. 1093 ff.

[2]) Marsch 29,3%, Geest 21,8%, Ostholstein und -schleswig 21,7%; in den städtisch bestimmten Gebieten 28,3%.

[3]) KNN, 8. Januar 1919.

[4]) Siehe S. 17 dieser Arbeit. In dem Aufruf vom 8. Januar hieß es: „Wählt keine städtischen Berufs-Parteiredner und Juden, die für unsere engere Heimat kein Interesse haben, sondern sie dem inneren und äußeren Feinde preisgeben werden." Die Deutschnationalen wiesen am 21. Ja-

bestimmte Praktiken des Zwischenhandels — weit über die Kreise ihrer Wähler hinaus gewirkt. Diese Abneigung traf die Nationalliberalen an sich in stärkerem Maße als die Linksliberalen; um so verhängnisvoller wirkte sich hier das Verkennen des „Erwachen des Landes" in der auch nach der Revolution erneut ganz einseitigen Kandidatenaufstellung aus.

Dieses Empfinden der Besonderheit der eigenen Wesensart und Zielsetzung hat der bedeutendste Sprecher und Mitbegründer der SHBLD, Landtagsabgeordneter und Landmann Willy Iversen, Munkbrarup (Flensburg-Land), später so formuliert[1]): „Wir ... erheben den Anspruch, die Repräsentanten des alten schleswig-holsteinischen Liberalismus zu sein. Die Demokratie, wie sie in Schleswig-Holstein verstanden wird, ist etwas vollkommen Verschiedenes von Demokratie, die beispielsweise durch das Berliner Tageblatt oder die Frankfurter Zeitung repräsentiert wird. Die schleswig-holsteinische Demokratie ... ist eine grüne Demokratie im Gegensatz zu der goldenen Demokratie." Grün und Gold sind dabei offensichtlich als Symbole für eine in der bäuerlichen Heimat verwurzelte Gemeinschaft des Volks und eine internationale kosmopolitische Industrie- und Handelsgesellschaft zitiert. In der wiederholten Betonung des Unterschiedes von „Gemeinschaft" und „Gesellschaft" lag ein romantisches Verständnis der Heimat, aber auch teilweise schon die Vorstellung einer wahrhaft harmonischen, von einer starken Führerpersönlichkeit gesicherten und vom „Zank der Parteien" freien[2]) „übergreifenden Ordnung" einbeschlossen[3]).

---

nuar 1919 in einer polemischen Zuschrift in den KNN darauf hin, daß in einem Flugblatt mit dem gleichen Text der Zusatz „und Juden" dann weggelassen worden sei. Ferner wurde in dem Aufruf die „schärfste Erfassung der Kriegsgewinne" und die stärkere Staffelung der Steuerleistungen bei den großen Vermögen verlangt.

[1]) Am 1. Januar 1921 in Rendsburg, zitiert nach Heberle, Nazism, S. 48. Heberles sorgfältige Analyse der schleswig-holsteinischen Landarbeiter- und Bauerndemokratie (S. 43 bis 54) verdient vor allem im Aufweisen der Motive, die später vom Nationalsozialismus aufgenommen wurden, besondere Beachtung.

[2]) Wie sehr emotionale Stimmungen gegen das Parteiensystem schlechthin für die Wähler der SHBLD mitbestimmend waren, zeigt der in Anmerkung 2 Seite 36 zitierte Brief des Ökonomierats Biernatzki.

[3]) So schrieb Iversen in einem Leitartikel der ersten Nummer des „Schleswig-Holsteiner", alle anderen Parteien hätten nur an die Vernunft appelliert: „Der schleswig-holsteinische Mensch jedoch wünscht zu einer Partei zu gehören, die auch genauso seine Seele anspricht." Während Iversen trotz dieser völkischen Anklänge eindeutig eine liberal geprägte Persönlichkeit war, wird die Sehnsucht nach dem starken Führer besonders in einem Artikel von Dr. Johannes Feddersen im „Schleswig-Holsteiner" vom 15. Januar 1921 („Unsere politische Not") deutlich. Feddersen wurde später eines der ersten NSDAP-Mitglieder der Provinz. Auch der spätere Gauleiter und Oberpräsident H. Lohse gehörte der SHBLD an, zeitweise sogar als Geschäftsführer. Zur Thematik „Gemeinschaft/Gesellschaft" siehe: F. Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft, Leipzig 1887; R. Aaron, Die deutsche Soziologie der Gegenwart, Stuttgart 1953, und S. 129 f. dieser Arbeit. Alnor (Band 3, S. 1051 bis 1092) schildert eingehend, wie sehr die Hoffnungen auf die Erhaltung Nordschleswigs in einem eigenständigeren, von Berlin unabhängigeren Schleswig-Holstein einen Kreis der Gründer der SHBLD (insbesondere um den Rendsburger Verleger Ferdinand Möller) bestimmten. Doch ist dieser Gedankengang in seinen verschiedenen Varianten (Schleswig-Holstein als „Land" oder „autonomer Staat", das „Kanalstaat"-Projekt) kaum als bewußtes Motiv für die Wahlentscheidung wirksam geworden.

Die alten antipreußischen schleswig-holsteinischen Kreise waren an der Gründung der Partei mitbeteiligt und setzten große Erwartungen auf sie. Hedemann-Heespen hoffte auf eine grundlegende Erneuerung der Selbstverwaltung und hielt zeitweise die Möglichkeit eines Bündnisses der konservativen Heimatparteien Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen und Bayern gegen den „mechanischen Berliner Zentralismus", der ihn durch die Wandlung von der monarchischen zur demokratisch-sozialistischen Regierung nicht sympathischer geworden war, für gegeben[1]).

Die eigentlichen Impulse zur Gründung der Partei im Dezember 1918 kamen jedoch aus der neuen bäuerlichen Organisationsbewegung und den Bauernräten. Zwar standen manche führende Mitglieder des Bauernvereins dem Gedanken einer eigenen Parteibildung ablehnend gegenüber, dennoch fand er vor allem im Norden unter seinen leitenden Persönlichkeiten und Anhängern große Resonanz[2]). Spitzenkandidaten bei der Wahl zur Nationalversammlung waren der Landwirt Detlev Thomsen, Winnert (Husum), der zweite Vorsitzende des „Bauernvereins des Nordens" und Vorsitzender des Kreisbauernrats Husum, der Landarbeiter J. Schween, Nockholz (Angeln), Mitglied des Kreisbauernrats Schleswig, und der Fischereiinspektor Johannsen, Lensahn, Vorsitzender des Kreisbauernrats Oldenburg. Die Liste für die preußische Landesversammlung führten Iversen, Munkbrarup, und der Verwalter Carl Siek, Bothkamp, an. An vierter und fünfter Stelle folgten hier der Vorsitzende und Geschäftsführer des Provinzial-Bauernrats, Landwirt Max Lüdemann, Löptin (Plön), und Landwirt Max Mießfeldt, Suchsdorf.

Unter den ersten vierzehn Kandidaten waren ferner je ein ländlicher Handwerksmeister und Hauptlehrer sowie der Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes und spätere Landrat von Norderdithmarschen, Dr. Ernst Kracht, vertreten. Diese Zusammenstellung macht deutlich, daß sich die Partei — wie auch der baldige Namenswechsel in Schleswig-Holsteinische Landespartei zeigte — von vornherein um die Zusammenfassung aller Gruppen des Landvolks und darüber hinaus betont heimatverbundener städtischer Kreise bemühte.

Das Wahlergebnis ließ sie im Landkreis Flensburg (45 %) zur stärksten, in Rendsburg (27,5 %) zur zweitstärksten Partei werden. Auch sonst schnitt sie auf dem Mittelrücken der Geest am besten ab, wo die Konzeption einer sozialen Gemeinschaft des gesamten Landvolks die günstigsten soziologischen und psychologischen Voraussetzungen hatte[3]). Dagegen kam sie in den ländlichen

---

[1]) Siehe P. v. Hedemann-Heespen, a.a.O., S. 924 ff.

[2]) Heberle übersieht in seiner sonst sehr sorgfältigen Darstellung dieser Entwicklung (a.a.O., S. 43) die ablehnende Haltung mancher namhafter Vertreter des Bauernvereins, u. a. des späteren Provinzialvorsitzenden Stamerjohann, und die Mitwirkung der Bauernräte.

[3]) Siehe S. 11 dieser Arbeit.

Gebieten Steinburgs, Stormarns und Südtonderns sowie in den Städten fast überhaupt nicht zum Zuge[1]).

Die Problematik der Neugründung wurde sichtbar, als ihre beiden gewählten Abgeordneten — Thomsen und Iversen — ihre Arbeit in den Berliner Parlamenten aufnahmen. Da es zu dem von Hedemann-Heespen erhofften Zusammengehen der Heimatparteien nicht kam, schlossen sich die Vertreter der SHBLD den Demokraten als Hospitanten an. In dieser parlamentarischen Bedeutungslosigkeit, zu der sie verurteilt waren, lag bereits der Keim zum Rückgang der Partei[2]), der noch durch den im Juli 1919 erfolgten sensationellen Übertritt von Thomsen ins dänische Lager beschleunigt wurde[3]). Über eine gefestigte eigene Organisation hatte die Partei nie verfügt. Auch der bereits im Februar 1919 unternommene Versuch, durch die Erweiterung zur Schleswig-Holsteinischen Landespartei stärker die städtisch-mittelständischen Wähler anzusprechen, blieb erfolglos.

Man kann annehmen, daß der beträchtliche Rückgang des Stimmenanteils der Deutschen Volkspartei in den ländlichen Gebieten gegenüber dem Ergebnis der Nationalliberalen von 1912 durch das Auftreten der Landespartei mit bewirkt wurde. Hinzu kam, daß die Deutsche Volkspartei wie im Reich, so auch in Schleswig-Holstein zunächst durch die Verhandlungen um die künftige parteipolitische Formierung des Liberalismus nach der Revolution mehrere bei der kurzen Vorbereitungszeit für die Wahl wichtige Wochen verlor. Nachdem am 15. Dezember 1918 in Berlin unter Führung von Dr. Stresemann die DVP begründet worden war, beschloß der Provinzialausschuß der Nationalliberalen Partei am 17. Dezember in Altona mit allen gegen zwei Stimmen den Anschluß der Organisation an die neue Gründung[4]). Allerdings hatten in den vorhergehenden Wochen sich zahlreiche Ortsvereine bereits der DDP angeschlossen

---

[1]) In den städtischen Bezirken erhielt sie 0,4%, in den ländlichen 16,4% (in der Marsch 8,2%, in der Geest 38,4% und in Ostholstein und -schleswig 14,3%) der abgegebenen Stimmen.

[2]) Die Propaganda der Deutschnationalen wertete den Anschluß der Abgeordneten an die Fraktion der DDP schon unmittelbar nach den Wahlen sehr stark aus. Von besonderem Interesse für die deutschnationale Argumentation gegen die SHBLD ist ein „offener Brief" des aus der landwirtschaftlichen Genossenschaftsarbeit hoch angesehenen Ökonomierats W. Biernatzki, Voorde, in den KNN vom 23. Januar 1919. Er begründete den starken Stimmanteil der SHBLD u. a. so: „Bei den Bauern herrscht über die Zwangswirtschaft, über die Verwaltung . . . eine nicht mehr zu überbietende Unzufriedenheit. Nun sind Leute gekommen und haben gesagt: ‚Weg da mit all den politischen Parteien, wir wollen Bauern und Landarbeiter gewählt haben, Vertreter unseres Standes! Und das hat durchgreifend gewirkt . . .'"

[3]) Siehe hierzu K. Alnor, a.a.O., Band 3, S. 1560 bis 1568. Am 23. Juli 1919 meldete die VZ in einem Artikel („Um unseren Ernährungskommissar"), daß sich einige bäuerliche Kreise in der Husumer Gegend „verschworen" hätten, für Dänemark zu votieren, wenn die einschneidenden Ablieferungsbestimmungen beibehalten würden. — Der aufsehenerregende Übertritt zweier namhafter bäuerlicher Exponenten der demokratischen Mitte — Thomsen und Petersen — zum nationalpolitischen Gegner gab der Propagandathese der DNVP von der angeblichen „nationalen Unzuverlässigkeit" der demokratischen Kräfte in den ländlichen Gebieten starken Auftrieb.

[4]) Siehe hierzu und zum Folgenden: Wenken, a.a.O., S. 22 ff.

oder aufgelöst, so daß die DVP zunächst nur etwas über 1500 Mitglieder verfügte. Den Vorsitz übernahm vorläufig Amtsgerichtsrat Dr. Görck, Heide, im Februar 1919 trat Justizrat Dr. Wittern, Kiel, an seine Stelle. Dem zehnköpfigen Vorstand gehörten auch zwei angesehene Landwirte, Hofbesitzer und Lehnsmann Reeder, Poppenbüll (Eiderstedt), und Gutsbesitzer Hastedt, Wensien, an.

Von den programmatischen Grundsätzen der Partei[1]) brachten ihr in manchen ländlichen Kreisen die Forderung nach einem Wirtschaftsparlament zur „Fruchtbarmachung des Rätegedankens" und zur Beteiligung der „schaffenden Stände" an der politischen Verantwortung sowie das Verlangen nach Wahrung der Rechte der Kirche bei ihrer von SPD und DDP geforderten Trennung vom Staat[2]) gewisse Sympathien. Die DVP sprach sich für eine gesunde Siedlungspolitik aus, lehnte aber eine Aufteilung des Großgrundbesitzes aus politischen Gründen ab. Von ihren Kandidaten wurden Provinzialschulrat Dr. H. Runkel, Schleswig, in die Nationalversammlung und Dr. Görck in die preußische Landesversammlung gewählt. An namhaften Landwirten hatte die DVP ihren 2. Vorsitzenden im Landkreis Flensburg, Gemeindevorsteher Asmussen, Hoffnung an sechster Stelle der Reichs- und Hofbesitzer Reeder an dritter Stelle der Preußenliste herausgestellt. Das Schwergewicht ihrer Wählerschaft lag in den städtischen Bezirken (8,6% aller hier abgegebenen Stimmen); doch folgten die ländlichen Gemeinden mit weniger als 2000 Stimmen nur in geringem Abstand (6,7%)[3]).

Die DVP fuhr nach der Wahl mit ihrem organisatorischen Ausbau energisch fort. Bereits im April 1919 hatte sie mit über 70 Ortsgruppen und 12000 Mitgliedern in der Provinz die DDP überflügelt[4]). Der 106köpfige Provinzialausschuß der Partei setzte sich Ende 1919 u. a. aus 32 Beamten (davon 23 Lehrern), 19 Rechtsanwälten und Richtern, 17 Kaufleuten und Fabrikanten, 14 Landwirten und 7 Angestellten zusammen[5]).

Für die konservativen und völkischen Kreise war das Ereignis der Revolution und der Niederlage der Zusammenbruch einer Welt überkommener Ordnungen, Werte und Hoffnungen. Aber als nach der ersten Schrecksekunde deutlich wurde, daß ein Umbruch der Gesellschafts- und Besitzordnung nicht in direkter Aktion erfolgte, nutzten sie unverzüglich die Möglichkeit zu inten-

---

[1]) Den Gründungsaufruf vom 8. Dezember 1919 siehe bei F. Salomon, a.a.O., Heft 3, S. 14 ff.; einzelne Stellungnahmen bei Wenken, a.a.O., S. 12 ff. Der Wahlaufruf für Schleswig-Holstein findet sich in den KNN vom 5. Januar 1919.

[2]) Siehe S. 58 ff. dieser Arbeit.

[3]) Auch hier steht die regionale Stimmenverteilung in einer gewissen Relation zur soziologischen Situation. Das von individualistisch-„kapitalistischen" Momenten bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftsbild der DVP entsprach der Wirtschafts- und Lebensauffassung des Marschbauern viel mehr als der des Geestbewohners. In den Landgemeinden betrug ihr Anteil in der Marsch 9%, in der Geest 4%, im Osten 6,3%.

[4]) Wenken, a.a.O., S. 22.

[5]) Geschäftsbericht 1919, a.a.O., S. 6.

siver politischer Arbeit unter den neuen Verhältnissen. Am 22. November erfolgte in Berlin die Gründung der Deutschnationalen Volkspartei[1]). Nach Vorbesprechungen im Dezember wurde in den ersten Januartagen 1919 der Landesverband Schleswig-Holstein konstituiert. In ihrem Wahlaufruf vom 7. Januar[2]) bekannte sich die DNVP zu der Tradition des Reiches und gleichzeitig der Aufgabe eines tatkräftigen Wiederaufbaus mit dem Ziel der Errichtung eines monarchischen Volksstaates. Der nationale Gedanke und das Christentum wurden als Grundpfeiler der staatlichen und volklichen Ordnung herausgestellt, der unbedingte Schutz des Privateigentums und die Beseitigung der wirtschaftlichen Unordnung verlangt. Die DNVP betonte besonders die Pflicht der Dankbarkeit gegenüber den heimkehrenden Soldaten und die Notwendigkeit der Abwehr aller Bestrebungen auf Abtrennung von deutschen Grenzgebieten. Die Partei bekannte sich zu den Aufgaben der Nationalversammlung, eine Verfassungsordnung zu schaffen, die einen Schutz des von Übergriffen bedrohten Rechts garantiere. Dieser konservativen Interpretation der Konstituante folgte die Anklage, die Revolution habe weithin zu einer Willkürherrschaft und zur völligen Unterwerfung unter die auswärtigen Feinde geführt. Das demokratische Prinzip der Nationalversammlung wurde hier also bereits im Ansatz als eine Möglichkeit verstanden, die unerwünschten Ergebnisse der Revolution rückgängig zu machen[3]), ohne daß zu diesem Zeitpunkt schon die Demokratie selbst unmittelbar strikt abgelehnt wurde.

Die gegenüber dem Kaiserreich neue Situation spiegelte sich in dem inneren Gefüge der Partei wider. Sie hatte von Anfang an bewußt und betont einen anderen soziologischen Charakter als die konservativen Parteien des Kaiserreichs. Während diese — vor allem auch in Schleswig-Holstein — in ihren Kandidatenlisten und Vorständen ganz überwiegend von den ständisch privilegierten Gruppen des Adels repräsentiert wurden[4]), traten jetzt fast ausschließlich bürgerliche Persönlichkeiten der verschiedenen Berufe in Stadt und Land in den Vordergrund. In der Provinz übernahm Landrat a. D. Friedrich Rogge, Rendsburg, den Vorsitz der Partei; unter den zehn ersten Kandidaten zur Nationalversammlung befanden sich je zwei Lehrer und Geschäftsführer von Arbeitnehmerorganisationen, je ein Fabrikant, Handwerksmeister, Richter, Landrat a. D. und eine Ehefrau. Der einzige Landwirt war der Provinzial-

[1]) Der am 24. November veröffentlichte Gründungsaufruf findet sich bei W. Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924, Düsseldorf, 1956, S. 107 f.; eine eingehende Schilderung der vorhergehenden Verhandlungen S. 7 ff. Den Text eines vom Reichsvorstand erlassenen Aufrufs vom 27. Dezember siehe bei F. Salomon, a.a.O., Heft 3, S. 17 ff. Wichtig für die Entstehung der DNVP sind ferner: W. Graef, Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei, in: Der nationale Wille, Werden und Wirken der DNVP 1918—28, herausgegeben von M. Weiss, Essen, 1928, S. 17 ff.

[2]) Siehe KNN, 8. Januar 1919, „Wahlaufruf der DNVP".

[3]) Siehe S. 199 dieser Arbeit.

[4]) Siehe Liebe, a.a.O., S. 11.

vorsitzende des Bundes der Landwirte, Gutsbesitzer Henneberg, Hohenholm (Eckernförde), der an neunter Stelle stand. Stärker war das bäuerliche Element unter den Kandidaten für die preußische Landesversammlung vertreten. Hier befanden sich unter den ersten zehn Bewerbern vier angesehene Landleute, neben Henneberg der Amtsvorsteher Hartmann, Oldenhütten (Rendsburg), Gutsbesitzer Johannsen, Sophienhof (Plön), und Landesökonomierat Jensen-Ausacker (Flensburg-Land).

Organisatorisch faßte die Partei sehr schnell in einigen ländlichen Gegenden Fuß, so in Angeln und Ostholstein, wo schon vor 1914 ein konservativer oder völkischer Wählerstamm vorhanden war. An der Ostküste schnitt die Partei auch bei der Wahl weitaus am günstigsten ab. In ganz Schleswig-Holstein betrug ihr Wähleranteil bei 61819 Stimmen 7,7%, davon in Gemeinden mit über 2000 Einwohnern 5,4%, in den ländlichen Bezirken 10,7%[1]). Gewählt wurden ihre Spitzenkandidaten für die Nationalversammlung Dr. Ernst Oberfohren, Kiel, und für die Landesversammlung Verbandsgeschäftsführer Dietrich Frahm, Rahlstedt. Als wirkungsvoll erwiesen sich vor allem die Betonung nationalpolitischer Gesichtspunkte in der durch dänische Ansprüche beunruhigten Provinz und die entschiedene Stellungnahme der Partei gegen eine überstürzte, in der Tendenz christentumsfeindliche Trennung von Staat und Kirche, wie sie von sozialdemokratischer Seite beabsichtigt schien[2]).

Es wurden auch bereits radikalere Töne laut. So bezeichnete Prof. Eugen Wolff am 15. Januar auf einer Kieler DNVP-Kundgebung die Revolution als „freiwilligen Zusammenbruch" und forderte trotz der Niederlage die Beibehaltung großdeutscher und germanischer Ziele, den Anschluß nicht nur der Deutsch-Österreicher und Balten, sondern auch der Flamen[3]). Antisemitische Äußerungen erklangen gelegentlich[4]), und die Demokraten wurden der Rückgratlosigkeit gegenüber der Sozialdemokratie[5]), in Einzelfällen auch der nationalen Unzuverlässigkeit[6]) geziehen. Noch war das Erlebnis des Krieges und Zusammenbruchs zu unmittelbar, der demokratische Rechtsstaat gegenüber den kaum über-

[1]) Marsch 7,6%, Geest 3,9%, Ostholstein und -schleswig 15,8%.

[2]) Die tiefe Beunruhigung in sehr großen Bevölkerungsteilen der Provinz über das Vorgehen des preußischen sozialdemokratischen Kultusministers Hoffmann spiegelt ein Artikel in den KNN vom 7. Januar 1919 („Trennung von Staat und Kirche") wider. Auf Veranlassung des Kieler Oberbürgermeisters Lindemann wurde ein Ausschuß „Trennung von Staat und Kirche" gegründet, der am Sonntag, dem 5. Januar 1919, in allen evangelischen Kirchen Kiels Veranstaltungen für die Wahrung der Belange der Kirche und der christlichen Bevölkerung durchführte und in der ganzen Provinz wirksam wurde.

[3]) KNN, 16. Januar 1919, „Umsturz und Neuordnung vor dem Richterstuhl der Geschichte".

[4]) So in ihrer Kontroverse mit der DDP, KNN, 21. Januar 1919, „Rassen- und Glaubenshaß".

[5]) So Dr. Oberfohren am 11. Januar im Kieler „Eichhof", KNN, 12. Januar 1919.

[6]) Der langjährige Reichstagsabgeordnete und Marineexperte der Linksliberalen, Dr. med. Struve, Kiel, mußte sich am 16. Januar in den KNN („Englands bester Agent") gegen den auch in Schleswig-Holstein verbreiteten Vorwurf „aus dem Hauptquartier der Konservativen" verwahren, er habe im Interesse des feindlichen Auslands den deutschen U-Boot-Bau sabotiert.

standenen Gefahren der Revolution und Anarchie zu erstrebenswert, das Selbstbewußtsein vieler Konservativer zu sehr erschüttert, als daß diese Parolen schon breitenwirksam werden konnten. Aber der Keim für die kommende radikale Opposition war bereits vorhanden.

Zum eigentlichen Motor der Parteiarbeit in Schleswig-Holstein wurde Dr. Oberfohren, der vor allem zu den führenden Persönlichkeiten des Bundes der Landwirte engen Kontakt hielt[1]). Zur Zeit der Wahl zählte sie knapp 6000 Mitglieder, doch verdoppelte sie diese Zahl schon bis zum Ende des Jahres 1919[2]).

Schon mehrfach sind wir bei der Darstellung der politischen Entwicklung in den Wochen nach der Revolution auf die neue bäuerliche Organisationswelle als einen dynamischen Faktor gestoßen. Diese hatte ihre Anfänge bereits in den Monaten vor dem Novemberumsturz und konnte deshalb sehr schnell unter den neuen Verhältnissen wirksam werden. Im Frühjahr 1918 schlossen sich zunächst in den nördlichen Kreisen Schleswigs Landleute zu einer Organisation zusammen, die bald den Namen „Bauernverein des Nordens" annahm[3]). Die Initiative ging von dem angesehenen Hofbesitzer Koch, Mandberg (Kreis Hadersleben), aus, der den Vorsitz der Vereinigung übernahm. Das Motiv für diese Gründung war zunächst die wachsende Opposition gegen den Druck der Kriegs- und Zwangswirtschaft und dann die sich bereits vor der Revolution, insbesondere durch die Wahlrechts- und Verfassungsdebatten in Preußen, ankündigende stärkere Demokratisierung aller politischen und gesellschaftlichen Bereiche[4]).

Der Verband zählte im Dezember 1918 schon 7000 Mitglieder in 14 Kreisen. Die Monate nach der Revolution standen im Zeichen eines beschleunigten Ausbaus, der 1919 auch auf Mittel- und Ostholstein übergriff. Ende 1919 waren 18000 Bauern erfaßt; 1920 brachte durch den Verlust der nördlichen Kreise zunächst einen Rückgang von 4000, jedoch gleichzeitig den Anschluß der neu-

---

Struve konnte nachweisen, daß er bereits seit Ende 1914 in zahlreichen Denkschriften die Reichsregierung und die oberste Heeresleitung aufgefordert hatte, den Bau von U-Booten und ihren Einsatz zu forcieren.

[1]) Oberfohren war bereits vor der Revolution im Juli 1918 gemeinsam mit Ökonomierat Jensen-Ausacker als Sprecher des Bundes der Landwirte auf einer Bauernvereins-Versammlung in Süderbrarup (Schleswig) gegen die neue Organisation aufgetreten, siehe K. Alnor, a.a.O., II. Band, S. 900.

[2]) Nach einer Auskunft von Rechtsanwalt Dr. E. Rasmuss, Landesvorstandsmitglied und Kreisvorsitzender der DNVP in Kiel von 1919 bis 1933.

[3]) Zur Gründung des Bauernvereins und seinen organisatorischen Anfängen siehe vor allem K. Alnor, Handbuch zur Schleswig-Frage, Neumünster 1926—1929, II. Band, S. 887 bis 906, ferner Der Schleswig-Holsteinische Bauer (ab 10. Oktober 1919 im Verlag H. Möller Söhne, Rendsburg), 1921/Nr. 21 und 1920/Nr. 31/32. Ausführliche Hinweise gab mir Hofbesitzer Heinrich Stamerjohann (1920 bis 1929 Provinzialvorsitzender des Bauernvereins) in einem Gespräch am 4. September 1954.

[4]) Dieses Gründungsmotiv der bewußten Emanzipation des Bauernstandes gegenüber dem Großgrundbesitz und der überkommenen Autorität des Obrigkeitsstaates wurde vor allem ab 1929 vom Bauernverein in der Auseinandersetzung mit den Landbundkräften betont (Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1930/Nr. 29 „Bauernland im Schatten", und S. 159 f. dieser Arbeit).

gebildeten Verbände Oldenburg, Stormarn und Lauenburg. Im Frühjahr 1921 war die Aufbauperiode im wesentlichen abgeschlossen. 17 Landkreisorganisationen des „Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins" zählten 30 000 Mitglieder.

Koch mußte den Vorsitz im Jahre 1920 abgeben, weil er im abgetretenen Nordschleswig ansässig war. An seine Stelle trat am 23. Juni 1920 der 49jährige Hofbesitzer Heinrich Stamerjohann, Eichenhof (Kreis Steinburg), der seit 1907 dem Vorstand der Landwirtschaftskammer angehört hatte. Zum Zentrum der Organisation wurde Rendsburg, wo die Hauptgeschäftsstelle ihren Sitz hatte und seit dem 10. Oktober 1919 das Verbandsorgan „Der Schleswig-Holsteinische Bauer" im Verlag H. Möller Söhne erschien. Enge Verbindungen bestanden auch zu der im gleichen Verlag herausgegebenen heimatbetonten und im Landvolk stark verbreiteten „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung".

Der Bauernverein bezeichnete sich von seinen ersten programmatischen Verlautbarungen an als eine in der Heimat und ihrer Überlieferung verwurzelte berufsständische Organisation mit wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die allen parteipolitischen Fragen gegenüber betont neutral sei[1]):

„Frei und aufrecht, würdige Nachfolger unserer Väter, Menschen der Pflicht und der Zeit, so müssen wir uns von rechts nach links ohne Standes- und Parteiunterschied[2]) zusammenfinden, wenn wir ein Faktor werden wollen, der, entsprechend seiner Notwendigkeit und seinen wichtigen Aufgaben, auf den Gang der Staatsmaschine Einfluß gewinnen soll zum Wohl des Ganzen[3])."

Freilich war schon von Anfang an die Begrenzung auf rein wirtschaftspolitische Fragen unmöglich. Insbesondere in Schleswig trugen die nach der Revolution erneut aufflammenden nationalpolitischen Auseinandersetzungen zum schnellen Aufbau der Organisation bei. Vor allem nach dem schon erwähnten[4]) überraschenden Wechsel des anfänglichen 2. Vorsitzenden des „Bauernvereins des Nordens", D. Thomsen, Winnert, ins dänische Lager nahm der Bauernverein sehr entschieden für die deutschen Belange im Grenzland Stellung. Bereits Ende 1918 waren die dänisch gesinnten Landleute aus dem Verband ausgeschieden, als er den Namen „Schleswig-Holsteinischer Bauernverein" annahm.

Aber auch Wirtschafts- und Parteipolitik waren sehr bald nicht völlig zu trennen. Die Unzufriedenheit mit den sehr scharfen Wirtschaftsbestimmungen, die in der Tat oft zu bürokratisch und für die Substanz der Betriebe bedrohlich

---

[1]) Das kurze, auch im Bauernverein selbst umstrittene Zwischenspiel des Versuchs einer verwandten Parteigründung wurde bereits auf S. 33 dieser Arbeit geschildert.

[2]) Die Formulierung „ohne Standesunterschied" kann nur als Bekenntnis zur Gleichberechtigung aller Landwirte ohne Rücksicht auf die Größe ihres Betriebes oder die überkommene gesellschaftliche Stellung verstanden werden. Von der in den Bauernräten spürbaren Konzeption einer Einbeziehung der Landarbeiter in die Organisation finden wir im Bauernverein keine Ansätze.

[3]) Programmatische Erklärung in Nr. 1 des Schleswig-Holsteinischen Bauern vom 10. Oktober 1919.

[4]) Siehe S. 36 dieser Arbeit.

gehandhabt wurden[1]), führte bereits 1919 zu zahlreichen Protesten[2]) und einem tiefen Zwiespalt mit der Sozialdemokratie, der die Hauptverantwortung für die umstrittenen Maßnahmen zugesprochen wurde[3]). So drohte der Vorstand im November 1919 mit einem völligen Boykott der Bestimmungen über die Ablieferung von Schlachtvieh, wenn gewisse Härten nicht gemildert würden. In der Tat hatte dies Ultimatum einen gewissen Erfolg[4]).

Von großer Bedeutung war der schon Ende 1918 gefaßte Beschluß, der „Vereinigung der deutschen Bauernvereine" beizutreten[5]). Diese ging auf die seit 1862 vom Freiherrn von Schorlemer-Alst in Westfalen ins Leben gerufenen christlichen Bauernvereine zurück, die sich in der Zeit zwischen 1880 und 1900 vor allem auf die katholischen Teile West- und Süddeutschlands ausgedehnt hatten. 1900 war es erstmals zu einem vorerst losen überregionalen Zusammenschluß gekommen, der ab 1916 durch die Einrichtung einer Zentralgeschäftsstelle in Berlin unter Leitung des Zentrumsabgeordneten Dr. Crone-Münzebrock gefestigt wurde. Die Vereinigung zählte Anfang 1920 22 regionale Organisationen mit über 500000 Mitgliedern[6]). Ihre Schwerpunkte waren Westfalen, das Rheinland, Baden, Südhessen, Schlesien, die Pfalz, das Ermland und Bayern, wo der Regensburger „Bauerndoktor" Dr. Georg Heim — gestützt auf eine kraftvolle Organisation und eine große persönliche Popularität — einen nachhaltigen Einfluß auf die Münchener und gelegentlich auch die Berliner Politik ausübte[7]).

Die Aufzählung der bedeutendsten Einzelvereine zeigte, daß die Vereinigung vor allem im katholischen Landvolk verankert war. Doch hatte Schorlemer-Alst in Westfalen auch evangelische Landleute gewonnen. Georg Heim hielt seine

---

[1]) F. Fabian, Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft vor und nach dem Kriege, Barby (Elbe) 1930 (Leipziger Dissertation), kommt auf S. 37 nach einer sorgfältigen Analyse zu dem Schluß, daß die Landwirtschaft durch die Kriegswirtschaftsbestimmungen „so stark wie wohl kein anderer Berufsstand in Mitleidenschaft gezogen worden" sei. Von Betriebsleitern, Arbeitskräften und Betriebsmitteln entblößt und aufs stärkste durch Reglementierungen eingeengt, habe sie schwerste Einbußen erlitten. Die vor dem Kriege mit Hilfe von erheblichem Kapital geschaffene Produktionskraft durch Massenanwendung künstlichen Düngers und erhöhte Viehhaltung kraft ausländischer Futterzufuhr wurde restlos abgebaut. Nach der Viehzählung vom 2. Juni 1919 war der Bestand an Schweinen in der Provinz Schleswig-Holstein seit 1912 von 1400000 auf 330000, der von Rindvieh von 1100000 auf 950000, der von Pferden von 208000 auf 30500 Stück zurückgegangen (VZ, 21. August 1919).

[2]) Siehe S. 56 dieser Arbeit und ab Nr. 1 des Schleswig-Holsteinischen Bauern an Einzelbeispielen in fast jeder Nummer der Zeitschrift.

[3]) Siehe S. 56 dieser Arbeit.

[4]) Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1919/Nr. 4 und 5.

[5]) K. Alnor, a.a.O., Band III, S. 903 ff.; Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1920/Nr. 8. Zu der Gründung und Entwicklung der „Vereinigung" siehe E. Topf, Die grüne Front, Hamburg 1933, S. 11 ff.; E. Witte, Der Sinngehalt der wirtschaftspolitischen Standesorganisationen der deutschen Bauern in seinem geschichtlichen Werden, Gießen (Dissertation) 1929, S. 8 bis 21.

[6]) Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1920/Nr. 13, 14, 15 (Berichte von der Reichstagung in Köln).

[7]) Zu Heims Rolle in der deutschen Politik nach 1918 siehe vor allem K. Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, S. 61 ff., S. 127 bis 131.

Vereine bewußt für den evangelischen Volksteil offen, wie auch die von ihm stark geprägte neue Bayerische Volkspartei im Gegensatz zum Zentrum zu einer interkonfessionellen Partei wurde[1]). In Baden gab es in den Bauernvereinen eine starke evangelische Minderheit. Die personellen Verflechtungen mit dem Zentrum waren sehr mannigfaltig und eng. Doch sicherte bereits die besondere bayerische Entwicklung der Vereinigung eine weitgehende parteipolitische Unabhängigkeit. Hinzu kam, daß ihr 1. Vorsitzender, der westfälische Baron von Kerkering zu Borg, sich aus einer streng konservativen Grundeinstellung der „katholischen Sektion" der Deutschnationalen Volkspartei anschloß[2]), ohne dadurch in seinem Amt gefährdet zu werden.

Diese Momente vermochten den Führern des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins ihren Entschluß zum Eintritt in die überwiegend katholische Vereinigung zu erleichtern, den sie vor ihren zu mehr als 98 Prozent evangelischen Mitgliedern gegenüber den Angriffen des Landbundes vertreten mußten. Ausschlaggebend war die Erkenntnis, daß ohne eine kraftvolle Reichsorganisation die Geltendmachung wirtschaftspolitischer Anliegen unmöglich war, und damit der aus dem Bund der Landwirte und neuen Gruppen sich 1920 bildende „Reichslandbund" auch in der Provinz am stärkeren Hebelarm sitzen werde. Doch spricht aus den Berichten über die Veranstaltung der Reichsorganisation in den Jahren 1920 und 1921 nicht nur diese Vernunftüberlegung, sondern auch ein wirkliches Hochgefühl, in der Gemeinsamkeit einer großen Standesorganisation mitzuwirken[3]). Spürbar wurden die Bindungen zum Gesamtverband noch durch die Wahl des Provinzialvorsitzenden Stamerjohann zu dessen 2. stellvertretendem Vorsitzenden im Juli verstärkt.

Gemeinsamkeit zwischen Bauernverein und Vereinigung bestanden vor allem in dem gleichberechtigten Miteinander der verschiedenen bäuerlichen Größenklassen gegenüber dem Dominieren des Großgrundbesitzes im Bund der Landwirte und Landbund[4]), ihrer politischen Spannweite von den Demokraten über das Zentrum bis zur Bayerischen Volkspartei und DNVP gegenüber der einseitig deutschnationalen Orientierung des Landbundes und den eng verwandten wirtschaftspolitischen Ansichten der überwiegend auf der Veredelungswirtschaft basierenden nordwest-, west- und süddeutschen Bauern im Gegensatz

---

[1]) Zur Gründung der Bayerischen Volkspartei und ihrer Lösung aus der „Weimarer Koalition" siehe Schwend, a.a.O., S. 58 f., S. 122 bis 132.

[2]) Zum Übertritt der katholisch-konservativen Gruppe um Martin Spahn vom Zentrum zur DNVP siehe K. Buchheim, Die Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953, S. 329 f.

[3]) Siehe Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1920/Nr. 12 (Tagung in Berlin), und besonders S. 61 f. dieser Arbeit.

[4]) Der Bauernverein mußte sich allerdings schon frühzeitig mit Vorwürfen vor allem von sozialdemokratischer Seite auseinandersetzen, bei ihm sei das Übergewicht des Großgrundbesitzes durch ein Dominieren des Großbauerntums gegenüber den Kleinbauern abgelöst worden. (Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1920, Nr. 4, zur Lage der Kleinbauern.)

zu den ostelbischen Mittel- und Großbetrieben, bei denen der Kornbau vorherrschend war[1]). Mit dem Zusammenschluß im Bauernverein ging in Schleswig-Holsteins Landvolk ein Bemühen um bewußte Besinnung auf die Eigenart der Heimat und das überlieferte ländliche Brauchtum parallel[2]). Bei dem ersten schleswig-holsteinischen Bauerntag vom 16. bis 18. Juli 1920[3]) trafen sich in Rendsburg 5000 Landleute, unter ihnen zahlreiche Gruppen in ihren alten Trachten. Dithmarscher Jungbauern zeigten seit Jahrhunderten erstmals wieder den alten Schwertertanz ihrer Vorfahren.

Ein besonders wirkungsvolles Instrument schuf sich der Bauernverein durch die Gründung von Kreisgenossenschaften in allen Bezirken Schleswig-Holsteins. Diese faßten ihre Mitglieder zum Einkauf und Verkauf von Agrarerzeugnissen zusammen und unterstützten sie bei ihren Bemühungen um Kredite.

Zusammenfassend läßt sich schon für die Gründungs- und Aufbauperiode sagen, daß neben neuen zukunftweisenden Ideen auch sofort Spannungsmomente zu der republikanischen Staatsform und Regierung sichtbar wurden. Scharf übte man an der parteipolitischen Bindung des Landbundes zur deutschnationalen Opposition Kritik[4]); neue Gedanken, wie der von Georg Heim formulierte Plan einer „Grünen Internationale" als fester Zusammenschluß der nationalen bäuerlichen Organisationen Europas, wurden begrüßt und gründlich durchdacht[5]). Aber neben der schon erwähnten entschiedenen Opposition gegen die Wirtschaftspolitik der Berliner Regierungen wurde bereits frühzeitig immer wieder die Sorge laut, im Zeichen des allgemeinen gleichen Wahlrechts und des uneingeschränkten Parlamentarismus durch die in wenigen Jahrzehnten schnell gewachsene Mehrheit der städtischen Bevölkerung majorisiert zu werden. Wir finden ständige Reflexionen über die Fragwürdigkeit des „Gesetzes der reinen Zahl", die von ernsten Grundsatzbetrachtungen bis zur Geltendmachung problematischer Eliteansprüche gingen[6]).

---

[1]) Die Ansicht von E. Topf, a.a.O., S. 12, der Entschluß des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins zum Beitritt an die katholisch bestimmte Reichsorganisation habe für ihn strukturelle Schwierigkeiten geschaffen, gilt m. E. für die Jahre bis 1928/29 nicht. Die konfessionspolitischen Argumente des Landbundes hatten über den Kreis seiner Mitglieder hinaus keine nennenswerte Wirkung. Programmatische Erklärungen der „Reichsvereinigung" finden sich im Schleswig-Holsteinischen Bauern 1920/Nr. 16 und in einer Zusammenfassung bei E. Witte, a.a.O., S. 39 ff.

[2]) Siehe vor allem verschiedene Beiträge von Paul von Hedemann-Heespen im Schleswig-Holsteinischen Bauern (1920/Nr. 8, 21, 22). V. Hedemann-Heespen klagte allerdings bald darüber, daß auch in großen Teilen des Bauerntums Schleswig-Holsteins ein rein materialistisches Erfolgsdenken im Vormarsch begriffen sei. (Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1920/Nr. 44, „Klarheit!")

[3]) Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1920/Nr. 23.

[4]) Siehe Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1921/Nr. 31.

[5]) Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1920/Nr. 44: „... Die Grüne Internationale würde keine politische Vereinigung sein; dennoch könnte sie nicht nur in weltwirtschaftlicher, sondern auch in weltpolitischer Beziehung segensreich wirken. Sie könnte ein heilbringendes wirtschaftliches Regulativ und ein die Versöhnung der Völker fördernder Faktor sein ..."

[6]) Schleswig-Holsteinischer Bauer, 1920/Nr. 8, 21, 22, 34, 44.

Der Bund der Landwirte benötigte nach der Revolution einen längeren Zeitraum, bis seine Organisation wieder geordnet und schlagkräftig war[1]). Zwar bekannte sich sein Vorstand bereits am 19. Februar 1919 in einer scharf gegen die revolutionären Kräfte und Ereignisse gerichteten Entschließung eindeutig zu den bisherigen Grundlagen der Arbeit[2]), aber sein Appell, jegliche Zersplitterung in den Reihen der Landwirtschaft zu vermeiden, hatte auch in den Kerngebieten des BdL keinen vollen Erfolg. Besonders in Brandenburg, Thüringen und Sachsen entstanden 1919 und 1920 zahlreiche neue Gruppen, die zumeist den Namen „Deutscher Landbund" wählten und für eine mehr abwartende Haltung gegenüber dem neuen Staat sowie einen stärkeren Einfluß der bäuerlichen Kräfte in den landwirtschaftlichen Organisationen eintraten.

Es gelang dem Bund der Landwirte, rechtzeitig einzulenken. Er vereinigte sich mit den wichtigsten dieser neuen Bünde 1920 zum Reichslandbund. So gab er zwar den überkommenen Namen auf, übernahm jedoch durch seine ungleich größeren organisatorischen Erfahrungen und einen bewährten Apparat von Mitarbeitern bald völlig die Führung des neuen Verbandes, der 1921 nach eigenen Angaben mit rund 1,5 Mill. Mitgliedern die eindeutig stärkste wirtschaftspolitische Organisation der Landwirtschaft war[3]).

In Schleswig-Holstein verband sich der BdL nach der Revolution sofort aufs engste mit den Deutschnationalen[4]). Das Aufkommen der Bauernräte, der Bauern- und Landarbeiterdemokratie und besonders des Bauernvereins bereitete ihnen große Sorgen und drängte ihn zunächst in die Defensive. Dieser neue Verband des Bauerntums konnte nicht — wie die Landbünde Mittel- und Ostdeutschlands — durch die Gründung des Reichslandbundes gewonnen werden, sondern nahm — wie schon geschildert — eine betont eigenständige Haltung ein. Zu beträchtlichen Spannungen kam es mit der vor allem in den Gutsbezirken sehr gekräftigten sozialistischen Landarbeitergewerkschaft[5]), in der teilweise

---

[1]) Zur Entwicklung des Bundes der Landwirte nach der Revolution und seinem Aufgehen im Reichslandbund siehe E. Witte, a.a.O., S. 36 f.; v. Altrock, Reichslandbund, in: Handbuch der Staatswissenschaften, Band VII; Deutscher Landbund (Herausgeber), Der Landbundgedanke, Zur Organisation des Landvolks, Berlin 1919.

[2]) Siehe KNN, 20. Februar 1919, „Tagung des BdL in Berlin". Der Bundesvorsitzende Frh. v. Wangenheim erklärte u. a.: „Die Parteien der Demokratie sind es gewesen, die in planmäßiger Arbeit die Fundamente des alten Regimes untergraben haben, so daß es zusammenbrechen mußte."

[3]) Landbote, 1921/Nr. 7. Zu den Vorbehalten, mit denen viele Zahlenangaben der Organisationen betrachtet werden müssen, siehe E. Topf, a.a.O., S. 121 f.

[4]) Siehe S. 64 f. dieser Arbeit.

[5]) Zu der Entwicklung der Landarbeitergewerkschaft nach 1918 siehe W. Haenlein, Die deutsche Landarbeiterbewegung in ihrem Werden, Wesen und der Entfaltung ihrer Ideologien, Frankfurt 1931.

radikale Kräfte der USPD wirksam wurden und die im Jahre 1919 wiederholt zu Streiks aufrief[1]). Eine gründliche Reorganisation und Ausweitung des Verbandes erfolgte erst im Jahre 1921 unter einer neuen, stark verjüngten Führung[2]).

[1]) Siehe VZ, 25. August 1919 („Die Großagrarier in Nöten") und 27. September 1919 („Landarbeiterstreik auf Fehmarn").

[2]) Siehe S. 64 dieser Arbeit.

III. Kapitel

Spannungen und Kämpfe um eine neue Ordnung (1920/1923)

Im Frühjahr 1919 war die Revolutionsphase beendet. Während im Reich bei den Auseinandersetzungen um die neue Verfassung sich unter großen Schwierigkeiten die Weimarer Koalition von Mehrheitssozialdemokraten, Zentrum und Demokraten formierte, versuchte in den Provinzen die Linke, jedenfalls durch personelle Umbesetzungen die in ihrer Struktur im wesentlichen unveränderte Verwaltung zu beeinflussen[1]). Für Schleswig-Holstein war in diesem Zusammenhang besonders die am 10. März 1919 erfolgte Ernennung des Sozialdemokraten Heinrich Kürbis zum Oberpräsidenten bedeutsam. Regierungspräsident in Schleswig wurde, nachdem die zunächst beabsichtigte Berufung eines weiteren Sozialdemokraten starke Proteste hervorrief[2]), der bürgerliche Laufbahnbeamte Dr. Johannssen[3]).

Doch übernahm die Sozialdemokratie im Sommer 1919 einige Landratspositionen. So wurde im Juli der Süderdithmarscher Landrat Dr. Wachs, dessen ablehnende Haltung gegenüber den neuen Verhältnissen bekannt war, durch eine stürmische Demonstration mehrerer hundert Gewerkschaftler zur Amtsniederlegung gezwungen. An seine Stelle trat der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Richter aus Neumünster[4]), der jedoch schon nach einigen Monaten auf Grund eines Kreistagsbeschlusses von dem Bürgerlichen Dr. Pauly abgelöst wurde. Dauerhafter waren die personalpolitischen Erfolge der SPD in Pinneberg (Landrat Niendorf), Eckernförde (Landrat Adler) und in den Städten Kiel, Altona, Wandsbek und Neumünster. Von den neuen Landräten bürgerlich-demokratischer Prägung gewann besonders Theodor Steltzer in Rendsburg Bedeutung.

Ein eindeutiges Übergewicht des bürgerlich-bäuerlichen Einflusses blieb trotz dieser sozialistischen Bemühungen jedoch fast überall in den ländlichen Gemeinden und Amtsbezirken wie in den kleinen Städten bestehen, obwohl die

---

[1]) Siehe S. 28 dieser Arbeit. Zur Situation des Berufsbeamtentums und zur Verwaltungsstruktur nach 1918 siehe vor allem K. D. Bracher, a.a.O., S. 174 bis 199 (mit zahlreichen Literaturhinweisen).

[2]) Siehe besonders VZ, 3. August 1919 („Ran an die Futterkrippe"), 7. August 1919 („Aus der Werkstatt der Scheindemokratie").

[3]) Dr. Johannssen war Mitglied der DVP (VZ, 10. September 1920) und trat nach seiner Pensionierung 1930 als Kandidat für diese Partei auf.

[4]) VZ, 6. August 1919.

Sozialdemokraten gegenüber den Vorkriegswahlen spürbare Fortschritte erzielten. Bei den Kreistagswahlen im Mai 1919 wurden in 19 Landkreisen (ohne Süderdithmarschen) insgesamt 456 Kreistagsabgeordnete gewählt[1]), von denen 223 als „bürgerlich" firmierten und 114 der Mehrheitssozialdemokratie angehörten. Neben 61 Dänen[2]) gab es 38 auf Parteilisten gewählte Demokraten, 15 Vertreter einer Liste „Bauernbund" und 5 der USPD. Wohl hatten die bürgerlichen Parteien von DDP bis DNVP neben Wirtschafts- und Bürgervereinigungen zumeist auf die Zusammenstellung der nichtsozialistischen Listen Einfluß genommen. Doch spiegelt sich in diesen Zahlen bereits das geringe Gewicht der nichtsozialistischen Parteien in der Kommunalpolitik wider[3]), das durch eine genauere Betrachtung der Stadt- und Gemeinderatswahlergebnisse vom 2. März bestätigt wird[4]).

Bedeutsam war vor allem, daß die demokratische, zum neuen Staat sich bekennende Mitte in den Monaten nach der Revolution nicht die genügende organisatorische Verankerung in der bürgerlich-bäuerlichen Bevölkerung gefunden hatte, um bei den Kommunalwahlen politisch profilierte Listen mit genügendem Gewicht zum Tragen zu bringen. Bürger- und Bauerntum zogen es unter dem Motto des vorwiegend wirtschaftlichen und lokalen Charakters der Wahlen durchweg vor, sich abwartend in neutralen, verfassungspolitisch indifferenten Listen zusammenzufinden. Dieser Weg entsprach zunächst auch den Vorstellungen der Rechten am meisten, die sich dann schon im Verlauf des Jahres 1919 allmählich zu schärferen Tönen der Opposition steigerte.

Es erschien den meisten Menschen in Stadt und Land durchaus zweifelhaft, ob die neue Staatsform mit ihren Regierungen wirklich Bestand haben werde. Auch nach dem Inkrafttreten der Verfassung wurde die Republik weithin noch als ein aus dem tragischen Schicksal des Zusammenbruchs entstandenes bloßes Provisorium empfunden[5]).

Zehntausende demilitarisierter Soldaten aus den alten kaiserlichen Einheiten und den auf Grund der Versailler Vertragsbestimmungen großenteils gegen

---

[1]) Nach einer Zusammenstellung in der VZ vom 7. August 1919.

[2]) Vornehmlich in den nordschleswigschen Kreisen.

[3]) Siehe S. 63 dieser Arbeit.

[4]) Eine Zusammenstellung zahlreicher Einzelergebnisse findet sich in den KNN vom 3. und 5. April 1919. So wurden z. B. in Kiel neben 33 Mehrheitssozialdemokraten und 7 Abgeordneten der USPD von der bürgerlichen Seite je 11 Vertreter der „Mieter" und der „Bürgervereinigung", 4 der „Hausbesitzer" und 6 des „Demokratischen Vereins" gewählt. Aufschlußreich ist der Wahlaufruf der „Mieter" (KNN, 10. Februar 1919), in dem unter Hinweis auf das „Erwachen der Bauern und Landarbeiter" bei den Januarwahlen gefordert wurde, eine Entscheidung „unabhängig von jeder Parteipolitik" zu treffen. „Der Streit der politischen Parteien kann euch nicht helfen."

[5]) Die Hoffnung auf die baldige Möglichkeit einer Korrektur des Zusammenbruchs und seiner Folgen war besonders in den Freikorps, stellenweise auch in den Selbstschutzvereinigungen, spürbar (siehe hierzu S. 51 f. dieser Arbeit). Daneben stand die Sorge vor einem gewaltsamen kommunistischen Umsturz, die durch die bewaffneten Aufstände der äußersten Linken genährt wurde.

ihren Willen aufgelösten Freikorps hielten auch nach ihrer Entlassung einen engen, organisierten Kontakt untereinander. Neben den von der Regierung anerkannten und geförderten „Einwohnerwehren" entstanden so bereits 1919 „Selbstschutzverbände" von teilweise beträchtlicher Stärke. Die schon früh spürbaren Spannungen zwischen diesen Gruppen und den betont republikanischen Kräften vor allem der Arbeiterschaft wurden durch den Kapp-Putsch im März 1920 sehr verschärft[1]). In Schleswig-Holstein schloß sich der militärische Befehlshaber im Gouvernementsbereich Kiel, Konteradmiral von Levetzow, mit seinen Einheiten am 13. März — dem Tag der Besetzung Berlins — der rechtsrevolutionären Bewegung an. Oberpräsident Kürbis und die Vertreter einer von SPD und USPD in Kiel gebildeten provisorischen republikanischen Gegenregierung wurden verhaftet[2]). Der frühere Oberbürgermeister von Kiel, Lindemann, übernahm am 14. März mit einem Aufruf an die Bevölkerung für einige Tage die Verwaltungsgeschäfte des Oberpräsidenten. Während die Arbeiter Kiels und der anderen Großstädte, wie auch die Landarbeiter Ostholsteins, nach teilweise blutigen Zusammenstößen mit dem Militär sich fast geschlossen dem von den Gewerkschaften und der legalen Regierung ausgerufenen Generalstreik anschlossen, gingen die Selbstschutzverbände größtenteils in das Lager der Putschisten über. Auch die Spitzen der landwirtschaftlichen Verbände und Organisationen (u. a. Landwirtschaftskammer, Bund der Landwirte, Bauernverein und Genossenschaftsverband) bekundeten am 15. März in einem gemeinsamen Aufruf ihr Vertrauen zur „neuen Regierung" und drohten im Fall einer Fortsetzung des Generalstreiks mit der Einstellung der Lebensmittelablieferung.

Nach turbulenten Tagen erregter Auseinandersetzungen, Gerüchte und Dementis war am 18. März endgültig deutlich, daß der Putsch zusammengebrochen war. In kurzer Frist kehrte auch in der Provinz relative Ruhe und Ordnung wieder ein. Doch war sichtbar geworden, wie schwach die Fundamente des republikanischen Staates im Grunde waren, die bereits kurz darauf erneut durch die kommunistischen Aufstände im Ruhrgebiet gefährdet wurden. Ein tiefer Zwiespalt an Mißtrauen und teilweise kaum verhohlener Feindseligkeit blieb zwischen den Kräften der Linken und dem Bürgertum zurück[3]), den die in ihrem Gewicht spürbar schwächer werdende demokratische Mitte nicht mehr zu überbrücken vermochte.

Die Selbstschutzverbände waren in Schleswig-Holstein auch nach dem Kapp-Putsch trotz aller Interventionen der Regierung zunächst weiter tätig. Sie vermochten sogar ihre Mitgliederzahlen zu vergrößern und durch den Anschluß an die im Sommer 1920 von dem Bayerischen Forstrat Escherich gegründete und

---

[1]) Zum Kapp-Putsch siehe E. Eyck, a.a.O., S. 202 ff.

[2]) Die Entwicklung vom 12. bis 20. März in Schleswig-Holstein schildert ein Sonderdruck der „Republik" (USPD-Tageszeitung in Kiel) vom 21. März 1920 besonders ausführlich.

[3]) Siehe Bericht des Landrats Dr. Pauly vom 19. November 1920 an den Regierungspräsidenten (in 309/22678), Anlage I.

über das ganze Reichsgebiet verbreitete „Organisation Escherich" (Orgesch) eine beträchtliche überregionale Bedeutung zu gewinnen[1]).

Ihre Gesamtstärke in Schleswig-Holstein wurde von der Flensburger Kriminalpolizei im November 1920 auf 25000 bis 30000 Mitglieder geschätzt[2]). Regionale Schwerpunkte waren die Westküste, wo die mit der Orgesch lose verbundene „Arbeitsgemeinschaft Dithmarschen" an 10000 Mitglieder zählte[3]), Flensburg Stadt und Land mit etwa 3000, Plön mit über 1500 und Lauenburg mit über 1000 festen Anhängern[4]). Die Organisation wurde entweder von der Dorf- oder Kleinstadtgemeinschaft, teilweise unter Mitwirkung der Bürgermeister, getragen oder als militärischer Traditionsverband bezeichnet. Der Grundgedanke war, sich gegen die vor allem in den Landgebieten zunehmenden Lebensmittel- und Viehdiebstähle zu schützen und in Anlehnung an die Reichswehr der Gefahr eines kommunistischen Umsturzes entgegenzutreten[5]). Doch wurden auch immer wieder radikale Töne gegen die bestehende Staatsordnung laut[6]), insbesondere, nachdem Oberpräsident Kürbis im Juli 1920 unter Berufung auf die Verhandlungsergebnisse von Spaa[7]) die konsequente Auflösung der Orgesch und verwandter Verbände anordnete. So führte die „Gauleitung Holstein-West" in Heide noch am 16. November 1920 eine von über 800 Personen besuchte Protestkundgebung durch[8]), obwohl Reichsinnenminister Severing die Organisation am 1. November für das ganze Reichsgebiet verboten hatte[9]).

Mit Sorge hatten die verantwortlichen Sozialdemokraten bereits im Sommer 1920 feststellen müssen, wie die bei den Reichstagswahlen[10]) sichtbar werdende Radikalisierung eines Großteils der Arbeiterschaft durch die Aktivität der nach den Erfahrungen des Kapp-Putsches als „konterrevolutionär" empfundenen Orgesch noch verstärkt wurde. So verzeichnete Oberpräsident Kürbis im September, daß zahlreiche Ortsverbände der USPD unter diesem Gesichtspunkt

---

[1]) Sehr detaillierte Unterlagen über die Tätigkeit der „Organisation Escherich" (Orgesch) in der Provinz und teilweise auch in anderen Teilen des Reichs enthält die Akte 309/22678 der Regierung zu Schleswig, die vor allem der folgenden Darstellung zugrunde liegt. Für die Entwicklung im Reich und besonders in Bayern siehe K. Schwend, a.a.O., S. 159 bis 170.

[2]) Brief an den Regierungspräsidenten vom 24. November 1920 (in 309/22678).

[3]) Siehe Anlage I.

[4]) Berichte der Landräte von Plön und Lauenburg, sowie der Kriminalpolizei Flensburg, sämtlich vom 24. November 1920, an den Regierungspräsidenten (in 309/22678).

[5]) Insbesondere im Bericht des Landrats von Plön vom 24. November 1920 wird dies näher ausgeführt.

[6]) U. a. im Bericht des Landrats von Stormarn vom 20. November 1920.

[7]) Die Alliierten hatten hier nachdrücklich gegen die Einwohnerwehren protestiert, siehe E. Eyck, a.a.O., S. 225 f.

[8]) Bericht des Landrats von Norderdithmarschen vom 16. November 1920.

[9]) „Deutsche Tageszeitung", 2. November 1920, Nr. 512. Severing bezeichnet die Orgesch als eine „immer wachsende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung". U. a. wandte sich Stresemann als Vorsitzender der DVP gegen diese Maßnahme.

[10]) Siehe S. 53 dieser Arbeit.

den Anschluß an die KPD beschlossen hatten[1]). Die Gewerkschaften und die SPD bildeten Arbeiterräte als „Kontrollkommissionen" für die Untersuchung von Schiffen auf dem Nordostseekanal nach verborgenen Waffentransporten[2]). Starkes Aufsehen über die Grenzen der Provinz hinaus riefen Waffenfunde bei dem Soldaten-Siedlungs-Verband im Lockstedter Lager (Steinburg) am 5. September 1920 hervor, nachdem noch am 27. August der Preußische Ministerpräsident Braun die Siedler, denen rechtsradikale Umtriebe vorgeworfen waren, in einer Ansprache zu politischer Besonnenheit ermahnt hatte[3]).

Das Verbot der Orgesch hatte, wie schon erwähnt, zunächst nur bedingten Erfolg. Am 3. März 1921 wurde es von dem Verwaltungsgericht in Schleswig in einem Urteil in seinen rechtlichen Grundlagen in Frage gestellt[4]); erst nach scharfen Strafandrohungen aus Berlin auf Grund eines neuen Gesetzes vom 22. März 1921[5]) versickerte die Organisation allmählich im Sommer 1921. Doch blieben die einmal aufgenommenen persönlichen Kontakte bestehen, teilweise in militärischen Traditionsverbänden[6]), teilweise in den ersten entstehenden völkischen Organisationen[7]), die bald die Provinz mit einem Netz an Vertrauensleuten überspannten[8]).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Selbstschutzverbände zunächst dem natürlichen Impuls nach Nachbarschaftshilfe in einer Zeit der Gefährdung und Rechtsunsicherheit entsprangen. Doch erfolgte insbesondere durch die Organisation Escherich bald eine Infiltration von verfassungs- und staatspolitisch problematischen Gedanken[9]). Die Orgesch war betont militant organisiert und übertrug soldatisch-autoritäre Vorstellungen auch auf das politische Gebiet[10]). Hier berührte sie sich eng mit der Argumentation der äußersten

---

[1]) Brief an den Regierungspräsidenten vom 25. September 1920 (in 309/22678).

[2]) „Kieler Zeitung", 8. September 1920, Nr. 421.

[3]) Siehe hierzu: „Berliner Tageblatt", 21. August 1920; „Hamburger Echo", 8./9. September, Nr. 418; Bericht des Landrats von Steinburg vom 1. September an den Regierungspräsidenten; Lockstedter Lager blieb im nächsten Jahrzehnt ein Herd für radikale politische Kräfte. Siehe S. 143 dieser Arbeit.

[4]) Das Urteil vom 3. März 1921 findet sich in der Akte 309/22678.

[5]) Das Gesetz sah die Auflösung derjenigen Vereinigungen vor, deren Satzung oder Verhalten im Widerspruch zu Art. 177 und 178 des Friedensvertrages stand.

[6]) So berichtete der Landrat von Pinneberg am 8. Juli 1921 (309/22678), daß sich aus Anhängern der verbotenen „Orgesch" in Barmstedt ein „Treubund Rantzau" gebildet habe.

[7]) Siehe S. 78 ff. dieser Arbeit.

[8]) Der Bericht des Polizeipräsidenten von Kiel vom 23. November 1921 über die Festnahme des Bezirksleiters Schleswig-Holsteins der „Organisation Consul" — zu der die Mörder Erzbergers gehörten — spricht von bestehenden Verbindungen über die ganze Provinz (in 309/22678).

[9]) Bereits am 25. Juni 1920 äußerte der Landrat von Süderdithmarschen unter diesem Gesichtspunkt starke Bedenken gegen die jüngste Entwicklung der Selbstschutzvereinigung im Süden des Kreises (in 309/22678).

[10]) Die Satzung und eine Zusammenfassung der Ziele finden sich im „Plöner Wochenblatt" vom 7. September 1920. Die Satzung sah „vorbehaltlose Unterordnung" der Mitglieder unter die Leitung vor. Die organisatorische Gliederung erfolgte in „Gau-" und „Kreisleitungen". Forst-

rechten Opposition gegen den Weimarer Staat, der soeben erst die schwere Krise des Kapp-Putsches überstanden hatte.

Der schleswig-holsteinische Bauer und Bürger aber, für den die Selbstschutzorganisation primär eine Einrichtung zum unmittelbaren Schutz seiner Sicherheit und seines Eigentums war, verstand die Gründe für das Verbot nicht und war über die Maßnahme der Regierung erbittert[1]). In welchem Umfang überhaupt verschiedenartige Motive in der Organisation Escherich und den ihr verwandten Selbstschutzorganisationen zusammentrafen, wird am klarsten in einem bemerkenswerten Bericht des Meldorfer Landrats Dr. Pauly vom 19. November 1920 sichtbar[2]). Er weist vor allem darauf hin, wie sehr bereits jetzt sich die eminente Gefahr abzeichnete, daß die als natürlich empfundenen politischen Gliederungen des Bauern- und Bürgertums sich losgelöst von den staatsbejahenden Parteien und in einer durch Mißtrauen bestimmten „Abkehr vom Staatsgedanken" entwickelten[3]).

Die Wahlen zum Reichstag machten am 6. Juli 1920 deutlich, wie sehr die republikanischen Kräfte der Mitte durch die innenpolitische Radikalisierung und die schweren Belastungen der Versailler Friedensbestimmungen geschwächt waren. Ihre Stimmen gingen gegenüber dem Vorjahr von 19 auf 11 Mill. zurück[4]), während die Rechte von 5,6 auf 9,1[5]) und die extreme Linke von 2,1 auf 5,3 Mill. anwuchs[6]).

Noch ausgeprägter als im Reichsdurchschnitt war diese Tendenz bei den bürgerlichen Parteien Schleswig-Holsteins sichtbar, wo das Zentrum als stabilisierender Faktor gegenüber den schweren Verlusten der DDP fehlte. Andererseits behauptete sich hier die SPD gegenüber den linksextremen Gruppen trotz einiger Einbußen besser als in den meisten anderen Teilen des Reiches. Die

---

rat Escherich fungierte als „Reichshauptmann". Zur „Organisation Escherich" siehe ferner: E. H. Posse, Die politischen Kampfbünde Deutschlands, 2. Auflage, Berlin 1931, mit einer Zusammenstellung von Aufrufen und Programmen der „Orgesch" (S. 12 f.). Auch Posse vertritt die Ansicht, in der „Organisation Escherich" seien bereits deutliche Züge der „gesinnungsmäßigen Gemeinschaft" sichtbar geworden.

[1]) Besonders ein Schreiben des Amtsvorstehers von Ahrensburg vom 4. März 1921 an den Landrat von Stormarn spiegelt diese starke Unzufriedenheit wider (in 309/22678). Ein Rundschreiben des Reichsinnenministeriums vom 21. April 1921 geht auf die Beschwerden zahlreicher Landräte ein, nach denen durch die Auflösung der Selbstschutzorganisationen eine erhöhte Rechtsunsicherheit in den Landgebieten entstanden war.

[2]) Siehe Anlage I.

[3]) Siehe S. 199 f. dieser Arbeit.

[4]) Es erhielten die SPD 21,7%, das Zentrum 13,6% und die DDP 8,3%. Die Einzelergebnisse finden sich in „Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920", in: Statistik des Deutschen Reiches, Band 291, Berlin.

[5]) DVP: 13,9%, DNVP: 15,1%.

[6]) USPD: 17,9%, KPD: 2,1%.

Wahlen wurden in der Provinz mit Rücksicht auf die Abstimmungstermine in Schleswig[1]) und in Ostpreußen erst am 20. Februar 1921 durchgeführt.

Insgesamt verteilten sich im Wahlkreis 14 (Schleswig-Holstein und Eutin) die Stimmen folgendermaßen: 257389 SPD (37,3%), 141410 DNVP (20,5%), 127346 DVP (18,4%), 65062 DDP (9,4%), 41839 KPD (6,1%), 25907 SHLP (3,8%), 20701 USPD (3%), 5572 Zentrum (0,8%). Die SPD blieb also trotz gewisser Einbußen die stärkste Partei. Sie erhielt 4 Abgeordnete[2]). Unter ihnen wie den folgenden Kandidaten befand sich kein Bauer oder Landarbeiter, obwohl die Partei in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern noch 33% der Stimmen erhielt[3]). Ihre Schwerpunkte in den ländlichen Gebieten lagen traditionell in Ostholstein und in Hamburger Randgebieten[4]). Auch in Süderdithmarschen (31,6%) und in Steinburg (34,4%) schnitt sie unter der Landbevölkerung gut ab. Am schwächsten kam sie in den fast rein bäuerlichen Randbezirken der nördlichen Grenzkreise zum Zuge[5]).

Die Deutschnationalen hatten ihren Stimmenanteil gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht und waren damit der eigentliche Gewinner der Wahl. Besonders eindrucksvoll war ihre Zunahme in den ländlichen Gemeinden unter 2000 Einwohnern von 10,7 auf 28,6%, doch auch in den Großgemeinden und den städtischen Bezirken gewannen sie stark an Boden (16,2%)[6]). Einzelne Kreisergebnisse bedeuteten geradezu einen Erdrutsch. So wählte Husum in seinen ländlichen Gemeinden — in denen vor 1918 konservative Kandidaten stets völlig ohne Erfolg waren[7]) — zu 57,1% DNVP. Sicher hatte hier der nach Dr. Oberfohren als zweiter Kandidat in den Reichstag gewählte kreisansässige Hofbesitzer Richard Thomsen, Struckum, besondere Zugkraft ausgeübt. Doch kam es auch in Norderdithmarschen mit 46% ländlichen DNVP-Stimmen zu einer, gemessen an der Zeit vor 1918, ähnlich grundlegenden Neuorientierung im Landvolk. Eine regionale Zusammenfassung ergibt für die ländlichen Gebiete (Ge-

---

[1]) Am 10. Februar 1920 wurde in Nordschleswig, am 14. März 1920 in Flensburg abgestimmt.

[2]) Frau Louise Schröder, Altona; Schriftsteller Karl Frohme, Hamburg; Stadtverordneter Otto Eggerstedt, Kiel; Reichsminister a. D. Dr. Adolf Köster, Blankenese.

[3]) 2000 bis 5000 34,7%, 5000 bis 10000 39,3%, über 10000 41,8%. Einzelergebnisse aus „Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920", Heft 3 (Ergebnisse der Wahlen am 20. Februar 1921 in den Wahlkreisen 1, Ostpreußen, und 14, Schleswig-Holstein). Statistik des Deutschen Reiches, Band 291, Berlin.

[4]) Siehe S. 15 dieser Arbeit. In Gemeinden bis zu 2000 Einwohner: Oldenburg 51,6%, Plön 45,1%, Eutin 44,3%, Bordesholm 39,3%, Stormarn 45,2%, Lauenburg 37,3%, Pinneberg 38,5%.

[5]) In Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern: Husum 14,5%, Flensburg Land 16,9%, Schleswig 17,9%, Südtondern 18,3%.

[6]) Davon in Gemeinden von 2000 bis 5000 Einwohnern 22,5%, von 5000 bis 10000 Einwohnern 14,7%, über 10000 Einwohner 14,2%.

[7]) Siehe S. 17 dieser Arbeit.

meinden bis zu 2000 Einwohnern) in der Marsch 29% DNVP-Stimmen, in der Geest 25,3% und in Ostholstein und -schleswig 28,2%[1]).

Bedeutende Fortschritte erzielte auch die DVP. Ihr Schwergewicht lag wieder etwas stärker in den Städten[2]). Doch vermochte sie auch in den Landgebieten ihren Prozentsatz von 6,7 auf 16,1% zu steigern[3]). Das besonders günstige Ergebnis in einigen Marschgebieten — so in den ländlichen Gemeinden Eiderstedts mit 31,9% gegenüber 23,9% für die DNVP — entsprang wirtschaftspolitischen Motiven[4]) und der in Teilen des Bauerntums der Westküste immer noch bestehenden Opposition gegen das „Preußentum"[5]) der DNVP, eine Stimmung, die vor 1918 besonders für den Freisinn günstig gewesen war[6]). Die beiden gewählten Abgeordneten der DVP waren Oberschulrat Dr. Runkel, Schleswig, und Landmann Käselau, Rümpel (Krs. Stormarn).

Die DDP entsandte als einzigen Abgeordneten ihren Spitzenkandidaten, den in Starnberg ansässigen Botschafter a. D. Graf Bernstorff, in den Reichstag. Der Rückgang der demokratischen Mitte in Stadt (von 28,3% auf 10,5%) und Land (von 25,8% auf 7,3%) war fast gleichmäßig stark und schmerzlich. Am günstigsten hatte sie noch in den Flecken und Kleinstädten (Gemeinden mit 2000 bis 5000 Einwohnern 12,1%, 5000 bis 10000 Einwohnern 13,1%) abgeschnitten, wo ein Teil der Gewerbetreibenden, kleinen Kaufleuten und Beamten zu ihr hielt. In den Landbezirken erzielte sie die relativ besten Ergebnisse in Eutin (13,8%), Segeberg (9,9%) und den Hamburger Randkreisen. In Rendsburg (3,3%) und Norderdithmarschen (4%) sank sie in den ländlichen Gemeinden (mit weniger als 2000 Einwohnern) unter 5% aller Stimmen ab.

Eine überraschende Stabilität zeigte die aufs Ganze gesehen erfolglose Schleswig-Holsteinische Landespartei trotz ihrer Rückschläge im Jahre 1919 in einigen Landkreisen der Geest. Sie behauptete in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern einen Anteil von 8,6%, davon in der Geest 27,5%, in der Marsch 5% und in Ostholstein und -schleswig 6,2%. Die Dörfer Rendsburgs brachten ihr 30,4%, Schleswigs 25,8% und des Landkreises Flensburg 18% aller Stimmen. Neben aus der Arbeit des Bauernvereins bekannten Landleuten wie Iversen, Munkbrarup, den Hofbesitzern Bundtzen, Langstedt (Schleswig), Sohrt, Ascheffel (Eckernförde) und Heesch, Meldorf, kandidierten mit dem Heider Kaufmann Thole und dem Begründer der Rendsburger Heimvolkshochschule, Rektor Henningsen, auch angesehene Vertreter gewerblicher Verbände und des ländlichen Bildungswesens auf ihrer Liste. Spitzenkandidat für die Preußischen

---

[1]) Die Zusammenstellung findet sich bei Heberle, Manuskript S. 99.

[2]) In Gemeinden von 2000 bis 5000 Einwohnern 18%, von 5000 bis 10000 Einwohnern 17,5%, von über 10000 Einwohnern 20,8%.

[3]) Marsch 20,1%, Geest 13%, Ostholstein und -schleswig 15,6%.

[4]) Siehe S. 10 dieser Arbeit.

[5]) Siehe S. 21 dieser Arbeit.

[6]) Siehe S. 19 dieser Arbeit.

Landtagswahlen am 20. Februar 1921[1]) war der Vorsitzende des Provinzialbauernrats 1919/20, Hofbesitzer Lüdemann, Loeptin (Plön). An sechster Stelle stand hier der Hufner Max Tönnsen, Schaalby (Schleswig), der spätere Begründer des Jungbauernverbandes in Schleswig-Holstein[2]). Die tiefgehenden Auseinandersetzungen bei den Abstimmungskämpfen in Schleswig hatten dem Heimatgedanken gerade in der Landbevölkerung starke Impulse verliehen. Aber er erwies sich erneut für eine politische Partei als nicht tragfähig, deren wichtigste Aufgaben in den parlamentarischen Körperschaften des Reiches und Preußens lagen[3]). Die Niederlage von 1921 besiegelte das Schicksal der Landespartei endgültig; sie führte noch bis 1925 ein unbedeutendes Schattendasein. Ihre ländlichen Wähler wandten sich in den folgenden Jahren größtenteils der DNVP zu[4]).

Neben den bereits erwähnten Gründen müssen noch verschiedene allgemeine und regionale Faktoren für diese folgenschwere Verlagerung der politischen Gewichte von der Mitte zu den Flügelgruppen hin angeführt werden. Von außerordentlich starkem Einfluß waren — wie schon an den Selbstschutzverbänden aufgezeigt wurde — die Wirkungen der bedrückenden Bestimmungen des Versailler Vertrages. In den Monaten nach dem Zusammenbruch hatten die feierliche Absage der Führer der demokratischen Mitte und Linken an jede nationalistische Machtpolitik und ihre Bekenntnisse zu einer internationalen Vertrags- und Friedensordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Idee des Völkerbundes große, sowohl von ideellen wie opportunistischen Motiven getragene Hoffnungen in breiten Bevölkerungskreisen erweckt[5]). Jetzt schienen diese Konzeptionen als bloße Illusionen entlarvt, die Befürworter einer rein nationalen Interessenpolitik gerechtfertigt zu sein. Die im Krieg von der „vaterländischen" Propaganda im Heer und in der Heimat in zuvor nie dagewesenem Ausmaß verbreiteten alldeutschen Gedanken, die Gefühle des Mißtrauens und des Hasses gegen die einstigen Gegner und jetzigen Sieger bestimmten, durch

---

[1]) Kandidatenlisten und Ergebnisse in „Die Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Februar 1921", in: Preußische Statistik, Berlin 1921, Preußisches Statistisches Landesamt. Es ergaben sich gegenüber den vorherigen Reichstagswahlen keine nennenswerten Verschiebungen. Gewählt wurden in Schleswig-Holstein 6 Kandidaten der SPD, je 3 der DNVP und DVP und je 1 der DDP, KPD und USPD.

[2]) Siehe S. 104 dieser Arbeit.

[3]) v. Hedemann-Heespens Urteil (a.a.O., S. 926), lediglich die mangelnde Entschiedenheit ihrer Verantwortlichen habe die SHLP um das mögliche politische Gewicht gebracht, geht an diesem grundlegenden Tatbestand vorbei.

[4]) So vertrat der bäuerliche Kandidat der SHLP, Bundtzen, Langstedt, die DNVP ab Dezember 1924 im preußischen Landtag. Siehe S. 75 dieser Arbeit.

[5]) Siehe E. Eyck, a.a.O., S. 221. Eine geistig und publizistisch bedeutsame Zusammenfassung dieser demokratischen Vorstellungen über eine internationale Friedensordnung findet sich in dem Buch des früheren Kieler Reichstagsabgeordneten, Rektor F. Hoff (ab 1921 preußischer Landtagsabgeordneter der DDP), Politische Zeit- und Streitfragen in demokratischer Beleuchtung, Berlin 1920.

das Gefühl der Demütigung verstärkt, wieder das öffentliche Bewußtsein[1]). Die bürgerlich-demokratischen Parteien mußten sich daran erinnern lassen, daß auch aus ihren Reihen in der übersteigerten Stimmung des Krieges wiederholt annexionistische und imperialistische Töne laut geworden waren[2]). Die oft aus tiefen Einsichten geborenen neuen Forderungen wurden von der Rechten massiv als Zeichen bloßen Opportunismus und „nationaler Würdelosigkeit" denunziert. In besonderem Maß bewegte die schleswig-holsteinische Bevölkerung der Verlust Nordschleswigs. Man kritisierte heftig die für Deutschland in der Tat nachteilige Einteilung der Abstimmungszonen, die zur Abtretung auch einiger vorwiegend deutscher Bezirke führte[3]). Die teilweise recht erregte nationale Leidenschaft kam vorwiegend den Deutschnationalen zugute.

Im Landvolk verstärkte die große Unzufriedenheit mit der Zwangswirtschaft die Spannungen zur Regierung und den tragenden Parteien weiter[4]). Der schon in der Vorkriegszeit gelegentlich spürbare Affekt „gegen Berlin" steigerte sich hierdurch[5]). Während er vor 1914 der damals demokratisch-freisinnigen Opposition zugute kam[6]), diente er jetzt den Deutschnationalen und zunächst, bis zu ihrem definitiven Eintritt in die Reichsregierung im Jahre 1923[7]), auch der DVP. Ernst Troeltsch hat bereits 1920 aufgewiesen[8]), daß die Produktionsinteressen des Landes mit den von der SPD politisch vertretenen Konsumentenwünschen der Industriearbeiter in einen heftigen und, wie ihm schien, kaum lösbaren Gegensatz kam, der die alten Kontroversen zwischen Landwirtschaft und Industrie überstieg und die ohnehin angespannte gesamte innere Lage verschärfen mußte. Mit größter Sorge erfüllte ihn deshalb schon vor der schweren Niederlage seiner Partei, der DDP, bei den Wahlen 1920/21, daß ihr nicht die Erweiterung von der Geisteswelt des „Berliner Kommunalfreisinns" zu einer organisatorisch gefestigten Volkspartei geglückt war, die auch für die Bauern

---

[1]) Th. Geiger, Die soziologische Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 114, betont, welche eminente Wirkung der Krieg auf das Erwachen der Bauern vom dörflich-heimatlichen zum betont nationalpolitischen Denken gehabt hat. Siehe S. 33 ff. dieser Arbeit.

[2]) Siehe im einzelnen bei W. Basler, Deutsche Kriegszielpolitik 1914—18 (Kieler Dissertation), 1951, S. 127 ff.

[3]) Siehe hierzu K. Alnor, a.a.O., besonders Band III.

[4]) Siehe S. 30 dieser Arbeit.

[5]) Troeltsch schrieb am 12. November 1920 (S. 163) von der in vielen Teilen Deutschlands verbreiteten Manie, Berlin zum „Sündenbock" für alles zu machen. „Man kann sich von kritischem Nachdenken und tiefer Selbstbesinnung dispensieren."

[6]) Siehe S. 17 dieser Arbeit.

[7]) Die erste Beteiligung der DVP an der Reichsregierung (Kabinett Fehrenbach 1920/21) war nur ein kurzes Zwischenspiel von wenigen Monaten gewesen. Das Kabinett Cuno (1922/23) hatte den Charakter eines Fachministeriums.

[8]) Troeltsch, a.a.O., S. 136 ff. (21. April 1920). Zu Troeltschs Spectatorbriefen und politischen Anschauungen siehe Eric C. Kollmann, Eine Diagnose der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift, Band 182, 1956, S. 291 ff.

zur politischen Heimat werden konnte[1]). Daß es nicht zu einer wirklich geistigen Durchdringung des Geschehens der letzten Jahrzehnte, einer Erneuerung und den eigentlichen Aufgaben der Zeit entsprechenden Umgestaltung des Parteigefüges auf wenige große Parteien gekommen war, sah er als die Ursachen für das Vordringen eng begrenzter Interessenstandpunkte und die schnelle Verbreitung historischer und politischer Legenden im Bürger- und Bauerntum an: „... Aber im Lande draußen ist von (den allgemein gegebenen) Grenzen und Hemmungen der Erkenntnisse und des Verständnisses nicht die Rede. ... Vor allem über den wirklichen Gang und Ausgang des Krieges, über Ursprung und Verlauf der Revolution, über die in der heutigen internationalen Lage begründeten Möglichkeiten herrscht dichte ... Finsternis. Man will ‚unabhängig von Berlin' und den ‚Berliner Juden' sein; man ... malt ... sich für Leidenschaften, Gefühle und Interessen, die an sich recht wohlverständlich und teilweise zu billigen sind, Hintergründe, die leider eine vollkommene Illusion sind und die die innere Entzweiung und Zerreißung des deutschen Volkes unheilbar machen."

Nun beruhte das gestörte Vertrauensverhältnis zwischen Hauptstadt und Provinz, wie auch Troeltsch betonte, freilich nicht nur auf dem im Lande fraglos weitverbreiteten Obskurantismus gegenüber den komplizierten Zusammenhängen und eigentlichen Möglichkeiten der deutschen Politik. Neben den anfechtbaren Formen der Zwangswirtschaft lösten auch andere Pläne und Schritte der Regierung besonders in der Landbevölkerung einen begreiflichen und tiefgehenden Widerstand aus.

Noch im Sommer 1919 wurde in der Nationalversammlung ernsthaft die Enteignung aller eine bestimmte Größe überschreitenden Landwirtschaftsbetriebe erwogen[2]). Das Votum des Sachverständigen, Prof. Aereboe, führte dann zur Lösung des „Reichssiedlungsgesetzes" vom August 1919, nach dem in einigen Jahren ein Drittel des Großbesitzes im Osten zur Aufsiedlung kommen sollte[3]). Während die Siedlungsvorhaben nur im Großgrundbesitz auf stärkere Opposition stießen, riefen die Nachrichten von generellen Enteignungsplänen auch im Bauerntum beträchtliche Unruhe hervor.

Wir haben schon die deutliche und wirksame Kritik erwähnt, die bereits im Januar 1919 von den oppositionellen Rechtsparteien an den ersten nachrevo-

---

[1]) Troeltsch, a.a.O., S. 136 ff., S. 233 (9. November 1921). U. a. warnte er im Hinblick auf die s. E. zu einengenden Bestimmungen der Zwangswirtschaft vor einer „die Landwirtschaft vergessenden Politik".

[2]) Nach E. Topf, a.a.O., S. 237, war eine Mehrheit im Parlament bereits vorhanden, bis die Bedenken des Sachverständigen gegen eine so schroffe Mißachtung des Privateigentums den Umschwung herbeiführten.

[3]) Tatsächlich wurden bis 1932 unter ständigen erbitterten Auseinandersetzungen zwischen der siedlungsfreudigen preußischen Regierung und dem aktiv oder passiv Widerstand leistenden, vom Landbund vertretenen Großgrundbesitz statt 33% insgesamt 10% der Fläche besiedelt. (Topf, a.a.O., S. 269 f.) Siehe S. 74 dieser Arbeit.

lutionären Regierungsmaßnahmen in der Staats- und Kirchenfrage geübt wurde[1]). Es konnte nach dem November 1918 auch von konservativen Kreisen nicht übersehen werden, daß eine Neuordnung dieses Verhältnisses unumgänglich geworden war. In weiten Kreisen des deutschen Protestantismus war schon vor dem Beginn des Weltkrieges ein deutliches Unbehagen über die zu enge Verbindung der Kirche mit dem Staat spürbar, die den staatlichen Instanzen Einwirkungsmöglichkeiten in rein innerkirchliche Fragen bis hin zu Themen der Lehre und Kirchenzucht gab. Dies wurde in Schleswig-Holstein besonders bei den Beratungen der 12. ordentlichen Gesamtsynode vom 4. bis 15. November 1912 in Rendsburg deutlich, bei der u. a. auch Generalsuperintendent Kaftan auf die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes hinwies[2]). Während also an sich auch auf kirchlichem Gebiet in der Provinz eine klare Tendenz für liberalere Verfassungsformen bestand, riefen die scharfen Maßnahmen und noch weitergehende Kombinationen in den Monaten nach der Revolution, die sich vor allem mit dem Namen des sozialistischen preußischen Kultusminister Adolf Hoffmann verbanden, eine starke Gegenbewegung hervor. Die Rendsburger Gesamtsynode vom 17. bis 20. Dezember 1918 war ganz von der tiefen Sorge und Unruhe über kirchenfeindliche Tendenzen der neuen Regierenden erfüllt. Generalsuperintendant Mordhorst erklärte in seiner Eröffnungspredigt: Furchtbar sei die Sorge der Verwüstung durch feindliche Heere, aber noch furchtbarer die Gefahr einer Weltanschauung, die meine, ohne Christentum und Gottesglauben des Volkes Heil schaffen zu können. „Es droht die Trennung von Kirche und Staat. Zwar kann sie sich in Formen vollziehen, die mehr eine verständige und gerechte Auseinandersetzung bedeuten, sogar gesunder kirchlicher Entwicklung förderlich sein mögen. Aber sie kann auch kommen als ein Akt brutaler Gewalt, und dann, wenn sie uns ungerüstet überfällt, unserem Volksleben eine schwerere Todeswunde schlagen, als sie dieser unglückliche Krieg geschlagen hat."

Die Synode verwahrte sich nachdrücklich gegen mehrere Maßnahmen der Regierung, insbesondere hinsichtlich der Einschränkung des Religionsunterrichts. Sie stimmte einmütig einem von ihrem Verfassungsausschuß ausgear-

---

[1]) Siehe S. 37 dieser Arbeit. Zur Staats-Kirchenfrage nach 1918 siehe: F. Giese, Staat und Kirche im neuen Deutschland, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Band 13, 1925; für Schleswig-Holstein besonders: Th. Kaftan, Wo stehen wir?, Schleswig 1911; K. Schwarzlose, Die Neugestaltung der evangelischen Landeskirche Preußens, Frankfurt 1920.

[2]) „Der geehrte Herr Vorredner hat gesagt, daß wir in unserer Schleswig-Holsteinischen Landeskirche uns in einer singulären Situation befinden, indem ein einzelner Mann, der Minister der geistlichen Angelegenheiten, die letzte Entscheidung in allen Fragen hat. Es will dieser Tatbestand von da verstanden werden, daß das, was vor 50 Jahren als Provisorium geschaffen wurde, allmählich eine Art dauernder Einrichtung wurde. Diese Formierung steht weder mit den aus der Reformation erwachsenen Grundsätzen für Gestaltung des landeskirchlichen Kirchenregiments im Einklang noch mit der Entwicklung der Gestaltung des Kirchenregiments in den letzten 50 Jahren."

beiteten Vorschlag zu, der die landesherrlichen Rechte des Kirchenregiments auf das Konsistorium in der Weise übertrug, daß ihre Ausübung an die Zustimmung des Gesamtsynodalausschusses gebunden wurde. Die „Demokratisierung" der kirchlichen Verfassung, die in dem erheblich verstärkten Gewicht des Synodalorgans lag, vollzog sich also nicht in einer harmonischen Parallelität zu der staatlichen Verfassungsentwicklung, sondern aus dem Wunsch, gegenüber den befürchteten kulturpolitischen Aktionen der neuen Regierung eine möglichst starke, im Kirchenvolk verwurzelte eigene Autorität zu besitzen.

Auch nach der Beendigung der eigentlichen revolutionären Periode mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung und der Verabschiedung der Verfassung wurden trotz der mittlerweile eingetretenen Beruhigung wiederholt starke Spannungen sichtbar. So erhoben sich bei der außerordentlichen Synode vom 17. bis 20. Juli 1920 zahlreiche Stimmen des Protestes gegen einen vom preußischen Volksbildungsministerium beeinflußten und gebilligten Entwurf des Konsistoriums über die Einberufung einer verfassunggebenden Kirchenversammlung. Erst als bekannt wurde, daß eine Kirchenverfassung, die nicht von einer neu gewählten Versammlung beschlossen sei, keine Aussicht auf Genehmigung durch die staatlichen Organe habe, fand sich eine Mehrheit für diese umstrittene Vorlage. Besondere Unruhe riefen ferner die schulpolitischen Fragen hervor. Die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht wurde fast ausnahmslos bejaht. Doch trat die Synode im Dezember 1921 nachdrücklich gegen die Pläne zur Einführung der Gemeinschaftsschule ein. Realgymnasialdirektor Halfmann, Itzehoe, meinte als Berichterstatter: „Es muß ... ausgesprochen werden, daß der Einheitsschulgedanke als Hauptprogrammpunkt von der marxistischen Sozialdemokratie aufgegriffen ist, und es liegt die Meinung nicht fern, daß letzten Endes die marxistisch-sozialistische Weltanschauung das Erziehungsziel der Einheitsschule bilden soll. Die Zerstörung der Religion und der Familie ist das erstrebenswerte Ziel, und gerade Religion und Familie sind die hervorragenden Faktoren der Erziehung zur Persönlichkeit."

Die Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen und Debatten auf die fast zu 98% evangelische Bevölkerung der Provinz waren sehr nachhaltig. Die Proteste und Forderungen der Synode wurden immer wieder durch große Petitionsbewegungen, durch Versammlungen und Kanzelabkündigungen in die Öffentlichkeit getragen. Wohl hatte die Säkularisierung bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert auch bei vielen Schleswig-Holsteinern die Bindungen zur Kirche gelockert. Doch galt dies ganz überwiegend für die mehr städtische Anhängerschaft der Sozialdemokratie und einen Teil des liberalen Bürgertums. Für die ländlich-bäuerliche Bevölkerung war die Kirche fast ausnahmslos noch ein fester Teil der überkommenen Lebensordnung, auch in den Gebieten (vor allem des südlichen Schleswig-Holsteins), wo Gottesdienstbesuch und Kirchenzucht schon traditionell schwächer waren.

Die deutschnationale Partei gewann also durch diese kirchen- und kulturpolitischen Kämpfe ein vor allem in der Landbevölkerung ungemein wirkungsvolles Argumentationsmaterial[1]). Doch selbst liberale Kreise des Bürger- und Bauerntums zogen für sich aus diesen Vorgängen einen scharfen Trennungsstrich zur Sozialdemokratie und damit zu einem tragenden Element der neuen Republik. Im Juni 1920 trat der Kieler Pastor Kruse in der Synode aus seinen Erfahrungen im „roten" Gaarden nachdrücklich für ein großzügiges Wahlrecht in der Kirche ein, das die Brücke zu den Arbeiterschichten und zur Sozialdemokratie schlagen könne. Ihm widersprach der Provinzialvorsitzende des Bauernvereins und Synodale Stamerjohann mit dem Argument, nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahre müsse ernsthaft bezweifelt werden, daß die Arbeiter der Linken wirklich im Begriff seien, sich wieder der Kirche zuzuwenden. Der Graben zwischen Bürgertum und Arbeiterpartei war also auch auf dem kirchlichen Gebiet durch die Revolution und ihre Folgen zunächst eher vertieft als überbrückt worden.

Bedeutsam ist die häufige Klage oder Sorge über Rechtsverletzungen in den Debatten um die Staats-Kirchenfrage. Die liberalen Kräfte hatten im Kaiserreich das Ziel des demokratischen Rechtsstaates gegenüber dem von Privilegien bestimmten Obrigkeitsstaat mit großer Wirkung aufgestellt. Nach der Revolution aber beunruhigte Bauern und Bürger wirkliches oder vermeintliches Unrecht in vorher nie gekannter Weise. Wir haben die wichtigsten allgemeinen und speziell schleswig-holsteinischen Themen genannt, von denen die Menschen bewegt wurden: die harten Bestimmungen der Zwangswirtschaft, die beginnende Entwertung des Geldes, die schmerzliche Abtrennung Nordschleswigs (einschließlich der überwiegend deutschen Grenzgebiete) und die anderen drückenden Bestimmungen des Friedensvertrages, die zunehmenden Übergriffe vor allem in den Landgebieten gegen Eigentum und Sicherheit, das Verbot der Selbstschutzorganisationen, die Furcht vor neuen revolutionären Umwälzungen, die Sorge um die Rechte der Kirche und die christliche Erziehung der Kinder. Feste verfassungspolitische Überzeugungen und organisatorische Formen fehlten zumeist. So kamen Bauern und Bürger aus den unmittelbaren eigenen Erfahrungen und Wünschen und den oft legendenhaften Berichten über die „große Politik" im Reich und in der Welt bald zu dem Schluß, daß der mehr autoritäre Obrigkeitsstaat von 1918 im Grunde eher Sicherheit, Recht und wirkliche Freiheit geboten habe als die demokratische Republik. Die furchtbare Hypothek des verlorenen Weltkrieges aber sah man bald mehr und mehr unter dem Blickpunkt von „Verrat" und „Dolchstoß".

---

[1]) Ein Beispiel für die deutschnationale Auswertung dieser Frage ist der Aufsatz von Pastor Tange, „Ein Wort zum Schulkampf", im „Landboten", 1923/Nr. 21; W. Liebe, a.a.O., S. 19, weist darauf hin, wie in der Programmatik der DNVP die stärkere Betonung des christlichen Charakters der Partei mit der Zunahme der kirchen- und schulpolitischen Auseinandersetzungen parallel ging.

Wir haben bereits bei der Schilderung der allgemeinen politischen Meinungsbildung in den Jahren 1919 bis 1921 wiederholt die Auswirkungen in den Organisationen des Landvolks gestreift. Besondere Betonung verdient hier die schnelle Loyalitätserklärung der landwirtschaftlichen Verbände Schleswig-Holsteins gegenüber der Kapp-„Regierung" vom 15. März 1920. Sie ist sicher wesentlich auf die völlig falsche Orientierung über die Lage im Reich durch den Kieler Militärbefehlshaber zurückzuführen, war aber dennoch ein deutliches Zeichen dafür, wie wenig feste innere Bindungen auch bei den Leitern des Bauernvereins und der politisch neutralen Genossenschaften zum republikanischen Staat und seinen verfassungsmäßigen Organen bestanden.

Zwar erfolgte später eine Korrektur, als die Vertreter Schleswig-Holsteins am 9. April 1920 in Berlin einer Entschließung zustimmten, in der die Bauernvereine „auf das schärfste jeden Versuch einzelner Kreise, durch brutale Gewalt die Diktatur an sich zu reißen" unter Hinweis sowohl auf das „unverantwortliche Vorgehen" Kapps und seiner „Mitschuldigen" wie auch den kommunistischen Aufstand im Ruhrgebiet verurteilten[1]). Aber die polemischen Auseinandersetzungen mit der Politik der Regierung und bestimmten prägenden Zügen des neuen Staates gingen unvermindert weiter. Wieder standen 1921 und 1922 Kontroversen um die Wirtschaftspolitik im Vordergrund, und wieder wurde die Sozialdemokratie besonders heftig angegriffen, die in Preußen den bisherigen Landwirtschaftsminister Otto Braun als Ministerpräsidenten nominiert hatte[2]). Erneut kam es zu Drohungen eines Ablieferungsstreiks und Boykotts, vor allem bei der Festsetzung der Getreideumlage im Herbst 1922[3]).

Zu Einzelaktionen des Provinzialverbandes kamen große Demonstrationen der Reichsvereinigung. Am bedeutsamsten war der von Zehntausenden, unter ihnen über 1000 Landleute aus Schleswig-Holstein, beim Ulmer Bauerntag am 20. Mai 1922 ausgesprochene Protest gegen die weitere Zwangsbewirtschaftung[4]).

Die schon früher[5]) im Bauernverein in Ansätzen spürbare Kritik an Grundzügen der Verfassungsordnung und Politik der Republik erhielt durch die Reden namhafter Führer der Reichsvereinigung auf großen Veranstaltungen in Schleswig-Holstein starken Auftrieb. Mit ungewöhnlicher Begeisterung wurden die Ausführungen ihres ersten Vorsitzenden, Baron von Kerkering zu Borg, und des bayerischen „Bauerndoktors" Georg Heim von 30000 Landleuten, unter ihnen über 20000 aus der Provinz, beim deutschen Bauerntag am 4./5. Juni 1921 in Rendsburg aufgenommen[6]). Heim fand in seiner ungemein volkstümlichen und plastischen, dabei aber scharf polemischen Art wirkungsvolle Formu-

[1]) „SHB", 1920/Nr. 8.
[2]) „SHB", 1921/Nr. 12, 17, 23.
[3]) „SHB", 1922/Nr. 29.
[4]) „SHB", 1922/Nr. 21.
[5]) Siehe S. 44 dieser Arbeit.
[6]) „SHB", 1921/Nr. 23, 24.

lierungen gegen den „volksfremden Berliner Zentralismus“[1]), der die gewachsenen landsmannschaftlichen und regionalen Besonderheiten negiere und kein Verständnis für die Anliegen und Erfordernisse der bäuerlich-ländlichen Bevölkerung habe. Er fachte damit die von der Landespartei 1919 und 1920 angesprochenen Gefühle neu an, ohne ihnen, wie in seinem Heimatland Bayern, in einer gefestigten konservativen Regionalpartei einen gültigen politischen Ausdruck geben zu können. So waren seine Reden (er sprach auch in den folgenden Jahren auf noch mehreren Großveranstaltungen in Schleswig-Holstein) eine wahrscheinlich ungewollte[2]) aber außerordentlich wirksame Hilfe für die deutschnationale und völkische Propaganda im Landvolk.

Noch schärfer waren die Ausführungen Kerkerings. Der westfälische Baron, strenger Katholik und gleichzeitig völkisch-konservativer Deutschnationaler, entwarf mit großer rhetorischer Eindringlichkeit das Bild einer weltweiten Verschwörung von Großkapital, Judentum und Freimaurerei, von der die Politik der Entente-Mächte beherrscht und damit der Feldzug gegen das deutsche Volk getragen werde. Unter dem Begriff „Demokratie“ verberge sich die Macht dieser Gruppen; die souveräne Stellung des Volkes sei in Wahrheit eine Scheinsouveränität. Die deutsche Regierung dürfe nicht Forderungen der Feinde anerkennen. Sie müsse „ihren Bürgern als Freund und Beschützer entgegentreten, nicht als Vollzugsorgan einer feindlichen Räuberbande“. Die mittelständischen Gruppen sähen sich somit zwei tödlichen Drohungen gegenüber, einmal den „internationalen Ausbeutern“, zum anderen „der eigentumsvernichtenden sozialistischen Bewegung“.

Sehr stark wurde Kerkering der schon in seiner Wirkungskraft dargestellte Grundgedanke ausgeführt, der Wandel vom Kaiserreich zur demokratischen Republik habe in Wahrheit die Rechtssicherheit und Freiheit der Bürger beeinträchtigt: „Was sich der aufrechte Bürger des alten Systems niemals hätte bieten lassen, der geängstigte, von Phrasen gepeitschte, von Wahlurne zu Wahlurne geschleppte Untertan unserer neuen Ordnung erduldet es bis zur Stunde klaglos, sei es aus einer hohen Auffassung vaterländischer Pflicht, sei es aus Angst vor den Verunglimpfungen der Straße.“

Derartig radikal kritische Töne gegen den Staat und das parlamentarische Prinzip finden sich in der Führung des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins in diesen Jahren sonst kaum. Interne Proteste einiger namhafter demokratischer Mitglieder, insbesondere des Bauernvereinsvorsitzenden für Süderdithmarschen und stellvertretenden Provinzialvorsitzenden der DDP, Hans Tiessen, Meldorf, gegen die Ausführungen Kerkerings und ihre starke publizistische Auswertung führten für die kommenden Jahre vielmehr zu einer größeren Zurückhaltung des Provinzialverbandes, bis im Frühjahr 1924 die Leidenschaften an der Frage

[1]) Siehe S. 35 dieser Arbeit.

[2]) In Bayern stand Heim in einem zeitweise scharfen politischen Gegensatz zu der dortigen DNVP-Landesgruppe; siehe W. Liebe, a.a.O., S. 39 ff.

der Schutzzollpolitik verstärkt entbrannten[1]). Aber in der Landbevölkerung Schleswig-Holsteins und auch in den örtlichen Gruppen der Berufsorganisation hatten die Darlegungen Kerkerings und Heims doch weitreichende Folgen in dem sich weiter steigernden Prozeß der grundlegenden Umorientierung fast des gesamten Bauerntums zur deutschnationalen und völkischen Rechtsopposition. Diese Wirkung der Zugehörigkeit des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins zu einer Reichsorganisation, die in einem betonten Gegensatz zum deutschnationalen Landbund stand und deren Regionalverbände sonst ganz überwiegend von Anhängern des christlich-demokratischen Zentrums oder der Demokratischen Partei[2]) geprägt waren, hat Züge einer seltsamen Ironie.

Die Tendenz zur verfassungspolitischen Indifferenz kam erneut bei den Kommunalwahlen im Jahre 1921[3]) zum Ausdruck. Die bürgerlichen politischen Parteien sahen sich in noch stärkerem Maße als 1919 dem Anspruch der Wirtschaftsverbände gegenüber, im Bereich der Kommunalpolitik bestimmend zu sein. Immerhin kam es in den meisten Landkreisen zu Vereinbarungen zwischen Parteien und Verbänden, nachdem mühsam über die Reihenfolge auf den Listen gerungen worden war. Stellenweise übertraf der Hader der Verbände den immer wieder von ihnen gegeißelten Parteienzwist noch erheblich. Insbesondere zwischen den Wirtschaftsorganisationen der Kleinstädte und des Landes gab es bei der Aufstellung der Kreistagslisten schwere Differenzen und unsachliche Verleumdungen, die deutlich die soziologische Problematik der oft zitierten „bürgerlichen" und „mittelständischen" Geistes- oder Interessensolidarität widerspiegelten[4]). In mehreren Kreisen kamen vom Bauernverein inspirierte Listen allein zum Zuge. Sein Hauptgeschäftsführer, Dr. Thyssen, folgerte aus einer Analyse des Wahlausganges, daß die „berufsständische Grundlage", also rein bäuerliche Listen ohne Kompromisse mit anderen mittelständischen Gruppen, für die Zukunft im allgemeinen den besten Erfolg versprächen.

Aber auch im bäuerlich-agrarischen[5]) Lager spitzten sich die Gegensätze in den Jahren nach 1920 zu. Der alte Bund der Landwirte Schleswig-Holsteins

---

[1]) Siehe S. 68 f. dieser Arbeit.

[2]) Im Sommer 1922 erfuhr der demokratische und protestantische Anteil in der Reichsvereinigung durch den Beitritt des Württembergischen Bauernvereins mit über 100000 Mitgliedern eine erhebliche Verstärkung („SHB", 1922/Nr. 35).

[3]) Zu den Ergebnissen siehe Amtsblatt der Regierung zu Schleswig, 12. März 1921.

[4]) Siehe „SHB" 1921/Nr. 2, 5, 7, 8, 11, und — zur Grundsatzfrage — Th. Geiger, a.a.O., S. 120 f. Eine einheitliche dritte Wirtschaftsfront des Besitzmittelstandes neben Industrie und Arbeiterschaft ist nach Ansicht Geigers nicht realisierbar. „Der Bauer braucht Schutzzölle und gute Preise für landwirtschaftliche Produkte, der Gewerbetreibende billige Lebensmittelpreise, der Geldrentner Hypothekenaufwertung, der Grundbesitzer das Gegenteil . . ."

[5]) Seit der Gründung des Bauernvereins war es in Schleswig-Holstein üblich geworden, für den Gesamtbegriff „Landwirtschaft" oft das Wort „Bauerntum" und seine Ableitungen zu verwenden, obwohl die Großgrundbesitzer und auch ein Teil der mittleren Betriebsinhaber diese Berufsbezeichnung persönlich nicht übernahmen. So gehörten dem Bauernverein auch Inhaber großagrarischer Betriebe an.

schloß sich, wie schon erwähnt, 1921 dem neu gebildeten Reichslandbund endgültig an und unternahm ab Sommer 1921 unter der verjüngten, aktiven Führung angesehener Landwirte intensive Bemühungen, weite Teile der Landbevölkerung für sich zu gewinnen. Der langjährige Provinzialvorsitzende des BdL, Gutsbesitzer Henneberg, Hohenholm, war in den Wirren des Kapp-Putsches auf seinem Hof bei Gettorf (Eckernförde) von Linksextremisten erschossen worden. An seine Stelle trat der dreißigjährige Gutsbesitzer Theodor Milberg, Quarnbek (Krs. Rendsburg). Auch die beiden neuen Stellvertreter, Graf Kielmannsegg, Seestermühle (Krs. Pinneberg) und Peter Jensen-Ausacker jr. waren — gleich Milberg — als junge, knapp dreißigjährige Offiziere aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt und mit ihm am Aufbau der Deutschnationalen Volkspartei maßgeblich beteiligt gewesen. Milberg wurde am 20. Februar 1921 als ihr Spitzenkandidat in den preußischen Landtag gewählt, Jensen übernahm den Vorsitz des Kreisverbandes Flensburg der DNVP und Kielmannsegg trat als Redner auf zahlreichen deutschnationalen Veranstaltungen hervor.

Das Programm und Auftreten des Schleswig-Holsteinischen Landbundes war von Anfang an durch schärfste deutschnationale Opposition gegen den Staat und die Regierung bestimmt, wobei besonders der Hauptgeschäftsführer des neuen Verbandsorgans, „Der Landbote für Schleswig-Holstein“[1]), Hugo Jordan, durch extreme völkisch-antisemitische Töne radikalisierend wirkte. In Nr. 1 vom 1. Oktober 1921 hieß es: „Kampf allen, die in verblendeter Duselei von Völkerversöhnung und Verbrüderung unser Vaterland in dieses Unglück hineingestürzt haben und noch tiefer hineinstürzen wollen, indem sie alles in den Schmutz zerren, was noch groß und stark und klug in Deutschland ist.“ In Nr. 2 schrieb Jordan: „Für die erste Milliarde Goldmark, die wir unseren Feinden zu zahlen hatten, mußte die ‚Regierung der Erfüllung‘ dem internationalen Großkapital 53 Milliarden Papiermark zahlen. Eine Reichsregierung, in der vier Juden sitzen (Rathenaus Stellvertreter Guggenheimer ist der fünfte), muß natürlich erst für die armen Großbankjuden sorgen. Warum hätten wir sonst die Revolution nötig gehabt?“ Diese Tonart bestimmte den politischen Teil des Blattes in den folgenden Jahren. Wohl wurden von den führenden Persönlichkeiten des Landbundes selbst gelegentlich Bedenken gegen diese Verunglimpfungen und Entgleisungen laut; doch ließ man den „fachkundigeren“ Journalisten und Propagandisten schließlich immer wieder freie Hand.

Der Landbund bezeichnete sich als „überparteilich“. Doch war besonders in Schleswig-Holstein die deutschnationale Orientierung eindeutig[2]). Persönlich-

[1]) Der „Landbote“ erschien im Plöner Verlag, Ostholsteinisches Tageblatt, als Wochenbeilage, der auch die „Ostholsteinische Rundschau“ herausgab, die Oberfohren als sein Sprachrohr für die Provinz benutzte. Siehe S. 151 dieser Arbeit.

[2]) Beim „Landboten“ fanden sich in der Rubrik „Aus der Verbandsarbeit“ immer wieder Meldungen, die dies deutlich machten. Ein Beispiel für viele: Der Versammlungsleiter gab „unserem Parteifreund“, dem General von Liliencron, das Wort (Landbote, 1924/Nr. 22).

keiten der Mittelparteien und der DVP wurden aufs heftigste angegriffen[1]), die Führer des Bauernvereins der „Gesinnungslosigkeit" und „indifferenten Neutralität" beschuldigt[2]).

Das Verhältnis zum Bauernverein verschlechterte sich zunehmend, als offenbar wurde, daß trotz der deutschnationalen Wahlerfolge die ganz überwiegende Mehrzahl der Bauern dem Bauernverein die Treue hielt. Er konnte seine Mitgliederzahl bis Ende 1922 sogar auf fast 40000 erhöhen[3]), während der Landbund trotz aller Bemühungen mit etwa 6000 Mitgliedern die Zahlen des alten BdL für Schleswig-Holstein nur geringfügig zu übertreffen vermochte. In einigen Kreisen kam es zu Doppelmitgliedschaften, insbesondere in dem stärker vom Großgrundbesitz bestimmten Ostholstein, aber auch in Dithmarschen und Schleswig. So schloß sich die Lauenburger Kreisorganisation als „Land- und Bauernbund" den beiden Provinzialverbänden an. Auch namhafte bäuerliche deutschnationale Persönlichkeiten, wie z. B. Bundtzen, Langstedt, wählten diese Form. Doch wurden die Spannungen zwischen den Verbänden hierdurch und durch die ersten vergeblichen Bemühungen um eine organisatorische Verschmelzung[4]) kaum verringert.

[1]) „Landbote" 1922/Nr. 23. Unter der Überschrift „Ein Schädling" wurde der Landtagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei, Landmann P. Witt, unsachlich attackiert. In Nr. 35 (1923) warf Jordan Stresemann vor, bei der Bildung seiner Koalition (August 1923) „das Parteisüppchen seiner Auftraggeber, nämlich der Sozialdemokraten und Juden, zu kochen".

[2]) Th. Milberg im „Landboten", 1923/Nr. 30. Die Deutschnationalen wurden als die einzige Partei gepriesen, die den „kompletten Unfug" des Regierungsprogramms, mit dem man die Privatwirtschaft vernichten wolle, abgelehnt hätten. Der „Landbote" vertrat wiederholt die Auffassung, eine Mitgliedschaft in der Demokratischen Partei sei mit den bäuerlichen Berufs- und Ehrbegriffen genauso unvereinbar wie eine solche in der SPD. Er richtete in diesem Zusammenhang heftige Angriffe gegen das demokratische Vorstandsmitglied des Bauernvereins, Tiessen, Meldorf (1924/Nr. 13).

[3]) „SHB", 1922/Nr. 52.

[4]) „Landbote", 1923/Nr. 23.

IV. Kapitel

Agrarpolitische Kritik und verfassungspolitische Opposition (1924)

Der November 1923 brachte mit dem Ende der Inflation für die gesamte deutsche Wirtschaft und in besonderer Weise auch für die Landwirtschaft eine grundlegend neue Situation. Mit der Wiederherstellung der Währungsstabilität wurde erstmals nach fast zehn Jahren die Voraussetzung für freie Importe geschaffen; die Periode der Zwangswirtschaft mit ihren von den Agrariern besonders beklagten starken Reglementierungen ging zu Ende. Die etwa 15 Milliarden Mark Vorkriegshypotheken mit einer jährlichen Zinslast von 650 Millionen[1]) waren in der Zeit der Geldentwertung von der Landwirtschaft völlig getilgt worden.

Aber dies auf den ersten Blick für sie erfreuliche Bild zeigte bald seine düstere Kehrseite. Die schweren Einbußen der Kriegszeit an Vieh, Betriebsmitteln und Ernteerträgen[2]) hatten in den Mangeljahren nicht annähernd ausgeglichen werden können. Wohl konnte die „Selbstversorger"-Situation des Bauern in den Notjahren dem darbenden Städter begreiflicherweise beneidenswert erscheinen. Aber man übersah dabei, durch diese Erinnerungen oft noch Jahre nach dem Ende der Inflation bestimmt, welche großen Sorgen die Krisenzeit auch für die Landwirtschaft brachte. Sie hatte sich schon seit Jahrzehnten zunehmend von den alten Formen der Naturalwirtschaft zu moderneren Arbeitsmethoden hin entwickeln müssen, bei denen unter erheblichem Kapitaleinsatz das natürliche Wachstum gesteigert und veredelt wurde.

So trafen die Zwangsliquidationen (vor allem an Vieh), die ihnen folgende Entwertung des Geldes[3]), der Mangel an Betriebsmitteln (Maschinen, Dünger,

[1]) Nach dem Kieler Professor August Skalweit im Wirtschaftsdienst des Hamburger Wirtschaftsarchivs und Kieler Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Nr. 22/30. Mai 1924 („Zukunftsprobleme der deutschen Landwirtschaft"). Die ständigen Beiträge namhafter Agrarwissenschaftler und sorgfältige statistische Zusammenstellungen geben dieser Quelle für die Auseinandersetzungen um die Agrarpolitik in den Jahren 1924 bis 1933 einen besonderen Wert. Siehe ferner: F. Fabian, a.a.O., besonders S. 36 ff.; H. Kretschmar, Deutsche Agrarprogramme der Nachkriegszeit, Berlin 1933, besonders S. 37 bis 50.

[2]) Siehe S. 42 dieser Arbeit. Die Reinerträge waren von 1913/14 bis 1918/19 auf fast die Hälfte abgesunken. Genaue Angaben für die verschiedenen Jahre und Bodengüten geben die „Materialien zur Beurteilung der Lage der deutschen Landwirtschaft zu Beginn des Jahres 1924", Deutscher Landwirtschaftsrat, Heft 2, Berlin 1924, S. 38 f.

[3]) F. Beckmann, Die Kapitalbildung der deutschen Landwirtschaft während der Inflation, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 48. Jahrgang, 1924, S. 114 f.

u. a.) und in den Jahren des Krieges das Fehlen genügender Arbeitskräfte sie auf das empfindlichste in ihrer Substanz.

Zudem kam die Währungsstabilisierung zu einem unglücklichen Zeitpunkt im Ablauf des bäuerlichen Jahres, nach dem Verkauf eines beträchtlichen Teils der alten Ernte gegen Papiermark. Jetzt mußten überhastet die restlichen Reserven veräußert werden, um überhaupt bei der allgemeinen Geldknappheit und der einsetzenden Konkurrenz des Auslandes noch einigermaßen günstige Preise[1]) zu erhalten sowie die Betriebsmittel (Dünger für das neue Wirtschaftsjahr) und die gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegenen Steuern und Sozialleistungen bezahlen zu können[2]).

Eine sofortige starke Neuverschuldung war bei den meisten Betrieben unvermeidlich. Bereits bis Ende 1924 flossen 800 Millionen Rentenmark, zumeist in kurzfristigen, hochverzinslichen Wechselkrediten, über die im November 1923 errichtete Rentenbank in die Landwirtschaft. Besonders verhängnisvoll wirkte sich der gegenüber den Vorkriegsjahren im Durchschnitt mehr als verdoppelte Zinssatz von teilweise über 10% aus[3]). Die Entwertung der Hypotheken erwies sich als ein Danaergeschenk. Im Mai 1924 wurde errechnet, daß schon rein bilanzmäßig gegenüber 1913 der Entlastung um 650 Millionen Mark Zinszahlungen jährlich ein Verlust durch die niedrigeren Roggen- und Weizenpreise[4]) von 450 Millionen und durch die Verteuerung des Phosphatdüngers von 162,5 Millionen gegenüberstand. Wenn man 30 Millionen steuerlicher Mehrbelastung

---

[1]) Die Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes ergaben nach einer Steigerung im Herbst 1923 für die Zeit von November 1923 bis Juni 1924 einen Preissturz für Agrarprodukte — besonders bei der Veredelungswirtschaft — gegenüber geringen Schwankungen auf dem industriellen Sektor:

Großhandelsindexziffern (1913 = 100)

	Getreide/ Kartoffeln	Fette/Zucker Fleisch/Fisch	Textilien	Kohle/ Eisen
November 1923	98,8	207,6	169,6	160,3
Juni 1924	84,2	114,2	204,0	144,5

(nach Fabian, S. 50).

Besonders ungünstig wirkte sich der starke Rückgang des Getreidepreises in den USA seit dem Herbst 1921 für die Relation im Kornbau gegenüber 1913 aus. (Wirtschaftsdienst, Nr. 7, 15. Februar 1924.)

[2]) Kretschmar, a.a.O., S. 38.

[3]) Siehe Fabian, a.a.O., S. 77 und 110 ff. Nach einer von ihm auf S. 113 veröffentlichten Zusammenstellung gingen die Höchstzinssätze für die Landwirtschaft vom Sommer 1924 bis Januar 1927 von 13% (Reichsbanksatz: 10%) auf 7¼% (Reichsbanksatz: 5%) schrittweise zurück. Der genossenschaftliche Kreditsatz zwischen 1890 und 1913 lag demgegenüber stets über 3% und unter 6%. Er überschritt die Reichsbanksätze nur ganz geringfügig.

[4]) Siehe S. 69 dieser Arbeit.

hinzuaddierte, dann ergab sich auf der Passivseite ein Betrag von 642,5 Millionen Mark[1]).

Vor allem aber war die in Jahrzehnten gewachsene Organisation des Agrarkredits durch die Geldentwertung und noch mehr durch die starke Erschütterung der Kreditwürdigkeit der Landwirtschaft aufs schwerste getroffen. Unter diesem Gesichtspunkt bezeichnete Skalweit schon wenige Monate nach der Inflation es als einen folgenschweren Fehler, daß die Regierung die Frage der Hypothekenaufwertung nicht sofort mit der Einführung der neuen Währung geregelt hatte[2]).

Angesichts dieser Situation erhoben sich bereits im Winter 1923/24 in landwirtschaftlichen Kreisen zahlreiche Stimmen für die Wiedereinführung von Schutzzöllen[3]). Diese Forderung konnte sich vor allem auf die wesentlich günstigere Lösung für die gewerbliche Wirtschaft beziehen, die in der weitgehenden Erneuerung der ebenfalls am 4. August 1914 suspendierten Industriezölle lag[4]).

In der Tat ließen Reden des Reichsernährungsministers Graf von Kanitz[5]) und des Reichswirtschaftsministers Hamm[6]) erkennen, daß die Regierung Marx[7]) nach der bedenklichen Entwicklung der letzten Wochen diesen Plänen zumindest nicht ablehnend gegenüberstand[8]).

In den folgenden Monaten entbrannte die Debatte über diese Frage zwischen Wissenschaftlern, Verbänden und Parteien — zugespitzt noch durch die Wahlkämpfe des Jahres 1924 — in voller Breite. Im April 1924 forderte die 53. Plenarversammlung des „Deutschen Landwirtschaftsrats" — seit 1872 Spitzenorganisation der Landwirtschaftskammern als der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen[9]) — den „Schutz der nationalen Arbeit" durch die Zollpolitik. Noch machte man hier die Parität zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Ausgangspunkt, nannte also auch den Abbau der Industriezölle als eine denk-

---

[1]) Skalweit, a.a.O., 30. Mai 1924. Noch nicht berücksichtigt waren hierbei die Neuverschuldungen und die Steigerung der Soziallasten, die nach einer Untersuchung des Deutschen Landwirtschaftsrates bei 80 Betrieben der verschiedenen Größenklassen eine Steigerung von 1913 bis 1924 um 260% (von 4,15 RM pro ha auf 10,80 RM) ergab (Fabian, S. 55).

[2]) „Wirtschaftsdienst" Nr. 22, 30. Mai 1924. Die Regelung erfolgte schließlich im Juli 1925 und brachte eine erneute Belastung der Landwirtschaft mit 25% der alten Schuldensumme (E. Eyck, a.a.O., S. 382 ff.). Eyck schildert sehr plastisch die Rechtsverwirrung, die aus der Unklarheit in der Aufwertungsfrage entsprang.

[3]) „Wirtschaftsdienst", Nr. 7, 15. Februar 1924.

[4]) Kretschmar, a.a.O., S. 37 f.

[5]) Am 7. Februar in Königsberg und am 7. März vor dem Reichstag.

[6]) Am 15. Februar vor dem Reichswirtschaftsrat.

[7]) Das 1. Kabinett Marx bestand aus Mitgliedern des Zentrums, der DVP, der Bayerischen Volkspartei und der DDP.

[8]) „Wirtschaftsdienst", Nr. 11, 14. März 1924, E. Topf, „Agrarzölle?"

[9]) Siehe Kretschmar, a.a.O., S. 13 f.

bare Lösung und forderte Agrarzölle unbedingt nur für fertige Erzeugnisse, insbesondere der Mühlenindustrie[1]). Doch zielten die Ansprüche der Verbände schon in diesen Wochen eindeutig auf ein umfassendes Schutzzollsystem.

Vor allem aus dem Kreis der führenden Volkswirtschaftler erhoben sich gewichtige Gegenstimmen: Sering, Aereboe, Skalweit und andere Experten warnten mit wissenschaftlichen und politischen Argumenten[2]). Das am 27. Juni vor dem Reichstag verkündete Acht-Punkte-Programm zur Agrarpolitik des 2. Kabinetts Marx[3]) vermied das Wort „Schutzzölle" noch sorgfältig, obwohl sich im Mai der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats mit 16 zu 9 Stimmen für ihre Einführung ausgesprochen hatte. Die Erklärung, die deutliche Differenzen in der Koalition zur Agrarpolitik sichtbar machte, sah den „Schutz der heimischen Landwirtschaft" u. a. durch die stärkere Bereitstellung von Krediten, Steuerstundungen, Verminderung der Preisspannen und die Freigabe der Ausfuhr für landwirtschaftliche Erzeugnisse vor[4]).

Für eine grundlegende Besserung der Lage der Landwirtschaft waren diese Pläne nicht zureichend, obwohl vor allem durch die Exportfreigabe die Getreidepreise sofort spürbar anstiegen. Doch hatte fast nur der Handel davon Gewinne, weil die Erzeuger kaum noch über Vorräte verfügten.

Am 10. Juli wurde dann von der Regierung ein Gesetzentwurf über Schutzzölle[5]) beim Reichswirtschaftsrat eingebracht. Er war erforderlich geworden, weil das „Ermächtigungsgesetz" zur Änderung des Zolltarifs von 1921 Ende Juni 1924 abgelaufen war. Doch sah die neue Vorlage nunmehr die Wiedereinführung von Zöllen auch für eine Reihe von Agrarprodukten (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Rindern, Schweinen, Fleisch und Speck) und darüber hinaus weitgehende Vollmachten an die Regierung vor, bei Roggen und Weizen sogar noch über die Sätze von 1914 hinaus zu gehen und die niemals in Geltung gewesenen „autonomen" Sätze des Tarifs von 1903 anzuwenden[6]). Auch der Tarif für Futtergerste sollte über dem Vorkriegsstand liegen, während die Sätze für Gefrierfleisch und Büchsenfleisch niedriger veranschlagt waren.

Der Entwurf wurde am 8. August im Reichsrat mit 35 zu 26 Stimmen (gegen Preußen, Sachsen und die Hansestädte, bei Enthaltungen von Baden und

---

[1]) Kretschmar, a.a.O., S. 40 ff.

[2]) Eine Zusammenfassung der wichtigsten Argumente für und gegen die Schutzzollpolitik folgt auf S. 71 ff. dieser Arbeit.

[3]) Das 2. Kabinett Marx war eine Minderheitenkoalition von Zentrum, DVP und Demokraten, vergleiche E. Eyck, a.a.O., S. 408. Das Ausscheiden der Bayerischen Volkspartei bedeutete eine Minderung des ländlich-agrarischen Einflusses.

[4]) „Wirtschaftsdienst", Nr. 30, 25. Juli 1924, E. Topf: „Die Zollvorlage".

[5]) Der Wortlaut der Vorlage findet sich in der „Frankfurter Zeitung", Nr. 512, vom 11. Juli 1924.

[6]) Die „Vertragszölle" hatten 1914 einen Betrag von 5,50 RM für Weizen und 5,00 RM für Roggen (je 100 kg) gebracht, die „autonomen" Sätze 7,50 M bzw. 7,00 M vorgesehen. Die „autonomen" Sätze galten dann, wenn nicht vertragliche Regelungen an ihre Stelle getreten waren.

Braunschweig) angenommen. Die Verhandlungen im Reichstag am 30. August folgten unmittelbar dem parlamentarischen Ringen um den Dawes-Plan[1]) und standen diesen Auseinandersetzungen an Heftigkeit kaum nach. Obwohl die Fronten teilweise anders verliefen, war dennoch ein deutlicher Bezug zwischen beiden Debatten festzustellen. So warf Paul Löbe als Sprecher der SPD der Regierung vor, sie zahle mit diesem konsumentenfeindlichen, auf die Interessen des Großgrundbesitzes zugeschnittenen Entwurf „den Preis an die Deutschnationalen" für die Abstimmung vom Vortag[2]), bei der 48 Abgeordnete der DNVP der Regierung Marx die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für das Reichsbahngesetz, das eine Neuordnung des Eisenbahnwesens im Hinblick auf die Londoner Verträge vorsah, sicherten, damit allerdings eine tiefgehende Krise in ihrer Partei und Fraktion auslösten[3]). Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte verließen SPD und KPD schließlich das Plenum. Das Haus wurde beschlußunfähig und vertagte sich bis zum Herbst.

Am 12. Oktober zog dann das Kabinett die Vorlage zurück. Die dürftige Begründung, daß die Lage nach der Ernte eine Änderung des Entwurfs in verschiedenen Punkten erforderlich mache, verschleierte den eigentlichen Sachverhalt kaum. Seit Wochen verhandelte Marx auf das Drängen der DVP hin mit den Deutschnationalen, den Siegern der Maiwahlen[4]), über einen Eintritt in sein Kabinett; als diese Gespräche zu keinem Ergebnis führten, versuchte er auch in der SPD den erforderlichen weiteren Koalitionspartner zu finden[5]). Für diese Verhandlungen war die Zollvorlage ein schwer überwindbares Hindernis. Als Marx schließlich feststellen mußte, daß bereits innerhalb seiner Koalition, vor allem zwischen DVP und DDP, keine Einigung über die beiden denkbaren Lösungen zu erzielen war, bewirkte er am 20. Oktober die Auflösung des Reichstages und die Festsetzung von Neuwahlen auf den 7. Dezember.

Von den wissenschaftlichen Diskussionsbeiträgen zur Handels- und Zollpolitik verdienen vor allem die Kundgebungen von 107 wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Hochschullehrern und des Vereins für Sozialpolitik im September 1924 Beachtung, die beide agrarische Schutzzölle ablehnten[6]). Aeroboe und Sering vertieften diese Ansichten in Einzelstudien[7]). Entscheidend war für die Nationalökonomen die Überzeugung, daß die Entwicklung der

---

[1]) Siehe E. Eyck, a.a.O., S. 403 ff., und W. Liebe, a.a.O., S. 82 ff.

[2]) Schulthess, a.a.O., 30. August 1924 („Deutschland").

[3]) Siehe W. Liebe, a.a.O., S. 88 ff. Eine soziologische Analyse ergibt, daß 16 landwirtschaftliche Abgeordnete der DNVP sich unter den 48 Befürwortern befanden, 13 unter der 52köpfigen opponierenden Mehrheit. Zur zwiespältigen Haltung des Landbundes siehe S. 79 f. dieser Arbeit.

[4]) Siehe S. 85 dieser Arbeit.

[5]) E. Eyck, a.a.O., S. 425 f.

[6]) H. Kretschmar, a.a.O., S. 40 ff.

[7]) F. Aereboe, Zur Frage der Agrarzölle, Berlin 1924; M. Sering, Agrarkrise und Agrarzölle, Berlin/Leipzig 1925.

modernen Wirtschaft die Grenzen der Nationalstaaten sprengen und die traditionelle Schutzzollpolitik in absehbarer Zeit ohnehin unhaltbar machen werde. Deshalb müsse die Landwirtschaft so schnell wie möglich durch Rationalisierung und Modernisierung international wettbewerbsfähig werden, anstatt weiter hinter dem Wall der Schutzzölle in antiquierten Produktionsformen zu verharren. Das Ziel der „Autarkie", der Versorgung aus der eigenen Produktion, sei in absehbarer Zeit ohnehin nicht zu erreichen; deshalb könne eine übertriebene Verteuerung der importierten Grundnahrungsmittel auch um des gesamten Preisgefüges willen nicht verantwortet werden[1]). Besonders scharf wurde die Bevorzugung des Getreidebaus in der Regierungsvorlage vom Juli kritisiert[2]), weil nach Ansicht fast aller Wirtschaftstheoretiker der eigentlich wettbewerbsfähige Zweig die mehr bäuerliche Veredelungswirtschaft war, die jedoch billiges In- und Auslandsgetreide zu Futterzwecken benötigte.

Diese Argumente finden sich auch in den parlamentarischen Debatten wieder. Georg Holland hat in einer interessanten Studie die Verbindungen zwischen den Erklärungen und Abstimmungen der Parteien in der Schutzzollfrage zu bestimmten ideologischen Grundpositionen mit großer Sorgfalt nachgezeichnet. Träger der Schutzzollpolitik waren die Deutschnationale Volkspartei, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei, von noch weitergehenden Forderungen der Deutschvölkischen und Nationalsozialisten sekundiert. Ablehnend standen die Deutschen Demokraten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten der Neuorientierung der Wirtschaftspolitik gegenüber. Letztlich kämpften zwei Grundauffassungen miteinander, die Ideen des auf internationaler Verständigung und Arbeitsteilung beruhenden Großwirtschaftsraumes und der einzelstaatlichen Autarkie, der durch Schutzmaßnahmen zu sichernden Nationalwirtschaft.

Eindeutig bekannten sich die Deutschnationalen zu dem zweiten Prinzip. Ihnen war die größtmögliche nationalwirtschaftliche Selbständigkeit Ziel der Handelspolitik. Besonders die Erfahrungen des Weltkrieges dienten hier als Argument. Das Ziel der „Nahrungsfreiheit" sah man greifbar nahe, wenn die einheimische Produktion geschützt wurde[3]). Deutlich klangen die Gedanken der nationalen Machtsteigerung, der Unabhängigkeit für die Revision von Versailles und eine eventuelle militärische Auseinandersetzung in die Begründungen der stark vom Landbund für die Partei formulierten Interessentenwünsche hinein.

Die Argumentation der Demokraten und Sozialdemokraten ließ eine enge Verbindung ihrer gesamtpolitischen Konzeption zu der speziell wirtschaftlichen

---

[1]) Siehe G. Holland, Die Argumente der politischen Parteien im Kampf um die Regelung der neuen deutschen Außenhandelspolitik, Münster 1929, S. 9 ff.

[2]) E. Topf, Die Zollvorlage, in: „Wirtschaftsdienst", 1924/Nr. 30.

[3]) R. Thomsen (Husum) im Reichstag (III. Wahlperiode, Band 386, S. 2584).

Zielsetzung eines Abbaus der Schranken zwischen den Staaten Europas und der ganzen Welt sichtbar werden. Nur wenn die Enge der Nationalwirtschaften überwunden werden könne, sei die für alle Bevölkerungsschichten nach den schweren Substanzverlusten des Krieges lebensnotwendige Steigerung des Sozialproduktes gesichert. Drei Grundgedanken wurden hierbei vor allem immer wieder vertreten: Die europäischen Länder seien wirtschaftlich so eng miteinander verflochten, daß ihr Wohlstand nur vereint sich zu entwickeln vermöge. Jeder zivilisatorische Fortschritt erfordere auch eine Vermehrung der Produktion. Schließlich könne die europäische Wirtschaft technisch nur dann führend bleiben, wenn eine hinreichende Spezialisierung auch zwischen den einzelnen Ländern erfolge; dies habe wieder einen ständigen freien Austausch von Waren und eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zur Voraussetzung[1]).

Zu den Forderungen der Landwirtschaft betonten vor allem die Sozialdemokraten, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft mehr und mehr entscheidend für den Absatz von Agrarprodukten und die Preisgestaltung werde. Hohe Preise seien auch für die Erzeuger sinnlos, wenn die breiten Verbraucherschichten zur Konsumeinschränkung gezwungen würden. Besonders die starke Bevorzugung der getreidebauenden Großbetriebe in der Regierungsvorlage wurde, entsprechend der Kritik der Nationalökonomen, von den beiden Parteien heftig angegriffen. Es finden sich dabei schon im Sommer 1924 gewisse Andeutungen von demokratischer Seite, daß ein vorübergehender mäßiger Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, ungeachtet des prinzipiellen Eintretens für den Freihandel, von der Partei toleriert werden könne[2]). Doch konnte sich sie DDP nicht zu einer eindeutig positiven Stellungnahme in dieser Frage entschließen.

Mit einer anderen Begründung als die DNVP setzte sich das Zentrum für die Schutzzollpolitik ein. Es war hier die Überzeugung ausschlaggebend, die Folgen des verlorenen Krieges hätten dem Ausland eine wirtschaftliche Überlegenheit gebracht, die einen Schutz der Arbeit bestimmter Bevölkerungsgruppen unentbehrlich mache. Die christlich begründete Solidarität der Stände erfordere, daß die Auswirkungen dieser Schutzpolitik gemeinsam getragen würden. In der Tat gelang es dem Zentrum, eine geschlossene Auffassung seiner verschiedenen soziologischen Gruppen zu erarbeiten und zu vertreten. Für die Haltung seines einflußreichen bäuerlichen Flügels war dabei bedeutsam, daß sich die Bauernvereine in dieser Frage entschieden auf die Seite des Landbundes stellten und die von den Wirtschaftswissenschaftlern betonten Interessenunterschiede zwischen Großgrundbesitzern und Bauern negierten[3]). Dies wirkte sich auch in den evangelischen bäuerlichen Bezirken sehr zugunsten der Deutschnationalen

[1]) Die wichtigsten Beiträge im Reichstag kamen von Meyer (DDP) (Deutscher Reichstag, III. Wahlperiode, Band 386, S. 2610 ff.), Wissel (SPD) (Band 386, S. 2589), Hilferding (SPD) (Band 387, S. 4259), Dietrich (DDP) (Band 387, S. 4277).

[2]) Siehe G. Holland, a.a.O., S. 15 f.

[3]) Siehe G. Holland, a.a.O., S. 42 ff.

aus[1]). Man übersah bei den Kritikern der Zollvorlage oft, wie fließend die Übergänge zwischen den Wirtschaftsformen waren. Auch in Schleswig-Holstein gab es, vor allem im östlichen Schleswig, eine große Anzahl bäuerlicher Betriebe, die stark auf dem Kornbau basierten.

Der Deutschen Volkspartei drohten in der Frage der Außenhandelspolitik schon 1924 Spannungen zwischen ihren industriell-städtischen Anhängern und den Forderungen ihres agrarischen Flügels, der von dem hessischen Reichstagsabgeordneten und Mitglied des Landbundpräsidiums Hepp geführt wurde. Die Einschränkung des liberalen Ideals der Freihandelspolitik wurde mit der Notwendigkeit begründet, die Konsolidierung der gefährdeten nationalen Wirtschaftskraft sei nach den schweren Einbußen des Krieges für einen längeren Zeitraum mit Vorrang zu bewerten. Obwohl es in der Industrie zahlreiche Gegner einer agrarischen Schutzzollpolitik im Hinblick auf das zu erwartende Anziehen der Preis-Lohn-Spirale gab, fand man sich doch hier schließlich angesichts der geforderten und bewilligten eigenen Sicherung durch hohe Tarife grundsätzlich mit einer „Parität" für die Landwirtschaft ab.

„Rationalisierung" hieß das Zauberwort, das sich in den agrarwissenschaftlichen und -politischen Debatten jener Zeit immer wieder findet. Der Dringlichkeit dieser Aufgabe, durch Investitionen und neue sparsame, wirkungsvolle Betriebsmethoden den modernen Wirtschafts- und Wettbewerbsbedingungen gerecht zu werden, konnte sich kein einsichtiger Vertreter der Landwirtschaft verschließen. Aber die Erfahrungen der ersten Nachkriegsjahre hatten bereits gezeigt, welche außerordentlichen Schwierigkeiten einer grundlegenden Eigeninitiative und Selbsthilfe hier entgegenstanden[2]).

Schon während des Krieges war von den beiden großen Berufsverbänden, dem „Landwirtschaftsrat" (als Spitzenorganisation der Landwirtschaftskammern) und den wichtigsten Genossenschaften eine Arbeitsgemeinschaft gebildet worden, die sich nach der Revolution als „Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft" konstituierte. Dieser verkündete in einem Aufruf vom 15. Dezember 1921 seinen Beschluß des Aufbaus eines „Hilfswerk der Deutschen Landwirtschaft". Einzelziele waren u. a.: Intensivierung der Bodennutzung, Verstärkung der Mechanisierung, Steigerung der Düngemittelproduktion, Ausbau des ländlichen Bildungs- und Schulwesens und die Förderung unmittelbarer Verbindungen von Erzeugern und Verbrauchern zum Abbau der Handelsspannen. Träger sollten die Landwirtschaftskammern sein. Eine staatliche Intervention wurde abgelehnt, doch sollte die öffentliche Hand Mittel bereitstellen und die Aktion durch steuerpolitische Maßnahmen fördern.

Einige Selbsthilfemaßnahmen wurden eingeleitet; aber schon bald kamen die Reformpläne im Spannungsfeld verbands-, interessen- und wirtschaftspolitischer

[1]) Siehe S. 85 dieser Arbeit.

[2]) Eine eingehende Schilderung der Bemühungen um die Selbsthilfe der Landwirtschaft von 1918 bis 1924 findet sich bei H. Kretschmar, a.a.O., S. 13 bis 37.

Kontroversen zum Erliegen. Die bestehenden Kreditorganisationen wandten sich bereits im März 1922 in einer Kommission des „Reichsausschusses" gegen die Vorschläge zu einer stärkeren Koordinierung des ländlichen Kreditwesens. Die Kammern, die als Träger der ordnenden Maßnahmen fungieren sollten, lehnten größtenteils selbst die Übernahme von Befugnissen für Zwangsmaßnahmen ab, um das Vertrauen der Bauern nicht zu verlieren. Es erwies sich aber bald, daß mit dem Prinzip der uneingeschränkten Freiwilligkeit eine planmäßige, schnelle Fortentwicklung der Wirtschaftsmethoden nur bei einer Minderheit modern denkender und kapitalkräftiger Landwirte erfolgen werde[1]).

Statt einer Vereinheitlichung trat eine weitere Aufsplitterung des landwirtschaftlichen Genossenschafts- und Kreditwesens ein[2]). Nach der 1921 vom Landbund ins Leben gerufenen „Bank für Landwirtschaft" wurde von seiten des Raiffeisenverbandes die „Deutsche Landmannsbank", von der Vereinigung der deutschen Bauernvereine die „Deutsche Bauernbank" gegründet. Der Versuch, die Rentenbankkreditanstalt als zentrale Bank der Landwirtschaft ins Leben zu rufen[3]) erfolgte erst 1925, nachdem bereits die starke Neuverschuldung seit dem Ende der Inflation ihre ersten Folgen zeigte. Zudem stand hinter dieser Gründung die Initiative des Staates, also nicht die Selbsthilfe. Auch jetzt erfolgte die Senkung der völlig überhöhten Zinssätze nur langsam und nicht in zureichendem Umfang. Sie war jedoch eine unabdingbare Voraussetzung für die positive wirtschaftliche Auswirkung der Rationalisierung auf die Wettbewerbsfähigkeit.

Auch bei den etwa 40000 Genossenschaften[4]) führten Einzelmaßnahmen der Träger der Verbände des „Hilfswerks" zu einer noch stärkeren Auffächerung. Zu den großen Verbänden — „Raiffeisen" (8000 Genossenschaften) und „Reichsverband" (12000) — kamen Neugründungen des Landbundes[5]), des Bauernvereins und örtlicher Gruppierungen. Erst spät, auf dem Höhepunkt der Agrarkrise, bildeten sich 1929 nach langwierigen Verhandlungen und unter staatlichem Druck der „Einheitsverband der Agrargenossenschaften" als die zur Koordinierung und Rationalisierung unentbehrliche Dachorganisation.

Schließlich gab es aus verbands- und parteipolitischen Gründen in verschiedenen Bereichen starke Differenzen, vor allem bei der Siedlungsfrage, die auch

---

[1]) „Man muß sich vorstellen, wie wenig der normale bäuerliche Betrieb des Ostens, bis etwa um die Jahrhundertwende, in Geldsachen versiert war, wie gering seine baren Einnahmen und Ausgaben überhaupt waren, um einen Eindruck zu gewinnen, welche Schwierigkeiten sich für ihn in den Wirren der Inflationswirtschaft und später, unter dem Angebot der „Rationalisierungskredite" eröffnet haben. Der Sprung . . . in die moderne Kapitalwirtschaft war eben für viele Bauern . . . doch zu plötzlich gekommen . . ." (E. Topf, a.a.O., S. 181).

[2]) E. Topf, a.a.O., S. 12 f. und S. 94 f.

[3]) „Wirtschaftsdienst", 1925, Nr. 21.

[4]) E. Topf, a.a.O., S. 94 f., für die Mitte der zwanziger Jahre.

[5]) Ab 1923 richtete der Landbund eine eigene Brotfabrik und zahlreiche Schlachtereien als Filialen der „Ein- und Verkaufs AG" ein („Wirtschaftsdienst", 1924, Nr. 52).

immer wieder zu Kontroversen zwischen den Ressorts des Reichs und Preußens führte[1]).

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die Landwirtschaft angesichts der mannigfachen starken Spannungen in ihren eigenen Reihen und der eminenten sachlichen Schwierigkeiten nicht jene Reformmaßnahmen wirkungsvoll einzuleiten vermochte, die sie nach den schweren Substanzverlusten durch Krieg, Zwangswirtschaft und Geldentwertung international wirklich voll wettbewerbsfähig machen konnten. Dem „Reichsausschuß" fehlte jede Autorität. Sehr bald mußte der Staat um Hilfe angegangen werden, ohne daß man bei den Trägerverbänden über die nötigen konkreten Maßnahmen auch nur einigermaßen übereinstimmende Vorstellungen hatte; andererseits wehrte man sich entschieden gegen jeden Eingriff in die völlige Freizügigkeit der eigenen Wirtschafts- und Organisationsweise.

Die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen bestimmten 1924 vor allem in den agrarisch geprägten Gebieten stark die Wahldebatten und -entscheidungen. Für Schleswig-Holstein war der Bruch des Provinzialbauernvereins mit den Deutschen Demokraten von besonderer Bedeutung. Noch im April 1924 hatte das Verbandsorgan entschieden einen verletzenden persönlichen Angriff der Landbund-Zeitschrift gegen den Süderdithmarscher Kreisvorsitzenden des Bauernvereins und stellvertretenden Provinzialvorsitzenden der DDP, Tiessen, Meldorf, zurückgewiesen[2]). Mit den Auseinandersetzungen um die Schutzzollfrage bahnte sich im Sommer aber ein Umschwung an, der zu sehr kritischen Stellungnahmen gegen die preußische Regierung und die Dawes-Plan-Politik führte[3]). Im November[4]) begrüßte der Bauernverein dann offiziell die Schritte zu einer „gewissen Annäherung" zwischen DNVP und DVP und empfahl dem Landvolk, diesen Parteien und damit auch den auf ihren Listen berücksichtigten Bauernvereinsmitgliedern[5]) ihre Stimme zu geben. Die DDP protestierte in einem Brief vom 11. November gegen diese einseitige politische Stellungnahme und wies darauf hin, daß sie das Bauernvereinsmitglied Hofbesitzer Heesch, Auhof (bei Meldorf), als zweiten Kandidaten für den Landtag nominiert habe. Hauptgeschäftsführer Dr. Thyssen antwortete hierauf im Namen des Vorstandes[6]), daß die Haltung der DDP bei den jüngsten Verhandlungen zur Um-

---

[1]) Diese Vorgänge und vor allem das Tauziehen um die „Preußenkasse", das wichtigste Finanzierungsinstrument zur Aktivierung der Siedlungspolitik, beleuchtet E. Topf, a.a.O., S. 49 ff., vor allem für die Jahre 1928/29, aber auch strukturell.

[2]) Siehe S. 62 dieser Arbeit und „Schleswig-Holsteinischer Bauer", 1924, Nr. 17.

[3]) „SHB", 1924, Nr. 37.

[4]) Hauptgeschäftsführer Dr. Thyssen im „Schleswig-Holsteinischen Bauer", 1924, Nr. 46.

[5]) Hofbesitzer Bossen, Hogelund (Südtondern) (4. Platz Reichstagsliste DNVP), Gemeindevorsteher Bundtzen, Langstedt (Schleswig) (4. Platz Landtagsliste DNVP), Landwirt Hamkens, Hanredder (Pinneberg) (2. Platz Reichstagsliste DVP), Hofbesitzer Jöns, Wohlde (3. Platz Landtagsliste DVP).

[6]) „SHB", 1924, Nr. 47.

bildung der Regierung[1]) und zur Schutzzollfrage im scharfen Gegensatz zu den „lebensnotwendigen Gesamtinteressen des deutschen Landvolks" stehe. Deshalb sei der Bauernverein nicht mehr in der Lage, Kandidaten der Deutschen Demokraten zu unterstützen.

Das Ergebnis der Maiwahlen[2]) und vor allem der weitere starke Rückgang der DDP-Stimmen in ländlichen Bezirken hatte bei den Führern des Bauernvereins zu der Ansicht geführt, der Bruch mit der DDP könnte ohne ernsthafte Auswirkungen auf die eigene Organisation vollzogen werden. In der Tat hatten die Demokraten, wie noch näher darzulegen sein wird[3]), seit 1919 in den kleinstädtischen und ländlichen Bezirken ständig an Boden gegenüber den konservativ-antirepublikanischen Kräften verloren, sowohl in der politischen Orientierung wie vor allem auch in der gesellschaftlichen Wertung.

Immerhin führte dieser Wahlaufruf zu der Sezession einer Gruppe von demokratischen Landwirten, unter ihnen Heesch, Auhof, und Tiessen, Meldorf. Sie vereinigten sich mit zahlreichen bisher nicht organisierten zumeist sozialdemokratischen oder demokratisch orientierten Kleinbesitzern Anfang 1925 zum „Kleinbauernverband", der es unter dem Vorsitz von Heesch[4]) mit der scharfen Betonung verfassungspolitischer Prinzipien und der Interessenunterschiede der bäuerlichen Veredelungswirtschaft zum Großgrundbesitz sowie durch aktive siedlungspolitische Forderungen bis Ende 1925 auf 4000 bis 5000 Mitglieder in der Provinz brachte[5]).

In einigen anderen Teilen Deutschlands, vor allem in Westfalen, hatten sich bereits Anfang der zwanziger Jahre angesichts der steigenden sozialen Not der kleinen Pächter und Heuerlinge (durch höhere Pachten, den Steuerdruck und die ungünstige Preisrelation) besondere Kleinlandwirtegruppen gebildet, die sich im Herbst 1925 im „Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe" fester organisierten[6]). Initiator dieser Neugründung war der Westfale Heinrich Lübke. Sein Bruder, Friedrich-Wilhelm Lübke, Augaard (Flensburg-Land) bereitete als zweiter Vorsitzender des schleswig-holsteinischen Provinzialverbandes den Anschluß an die Reichsorganisation vor.

Der spürbare Rechtsdruck des Bauernvereins stellte auch die Frage seiner

---

[1]) Siehe S. 70 dieser Arbeit.

[2]) Siehe S. 85 dieser Arbeit.

[3]) Siehe S. 84 ff. dieser Arbeit.

[4]) Heesch war Besitzer eines großen Marschhofes bei Meldorf. Seine Initiative bei der Gründung der Kleinbauernorganisation ist kennzeichnend dafür, wie individuelle politische Motive soziologische Kategorien (wie sie z. B. bei R. Heberle, a.a.O., S. 41, aufgezeigt werden) immer wieder durchbrechen. Der Auhof ging später (1928) durch Verkauf an M. Matthiessen über, der dann der bedeutendste nationalsozialistische Bauernführer der Westküste und (1931) NSDAP-Reichstagsabgeordneter wurde. Siehe S. 149 dieser Arbeit.

[5]) „Landbote", 1925, Nr. 76.

[6]) Näheres findet sich bei E. Witte, a.a.O., S. 43 ff.

Beziehungen zum Landbund aufs neue[1]). Kandidaten aus beiden Organisationen standen auf den Listen der DNVP; bald erhoben sich Stimmen, die für eine enge organisatorische Zusammenarbeit oder sogar für einen Zusammenschluß eintraten. Schon im September 1924 hatten 42 angesehene Landwirte in der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung“[2]) einen Aufruf veröffentlicht, der die Zusammenfassung aller Kräfte des „platten Landes“ zu einer „Einheitsfront“ durch gemeinsame Spitzenbildung der beiden Organisationen forderte. Unter den Unterzeichnern waren die Kreisvorsitzenden des Bauernvereins in Schleswig, Thomsen, Schnarup, und Flensburg-Land, Thomsen, Sankelmark, sowie der Begründer der Jungbauernvereine, Max Tönnsen, Schaalby (Schleswig).

Der Vorstand des Bauernvereins bejahte am 8. September diese Bemühungen. Im November fanden Besprechungen statt, die zur Bildung einer zwölfköpfigen Kontaktkommission führten, die alle für die Landwirtschaft der Provinz wichtigen Fragen gemeinsam behandeln und lokale Differenzen zwischen den Verbänden schlichten sollte. Doch hatte diese Vereinbarung keine bleibenden Ergebnisse; bereits 1925 kam es nur noch zu sporadischen Begegnungen.

Von symptomatischer Bedeutung waren diese Bemühungen deshalb, weil hier erstmals von Einzelpersonen und Freundeskreisen — unter ihnen mitverantwortliche Vorstandsmitglieder — den Organisationen gegenüber öffentlich Forderungen vorgetragen und teilweise mit Erfolg durchgesetzt wurden, die nicht in den Verbänden und ihren Gremien selbst zuvor erörtert waren. Der ausgeprägte Individualismus vieler Landleute wirkte sich hier in einer Weise aus, die in den Krisenjahren 1928/29 die organisatorische und gesamtpolitische Entwicklung im Landvolk entscheidend beeinflussen sollte[3]).

Der Landbund setzte auch in den Wochen der Einigungsgespräche und nach dem Ende der Wahlkämpfe seine kompromißlose scharfe Kampagne gegen die republikanischen Kräfte durch sein Verbandsorgan und zahlreiche Veranstaltungen fort. So begann H. Jordan in der Neujahrsnummer des „Landboten“ das Jahr 1925 mit heftigen Anwürfen gegen den Weimarer Staat, die DDP und die „rote“ und „schwarze“ Internationale. Er bezeichnete Ebert als überführten „Landesverräter“ und „Schutzherrn über eine Schiebergesellschaft“[4]).

Der Wechsel in der Führung des Provinzialverbandes am 17. Januar von dem Landtagsabgeordneten Milberg an den Pinneberger Kreisvorsitzenden Graf Kielmannsegg bedeutete eine Bekräftigung des harten, unversöhnlichen Kurses. Auch im Bauernverein wirkte sich die Wendung nach rechts aus. Im gleichen

[1]) R. Heberle, a.a.O., S. 45, hat diese Ereignisse übersehen, wenn er schreibt, daß der Bauernverein bei den Wahlen von 1924 durch Absprachen je einen Vertreter auf der Liste der DNVP, DVP und DDP in das Parlament bekommen habe.

[2]) Nr. 214, 7. September 1924.

[3]) „Landbote“, 1925, Nr. 3.

[4]) Zur Kampagne radikaler deutschnationaler Kreise gegen Ebert nach dem Magdeburger Prozeß im Dezember 1924 siehe E. Eyck, a.a.O., S. 437 ff.

Monat übernahm hier mit Max Tönnsen, Schaalby, ein Vertreter der jüngeren Generation, den Vorsitz, der politisch stark von ständisch-romantischen Vorstellungen einer korporativen Staats- und Gemeinschaftsordnung bestimmt war. Seine Reden erinnern an bestimmte Züge der Ideologie der Landespartei, zu deren Kandidaten Tönnsen 1921 gehört hatte[1]), wie ein Beispiel zeigen mag: „Durch den Hader der Parteien konnten wir anfangs nicht zu einer Regierung kommen, die damit verbundenen Unruhen und Unzuträglichkeiten mußten wir im Wirtschaftsleben miterdulden. Es scheint fast System darin zu liegen, schwankende Zeiten hervorzurufen. Es sah so aus, als ob gewisse Kreise ein Interesse daran hätten, die stabilen Verhältnisse zu erschüttern. Internationale Politik kann man dieses nennen. Sie bleibt nicht bei den Parteien stehen, sondern greift weiter, bringt Auswüchse schlimmster Art mit sich. Ich erinnere nur an den Namen Barmat. ... Der Bauernstand als der Urstand nimmt in unserem Staatswesen nicht die Stellung ein, die er haben sollte. Die Gründe dafür sind beim Staat zu suchen. Leider sind die Zeiten vorbei, daß ein König sich als erster Diener seines Staates betrachtete. Um diesen ständischen Gedanken auf organischem Wege voranzutreiben, müssen wir alle zusammenstehen zum Wohle unseres Berufsstandes und unseres Volkes. Voraussetzung für diese schwierige Arbeit ist das Zusammengehen im Stande, im Berufe. Es soll nicht ein Schlagwort bleiben, wie bisher. Wir müssen zur Tat schreiten und nicht mehr kurzsichtige Dorfpolitik treiben ... Ein organischer, natürlicher Aufbau läßt sich auf dem korrekten Wege durchführen im Gegensatz zu einem internationalen, parteipolitisch-parlamentarischen System, das bisher keine Früchte brachte. Geschlossen vorzugehen wird unsere Aufgabe sein, um als Stand respektiert zu werden. Wir müssen die anderen Berufe des Mittelstandes, Handwerk, Gewerbe usw., zur Mitarbeit bitten, um gemeinsam für ein besseres Ziel zu arbeiten[2])."

Über die bestimmenden Motive der ersten Nachkriegszeit, der konservativ-heimatlichen Tradition hinaus klangen hier bereits in zahlreichen Nuancen deutlich die Wirkungen einer sich verstärkenden antiparlamentarischen Strömung an. Diese Entwicklung gilt es kurz aufzuweisen, bevor wir uns der Analyse der Wahlergebnisse von 1924 zuwenden.

Wir haben bereits erwähnt, daß auch nach dem Verbot der Orgesch die einmal aufgenommenen politischen Verbindungen weithin bestehen blieben und teilweise neue, wesentlich extremere Gruppen — wie die „Organisation Consul" — ihre Tätigkeit in der Provinz aufnahmen[3]). Die gekräftigte Organisation der DNVP wurde vor allem für die antirepublikanischen Kräfte der Rechten zu einer wirkungsvollen Plattform. Der Provinzialverband hatte seine Mitgliederzahl

---

[1]) Siehe S. 55 dieser Arbeit.

[2]) Vor der Vertreterversammlung des Bauernvereins Eiderstedt im Februar 1925, „SHB", 1925, Nr. 6.

[3]) Siehe S. 51 dieser Arbeit.

1922 auf 30000 gesteigert[1]) und damit gegenüber 1919 fast verdreifacht[2]); 1923 waren es über 32000, obwohl im Dezember die Absplitterung der Deutschvölkischen Freiheitspartei nach dem Parteitag in Görlitz erfolgt war[3]). Die Deutschvölkischen faßten unter dem Mittelschullehrer Dietrich Klagges, Wilster (Steinburg), in Schleswig-Holstein Fuß[4]); doch blieben die meisten völkisch-antisemitisch Gesinnten in der Provinz bei der DNVP[5]). Die Schleswig-Holsteiner hatten sich in Görlitz vergeblich um einen Ausgleich bemüht. Ein Vermittlungsvorschlag ihres Vorsitzenden, Landrat a. D. Rogge, der die Gründung eines „völkischen Reichsausschusses" und „völkischer Ausschüsse" bei den Regionalorganisationen vorsah, wurde von den Deutschvölkischen abgelehnt und nach seiner Annahme durch die Delegierten von ihnen mit dem Auszug aus dem Sitzungssaal beantwortet.

Die krisenhaften Entwicklungen des Jahres 1923 (Ruhrbesetzung, kommunistische Unruhen, Höhepunkt der Inflation) begünstigte die Ausweitung des deutschnationalen Einflusses[6]). Trotz der Sezession des extremen Flügels radikalisierten sich ihre Forderungen weiter. Ein scharfes „Kampfprogramm" vom September 1923 sprach sich für „verstärkten Widerstand an Rhein und Ruhr", die Einstellung der Reparationszahlungen und die Schaffung einer „starken Staatsautorität", gegebenenfalls in der Form einer zeitweiligen nationalen Diktaturregierung, aus[7]).

Um so deutlicher wurde die Divergenz zwischen radikaler Rhetorik und politischer Wirklichkeit in der Krise der Partei sichtbar, die von der schon erwähnten Dawes-Plan-Abstimmung im August 1924[8]) ausgelöst wurde. Die Provinzialverbände blieben in der eigenen extremen Wahlpropaganda befangen und verstanden die Haltung ihrer Reichsführung nicht. Pommern, Ostpreußen, Berlin und Schleswig-Holstein forderten in den folgenden Wochen den Rücktritt Hergts vom Parteivorsitz[9]). Sehr zweideutig war die Haltung des Landbundes zwischen ideologischem Fanatismus und opportunistischem Interessendenken. Nachdem seine Organe — vor allem auch in Schleswig-Holstein — sich monate-

---

[1]) W. Liebe, a.a.O., S. 135.

[2]) Siehe S. 40 dieser Arbeit.

[3]) Einzelheiten und Literatur hierzu bei W. Liebe, a.a.O., S. 61 bis 70.

[4]) Klagges wurde später nationalsozialistischer Ministerpräsident von Braunschweig. U. a. erklärte der Vorsitzende der Itzehoer Deutschnationalen seinen Austritt aus der Partei, weil die „völkische und soziale Note nicht ausgeprägt genug" bei ihr sei. (Kieler Zeitung, 31. März 1924, Nr. 154.)

[5]) Die Wahlpropaganda der DNVP war 1924 in Schleswig-Holstein stark antisemitisch gefärbt. Die „Wählerzeitung" der Partei für die Provinz schrieb: „Frei von Juden- und Franzosenherrschaft ist die Losung der DNVP."

[6]) E. Eyck, a.a.O., S. 305 ff.

[7]) W. Liebe, a.a.O., S. 74.

[8]) Siehe S. 70 dieser Arbeit.

[9]) W. Liebe, a.a.O., S. 90.

lang in besonders gehässiger Weise gegen die Politik der Regierung ausgesprochen hatten, legte man kurz vor der entscheidenden Abstimmung von „Landbundseite" den Abgeordneten die Zustimmung nahe, um die Zollvorlage nicht zu gefährden[1]). Die Folgen dieses schwankenden Kurses wirkten sich in Parteiaustritten, Protestresolutionen und — trotz erheblicher Verluste der Deutschvölkischen — der Stagnation bei den Dezemberwahlen[2]) aus.

Bedeutsam war, daß die Deutschnationalen in den Jahren 1922 bis 1924 ihre Plattform im Landvolk weit über den Kreis der Landbundanhänger hinaus erweitern und namhafte Persönlichkeiten des Bauernvereins als Mitglieder und Kandidaten gewinnen konnten. Neue politische Organisationen verstärkten noch in dieser Zeit die schon bei den Wahlen von 1921 sichtbar gewordene Wendung des Landes zur antirepublikanischen Rechtsopposition.

In Dithmarschen bestand bereits 1922 ein „Frontkämpferbund Westküste" aus alten Anhängern der Orgesch, dessen Kreisführer für Norderdithmarschen, Hauptmann a. D. Nickels, maßgeblich an der 1924 erfolgten Ausweitung dieser Organisation zum „Stahlhelm Westküste" mitarbeitete[3]) und später (1928/29) zu dem Führungskreis des radikalen „Landvolk"-Flügels gehörte[4]). Leiter dieser Gruppe war der angesehene Bauer Johann Johannsen in Neuhof bei Büsum; sie galt im Unterschied zum allgemeinen Stahlhelm als eine „besonders radikale Richtung"[5]).

Eine zweite extreme Organisation war der im Januar 1923 von dem Studienrat Fritz Kloppe in Halle gegründete „Werwolf"[6]). Er faßte ab November 1923 vor allem in den Städten und Dörfern des Kreises Rendsburg Fuß, wo schon seit der Kaiserzeit völkisch-antisemitische Kräfte wirksam waren[7]). Im Winter 1923/24 wurden „Deutsche Abende" mit Fahnenweihen durchgeführt[8]); zu den aus Beamten, Akademikern und Arbeitern bestehenden städtischen Kreisen kamen ländliche Gruppen in teilweise beträchtlicher Stärke[9]). Bei den Kommunalwahlen im Mai 1924 trat in Rendsburg ein von Werwolf-Leuten geführter

---

[1]) W. Liebe, a.a.O., S. 82 ff.

[2]) Siehe S. 86 dieser Arbeit.

[3]) Bericht in Akte 309/22784 „Landvolkbewegung (Attentate)".

[4]) Siehe S. 137 dieser Arbeit.

[5]) „Lageberichte des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung", Nr. 119, 1. September 1926, S. 55, in: Akte 309/23055.

[6]) Einzelheiten finden sich bei E. H. Posse, Die politischen Kampfbünde Deutschlands, Berlin 1931, S. 45, 51, und in Berichten der Akte 309/22786.

[7]) Siehe S. 16 dieser Arbeit.

[8]) Landrat Rendsburg an den Regierungspräsidenten, 5. Dezember 1923, in: 309/22786.

[9]) „Rendsburger Tageblatt", 6. April 1924, Nr. 83. „Vor einigen Tagen wurde von einem Kreis deutschvölkisch denkender Männer die Ortsgruppe Hohenwestedt des „Werwolf", Bund Deutscher Männer (e. V.) mit einer Mitgliederzahl von 40 Mann ins Leben gerufen. Durch die Leitung der Ortsgruppe H. wurden in Nindorf und Osterstedt neue Ortsgruppen mit je 20 Mitgliedern gegründet. Weitere Gründungen stehen bevor."

„Völkisch-Sozialer Block" auf, der sich unter dem Motto „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" gleichermaßen gegen den „Klassenkampf der marxistischen Gruppen" und das „mammonistische Interessendenken der Unternehmer-Vertreter des wirtschaftlichen Liberalismus" wandte[1]). Im Juli 1924 wurde der Werwolf in Neumünster begründet und im gleichen Sommer in mehreren Orten Steinburgs. 1200 Mitglieder aus Schleswig-Holstein und Hamburg und einige Hundert Anhänger anderer „vaterländischer" Verbände trafen sich am 10. August 1924 zu einer Demonstration in Hohenwestedt[2]).

Während der Werwolf um eine „Zusammenfassung aller nationalgesinnten Männer" unter dem Totenkopfzeichen bemüht war und einen betont militant-aktivistischen Charakter trug, basierte der „Tannenbergbund" mehr auf den weltanschaulichen Lehren des Ehepaares Ludendorff ohne unmittelbare Kampfziele[3]). Doch gingen von seinen völkischen Grundlagen wie den scharfen Stellungnahmen gegen die sogenannten „überstaatlichen Mächte" deutliche politische Wirkungen aus[4]). Auch er faßte 1922/23 zunächst in den Landbezirken Rendsburgs, vor allem bei Nortorf, Fuß, wo sich ihm einige Gemeinden fast geschlossen zuwandten. Später gewann er weitere Stützpunkte in Norderdithmarschen, Südtondern und anderen Teilen des Landes.

Von allen Wehrorganisationen hatte der „Jungdeutsche Orden" in den Jahren 1923/24 den größten Einfluß in der Provinz[5]). Er war 1918 von dem Hauptmann Arthur Mahraun zunächst als Selbstschutzverband gegründet, dann im Januar 1920 zum Orden nach dem Vorbild des Deutschen Ritterordens umgeformt worden. Im Frühjahr 1923 bildeten sich die ersten „Bruderschaften" der späteren „Ballei Nordmark" in Schleswig und Husum. Bis Anfang 1924 wurde die ganze Provinz, mit Schwerpunkten im Landesteil Schleswig und Ostholstein, von einem Netz örtlicher Gruppen überzogen[6]); bäuerlich geprägte ländliche Verbände entstanden vor allem in der Landschaft Angeln[7]).

Der Orden trat betont für die Pflege „deutscher, völkischer und christlicher"

---

[1]) Aufruf im „Rendsburger Tageblatt", 3. Mai 1924, Nr. 104.

[2]) Bericht des Amts- und Gemeindevorstehers Hohenwestedt, 20. August 1924, Nr. 2066, in: Akte 309/22786.

[3]) Literatur zum „Tannenbergbund" findet sich verstreut in der Akte 309/22590 („Landvolkbewegung"), 309/23055 („Lageberichte"), hier u. a. Nr. 121, S. 77 f., und 123, III 9a.

[4]) Einer der Führer der Landvolkbewegung der Jahre 1928 bis 1931 war der Tannenbergbündler Markus Wulff, Eisendorf (Rendsburg).

[5]) Zum „Jungdeutschen Orden" siehe: V. Gebhardt, Ideen und Politik des Jungdeutschen Ordens unter besonderer Berücksichtigung des Versuchs zur Gründung einer neuen Mittelpartei: „Volksnationale Reichsvereinigung", „Deutsche Staatspartei", Hamburg, Dissertation 1952, ferner E. H. Posse, a.a.O., S. 51 bis 59, und Akte 309/22789 („Der Jungdeutsche Orden"), ferner „Rendsburger Tageblatt", 5. Februar 1925, Nr. 30; 24. Januar 1924, Nr. 20.

[6]) Aufschlußreiche Hinweise bringen vor allem VZ, 26. September 1923, Nr. 225, 6. Oktober 1923, Nr. 234, „Husumer Nachrichten", 24. Juli 1923, Nr. 171.

[7]) Die „Bruderschaft" Kappeln (Stadt und umliegende Dörfer) zählte z. B. über 300 Mitglieder.

Tugenden, für sittliche Erneuerung und innere Wiedergeburt des Volkes aus dem Geist des „frontgeborenen Brudergedankens" ein. Von den „Brüdern" wurde „freiwillig übernommener Gehorsam" gegenüber den „Meistern" gefordert. Stellenweise kam es in diesen Jahren auch zu radikalen politischen Äußerungen. So fand im März 1924 eine gemeinsame Veranstaltung mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei in der Landgemeinde Gadendorf bei Lütjenburg (Kreis Plön) statt, auf der scharfe Oppositionsreden gegen Regierung und Republik gehalten wurden[1]). Die zahlreichen „Deutschen Abende", „Bismarckfeiern", Festumzüge, Fahnenweihen und Kundgebungen des Ordens waren durch schwarz-weiß-rote Plakate, völkisch-vaterländische Reden[2]) und Marschmusik — oft unter Mitwirkung von Reichswehrkapellen (besonders I. R. 6 aus Flensburg) — bestimmt und in Stadt und Land fast immer stark besucht.

Sehr deutlich wird bei dem Orden die auch für andere bündische Gruppen und Wehrverbände bezeichnende Gleichgültigkeit gegenüber konkreten Verfassungsfragen. So erklärte Dr. Gramsch (Marburg) am 22. Januar 1924 auf einem „Deutschen Abend" in Kiel: „Die Staatsform ist uns nichts, der Geist, der Deutschland regiert, ist uns alles!" Wir werden auf dieses Phänomen noch näher zurückkommen müssen[3]). Von dem eigenen Erlebnis der „Gemeinschaft", der Einordnung und freiwilligen Unterordnung unter die Führer, dem unterschiedlich ausgeprägten, aber weithin ehrlichen Willen zur sittlichen Erneuerung und der manchmal geistig tiefgehenden, oft jedoch unmittelbar politisch-polemischen und ressentimentgeladenen Kritik an den Mißständen der Zeit, kamen starke Spannungsmomente zu dem bestehenden Staat und den ihn tragenden Kräften und Prinzipien. Motive werden hier ausgeprägter, die wir schon bei der Analyse der ersten Einwohnerwehren und Selbstschutzverbände nach der Revolution fanden[4]).

Dem Prozeß der geistigen und organisatorischen Umformung der Provinz und vor allem ihrer ländlichen Bezirke gegen den republikanisch-demokratischen Staat dienten sogar öffentliche Macht- und Geldmittel in direkter Weise. Im Rahmen des vom Reichswehrministerium vor allem nach dem Ruhreinbruch ab Januar 1923 im Geheimen betriebenen Aufbaus von Reserveformationen für die Reichswehr wurde der völkisch gesinnte General a. D. Hellfritz als „militärischer Provinzialleiter" für Schleswig-Holstein eingesetzt. In schriftlichen Anweisungen[5]) bezeichnete er es als seine wichtigste Aufgabe, die Werbung auf die bestehenden

[1]) VZ, 26. März 1924, Nr. 73.

[2]) Oberpräsident Kürbis äußerte unter dem Eindruck des Reichstagswahlkampfes in einem Brief an den Regierungspräsidenten vom 3. April 1924, Nr. 2042, die Ansicht, der „Jungdeutsche Orden" habe sich in letzter Zeit „völlig der deutsch-völkischen Bewegung angeschlossen" (in: Akte 309/22789).

[3]) KNN, 23. Januar 1924, Nr. 21; siehe S. 103 dieser Arbeit.

[4]) Siehe S. 49 f. dieser Arbeit.

[5]) O. E. Schüddekopf, Das Heer und die Republik, Hannover 1955, S. 141 ff. Zum Thema „Reservearmee" und „Schwarze Reichswehr" siehe auch E. Eyck, a.a.O., S. 320 ff.

„vaterländisch gesinnten Vereine, Gesellschaften und Korporationen aller Art" zu erstrecken und darüber hinaus neue Verbände als „Sport-, Schieß-, Jagd-, Ruder-, Wander-, pp. Vereinigungen" zu bilden, sowie „noch bestehende Freikorps aus der Nachkriegszeit" zu erfassen, die „als geschlossene Verbände dem Rahmen der künftigen Reservearmee ... eingefügt werden" sollten. Erste Aufgabe in dem nötigen „Reinigungsprozeß" werde die „Beseitigung der Führer des roten Widerstandes" sein. Hellfritz' Mitarbeiter, Oberst a. D. Freiherr von Stoltzenberg, schrieb im April 1923 an den als Redner „vaterländischer" Veranstaltungen auch in Schleswig-Holstein bekannten General Watter über diese Arbeit, für die beträchtliche Geldmittel zur Verfügung standen: Der Aufbau in Schleswig-Holstein sei „in vollem Gange" vor allem „im Hinblick auf das eine gemeinsame höchste Ziel der Erhebung des deutschen Volkes zum Kampf gegen den äußeren Feind ..." Alle „vaterländischen" Verbände der Provinz seien mit General Hellfritz an der Spitze vereint „in gemeinsamer Arbeit". „Die einzige Sorge, daß die Reichswehr bei einem lediglich inneren Konflikt nach links rutschen könnte, besteht für mich nicht, da in diesem ganz unwahrscheinlichen Fall General Hellfritz, wie alle vaterländischen Verbände nicht nur nicht mitmachen würden, sondern, wenn erforderlich, gegen die Reichswehr mit der Waffe vorgehen würden[1])."

So war besonders in der krisenhaften zweiten Hälfte des Jahres 1923 die Atmosphäre in der Provinz konspirativ und spannungsgeladen; Meldungen über die Unruhen in anderen Teilen des Reiches vermischten sich mit Gerüchten über angeblich bevorstehende innere Umwälzungen[2]). Das Vertrauen in die Stabilität der Republik war nach wie vor gering; besonders hierdurch wuchs die Neigung, sich straff organisierten Wehrverbänden anzuschließen. Nach dem Scheitern des Hitlerputsches im November wurde eine gewisse Entspannung spürbar, doch übersetzten sich die angestauten politischen Leidenschaften nunmehr in die Wahlschlachten des Jahres 1924.

Diesem Zusammenwirken verschiedener mächtiger Faktoren und den sich ausweitenden lebendigen Organisationen der rechtsoppositionellen Parteien und Verbände hatten die republikanisch-demokratischen Kräfte außerhalb der SPD nichts Gleichwertiges gegenüber zu setzen. Die DVP blieb auch nach dem endgültigen Bekenntnis zur Beteiligung an der staatlichen Mitverantwortung in ihrer grundsätzlichen Haltung zwiespältig. Vor allem in den mehr ländlichen Provinzen des Reiches gab es unter ihren Anhängern starke Vorbehalte gegen die republikanische Staatsform und Wirklichkeit; hieraus erwuchsen Schwierigkeiten, mit denen auch Stresemann immer wieder zu kämpfen hatte[3]). Die Organisation in

---

[1]) Von diesem kompromittierenden Schlußsatz distanzierte sich Hellfritz in einer sonst zustimmenden handschriftlichen Anmerkung („... von mir nicht gesagt"), ohne ihm inhaltlich zu widersprechen (Schüddekopf, a.a.O., S. 141 ff.).

[2]) Zur innenpolitischen Situation im zweiten Halbjahr 1923 siehe E. Eyck, a.a.O., S. 348 ff.

[3]) Siehe E. Eyck, a.a.O., S. 361.

Schleswig-Holstein stagnierte bei knapp 10000 Mitgliedern; die Jugend der Partei kam teilweise unter den Einfluß der Wehrverbände[1]) und jungkonservativer Gedanken[2]). Unter dem Vorsitz von Justizrat Dr. Wittern, Kiel, hatte die DVP 1925 neben der Landesgeschäftsstelle in Kiel nur zwei hauptamtlich besetzte Büros in Neumünster und Altona. Von 25 Kreisverbänden wurden zwei durch Landwirte geleitet. Demgegenüber hatte die DNVP 10 Bezirksgeschäftsstellen, 11 ihrer Kreisvorsitzenden waren Landwirte.

Noch größer waren die Sorgen der Deutschen Demokraten, die sich fast nur auf einen Kern von etwa 8000 größtenteils treuen und opferbereiten Mitgliedern stützen konnten und außer dem Kieler Provinzialgeschäftsführer über keine hauptamtlichen Kräfte mehr verfügten. Ihre zunehmende Isolierung, vor allem in den Landkreisen, spiegelt sich deutlich in den Beiträgen der Halbmonatszeitschrift „Der Durchbruch" wider, die von einer Gruppe junger Demokraten vom Juli 1924 bis Juli 1925 in Husum herausgegeben wurde. Einige Einzelbeispiele mögen für viele stehen: Im Januar 1925 bedrohten bei einem Musikumzug der Nortorfer „Werwölfe" mehrere Demonstranten mit vorgehaltener Pistole einen Hausbesitzer, der die Reichsfarben geflaggt hatte[3]). Der Wirt des führenden Lokals in Süderbrarup (Schleswig) weigerte sich unter Hinweis auf die Stimmung am Ort, bei einer Veranstaltung des „Reichsbanners" in seinem Hause andere Farben als Schwarz-Weiß-Rot und Blau-Weiß-Rot zu setzen[4]). In Husum lehnte der eingeladene Landrat im November 1924 die Teilnahme an einer Fahnenweihe des „Reichsbanners" aus „grundsätzlichen Erwägungen" ab, obwohl er vor kurzem einer „Stahlhelm"-Feier beigewohnt hatte[5]). Demokratisch gesinnte Handwerker und Geschäftsleute in Kleinstädten und Landgemeinden klagten wiederholt über gegen sie gerichtete Boykottabsprachen[6]). Sogar von kirchlicher Seite wurde dieses Abdrängen der Demokraten in die politische und gesellschaftliche Isolierung unterstützt. Es lag in der fast von der ganzen Geistlichkeit der Provinz übernommenen Gleichsetzung „christlich-vaterländisch-rechts" einbeschlossen und äußerte sich offiziell in der Intervention des Evangelischen Landeskirchenamtes bei der Theologischen Fakultät der Universität Kiel gegen das Eintreten des demokratischen Professors Baumgarten für die Wahl von Marx zum Reichspräsidenten[7]).

---

[1]) Bezeichnend hierfür ist der Werdegang des jungen Landwirts und späteren Bauernführers O. Köhler, Bühnstorf (Segeberg), der ursprünglich zur DVP gehörte, durch die Mitarbeit im „Stahlhelm" Anschluß nach „rechts" gewann und über die „Landvolkpartei" schließlich zur NSDAP kam. Siehe S. 169 dieser Arbeit.

[2]) Siehe S. 154 dieser Arbeit.

[3]) VZ, 4. Februar 1925, Nr. 29.

[4]) „Der Durchbruch", 1924, Nr. 5.

[5]) „Der Durchbruch", 1924, Nr. 9.

[6]) „Der Durchbruch", 1925, Nr. 12.

[7]) „Der Durchbruch", 1925, Nr. 22.

Die Demokraten Schleswig-Holsteins reflektierten gelegentlich ernsthaft über die Ursachen für diese Entwicklung. So schrieb der „Durchbruch" schon am 1. August 1924[1]): „Die Nichtwiederherstellung der Vorkriegszölle ... würde für unsere Provinz und für alle anderen agrarischen Provinzen eine Krisis bedeuten, deren Dauer und Ausmaß überhaupt nicht zu übersehen sind ... Wenn heute weite Kreise der Linksparteien diesen so notwendigen Zöllen Schwierigkeiten entgegensetzen, so ist das nichts weiter als eine schwere Anklage gegen das zur Führung berufene Bürgertum, welches es nicht verstanden hat, das Vertrauen der Arbeiterschaft in seine wirtschaftlichen Vorschläge zu gewinnen."

Hinzu kamen das mangelnde Interesse und die fehlenden Fähigkeiten der Liberalen auf organisatorischem Gebiet[2]). Der Schwung der ersten Nachkriegsmonate hielt hier nicht lange vor. Während sich die Rechtsgruppen gegenüber der Vorkriegszeit von Honoratioren- zu Massenparteien mit starken „nahestehenden" Berufs- und Wehrverbänden entwickelten, fanden die Liberalen nicht die erforderliche stabile Verankerung in der Wählerschaft. Dort, wo gründlich gearbeitet wurde, waren auch jetzt noch gewisse Erfolge spürbar. So vermochte das Vorstandsmitglied der DDP, Studienrat Dr. Bötticher, Ratzeburg, 1924/25 im Kreis Lauenburg — parallel zur Gründung des Kleinbauernvereins[3]) — als Nichtlandwirt einen demokratisch orientierten „Bauern-, Pächter- und Siedlerbund" mit über 300 Mitgliedern aufzubauen[4]).

Die Jahre 1924 und 1925 brachten ferner den Versuch, der vor allem durch das Aufkommen des „Stahlhelm" sich weiter verstärkenden Rechtsbewegung mit dem Zusammenschluß von republikanisch gesinnten Bürgern und Arbeitern im „Reichsbanner" ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Wir werden hierauf noch näher eingehen[5]).

Zunächst gilt es, die wiederholt schon erwähnten Wahlergebnisse von 1924 genauer zu betrachten[6]). Die Deutschnationalen waren die großen Gewinner des 4. Mai. Sie vereinigten mit 232792 Wählern 31 % aller Stimmen auf sich und

---

[1]) „Der Durchbruch", 1924, Nr. 2.

[2]) Siehe S. 20 dieser Arbeit. Die DDP zählte 1927 107000 Mitglieder im Reich (A. Erkelenz, Zehn Jahre Deutsche Republik, 1927, Berlin, S. 545); die DNVP 1923 950000 (W. Liebe, a.a.O., S. 136).

[3]) Siehe S. 76 dieser Arbeit.

[4]) „Handbuch für die Provinz Schleswig-Holstein", herausgegeben vom Oberpräsidium Kiel, Jahrgang 1925, S. 199 ff., und persönliche Auskunft des früheren Generalsekretärs der DDP, Max Hampel, Berlin.

[5]) Siehe S. 99 f. dieser Arbeit.

[6]) „Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai und am 7. Dezember 1924", in: Statistik des Deutschen Reichs, Band 315, I, Berlin 1925; „Die Wahlen zum preußischen Landtag vom 7. Dezember 1924", in: Preußische Statistik, Berlin 1925, Verlag des Preußischen Statistischen Landesamtes.

entsandten 3 Abgeordnete in den Reichstag[1]). In den ländlichen Bezirken kamen sie auf 42,1, in den städtischen auf 25,6%[2]).

Entgegen der Entwicklung im Reich[3]) vermochten sie dieses Ergebnis bei den Dezemberwahlen des gleichen Jahres nicht nur zu halten, sondern sogar noch auszubauen. Am 7. Dezember erhielten sie 253395 Stimmen (33%) und einen vierten Abgeordneten[4]). Diesmal waren in den städtischen Bezirken 27,8% der Stimmen deutschnational, in den ländlichen 43,4%[5]).

Einen starken Auftrieb konnten auch die radikalen Flügelparteien im Mai 1924 verzeichnen. Die Deutschvölkische Freiheitspartei der Provinz schickte mit 55417 Stimmen (7,4%) den Grafen Ernst von Reventlow, Potsdam, als Spitzenkandidat nach Berlin[6]). Vierter Stimmbewerber war hier das „Werwolf"-Mitglied, Hofpächter W. Kühl, Rolfshörn (Rendsburg). In den städtischen Gemeinden kam die Partei auf 7,8%, in den ländlichen insgesamt nur auf 6,4%, doch dabei in der Geest auf 9,4%. Die KPD gewann ebenfalls einen Sitz[7]), übertraf die Deutschvölkischen mit 76983 Wählern (10,2%) aber noch erheblich und gewann — abgesehen von ihren Schwerpunkten in den städtischen Bezirken (insgesamt 12%) — auch in einigen ländlichen Gebieten zahlreiche Anhänger[8]).

Beiden Flügelgruppen brachte der 7. Dezember jedoch einen starken Rückschlag und den Verlust ihrer Mandate. Die Deutschvölkischen erhielten — diesmal unter der Bezeichnung „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" — nur noch 20513 (2,7%), die Kommunisten 51699 Stimmen (6,7%).

Die demokratischen Parteien der gemäßigten Rechten, Mitte und Linken vermochten ihre im Mai stark erschütterten Positionen bei der zweiten Wahl nur einigermaßen wieder zu festigen. Die SPD hatte am 4. Mai mit 186954 Wählern (24,9%) das seit drei Jahrzehnten für sie ungünstigste Ergebnis in der Provinz zu registrieren[9]). In den städtischen Bezirken sank sie auf 26,9, in den ländlichen auf 21,0% ab[10]). Im Dezember kamen sie auf 232382 Wähler (30,3%), ohne freilich das Ergebnis von 1921 (37,3%) annähernd wieder zu erreichen.

---

[1]) Zu Oberfohren und dem 1921 erstmals gewählten Hofbesitzer und Geheimen Oberregierungsrat R. Thomsen, Struckum (Husum), kam Landgerichtsdirektor K. Lohmann, Blankenese.

[2]) Marsch: 40,6, Geest: 47,3, Ostholstein und -schleswig: 38,7%. Diese und die folgenden entsprechenden Aufschlüsselungen finden sich bei R. Heberle, Nazism, S. 95 und 99.

[3]) Siehe E. Eyck, a.a.O., S. 426 f.

[4]) An die Stelle von Lohmann trat Fabrikdirektor Paul Eggers, Rendsburg, hinzu kam ferner Landwirt Peter Bossen, Hogelund (Südtondern), ein Mitglied des Bauernvereins.

[5]) Marsch: 41,4%, Geest: 49,9%, Ostholstein und -schleswig: 40,9%.

[6]) Der Wahlvorschlag hieß in Schleswig-Holstein „Völkisch-Sozialer Block".

[7]) Lehrer Hugo Urbahns, Hamburg.

[8]) Marsch: 7,2%, Geest: 3,4%, Ostholstein und -schleswig: 7,6%.

[9]) Siehe S. 15 dieser Arbeit.

[10]) Marsch: 19%, Geest: 14,1%, Ostholstein und -schleswig: 24%.

Unter ihren vier Abgeordneten befand sich auch diesmal kein Landwirt oder Landarbeiter[1]).

Starke Einbuße erlitt bei den Maiwahlen auch die Deutsche Volkspartei. Sie erhielt 90633 Stimmen (12,1%) und ein Mandat[2]). Das Dezemberergebnis brachte ihr jedoch den Anstieg auf 112325 Wähler (14,6) und einen zweiten Sitz für den angesehenen Landwirt Ernst Hamkens, Hanredder (Pinneberg). Sie vereinigte in den städtischen Bezirken diesmal 14,5, in den ländlichen sogar 14,9% auf sich[3]).

Die DDP sank im Mai auf 60704 Wähler (8,1%) ab und gewann auch im Dezember bei 66580 Stimmen (8,7%) ihren Anteil von 1921 nicht wieder, obwohl sich ihr einziger gewählter Vertreter, der in Starnberg (Obb.) ansässige frühere kaiserliche Botschafter Graf Bernstorff sehr um die Provinzialorganisation der Partei bemühte. In den städtischen Bezirken erhielt sie 9,2%, in den ländlichen 7,8%[4]).

Eine noch deutlichere vergleichende Betrachtung ermöglichen die statistischen Unterlagen über die ebenfalls am 7. Dezember durchgeführten preußischen Landtagswahlen[5]), die in Schleswig-Holstein nur sehr geringfügige Abweichungen vom Gesamtergebnis der gleichzeitigen Reichstagswahlen aufwiesen. Eine Auswertung der Vergleichszahlen ergibt: Der steile Anstieg der deutschnationalen gegenüber den konservativen Stimmen des Jahres 1912 war in den ländlichen Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern besonders groß. Er führte dazu, daß in diesen Wahldistrikten Schleswig-Holstein im Dezember 1924 bei den 32 Regierungsbezirken Preußens mit Stralsund an 7. Stelle stand. Dabei hatten die vorhergehenden 6 ostelbischen Bezirke 1912 sämtlich höhere konservative Stimmanteile, als jetzt bei ihnen auf die DNVP entfielen[6]). Die Zunahme um mehr als das Doppelte in Schleswig-Holstein im gleichen Zeitraum bei einem gleichzeitigen geringfügigen Rückgang des Gesamtanteils in Preußen von 36,2 auf 35% zeugt also von einer in dieser Ausprägung einmaligen Neuorientierung der ländlichen Bevölkerung. Ihr entsprach der ebenfalls weit überdurchschnittliche Rückgang bei den Demokraten (gegenüber der Fortschrittlichen Volkspartei im Jahre 1912) in den Landbezirken. Dagegen blieb der Anteil der DVP (im Verhältnis zu den Nationalliberalen) einigermaßen stabil. Die SPD lag in den ländlichen Gebieten

---

[1]) Zu Louise Schröder und Eggerstedt kamen der Neumünsteraner Gewerkschaftssekretär Richter und Lehrer Biester, Hoisbüttel (Stormarn).

[2]) Schulrat Dr. Runkel, Schleswig.

[3]) Marsch: 11,5%, Geest: 18,1%, Ostholstein und -schleswig: 15,7%.

[4]) Marsch: 11,5%, Geest: 6,7%, Ostholstein und -schleswig: 6,9%.

[5]) Die Wahlen zum Preußischen Landtag vom 7. Dezember 1924 in: Preußische Statistik, Berlin 1925, Verlag des Preußischen Statistischen Landesamtes.

[6]) a: 1924, b: 1912. Köslin a) 67,4%, b) 73 %; Gumbinnen a) 51,3%, b) 54%; Stettin a) 59,2%, b) 67,3%; Allenstein a) 49,2%, b) 50,9%; Frankfurt a. d. O. a) 51%, b) 52,4%; Potsdam a) 45,5%, b) 52,5%.

sowohl 1912 wie 1924 über dem Durchschnitt für Preußen, allerdings 1924 geringfügiger. Ihr Rückgang 1924 gegenüber 1921 war in Schleswig-Holstein besonders stark ausgeprägt, obwohl der KPD-Anteil in den Dörfern in dieser Zeit sich nur von 3,1 auf 3,4% verschob.

V. Kapitel

Elemente der Beruhigung und Versöhnung (1925/1927)

Die bedeutsamste Folge der Dezemberwahl von 1924 war der Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung. Sie hatten erkannt, daß eine nennenswerte Ausweitung ihres Wählerstamms in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich war und deshalb die einzige Möglichkeit, Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu gewinnen, in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien der Mitte und gemäßigten Rechten lag[1]). So bildete sich im Januar 1925 nach längeren Verhandlungen[2]) das Kabinett Dr. Luther, dem neben Mitgliedern des Zentrums, der DVP und Bayerischen Volkspartei vier Deutschnationale angehörten (u. a. Schiele für Inneres und v. Kanitz für Ernährung und Landwirtschaft[3])). Freilich mußte sich die DNVP zur faktischen Anerkennung der Republik und der Stresemannschen Außenpolitik bereitfinden. Diese Schwenkung stand, wie immer sie von der Partei interpretiert wurde, im deutlichen Gegensatz zu den radikalen Wahlparolen des Vorjahres und löste sowohl in der Partei selbst wie in der Wählerschaft heftige Diskussionen aus. Zu einer gewissen Beruhigung führte hier die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26. April 1925. Jetzt schien für die Konservativen der Gedanke einer evolutionären Umformung der Republik im Bereich des Möglichen zu liegen und damit eine Teilnahme an der Regierung gerechtfertigter. Allerdings verschärften sich während der Kampagne die Spannungen zu der Mitte und Linken erneut, vor allem auch zum Zentrum, das Marx gegen den siegreichen Kandidaten der Rechten herausgestellt hatte.

Neben den großen Themen der Außenpolitik war es 1925 vor allem wieder die Frage des agrarischen Schutzzolls, an der heftige Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und Linken im Parlament und in der deutschen Öffentlichkeit entbrannten. Bereits in seiner Regierungserklärung vom 19. Januar bezeichnete Luther die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion als eine der wichtigsten wirtschaftlichen Aufgaben. Am 20. Mai erläuterte er vor der Presse eine Novelle zum Zolltarif[4]), die schon in den Wochen zuvor lebhaft

[1]) Schlange-Schöningen, Am Tage danach, Hamburg 1946, S. 32 f.

[2]) Einzelheiten bei E. Eyck, a.a.O., S. 427.

[3]) v. Kanitz hatte bereits dem 2. Kabinett Stresemann und den beiden Kabinetten Marx als Fachminister angehört.

[4]) Die Begründung und die wichtigsten Einzelbestimmungen finden sich bei Schulthess, 1925, S. 92, und im „Wirtschaftsdienst", 1925, Nr. 2.

diskutiert worden war. Sie sah mit geringen Abweichungen die Einführung der bereits in der Vorlage des Vorjahres enthaltenen Sätze für die vier Hauptgetreidearten, für Vieh und eine Reihe tierischer Produkte auf zunächst zwei Jahre vor. Daneben standen Erhöhungen der schon bestehenden Tarife auf dem gewerblichen Sektor, vor allem für die Erzeugnisse der Eisenindustrie. In den Debatten wiederholten sich die aus dem Jahre 1924 bekannten Argumente im Für und Wider. Besonders scharf reagierte auch diesmal die politische Linke auf den Entwurf. Schon am 19. Mai, unmittelbar nach dem Bekanntwerden seines Inhalts, brachte die SPD einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, der am folgenden Tag nach heftigen Auseinandersetzungen mit 214 gegen 129 Stimmen bei 25 Enthaltungen abgelehnt wurde. Dr. Hilferding meinte am 27. Mai für die Sozialdemokraten: „Seit der Agrarkrise des vorigen Jahres haben sich die Dinge erheblich gewandelt. Die Preise der agrarischen Produkte stehen jetzt mindestens auf dem gleichen Niveau wie die der Industrieprodukte. Sie stehen aber auch um 30 bis 50% höher als die der Agrarprodukte 1913 plus Zölle. Der Ausgleich, den die Agrarier damals wünschten, ist also inzwischen ohne die Einführung von Zöllen erfolgt. Überall auf dem Weltmarkt ziehen die Getreidepreise an. Wir werden daher nie für die Getreidezölle stimmen." Demgegenüber bedauerte der Husumer Abgeordnete Thomsen für die Deutschnationalen am 24. Juni[1]), daß die Vorlage so spät komme. Der Sprecher der Bayerischen Volkspartei, Horlacher, bezeichnete sie als „nationale Tat". Eine differenziertere Haltung als im Vorjahr zeigten die Demokraten. Ihr Sprecher, Meyer (Berlin), vertrat erneut die Idee eines Abbaus der Zollschranken in Europa mit beredten Worten, sprach sich dann aber im Hinblick auf die gegenwärtige Außenhandelspolitik der anderen Länder und die Sorgen der Landwirtschaft mit Vorbehalt für die Getreidezölle aus. Scharf kritisierte er dagegen die vorgesehene gesetzliche Festlegung von Mindesttarifen[2]).

Diese Ansicht vertraten jetzt auch mehrere Wirtschaftswissenschaftler, die noch im Vorjahr die Agrarzölle völlig abgelehnt hatten. Ein Kommentar des Kieler „Wirtschaftsdienstes" vom 12. Juni[3]) hielt eine Lösung für denkbar, die nicht von Mindestzöllen, sondern „Verhandlungszöllen" beim Getreide ausging, also die Möglichkeit eines wechselseitigen Verzichts bei Handelsverträgen einbeschloß. Entschieden wurde der Zoll für Futtermittel (einschließlich Kartoffeln) abgelehnt, dagegen — entsprechend Vorschlägen von Aereboe — ein stärkerer Schutz der Veredelungswirtschaft befürwortet, um in einer Zeit des Übergangs zu wettbewerbsfähigen und krisenfesten Betrieben zu kommen.

---

[1]) Schulthess, 1925, S. 96 f.

[2]) Schulthess, 1925, S. 109. Bei einer wirtschaftspolitischen Tagung der DDP am 24. Mai in Eisenach hatten sich Gegensätze in der Zollfrage gezeigt. Während Meyer, Berlin, und Dr. Melchior einen gewissen Schutz der Landwirtschaft für nötig hielten, stellte Dernburg in Zweifel, ob zollpolitische Maßnahmen hierfür geeignet seien (Schulthess, 1925, S. 95 f.).

[3]) „Wirtschaftsdienst", 1925, Nr. 24.

Der Reichslandbund bezeichnete die Regierungsvorlage in einer Verlautbarung seines Vorstandes vom 19. Juli demgegenüber als unzulänglich[1]). Die Parität mit der Industrie sei keineswegs hergestellt und die Belastung der Landwirtschaft durch die neuen Handelsverträge nicht annähernd ausgeglichen. Schon am 16. Februar hatte sein Präsident Graf v. Kalckreuth beim Landbundtag in Berlin außerordentlich scharfe Angriffe gegen die bisherige Wirtschaftspolitik und die Regierungsform der Republik gerichtet[2]). Besonders die Enthüllungen des Barmat-Skandals[3]) boten ihm und der gesamten antirepublikanisch gesinnten Rechten Material für eine demagogische Propaganda.

Nach langen Ausschußberatungen und erbitterten Auseinandersetzungen im Plenum wurde das Gesetz am 12. August in Abwesenheit von SPD und KPD gegen die Stimmen der völkischen Rechten und bei Stimmenthaltung der DDP verabschiedet. Seine Auswirkungen entsprachen größtenteils den Vorhersagen der parlamentarischen Kritiker, ohne daß deren optimistische Beurteilung der Gesamtsituation der Landwirtschaft sich bestätigte. Gewisse Mehreinnahmen wurden im Verlauf des Jahres bis Anfang 1926 durch die Zunahme der Eisenpreise und damit der Maschinen und Werkzeuge, wie auch der Futtermittel — beides durch die neuen Tarife mitbedingt — ausgeglichen[4]). Besonders ungünstig wirkten sich die starken, oft spekulativen Schwankungen in den Erzeugerpreisen aus. Eine Untersuchung für das Jahr 1925 ergab beispielsweise[5]): „Der höchste Preis für Roggen wurde im Februar mit 149 RM bezahlt, also zu einer Zeit, in der die Landwirtschaft aus der Ernte von 1924 nur noch unwesentliche Mengen zum Verkauf stellen konnte. Setzt man den Preis des Monats Januar gleich 100, so betrug er in den (verkaufsintensiven) Monaten September noch 65, Oktober 60, November 59, Dezember 61." Diesen spekulativen Erscheinungen gegenüber versagten die Selbsthilfemaßnahmen der Landwirtschaft, vor allem infolge der schon geschilderten Aufsplitterung ihres Genossenschaftswesens und

[1]) Schulthess, 1925, S. 101.

[2]) Schulthess, 1925, S. 31 ff.

[3]) Zusammenfassung bei Schulthess, 1925, S. 37 f.

[4]) *Übersicht im „Wirtschaftsdienst" 1926, 12. Februar 1926:*

	1913	1924	1925
Stabeisen (pro t)	159,50 M	220,00 M	228,00 M
Mais (pro 50 kg)	7,83 M	9,95 M	11,04 M

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1928, S. 348, entwickelte sich die Preisrelation zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen nach der Einführung der neuen Tarife zunächst nur vorübergehend günstig (Großhandelsindex 1913 = 100): 1925: März 88,5, Juni 90,6, September 94,3, Dezember 91,9; 1926: März 85,1.

[5]) Ökonomierat F. Keiser, Berlin, im „Wirtschaftsdienst" vom 12. Februar 1926.

der Knappheit an Bargeld. Besonders bei den betriebswirtschaftlich wenig geschulten und zumeist kapitalschwachen Mittelbauern fielen angesichts dieser Erfahrungen die Samen der völkisch-antikapitalistischen und antisemitischen Propaganda auf fruchtbaren Boden.

So ging trotz der relativ guten Ernte des Jahres 1925 und einer gewissen Entspannung für manche Betriebe die Verschuldung weiter[1]). Ende des Jahres lag sie bei 3,2 Milliarden Mark Realkredit (davon über Zweidrittel mit kurzfristiger Laufzeit) und etwa 1,9 Milliarden Personalkredit. Dazu kamen noch rund 3 Milliarden aus der Aufwertungsgesetzgebung.

Dieser Betrag erhöhte sich in den Jahren 1926 und 1927 jeweils um mehr als eine Milliarde. Die absolute Höhe der besonders belastenden kurzfristigen Kredite blieb dabei gleich, obwohl ihr prozentualer Anteil infolge der mittlerweile eingeleiteten Umschuldungsmaßnahmen zurückging. Äußerst empfindlich wirkte sich in dieser Bilanz der weiterhin für die Landwirtschaft überhöhte Zinssatz aus. Wohl ging der Reichsbanksatz bis zum Jahre 1927 mit 5 v. H. allmählich auf den niedrigsten Stand seit der Inflation zurück, doch lagen die Zinsen für Agrarkredite auch 1926 meistens noch zwischen 7 und 8%[2]).

Der Verabschiedung des Zollgesetzes folgte ein neuer Höhepunkt der außenpolitischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Stresemanns Locarnopolitik[3]). Am 25. Oktober erklärten die deutschnationalen Minister, vor allem unter dem Druck der Landesverbände ihrer Partei, im Einverständnis mit der Reichstagsfraktion ihren Rücktritt. Eine heftige innenpolitische Kontroverse war die Folge, bei der auch zahlreiche namhafte konservative Persönlichkeiten sich gegen die negative Haltung der DNVP zu den Locarnoverträgen wandten[4]). Wels warf als Sprecher der SPD den Deutschnationalen am 24. Oktober in der großen außenpolitischen Reichstagsdebatte vor, aus rein wirtschaftlichen Motiven in die Regierung eingetreten zu sein, um nach der Verabschiedung einer ihnen genehmen Zollvorlage wieder ganz in die alte Obstruktionspolitik zu verfallen[5]).

Nachdem die Bemühungen um eine Erweiterung der Restkoalition nach links aus wirtschafts- und sozialpolitischen Differenzen zwischen SPD und DVP gescheitert waren, endete das „betrübliche Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrise“[6]) vorläufig mit der Bildung eines Minderheitenkabinetts Luther im Januar, das aus Vertretern des Zentrums, der DVP, DDP und BVP bestand. Aber schon im Mai stürzte es über eine schwere innenpolitische Auseinander-

---

[1]) Einzelangaben bei F. Fabian, a.a.O., S. 83 ff. und 99 ff.

[2]) F. Fabian, a.a.O., S. 113.

[3]) Schulthess, 1925, S. 154 ff. und S. 421 ff.

[4]) Schulthess, 1925, S. 161.

[5]) Schulthess, 1925, S. 173.

[6]) Reichspräsident v. Hindenburg am 19. Januar vor den Vertretern der Koalitionsparteien.

setzung in der Flaggenfrage. Auch dem folgenden Kabinett Marx war keine lange Lebensdauer beschieden. Am 17. Dezember erlag es nach einer heftigen Debatte über die Reichswehr der Opposition von rechts und links.

Diese krisenhafte Entwicklung war nicht dazu angetan, das Vertrauen in die Stabilität der parlamentarisch-demokratischen Staatsform zu stärken. Wenn trotzdem von einer gewissen Entspannung und Konsolidierung gesprochen werden konnte, so war dies einmal auf die auch von einem Teil der Konservativen nicht mehr bestrittenen positiven Auswirkungen der Stresemannschen Außenpolitik und zum anderen auf gewisse wirtschaftliche Erleichterungen durch die Steuerreform des demokratischen Finanzministers Reinhold zurückzuführen.

Damit waren wichtige psychologische Voraussetzungen für einen erneuten Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung geschaffen. Am 27. Mai 1927 wurde ein neues Kabinett Marx gebildet, das im wesentlichen aus Vertretern des Zentrums, der DVP, BVP und DNVP bestand[1]). Diese Entscheidung löste erneut heftige interne Debatten in der deutschnationalen Fraktion und Partei aus, vor allem, als der ursprünglich von ihr als Justizminister benannte Abgeordnete Graef von den anderen Parteien abgelehnt wurde. Die DNVP entsandte schließlich für die Ressorts des Innern (v. Keudell), der Justiz (Hergt), der Ernährung und Landwirtschaft (Martin Schiele) und des Verkehrs (Koch) nur Mitglieder ihres gemäßigten Flügels. Schon im Januar wurde auch diesmal die Vermutung ausgesprochen, daß die Sorge um die im Sommer fällige Verlängerung des Zolltarifs stark bei ihrem Entschluß zur Regierungsbeteiligung mitgewirkt habe[2]). Auf jeden Fall verlieh dieser Gesichtspunkt den Argumenten der gemäßigten Gruppe in Partei und Fraktion besonderes Gewicht. Die Deutschnationalen fanden sich zwar nicht zu der zunächst geforderten „uneingeschränkten Anerkennung der Republik" bereit, wohl aber zu einer „Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Verfassung".

Martin Schiele bemühte sich sofort um eine Aktivierung der Landwirtschaftspolitik, für die er nicht ohne Erfolg auch in anderen Bevölkerungskreisen um Verständnis warb. Am 9. Juli trat der Gesetzentwurf über Zolländerungen in Kraft, der im wesentlichen die bisherigen Sätze für zwei weitere Jahre bestätigte und die Tarife für Kartoffeln, Zucker und Schweinefleisch weiter erhöhte. SPD, DDP und KPD stimmten gegen die von allen anderen Fraktionen bejahte Vorlage.

Auch in der Haltung der schleswig-holsteinischen Agrarverbände wirkten sich in den Jahren 1925 und 1926 die wichtigsten Momente der Reichspolitik deutlich aus. Im Verbandsorgan des Landbundes spiegelte sich die von den

---

[1]) Schulthess, 1927, S. 21.

[2]) Egelhaafs Historisch-Politische Jahresübersicht, Stuttgart 1927, S. 170: „Es zeugt von der Ungesundheit der politischen Zustände, daß um einer vernünftigen Zollregelung willen eine große Partei sich zur Selbstverleugnung in den großen Angelegenheiten veranlaßt sah, wie dies für die Deutschnationalen bei ihrem Eintritt in die Regierung der Fall war."

Kursänderungen der deutschnationalen Reichstagsfraktion hervorgerufene Unsicherheit wider. Diffamierenden Ausfällen gegen den Weg und die Politiker der Mittelparteien[1]) folgten manchmal sehr bald Erklärungen, warum die „nationale Rechte" mit ihnen in einer Koalition zusammenarbeiten müsse[2]). Im allgemeinen war wieder deutlich zu spüren, daß die Führung des Provinzialverbandes in Schleswig-Holstein mehr zu dem kompromißlosen, radikalen Flügel der DNVP tendierte. Die Wirkungen des wechselhaften Verhaltens der Partei auf ihre eigene Organisation und die Stellung des Landbundes im Landvolk waren wenig günstig. Das bewiesen die Ergänzungswahlen zur Landwirtschaftskammer am 24. April 1927, wo es in einigen Kreisen zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Organisationen kam und die mit einer großen Mehrheit für den Bauernverein endeten[3]). Besonders deutlich ausgesprochen wurden diese Sorgen in einem ziemlich pessimistischen Artikel aus Anlaß des sechsjährigen Bestehens des Landboten im September 1927[4]). In dieser Zeit verließ auch der langjährige Schriftleiter Hugo Jordan die Redaktion. Seinem völkisch-aggressiven Stil entsprach die auf Mitarbeit im bestehenden Staat orientierte Politik Schieles, Hergts und v. Keudells nicht. Der Bauernverein gewann durch die Schwierigkeiten des Landbundes eine etwas größere Bewegungsfreiheit. Ohne die 1924 geknüpften Beziehungen zu den Deutschnationalen abreißen zu lassen, bemühte er sich vorsichtig um eine engere Verbindung mit der DVP, die auch 1925 und 1926 wieder deutlich für die Schutzzollpolitik eingetreten war. Angesichts erneuter starker Reibungen mit dem Landbund in Schleswig-Holstein und der ihnen immer wieder von dieser Seite vorgeworfenen angeblichen Bindungen an das Zentrum über die Reichsvereinigung[5]), hielten die Führer des Bauernvereins eigene gute Beziehungen zu einer der anderen großen Reichsparteien für wünschenswert, die zudem weniger einseitig an die Interessen der kornbauenden Großagrarier des Ostens gebunden war, als die Majorität der DNVP. Der Provinzialvorsitzende, Stamerjohann, trat in internen Gesprächen Mitte 1926 aus der bis dahin geübten parteipolitischen Reserve heraus und schloß sich der DVP an[6]). Neben den genannten Motiven war dabei der starke Eindruck bestimmend, den die Außenpolitik Stresemanns auf ihn persönlich gemacht hatte. Hinzu kam das besondere Bemühen des Bauernvereins um die Kleinbauern[7]), nachdem der Bruch mit den Demokraten 1925 unerwartet zur

[1]) So im Dezember 1926 anläßlich der Nobelpreisverleihung gegen Stresemann, „Landbote", 1926, Nr. 101 und 102.

[2]) „Landbote", 1917, Nr. 8.

[3]) „SHB", 1925, Nr. 18.

[4]) „Landbote", 1927, Nr. 79.

[5]) „Landbote", 1927, Nr. 58 und 97; „Bauer", 1927, Nr. 51.

[6]) Die Schilderung der Entwicklung des Verhältnisses von Bauernverein und DVP stützt sich auf die persönlichen Angaben von Heinrich Stamerjohann gegenüber dem Verfasser. Siehe auch „SHB" 1927, Nr. 27.

[7]) „SHB", 1926, Nr. 4, 5, 48, 49.

Bildung einer nicht unbeachtlichen „linken" Konkurrenzorganisation geführt hatte. Unter diesem Gesichtspunkt war jede besondere Betonung eines ausgeprägten Rechtskurses des Verbandes unzweckmäßig. Allerdings sprach sich der Bauernverein in einem Aufruf im März 1925 eindeutig für die Wahl von Hindenburg zum Reichspräsidenten aus[1]) fraglos — wie das Ergebnis der Provinz zeigte —[2]) in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit seiner Anhänger.

Wenn trotzdem das Verhältnis zur Regierungspolitik und zur republikanischen Staatsform selbst spannungsgeladen blieb, so beruhte dies zunächst auf der schon geschilderten weiterhin für die Landwirtschaft kritischen Entwicklung. Bereits 1925 und Anfang 1926 wurden in scharfen Stellungnahmen des schleswig-holsteinischen Bauernvereins die neuen zollpolitischen Maßnahmen als unzureichend bezeichnet[3]). So faßten im März 1926 mehrere hundert Segeberger Bauern nach einem Referat des Direktors der bayerischen Landwirtschaftskammer und Reichstagsabgeordneten Dr. Horlacher eine Entschließung, in der sie im Hinblick auf ihre „katastrophale Lage" sofortige steuerliche Erleichterungen und andere Hilfsmaßnahmen forderten[4]).

Im November 1925 lag die Realkreditverschuldung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft nach Feststellungen der Landwirtschaftskammer bei mindestens 95 Millionen Mark. Hinzu kamen kurzfristige Personalkredite in Höhe von etwa 70 Millionen. So war — wie die Kammer folgerte — die Belastung infolge des ungleich höheren Zinssatzes bereits zu dieser Zeit wesentlich erheblicher, als bei der Vorkriegsverschuldung von 173 Millionen Mark[5]).

Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung[6]) ergaben für den 31. Dezember 1926 einen weiteren starken Anstieg der Kurve und für Schleswig-Holstein bei mehr als 123 Millionen Realkredite einen Betrag von 119 RM pro ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Damit lag die Provinz in ganz Deutschland an der Spitze, bei einem Mittelwert von 75,45 RM im Reich und 88,70 RM in Preußen. Selbst wenn man die überdurchschnittlich intensive Wirtschaftsweise in Schleswig-Holstein in Betracht zog, war dies Ergebnis beunruhigend.

Die angestauten Sorgen und Spannungen kamen in einer beherrschten aber besonders deutlichen Form bei den Entschließungen des schleswig-holsteinischen Bauerntages am 19. Juli 1927 in Rendsburg zum Ausdruck. Über 12000 Landleute waren versammelt. Sie forderten u. a., daß mit der gegenwärtigen Zoll-

---

[1]) „SHB", 1925, Nr. 11.

[2]) Siehe: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1924/25, S. 394.

[3]) „SHB", 1925, Nr. 22 und 32; 1926, Nr. 4, 23 und 32.

[4]) „SHB", 1926, Nr. 9.

[5]) „SHB", 1926, Nr. 32. Eine Untersuchung im „Wirtschaftsdienst" vom 7. Oktober 1927 kam zu dem Schluß, daß Ende Juni 1927 die effektive Belastung der Landwirtschaft bereits um über 50% höher als in der Vorkriegszeit lag. Auch hier wurden die weit überhöhten Zinssätze als größte Belastung kritisiert.

[6]) F. Fabian, a.a.O., S. 93 f.

und Handelspolitik im Interesse der einheimischen Landwirtschaft und Volkswirtschaft endlich gebrochen werde. Mit Sorge, so hieß es weiter, nehme die Landwirtschaft von Handelsvertragsverhandlungen, u. a. mit Polen, Kenntnis, weil die schleswig-holsteinischen Bauern mit einer vor ausländischer „Schleuderkonkurrenz" gesicherten Vieh- und Schweineproduktion stehen und fallen würden[1]). Begrüßt wurde ein gesunder Siedlungsgedanke, bei dem das Prinzip des Privateigentums Anerkennung finden mußte. Die Steuerpolitik der Regierung begegnete jedoch scharfer Kritik.

Während die schleswig-holsteinischen Sprecher und die beiden ersten Referenten, Reichskanzler a. D. Dr. Luther und Dr. Georg Heim, maßvolle Formulierungen fanden, richtete — wie schon in früheren Jahren[2]) — der Präsident der Reichsvereinigung der Bauernvereine, Freiherr von Kerkering zu Borg, besonders heftige Angriffe gegen die Politik und die Institutionen der Republik. Er pries demgegenüber Mussolinis Italien als „das Werk eines einzigen ungewöhnlichen Menschen . . . , der als ein überragender Geist . . . einen grundlegenden Bruch mit den Gesichtspunkten und Gepflogenheiten, die sonst den europäischen Demokratien, insonderheit im neuen Deutschland herrschend" seien, „zum Segen seines Landes" vollzogen habe.

Die Berechtigung der Kritik der Landwirtschaft und das Ungenügen des bisherigen Zollsystems — vor allem der Relation von Agrar- und Industriezöllen — räumte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius am 22. Juni, also wenige Tage später, vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag in Hamburg ausdrücklich ein[3]). Deutschland sei bemüht, im Verfolg der Empfehlungen der Genfer Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes „durch langfristige Handelsverträge zu einer möglichst weitgehenden Ermäßigung der überhöhten Zolltarife zu gelangen". Es sei dabei der feste Wille der Reichsregierung, die zur Zeit bestehende Disparität zwischen dem landwirtschaftlichen und industriellen Zollschutz möglichst bald zu beseitigen. Dies solle aber nicht durch Erhöhung der Agrarzölle, sondern durch einen Abbau der Industrietarife erfolgen[4]).

Auch die organisatorische Entwicklung der Parteien und anderer politischer Verbände führte während der Jahre 1925 bis 1927 weiterhin zu beträchtlichen Auseinandersetzungen in der Provinz und einem trotz aller Momente der Be-

---

[1]) „SHB", 1927, Nr. 26. Eine Zusammenstellung von E. Topf im „Wirtschaftsdienst", 1. Juli 1927, ergab, daß von 60 in Kraft befindlichen Handelsverträgen und -abkommen 13 Bestimmungen über Vorzugszölle enthielten. Zu diesem Zeitpunkt schwebten Verhandlungen mit Frankreich, Rumänien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Polen.

[2]) Siehe S. 96 dieser Arbeit.

[3]) „Wirtschaftsdienst", 1. Juli 1927.

[4]) Schon am 27. Mai 1926 hatte der Dozent der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, Dr. K. Ritter, bei einem Vortrag vor Landwirten in Brandenburg erklärt: „Die Zölle, die Sie augenblicklich haben, werden mehr als kompensiert durch die Industriezölle. Sie würden sich viel besser stehen, wenn wir in Deutschland überhaupt keine Zölle hätten." („Wirtschaftsdienst", 1927, S. 584.)

ruhigung von Spannungen bestimmten Gesamtklima gegenüber der Republik. Zur gleichen Zeit, in der führende Exponenten des Reichsbanners[1]) und des Stahlhelms im Reichskabinett zusammenarbeiteten, setzten die Wehrverbände der Rechten und der demokratischen Mitte und Linken draußen im Lande ihre heftigen Kontroversen fort. Die relativ ruhigen Jahre 1925 bis 1927 waren gerade die Zeit, in der diese neuen Massenorganisationen den Ausbau auf breiter Basis vollzogen und ihren maßgeblichen Einfluß auf die Meinungsbildung sehr großer Bevölkerungsschichten befestigten. Besonders nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten verstärkte sich die Aktivität der Rechtsgruppen in Schleswig-Holstein weiter. Im Frühsommer 1925 hatte die Mitgliederzahl der sogenannten „Vaterländischen Verbände" Schleswig-Holsteins etwa 100000 erreicht[2]).

Parallel mit seinem großen Aufschwung im Reichsgebiet wurde der „Stahlhelm" in den Jahren 1924 bis 1926 auch in Schleswig-Holstein zum stärksten politischen Wehrverband[3]). Bei dem Gautag 1926 fanden sich am 11. und 12. September in Neumünster über 4500 Mitglieder zusammen[4]). Schon hier wurde nach dem Feldgottesdienst und einem Armee-Gepäckmarsch, den Fahnenweihen und dem Festumzug in der großen Rede des Bundesführers Seldte die Wende von der „Frontkämpferorganisation" zur rechtsoppositionellen „politischen Bewegung" deutlich sichtbar, die sich dann im Jahr 1927 durch Seldtes demonstrativen Austritt aus der Partei Stresemanns endgültig bestätigte[5]). Genauere Zahlenangaben liegen erst für die Jahre 1928/29 vor, doch dürfte der Höchststand bereits 1927 erreicht gewesen sein. Eine Untersuchung des Polizeipräsidenten in Kiel[6]) kam auf insgesamt etwa 16000 bis 18000 feste Mitglieder, zu denen noch zahlreiche Gruppen von „Jungstahlhelm" und „Königin-Luise-Bund" sowie die etwa 1500 Anhänger des schon erwähnten „Stahlhelm Westküste"[7]) kamen. Dieser rechtsextreme Verband hatte sich mit dem „Werwolf" und „Wiking-Bund" im Februar 1926 vorübergehend zu einer „Wehrschaft Schleswig-Holstein" zusammengeschlossen, die in Kapitän Ehrhardt ihren Führer sah. Aus diesem Kontakt zum Ehrhardtkreis kamen zahlreiche persönliche Ver-

---

[1]) Reichskanzler Marx und andere namhafte Politiker des Zentrums gehörten dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" an.

[2]) Nach einem Bericht in der nordschleswigschen Zeitung „Dannevirke" vom 28. Mai 1925.

[3]) Zur Gründung und Entwicklung des Stahlhelms siehe K. D. Bracher, a.a.O., S. 134 ff.; E. H. Posse, a.a.O., S. 20 ff. (beide mit zahlreichen Literaturangaben), sowie Akte 309/22918 („Der Stahlhelm") der Regierung zu Schleswig.

[4]) „Kieler Zeitung", 13. September 1926, Nr. 418.

[5]) „Hamburger Anzeiger", 3. Dezember 1927, Nr. 283.

[6]) vom 27. August 1929 in: 309/22918.

[7]) Siehe S. 98 dieser Arbeit. Im August 1926 schlossen sich etwa 300 Mitglieder des Hamburger Stahlhelms dieser radikaleren Gruppe an. („Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung" in: 309/23055, Nr. 119, 1. September 1926.)

bindungen, die ab 1928 für die Entwicklung und die Wirkungen der von Dithmarschen ausgehenden Landvolkbewegung bedeutsam werden sollten[1]).

Ein besonders deutlicher Ausdruck der radikalen Politisierung im Stahlhelm waren programmatische Ausführungen, die der bekannte völkische Publizist Dr. Eduard Stadtler bei einer Provinzialführertagung am 28. November 1927 in Rendsburg zum Thema „Stahlhelm und Politik" machte[2]). Stadtler meinte, daß sich parallel zur Entartung des Parteienwesens eine „Aufartung moderner Wehrverbände ins Politische" vollziehe. Mehr als Wissen entschieden „Gesinnung, Herzensbildung, gesunde Triebhaftigkeit, Blutwille (!), Charakter und Kampffähigkeit". Der Stahlhelm sei zu einer „deutschen Freiheitsbewegung" geworden, einer „auf einen sein-sollenden Staat gerichtete zielhafte Gesinnungsbildung". Dem „Parteienstaat" von Weimar und seinen Verfassungsprinzipien, die „Scheinfreiheiten" seien, stellte Stadtler den „Frontsoldatenstaat" mit „echter Führung und Herrschaft" als Ziel gegenüber.

Hier wurde sichtbar, wie der ursprünglich zur Bewahrung von Ordnungsgrundsätzen gegenüber linksextremen Putschversuchen nach der Revolution gebildete Wehrverband sich über die Ablehnung jeder „roten" Politik bis zu einer scharfen Frontstellung gegen den verfassungsmäßigen republikanisch-parlamentarischen Staat hin entwickelt hatte. Erheblich über den Kreis der eigenen fest organisierten Mitglieder hinaus wirkten diese radikalen Gedanken durch die „Vereinigten Vaterländischen Verbände", dem Zusammenschluß aller „rechts"-orientierten Gruppen bis weit in den vorpolitischen Raum hinein. Über diese Dachorganisation konnten die vielen zehntausend Anhänger des „Kyffhäuserbundes" und der Regimentsvereine sowie der angeschlossenen Heimatbünde, Jugend- und Frauenverbände auf das wirksamste beeinflußt werden[3]). In Schleswig-Holstein lag hier, wie fast in allen Teilen Deutschlands, die Führung eindeutig in deutschnationaler Hand. Vorsitzender der Vereinigten Verbände war der deutschnationale Landesgeschäftsführer und Stahlhelmführer Major a. D. Wollmar.

Erwähnung verdient, daß der Stahlhelm sich in der Provinz vor allem auf die angesehenen Kreise des Bürger- und Bauerntums stützte, in geringem Umfang auch auf Arbeiter. Zahlreiche alte Offiziere, adelige Grundbesitzer und namhafte Repräsentanten des alten Staates, unter ihnen Prinz Heinrich von Preußen, der im Kreis Eckernförde ansässige Bruder des letzten Kaisers, übernahmen betont

---

[1]) Siehe S. 125 dieser Arbeit.

[2]) „Rendsburger Tageblatt", 29. November 1927, Nr. 279.

[3]) Organisation und Arbeitsweise der „Vereinigten Vaterländischen Verbände" werden plastisch in einem vertraulichen Bericht ihres Vorsitzenden, Generalfeldmarschall a. D. Graf v. d. Goltz, vom 1. April 1926 geschildert (in: 309/23055).

verantwortliche Funktionen in seiner regionalen Organisation[1]). In den ländlichen Bezirken wurde es teilweise zu einem Kriterium für die gesellschaftliche Stellung, daß man „dazu"gehörte[2]).

Demgegenüber geriet der Werwolf ab 1925 in eine Krise[3]). Bei einer großen Osterkundgebung am 11./12. April 1925 sprachen Bundesführer Kloppe und Generalleutnant a. D. von Watter in Hohenwestedt noch vor mehreren Tausend Teilnehmern. Aber in der Folgezeit schwenkte ein Teil der Mitglieder zu den Deutschvölkischen und zum Stahlhelm ab. Der Ortsverband Elmshorn wurde im März 1926 vom preußischen Innenminister wegen regelmäßiger illegaler Waffenübungen aufgelöst. Doch blieb ein fester lebendiger Mitgliederstamm, vor allem im Kreis Rendsburg, bestehen.

Vom Frühjahr 1924 an bemühten sich die republikanischen Kräfte der Provinz, dieser anwachsenden Bewegung eine eigene durchgeformte Organisation entgegenzustellen. Am 10. Mai forderte ein vorläufiger Gauvorstand des im Februar in Magdeburg begründeten „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold"[4]) energische Maßnahmen angesichts der zunehmenden Aktivität der Rechtsverbände. Den Aufbau in Schleswig-Holstein leitete der Kieler SPD-Beigeordnete Karl Meitmann. Am 2. Juli riefen die Provinzialvorsitzenden der drei Weimarer Parteien, Verdieck (SPD), Rhode (DDP) und Häfner (Zentrum), alle Republikaner zur Mitarbeit in diesem überparteilichen Verband auf, der die republikanischen Kriegsteilnehmer zum Kampf gegen die „Reichsverderber" von rechts und links zusammenfassen wollte. Schnell entstanden zahlreiche Gruppen, die mit wirkungsvollen Versammlungen und Umzügen an die Öffentlichkeit traten. Bereits Anfang August wurden 130 Ortsverbände mit 15000 Mitgliedern gezählt[5]). Bei einer großen, vom Reichsbanner am 10. August in Kiel veranstalteten Verfassungsfeier demonstrierten über 25000 Teilnehmer nach Reden von Oberpräsident Kürbis, Prof. Radbruch und des demokratischen Reichstagsabgeordneten Graf Bernstorff für die Republik[6]).

Die Basis für den neuen Verband bildeten fast überall die stabilen Organi-

---

[1]) Prinz Heinrich nahm z. B. am 17. September 1928 als Gruppenführer an einem Aufmarsch von 2000 Stahlhelmern in Schönberg (Kreis Plön) teil („Itzehoer Nachrichten", 19. September 1928, Nr. 221).

[2]) Der 1929 vor allem durch deutschnationale Kräfte aus seiner Stellung verdrängte Stamerjohann berichtete mir, er habe sich nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Verbandsarbeit im Hinblick auf seine Tätigkeit als Amts- und Gemeindevorsteher und um seiner motorsportlichen Neigungen willen dem örtlichen „Stahlhelm" angeschlossen.

[3]) Einzelheiten in 309/22786.

[4]) Zur Gründung des „Reichsbanners" siehe: E. H. Posse, a.a.O., S. 59 ff., „Flensburger Volkszeitung", 1. März 1924, Nr. 52, Akte 309/22564 („Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold").

[5]) „Kieler Zeitung", 2. Juli 1924, Nr. 305.

[6]) „Kieler Zeitung", 11. August 1924, Nr. 324. VZ, 11. August 1924, Nr. 186.

sationen der SPD und der Gewerkschaften[1]). Besonders stark setzten sich auch einige Persönlichkeiten der DDP ein[2]), vor allem der als Redner in Stadt und Land unermüdliche Kieler Studienrat und zweite Provinzialvorsitzende des Reichsbanners, Dr. Elsner, und Bauer Tiessen, Meldorf. Doch konnten sie von ihrer schmalen politischen Basis aus nicht annähernd den gleichen Wirkungskreis gewinnen wie die Sozialdemokraten. Da das Zentrum in Schleswig-Holstein völlig ausfiel, fand die Gegenpropaganda der Rechtsverbände, beim Reichsbanner handelte es sich nur um eine rein marxistisch-sozialistische Organisation, im Bürger- und Bauerntum fruchtbaren Boden. Bald kam es zu starken Spannungen, vor allem mit dem Stahlhelm[3]); die Büros des Verbandes waren größtenteils in Gewerkschaftshäusern eingerichtet; Fahnen und Symbole wurden von den beim privaten Einzelhandel unbeliebten „Konsum"-Genossenschaften vertrieben; in den Landgebieten bestanden die Ortsverbände mit wenigen Ausnahmen nur aus sozialdemokratischen Handwerkern, Landarbeitern und Arbeiter-„Pendlern", die in größeren Orten tätig waren.

Deshalb befürchteten einige demokratische Gruppen sogar eine noch schwierigere Stellung im Bürgertum und gegenüber den Wirtschaftsverbänden, wenn sie sich eindeutig mit dem Reichsbanner identifizierten. Der demokratische Ortsverein in Elmshorn lehnte beispielsweise aus solchen Erwägungen eine ausdrückliche Aufforderung an seine Mitglieder zum Beitritt ab und stellte ihnen nur die Mitarbeit frei, wofür er von der sozialdemokratischen Volkszeitung kritisiert wurde[4]). Das Reichsbanner wurde in Schleswig-Holstein also schnell zu einem starken und gut organisierten Instrument der Republikaner, das aber die Kluft zwischen der sozialistischen Arbeiterschaft und der überwiegenden Mehrheit des Bürger- und Bauerntums nicht zu überbrücken und dem republikanischen Gedanken kein wirkliches Neuland zu erschließen vermochte.

Eine dem Ausbau und der Lebendigkeit der Wehrverbände auch nur einigermaßen entsprechende Aktivität der politischen Parteien war in der Provinz in diesen Jahren nicht zu verzeichnen. Besonders sichtbar wurde ihre Strukturkrise vor den Kreistags- und Provinziallandtagswahlen im Oktober 1925. Die bürgerlichen und bäuerlichen Wirtschaftsorganisationen beanspruchten in noch deutlicherer Weise als 1921 die Zuständigkeit für die Nominierung von Kandidaten für sich. Eine Vertreterversammlung des Bauernvereins beschloß am 9. September die Aufstellung einer berufständischen landwirtschaftlichen Liste für den Provinziallandtag im Zusammengehen mit der Spitzenorganisation des Land-

[1]) Als Beispiel folgt ein Zitat aus den „Schleswiger Nachrichten", 15. Juli 1924, Nr. 169, über die Gründung in Rendsburg: „138 der fast ausschließlich der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Teilnehmer der Versammlung traten der neu gegründeten Ortsgruppe ... bei."

[2]) Aufruf des langjährigen freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Leonhart, Kiel, im „Durchbruch", 1924, Nr. 2.

[3]) KNN, 6. Juni 1924, „Hamburger Echo", 8. September 1924, Nr. 274.

[4]) VZ, 1. August 1924, Nr. 178.

bundes[1]). Dieser Entschluß wurde als eine „grundsätzliche Stellungnahme zur Entwicklung des berufsständischen Gedankens" bezeichnet. Deutschnationalen Kritikern hielt das Verbandsorgan entgegen[2]): „Wir lehnen es ab, die politischen Parteien bei den Provinziallandtags- und Kreistagswahlen als Führerinnen zu sehen. Vielmehr gebührt den Wirtschaftsverbänden diese Führerschaft; in den Körperschaften der kommunalen Selbstverwaltung werden Fragen von wirtschaftlicher Bedeutung entschieden, die mit Parteipolitik nichts zu tun haben. Diese Anschauung gewinnt immer mehr an Boden, immer lauter und deutlicher ertönt die Forderung, daß die politischen Parteien bei diesen Wahlen die Hände gänzlich aus dem Spiel zu lassen haben, um von vornherein den Parteizwist zu vermeiden."

Wieder wurden also in schon typischer Weise das „sachliche Denken" der „Wirtschaft" und die „mittelständische Solidarität" gegen den „Hader der Parteien" ausgespielt, ohne daß dann von dieser Basis eine stärkere integrierende Kraft zu erzielen war. Wohl traten die Parteien, abgesehen von der SPD und in bescheidenem Umfang der DDP, kaum irgendwo noch selbständig in Erscheinung; DNVP und DVP beschränkten sich durchweg darauf, auf den buntscheckigen Wirtschafts- und Sammellisten einige Vertreter zu placieren. Aber zwischen den Gruppen des „Mittelstandes" und auch teilweise innerhalb des Bauerntums selbst kam es erneut zu starken Kontroversen um die aussichtsreichen Positionen[3]). So splitterten sich beispielsweise die 16 bürgerlichen Abgeordneten des Steinburger Kreistages, neben denen 11 Vertreter der SPD standen, schließlich in 6 Gruppen, darunter 2 bäuerliche auf[4]). Süderdithmarschen kam bei 25 Abgeordneten ebenfalls auf 7 erfolgreiche Wahlvorschläge[5]).

Den bürgerlichen Parteien wurde durch diese fast totale Entmachtung in der Kommunal- und Provinzialpolitik jede Hoffnung auf eine Regeneration ihres Eigenlebens genommen, solange die Reichspolitik im Schatten der Niederlage und ihrer Folgen den skeptischen Bürgern und Bauern und einer suchenden Jugend nicht die Faszination wirklich mitreißender Aufgaben oder Erfolge zu bieten vermochte. Die Befürchtungen des Jahres 1920, daß die wesentlichen

---

[1]) „SHB", 1925, Nr. 37.

[2]) „SHB", 1925, Nr. 37.

[3]) „SHB", 1925, Nr. 49.

[4]) Neben 11 Sozialdemokraten (4 Angestellte, 3 Handwerker und Arbeiter, je 1 Handwerksmeister, Bürgermeister, Lehrer und 1 Ehefrau) standen 6 „Landliste" (6 Hofbesitzer, von Bauernverein und Landbund nominiert), 3 „Wirtschaftsliste" (2 Handwerksmeister, 1 Kaufmann, vom Handwerker- und Einzelhandelsverband gestützt), 3 „Deutsche Wirtschaft" (je 1 Unternehmer, Kaufmann und Syndikus, von rechtsorientierten größeren Unternehmern getragen), 2 „Kleinbesitzverband" (2 vom Kleinbauernverband nominierte Landleute), 2 „Beamtenwahlvorschlag" (vom Beamtenbund aufgestellt), 1 „Deutscher Rentnerbund".

[5]) 9 „Wirtschaft in Not" (davon 5 Landleute), 6 SPD, 3 „Mittelstand" (2 Beamte, 1 Kaufmann), 3 „Klein- und Mittelbauern" (vom Kleinbauernverband und Einzelgängern getragen), 2 „Wohlfahrt", 1 unabhängig, 1 KPD.

Kraftzentren der politischen Meinungsbildung sich außerhalb der staatstragenden Parteien bilden würden, waren für das Bürger- und Bauerntum damit Wirklichkeit geworden. Auch in den großen staatspolitischen Fragen hatten die Wirtschafts- und Wehrverbände die Parteien als meinungsbildende Faktoren eindeutig überspielt. Das wirkte sich besonders für die DNVP negativ aus, deren Schwanken zwischen scharfer rethorischer Ablehnung der Republik und verantwortlicher Mitarbeit in der Regierung zusehends ihren Einfluß auf ihre Wählerschaft von 1924 schwinden und die Rolle des wichtigsten außerparlamentarischen Sprechers der „nationalen Opposition" auf den Stahlhelm übergehen ließ. In einer Analyse des Verhältnisses von Parteien und Verbänden kam Reichskanzler a. D. Josef Wirth im September 1927 zu einem ganz ähnlichen Ergebnis, wie der politisch tief von ihm geschiedene Dr. Stadtler[1]): „Diese Erweiterung des Aufgabenbereichs im Stahlhelm wie im Reichsbanner (zum eigenständig Politischen hin) ist ... nicht nur in dem Schwergewicht der Organisation selbst begründet, sondern auch in der einfachen Tatsache, daß die bestehenden Parteischichtungen für die großen gemeinsamen politischen Erlebnisse in unserem Volk und insbesondere für deren politische Ausdeutung und Auswertung immer mehr als hinderlich empfunden werden. Es wird hier ganz deutlich sichtbar, daß die bestehenden politischen Parteien über sich selbst hinauswachsen müssen, wenn sie nicht eines Tages als politische Willensträger von den Verbänden abgelöst werden wollen ..." Das waren Gedanken, die in manchem an Max Webers und Ernst Troeltschs Sorgen an der Wende von Kaiserreich und Republik erinnerten[2]).

Allerdings erschien in dieser Zeit bereits manchen Nachdenklichen die politische Tragfähigkeit der Wehrverbände, gemessen an ihrem Anspruch, zweifelhaft. Die im Feld erlebte, oft auch idealisierte „Gemeinschaft" war als Daseinsform und Stil wohl für den kleinen Kreis, den „Bund", denkbar. Doch brachte die in den zwanziger Jahren erfolgte Ausweitung zu Massenorganisationen viele der Schwierigkeiten mit sich, um derentwillen die „demokratische Massengesellschaft" sosehr geschmäht wurde. Aus der zunächst ethisch verstandenen Aufgabe der „Erneuerung" wurde mehr und mehr eine Formel der politischen Polemik, ohne daß man sich bei den im eigenen Kreis erlebnismäßig erstrebten und für das Ganze postulierten Idealen der „Gemeinschaft" wirklich der Ganzheit an gesellschaftlichen Spannungen und der realen Probleme einer verantwortlichen deutschen Politik bewußt war.

Solche Einsichten kündigten sich in dem eigenen Weg des „Jungdeutschen Ordens" und seiner Auseinandersetzungen mit dem Stahlhelm und anderen „vaterländischen" Verbänden an[3]). Der ursprünglich scharf antirepublikanische

---

[1]) „Das Reichsbanner", 1927, Nr. 17.

[2]) Siehe S. 56 dieser Arbeit.

[3]) Siehe hierzu V. Gebhardt, a.a.O., S. 52 ff.; Akte 309/22789 („Der Jungdeutsche Orden"); K. D. Bracher, a.a.O., S. 141 f.

und -parlamentarische Ton bestimmte noch die Ausführungen Mahrauns am 18. Oktober 1925 auf dem „Balleitag Nordmark" in Kiel[1]). Der „Hochmeister" sprach sich vor 4000 Ordensbrüdern für einen „Gemeinschafts- und Volksstaat" neuer Art aus, ohne konkrete verfassungspolitische Vorstellungen zu entwickeln. Doch wandte er sich gleichzeitig gegen den blinden Fanatismus und die Tendenzen bloßer Restauration in der „nationalen Bewegung". Hier klangen Spannungen zum Stahlhelm an, die durch andere Ereignisse noch deutlicher wurden[2]). Es folgte dann die abgewogene Beurteilung von Locarno im November[3]), Gespräche mit französischen Frontkämpfern und Politikern über die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den beiden Völkern[4]), scharfe Kontroversen mit Hugenberg und Class[5]), denen Mahraun eine reaktionäre Haltung wegen ihrer Ablehnung jeden Gesprächs mit den westlichen Nachbarn vorwarf, und schließlich das Bemühen, in den „Nachbarschaften" ein konkretes Organisationsprinzip für einen modernen Staat zu finden[6]).

Bei dieser Entwicklung wurde freilich auch deutlich, wie stark mittlerweile die Parolen der radikalen, unversöhnlichen Rechtsopposition in weiten Bevölkerungsschichten verwurzelt waren. Der Orden verlor in Schleswig-Holstein eine Anzahl Mitglieder, die den Versuch einer schrittweisen Aussöhnung mit den Gegnern des Weltkrieges und seine neue, nach wie vor kritische aber doch nicht mehr strikt verneinende Haltung gegenüber dem bestehenden Staat verwarfen[7]).

Ein deutlicher Akzentunterschied war auch in den Reden Mahrauns und des „Großkomturs"[8]) Dr. Bertheau, Lütjenburg (Kreis Plöhn), beim „Balleitag" des Ordens am 19. November 1926 in Rendsburg zu verspüren[9]). Während der „Hochmeister" vor allem gegen den Faschismus und die Plutokratie, zu denen er auch Hugenberg und seinen Pressetrust rechnete, für innere Erneuerung und gegen jeden „Hurrapatriotismus" sprach, erklärte Bertheau: „Mit dem Staat von Weimar gibt es kein Paktieren." Diese Frage sollte sich bald schicksalhaft für den Orden stellen[10]).

Symptomatische Züge für die geistige und politische Situation dieser Zeit über die Probleme des Bauerntums hinaus zeigte die Arbeit des schleswig-

---

[1]) „Rendsburger Tageblatt", Nr. 247, 20. Oktober 1925.

[2]) „Lagebericht des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung" vom 25. September 1925 in: 309/22784.

[3]) „Rendsburger Tageblatt", 15. November 1925, Nr. 270.

[4]) VZ, 19. Januar 1926, Nr. 15.

[5]) „Hamburger Correspondent", 27. November 1926, Nr. 553.

[6]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 141.

[7]) Polizeipräsident Altona an Oberpräsident Kiel, 12. März 1927, in: 309/22789; „Hamburger Nachrichten", 11. September 1926, Nr. 424.

[8]) Die „Großballei Nord" umfaßte Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen.

[9]) „Schleswiger Nachrichten", 19. November 1926, Nr. 273.

[10]) Siehe S. 152 ff. dieser Arbeit.

holsteinischen Jungbauernverbandes[1]). Hier wurde vieles in der von taktischer Erwägung freien Spontaneität einer Jugend sichtbar, die sich um ihren Standort in einer zerrissenen Gesellschaft und fragwürdig gewordenen Welt ehrlich mühte. In diesen Diskussionen spiegelte sich besonders die Grundstimmung der Jahre 1925 bis 1927 mit ihren mannigfach wirkenden Kräften wider, den Ansätzen einer Versöhnung von Volk und Staat, den zwischen „Provinz" und Republik weiterhin bestehenden starken Spannungsmomenten und der tieferliegenden Krisenangst nach der Erschütterung des Weltkrieges, insbesondere beim Landvolk, als einer Minderheit in der modernen Industriegesellschaft.

Es fanden sich, wie noch zu zeigen sein wird, gewisse verwandte Züge zur Ideologie der Wehrverbände, die ihrerseits vor allem in den ersten Nachkriegsjahren viele Motive der bündischen Jugendbewegung übernommen hatten[2]). Doch war die unmittelbare geistige Verbindung zur Jugendbewegung selbst stärker, obwohl organisatorische Kontakte zu ihr kaum bestanden. Dabei gewannen die Jungbauernschaften aus der besonderen Situation ihrer Heimat und ihres Standes ein eigenes Profil.

Die ersten Gruppen wurden am 18. Oktober 1922 in Schaalby und Moldenit in Angeln gegründet[3]). Von dort aus weitete sich die Bewegung schnell über Schleswig und ab 1923 auch auf Holstein aus. In den Grenzkreisen — und hier besonders in der Landschaft Angeln — war durch die national- und kulturpolitische Auseinandersetzung mit dem Dänentum seit 1918 bei vielen jungen Bauern eine starke Anteilnahme an den Fragen von Volk und Heimat zu verspüren. Dies wurde auch für die Wirksamkeit des neuen Verbandes bestimmend. Sowohl die im Oktober 1923 in Schleswig verabschiedeten Leitsätze[4]), wie auch die praktische Arbeit waren auf Verlebendigung der heimatlichen und bäuerlichen Kultur, Pflege von überlieferten Bräuchen, Volkstum und Laienspiel gerichtet. Hinzu kam die als notwendig erkannte Aufgabe, die jungen Bauern mit den modernen Bedingungen ihres Berufslebens vertraut zu machen. Wertvolle Zentren für diese Aufgaben wurden die neuen Heimvolkshochschulen Rendsburg und Lunden. Am 29. Juli 1923 erfolgte die Gründung eines Landesverbandes[5]), Im Frühjahr 1924 zählten die Jungbauernschaften bereits über 2000 Mitglieder[6]). 1926 waren es etwa 4000.

Ihr Eigenleben wurde durch die starke Betonung der Notwendigkeit einer christlichen und volkhaften Rückbesinnung bestimmt. In dieser Hinsicht wirkten

---

[1]) Diese Darstellung stützt sich auf das Verbandsorgan „Der Jungbauer", Jahrgang 1923 bis 1933, die knappe wertvolle Analyse bei R. Heberle, a.a.O., S. 54 bis 56, und persönliche Hinweise von verschiedenen Seiten.

[2]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 129 (mit zahlreichen Literaturhinweisen).

[3]) „SHB", 1922, Nr. 43.

[4]) „Jungbauer", 1923, Nr. 9.

[5]) „SHB", 1923, Nr. 30.

[6]) „SHB", 1924, Nr. 12.

vor allem der 1. Vorsitzende, Otto Clausen, der Rendsburger Verleger Ferdinand Möller, Max Tönnsen, Schaalby und Paul von Hedemann-Heespen, der als Ehrenmitglied eine starke publizistische Tätigkeit ausübte. Sie bemühten sich auch, den Verband aus allen tagespolitischen Spannungen herauszuhalten, abgesehen von dem Einsatz in grenzpolitischen Fragen. Immer wieder fand der Gedanke beredten Ausdruck, daß die Jugend sich „rein" von den Kontroversen der Parteien und Verbände zu halten habe, ein für die deutsche Jugendbewegung typischer Zug.

Die Jungbauernschaften führten dabei aber keineswegs ein zum öffentlichen Leben beziehungsloses Winkeldasein. Wohl fanden sich gelegentlich Töne eines zu engen regionalen oder standesmäßigen Denkens, vor allem in Polemiken gegen die „entartete" städtische Lebensweise[1]). Sonst war der Verband jedoch für sehr subtile geistige und politische Strömungen der Zeit offen, wurde von ihm mitgeformt und übte auch selbst eine starke prägende Wirkung auf seine Mitglieder aus. Man kann sagen, daß sich in ihm eine Elite aus dem jungen Bauerntum der Provinz zusammenfand[2]).

So war das Prinzip der konsequenten politischen Enthaltsamkeit nicht voll aufrechtzuerhalten, vor allem, als im Wahljahr 1924 gerade das Landvolk sehr unmittelbar von den aktuellen Streitfragen bewegt wurde. Die zahlreichen kritischen Reflexionen vieler junger Leute in ihrem Verbandsorgan zeugten deutlich von dem tiefen Unbehagen an der Zeit mit der Relativierung aller Werte, den übersteigerten partei- und gesellschaftspolitischen Spannungen und dem Vordringen rein städtischer Lebens- und Denkformen in allen Daseinsbereichen. Immer wieder klang das Mißtrauen gegen das politische Grundprinzip des „Gesetzes der reinen Zahl" im parlamentarischen Staat an, manchmal von problematischen oder mißverständlichen Elitevorstellungen begleitet. „Erneuerung" wurde jedoch betont als eine zunächst vorpolitische Aufgabe verstanden, die sich aus der Kraft des Glaubens und der Sittlichkeit in den Lebenskreisen der Gemeinde, des Standes und der Heimat vollziehen müsse, um später von hier aus einmal die offenen Wunden im gesellschaftlichen Gefüge heilen und die Spannungen im politischen Kampf überbrücken zu können.

1925 bis 1927 spiegelten sich die schon für jene Jahre aufgewiesene Polarität im politischen Gefüge des Reichs und der Provinz auch in diesem kleinen Bereich wider. Unter dem Einfluß des „Landesjungbauernwarts" Rudolf Vahlbruch, der vorübergehend das Verbandsorgan redigierte, wurden ab 1925 zeitweise

---

[1]) „Jungbauer", 1925, Nr. 10 und 22. Hier findet sich u. a. eine heftige Polemik gegen die „undeutsche" „Bubikopf"-Haartracht.

[2]) Zahlreiche maßgebliche Persönlichkeiten in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft und Landespolitik nach 1945 waren in den zwanziger Jahren in den Jungbauernschaften führend tätig, u. a. der Vorsitzende des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, Kreispräsident Detlev Struve MdB und Hauptgeschäftsführer Oberlandwirtschaftsrat Otto Clausen.

schärfere polemische Töne gegen die Republik und den Regierungskurs laut[1]). Daneben standen aber sachliche, positive Auseinandersetzungen mit Fragen der Verfassung[2]) und das spürbare Abrücken von frühen totalitären Ansprüchen der extremen Rechtsgruppen[3]), die der partnerschaftlichen Arbeits- und Denkweise der Jungbauernschaften zuwiderstanden. An die Wehrverbände erinnerte die Betonung des Prinzips der Gemeinschaft und die modellhafte Projizierung der eigenen Verbandsstruktur auf das Bild der angestrebten Staats- und Gesellschaftsordnung. Im Berufsstand sollte sich dieses Ideal zunächst verwirklichen; „Standwerdung" war hier die ethische und organisatorische Aufgabe.

In den 1928 einsetzenden Unruhen und Umwälzungen war dieses ganz vom Prinzipiellen bestimmte, von einer Besinnung und Verinnerlichung ausgehende Programm starken Anfechtungen und Belastungen ausgesetzt. Wir werden sehen, wie sich die Qualitäten aber auch die Schwächen, die der Eigenart des Verbandes entsprangen, in diesen Kämpfen auswirkten[4]).

[1]) Z. B. ein Aufsatz von Dr. Rosikat im „Jungbauern", 1926, Nr. 6, „Die Vernichtung des Bauerntums durch den jüdischen Händlergeist".

[2]) „Jungbauer", 1928, Nr. 4, „Die Verfassung des Deutschen Reiches".

[3]) „Jungbauer", 1928, Nr. 4, „Partei oder Berufsstand".

[4]) Siehe S. 178 ff. dieser Arbeit.

VI. Kapitel

Die große Krise der Landwirtschaft und ihrer Organisationen; das Landvolk steht auf (1928/1929)

Im Herbst 1927 wurde eine wachsende Unruhe in der Landwirtschaft weiter Teile Deutschlands spürbar. Eine vor allem durch lange Regenperioden schlechte Ernte ließ die latente Agrarkrise akut werden und rief heftige Forderungen nach Soforthilfe hervor[1]). Besonders im Osten, in Pommern und Ostpreußen wurden schnelle durchgreifende Maßnahmen verlangt. Am 21. Dezember 1927 beschlossen das Reichsministerium und das preußische Staatsministerium unter dem Vorsitz von Reichspräsident von Hindenburg auf einer gemeinsamen Sitzung eine Hilfsaktion für Ostpreußen, die vor allem Erleichterungen für landwirtschaftliche Kredite und Grundsteuersenkungen brachte, nachdem bereits am 20. und 21. September der Parteitag der Deutschnationalen in Königsberg die Sorgen dieser Provinz dramatisch unterstrichen hatte.

Zum Zentrum der Unruhen des Bauerntums und Ausgangspunkt für seine in den Auswirkungen bedeutsamste politische Bewegung der Nachkriegszeit wurde aber Schleswig-Holstein. Schon im Oktober war hier eine ungewöhnliche Erregung unter den Bauern zu verspüren, die der Führung des Bauernvereins Sorge bereitete. Sie ermahnte die Landleute in einem Aufruf am 5. November eindringlich zu Ruhe und Besonnenheit[2]), betonte aber gleichzeitig, daß die Grenze des wirtschaftlich Tragbaren überschritten sei. Eine ökonomische und politische Katastrophe stehe bevor, wenn nicht sofort tatkräftige Hilfe und ein grundlegender Wandel in der Agrar- und Außenhandelspolitik erfolgten[3]).

---

[1]) Einen Überblick auf die agrarpolitische Lage nach der Ernte 1927 gibt der Aufsatz „Zuspitzung der Agrarkrise" im „Wirtschaftsdienst" vom 27. Januar 1928. Zur Qualität der Ernte 1927 siehe „Wirtschaftsdienst", 18. November 1927.

[2]) „SHB", 1927, Nr. 45 („Sturmzeichen!").

[3]) Siehe S. 119 f. dieser Arbeit. Einzelheiten zur Wirtschaftslage in Schleswig-Holstein finden sich bei C. Peters, Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen in der Provinz Schleswig-Holstein in der Nachkriegszeit, Kieler Dissertation 1931. Er kommt (S. 86) für den 31. März 1928 zu einer Berechnung der Gesamtverschuldung in den Betrieben bis zu 100 ha von 570,1 Mill. RM gegenüber 502,4 Mill. RM an organisiertem Realkredit (ohne Personalschulden) für 1914. Entscheidend ist jedoch, wie schon früher aufgewiesen, der weit überhöhte Zinssatz bei den seit 1923 neu aufgenommenen Krediten. Die Schuldenlast stieg bis zum 31. März 1930 auf 633,3 Mill. RM an. Maßgeblich hierfür waren in erster Linie das starke Absinken der Schweinepreise in den Jahren 1929/30, das besonders die südwestholsteinischen Kreise traf, und der 1930 einsetzende Sturz der Mastviehnotierungen. Schleswig-Holstein lag in den Jahren 1926 und 1928

Im November drohte die Entwicklung den Verbänden bereits zu entgleiten. In Segeberg, Eckernförde und anderen Kreisen luden einzelne Bauern auf eigene Faust zu Versammlungen ein, die durch extreme Töne bestimmt waren[1]); die Forderung nach sofortiger Einigung der drei Provinzialverbände erscholl überall im Lande. Am 21. November wurde der Bauernverein durch eine große Vertreterversammlung in der Rendsburger Stadthalle zum letzten Mal der anerkannte, legitimierte Sprecher des Bauerntums der Provinz[2]). Über 200 Delegierte und etwa 1000 weitere Landleute folgten den Referaten des Provinzialvorsitzenden, des Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Graf Rantzau-Breitenburg, sowie des beim Landvolk sehr angesehenen Regierungspräsidenten Dr. Johannssen und den ernsten, teilweise leidenschaftlichen Debatten. In einstimmigen Entschließungen wurde eine „rücksichtslose Drosselung" der Steuern und Abgaben, eine Vereinfachung des Steuersystems und, entgegen den Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz, ein starker Zollschutz gefordert, der vor allem in der Relation zur Industrie bisher für die Landwirtschaft völlig unzureichend sei. Dieses Programm galt als eine „Mindestlösung". Die Landwirtschaft sei mit ihrer Kraft und Geduld am Ende.

Der Grundtenor der gesamten Versammlung war nach dem Urteil der Verantwortlichen „verhaltene Erregung": „Schweren Herzens, aber aus altgewohnter Disziplin fügten sich unsere Bauernvertreter in Rendsburg, als ihr Führer noch einmal trotz bitterster Not und Verzweiflung zur Besonnenheit mahnte. Wieviel freudiger und wieviel geschlossener würden sie ihm folgen, wenn er in ihre Reihen eines Tages den Kampfruf würfe: Das Maß ist voll, wir sprengen die Bande! Möge es nie soweit kommen!"[3])

Am 30. November empfingen Reichskanzler Marx und Reichsminister Schiele den Provinzialvorsitzenden und Hauptgeschäftsführer. Beide Regierungs-

---

in den westlichen Provinzen Preußens an der Spitze der Statistik der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke (M. Sering, a.a.O., S. 56). Die Kurve verlief deutlich ansteigend (nach Heberle, Manuskript, S. 172 a):

	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Zahl	45	33	76	89	95	143	202
Fläche in ha . . .	919	1232	1390	2913	3458	3144	4267

Nach einer Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung betrug die Gesamtverschuldung der deutschen Landwirtschaft Anfang 1928 9,884 Mrd. RM. Vergleicht man damit die vom Landesfinanzamt am 1. Januar 1928 (abweichend von Peters höheren Zahlen) für Schleswig-Holstein erfaßte Schuldsumme von 321178253 RM (in der ein Großteil der Personalschulden nicht enthalten war), so würden 4% aller Schulden auf nur 2,5 bis 3% der Gesamtfläche agrarisch genutzten Landes in Deutschland entfallen (nach Heberle, Manuskript S. 168). Nicht berücksichtigt ist hierbei die Tatsache, daß Schleswig-Holsteins Landwirtschaft überdurchschnittlich kapitalintensiv arbeitete, dafür aber auch wieder um so konjunkturempfindlicher war.

[1]) „SHB", 1927, Nr. 45 („Sturmzeichen!").

[2]) „SHB", 1927, Nr. 45, 49.

[3]) „SHB", 1927, Nr. 48.

vertreter, so berichtete Dr. Thyssen, erkannten den Ernst der Lage voll an und versprachen sofortige Hilfsmaßnahmen. Schiele erklärte, ihm seien Ziffern „von erschütternder Tragik" über die Landwirtschaft der Provinz vorgelegt worden, deren Not erheblich den Durchschnitt des Reiches übersteige[1]).

Von besonderer Wirkung für den dramatischen Verlauf der nächsten Wochen war die Rendsburger Rede Dr. Johannssens, in der er die Landwirtschaft eindringlich zum organisatorischen Zusammenschluß ermahnt hatte. Im Dezember begannen die Verhandlungen, nachdem Anfang des Monats namhafte Mitglieder des Bauernvereins und Landbundes im „Landboten" diesen Appell nochmals aufgenommen hatten[2]).

Doch während sich zwischen Bauernverein und Kleinbauernverband schnell eine Lösung abzeichnete, ergaben die Gespräche mit dem Landbund erhebliche Schwierigkeiten. Bezeichnend für diese Hemmnisse waren Vorbehalte, die der Segeberger Geschäftsführer des Bauernvereins, Spieß, am 3. Dezember vor 700 Landleuten machte. Er warnte vor dem Herrschaftsstreben des Landbundes und meinte, daß der Bauernstand nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell und gesellschaftlich mehr den mittelständischen Gruppen der Städte als dem Großagrariertum verbunden sei[3]). Dr. Thyssen wies in einem Rückblick zum Jahreswechsel auf die Schwierigkeiten in der Frage des Spitzenanschlusses im Reich hin. Das Ansinnen gewisser Landbundkreise, ein neuer Provinzialverband solle nur mit dem Reichslandbund organisatorisch verbunden sein, sei für die beiden anderen Organisationen indiskutabel[4]). Für die schleswig-holsteinische Einheitsorganisation komme nur der Kurs der „bäuerlichen Mitte", den Stamerjohann schon am 21. November in Rendsburg gefordert hatte, in Frage.

Am 18. Januar 1928 vereinigten sich im Zeichen einer weiter steigenden Unruhe in der Provinz Bauernverein und Kleinbauernbund zum „Schleswig-Holsteinischen Bauernverein"[5]). Erster Vorsitzender blieb Stamerjohann, sein Stellvertreter wurde Friedrich Wilhelm Lübke, Augaard. Die Frage des Reichsspitzenanschlusses wurde dadurch gelöst, daß die schleswig-holsteinische Organisation sich sowohl der „Vereinigung der Deutschen Bauernvereine", wie der „Deutschen Bauernschaft", dem 1927 gebildeten Dachverband der Kleinbauernorganisationen[6]), anschloß.

Am 25. Januar fanden auf Einladung von Dr. Johannssen im Schleswiger Regierungsgebäude nochmals Verhandlungen zwischen den beiden Vorsitzenden dieser neuen Organisation und den Vertretern des Landbundes, Graf Kielmanns-

---

[1]) „SHB", 1927, Nr. 48.
[2]) „Landbote", 1927, Nr. 98.
[3]) „SHB", 1927, Nr. 50.
[4]) „SHB", 1927, Nr. 52.
[5]) „SHB", 1928, Nr. 3.
[6]) E. Topf, a.a.O., S. 12 f.

egg und Peter Jensen jr.-Ausacker, statt[1]). Die Sprecher des Bauernvereins stellten, nach der Darstellung des Landboten, verschiedene Bedingungen. Grundlage der Einigung sollte ein von ihnen entworfenes Programm sein, in dem es u. a. hieß: „Wir achten die Verfassung des Deutschen Reiches, stehen auf dem Boden des Privateigentums und wahren den politischen Parteien gegenüber Neutralität." Ein Spitzenanschluß war jetzt nur noch bei der Vereinigung der Bauernvereine und der Bauernschaft vorgesehen; mit dem Reichslandbund wollte man lediglich eine „enge sachliche Zusammenarbeit" pflegen. Diese Vorschläge wiesen die Vertreter des Landbundes als unannehmbar zurück. So einigte man sich auf den Ausweg der Bildung einer „engen Arbeitsgemeinschaft" mit einem „ständigen Arbeitsausschuß", der regelmäßig wichtige wirtschaftliche Fragen behandeln sollte.

Diese begrenzte Lösung genügte den vorwärtsdringenden Kräften im Bauerntum nicht mehr. Schon am 21. Januar hatten sich der Kreisbauernverein und Kreislandbund Rendsburg durch einen gemeinsamen Vorstandsbeschluß zur „Kreisbauernschaft Rendsburg" zusammengeschlossen, ohne die Frage des Provinzialanschlusses eindeutig zu klären[2]). Die stärksten bewegenden Impulse kamen jedoch von der Westküste, aus Dithmarschen[3]). Seit Oktober 1927 wurde hier in Familienverbänden, bäuerlichen Vereinen, Genossenschaften und völkischen Organisationen der Gedanke einer großen Demonstrationswelle erörtert, die zum Ausgangspunkt für die Einigung des Landvolkes und notfalls für direkte Selbsthilfemaßnahmen werden sollte. Als um die Jahreswende die Verhandlungen zwischen den Verbänden nicht vorankamen und die angekündigten Hilfsmaßnahmen der Regierung ausblieben, ergiff der angesehene Büsumer Hofbesitzer Otto Johannsen die Initiative. Er rief zu großen Protestkundgebungen in allen Kreisstädten des Landes auf, an der sich am 28. Januar 1928 neben den Landleuten und ihren Familien alle Bewohner des flachen Landes und die mittelständischen Gruppen der Städte beteiligen sollten. Der Landbund begrüßte diesen Gedanken sofort, während der Bauernverein sich skeptisch äußerte, ohne jedoch eine Boykottempfehlung zu wagen[4]). Denn in einer unvergleichlichen Erregung und leidenschaftlichen Anteilnahme wurde Johannsens Appell überall im Lande aufgenommen. In weniger als drei Wochen drang er, ohne eigene Organisation und Apparat, über ein Netz von familiären, freundschaftlichen, berufsständischen und politischen Verbindungen bis in das letzte Dorf zwischen Nord- und Ostsee, Elbe und Grenze. Es war wie ein zündender Funke in einer Stunde, in der die Menschen, der wachsenden Sorgen und des jahrelangen ver-

[1]) „Landbote", 1928, Nr. 9.

[2]) „SHB", 1928, Nr. 3.

[3]) Die Darstellung der Demonstrationsbewegung, ihrer Vorbereitung und unmittelbaren Auswirkung stützt sich auf die Akten der Regierung zu Schleswig, persönliche Gespräche mit H. Stamerjohann, Claus Heim und Wilhelm Hamkens und die Berichte in den Verbandsorganen.

[4]) „SHB", 1928, Nr. 3.

wirrenden Wechselspiels politischer Versprechungen, Denunziationen und Enttäuschungen müde, eine elementare Entladung für den fast unerträglich gewordenen materiellen und seelischen Druck suchten.

Am 28. Januar brachen 140000 auf. Sie kamen fast alle aus den Dörfern der Provinz, viele Kilometer weit zu Fuß, mit dem Rad oder Pferdewagen, strömten auf den Straßen in der Nähe der Kreisstädte in immer größeren Scharen zusammen und vereinigten sich auf den Marktplätzen, den ihnen von alters her vertrauten Stätten des wirtschaftlichen Austausches von Stadt und Land, zu Tausenden, stellenweise Zehntausenden. In Husum, Niebüll, Rendsburg, Schleswig, Flensburg, Eckernförde, Neumünster, Plön, Segeberg, Oldesloe, Ratzeburg, Itzehoe und anderen Orten sprachen auf insgesamt 20 Veranstaltungen Berufskollegen zu ihnen, zumeist bisher wenig hervorgetretene Mitglieder hastig gebildeter Kreiskommitees. Die größte Demonstration erlebte die Westküste in Heide, wo Otto Johannsen fast 20000 Zuhörer hatte. Seine Ausführungen machten allerdings deutlich, welchen Einfluß Ideen der Rechtsopposition und des Landbundes auf die Führung der improvisierten Demonstrationsbewegung ausübten[1]). Johannsen griff die Regierung auf das heftigste mit den Argumenten der völkischen Verbände an, von denen auch die Formulierungen seines 10-Punkte-Programms deutlich beeinflußt waren. Gefordert wurde u. a. eine völlige Neuorientierung der deutschen Handelspolitik mit dem Ziel einer „Nahrungsmittelfreiheit vom Ausland", die Unterbindung aller nicht lebenswichtigen Importe von Agrarerzeugnissen, die sofortige Übernahme aller Rentenbankgrundschuldzinsen auf das Reich, drastische Maßnahmen zur Zinssenkung, Drosselung der „hemmungslosen Ausgabewirtschaft" der öffentlichen Hand, Anpassung der sozialen Aufwendungen an die Lage der Wirtschaft, sofortiger Widerruf der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg durch die Regierung und Antrag auf Revision der untragbaren Reparationslasten, die das deutsche Volk zum „Sklavenvolk" machten.

Doch lag die eigentliche Bedeutung dieses Tages nicht in den Reden und den Texten der Entschließungen. Mit dem Marsch der 140000 war eine Bewegung eingeleitet worden, die zunächst eine Zerschlagung des bisherigen Gefüges der berufsständischen Organisationen und damit der überkommenen Führungsgruppen im Bauerntum bewirkten und dann durch die zunehmende Radikalisierung und die politische Heimatlosigkeit des Landvolks in den Nationalsozialismus einmünden sollte.

Daß an diesem Tage etwas Ungewöhnliches geschah, war schon damals vielen bewußt. Große Demonstrationen der organisierten Massenverbände gehörten zum Alltag der demokratischen Industriegesellschaft. Aber hier war, ganz offenbar ohne zentrale Steuerung, elementar und eindrucksvoll aus den stillen Weiten der Dörfer das Landvolk aufgebrochen und hatte — gerade in der Ungelenkigkeit namenloser Sprecher beredt — seine bittere materielle und seelische Not bezeugt.

[1]) „SHB", 1928, Nr. 3.

Die weiterwirkenden Motive jenes 28. Januar konnte freilich niemand voraussehen. Erwin Topf wertete ihn 1933, nach dem Abschluß des schicksalhaften folgenden Jahrfünfts, als einen „in der deutschen Agrarhistorie für ewig denkwürdigen Tag", einmalig durch die Kontinuität der folgenden Entwicklung bis zum Ende der Republik, die mit diesem Ereignis in Schleswig-Holstein einsetzte und weit über die Grenzen der Provinz hinaus wirksam wurde.

Die Frage nach den treibenden Kräften für diese große Bewegung hat schon in jenen Wochen wie in den folgenden Jahren die Gemüter stark bewegt. In Führungskreisen des Bauernvereins war man bereits im Januar überzeugt, daß es sich um eine vom Landbund inspirierte Aktion handele, um durch einen revolutionären Umsturz des bisherigen organisatorischen Gefüges die Führung im Bauerntum an sich zu reißen[1]). Der Landbund, so wurde geargwöhnt, wolle Rache für den „Schwarzen Tag" von Glücksburg nehmen, wo bei der Neuwahl des Vorstandes der Landwirtschaftskammer der Bauernverein im Sommer 1927 durch eine Kampfabstimmung 6 der 8 Vorstandssitze besetzt hatte[2]). Diese Behauptung wurde vom Landbund selbst, wie auch von den Leitern der späteren „Landvolkbewegung" entschieden zurückgewiesen[3]). In der Tat hat der Landbund an der Vorbereitung der Demonstrationen nach Kräften mitgewirkt. Wohl nahmen auch führende Mitglieder des Bauernvereins an ihnen teil. Friedrich Wilhelm Lübke marschierte beispielsweise an der Spitze der Landleute seines Dorfes nach Flensburg, während Stamerjohann aus Anlaß der Eröffnung der „Grünen Woche" in Berlin war. Ohne Zweifel knüpfte man aber in deutschnationalen und völkischen Kreisen sofort an diese Entwicklung weitgespannte Hoffnungen. Der Provinzialausschuß des Landbundes forderte am 1. Februar auf Grund der neuen Lage die völlige Einigung der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins in einem „Bund des Landvolks". Es war ganz klar, daß man mit Hilfe der „Bewegung Johannsen" den Bauernverein von „unten" zu überspielen hoffte. Verhandlungen zwischen den Provinzialverbänden wurden, entgegen den Abmachungen vom 25. Januar, plötzlich für nutzlos erklärt; die „direkte Aktion" des Landvolks solle zur Einigung führen[4]).

Allerdings gingen auch diese Erwartungen nicht in Erfüllung. Die bisherigen Formen waren gesprengt; die freigesetzten neuen Kräfte gewannen ihr Eigengewicht, ohne zu einer klaren Ausprägung der Fronten zu führen. Die kommenden neun Monate waren durch eine verwirrende Fülle an Aktionen, Kontroversen

---

[1]) „SHB", 1928, Nr. 3. Stamerjohann vertrat diese Ansicht noch im Gespräch mit dem Verfasser. Johannsens Bruder Johann war der Führer des bereits erwähnten „Stahlhelm Westküste". Er selbst zählte als passives Mitglied zum Landbund.

[2]) „SHB", 1927, Nr. 25 und 26.

[3]) „Landbote", 1928, Nr. 10, und Heim und Hamkens im Gespräch mit dem Verfasser. Heim erklärte, der Gedanke, eine große Demonstration durchzuführen, sei im Herbst 1927 erstmals von Johannes Möller, Karolinenkoog, bei einer großen bäuerlichen Familienfeier geäußert, dort lebhaft begrüßt und dann von Otto Johannsen aufgegriffen worden.

[4]) „Landbote", 1928, Nr. 12, 13 und 14.

und Verhandlungen in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft mit fließenden, schnell wechselnden Konstellationen bestimmt. Wir müssen uns hier auf die wichtigsten Ereignisse beschränken.

Auch jetzt kamen die stärksten Impulse wieder von der Westküste. Bis Mitte Februar schlossen sich die Kreisverbände Norderdithmarschen, Eiderstedt und Husum des Bauernvereins durch Beschluß ihrer Generalversammlungen der „Bewegung Johannsen" an, zu der auch die meisten Landbundmitglieder der Westküste stießen[1]). Fast überall wurden neue Kreis- und Ortsvorstände gewählt. Auch in Oldenburg wirkten Landbundkreise um den Stahlhelmführer Pastor Bender, Schönwalde, mit Erfolg für die Gründung einer „Landvolkbewegung". Dagegen sprachen sich in Segeberg, Bordesholm und Eckernförde zahlreiche Mitglieder und einige Organe des Bauernvereins für ein Festhalten an der bisherigen Organisation aus.

Eine von Otto Johannsen für den 16. Februar nach Neumünster einberufene Versammlung von Anhängern der Demonstrationsbewegung und Mitgliedern der beiden Verbände benannte in einem gleichsam revolutionären Beschluß von sich aus einen Sechserausschuß, der die Einigungsverhandlungen für die Provinz führen sollte[2]). Es waren Lübke, Tönnsen und Frauen, Brockdorf (Steinburg) vom Bauernverein und Peter Jensen jr., Otto Johannsen und Thomsen, Hardesbyhof, für den Landbund. Die Provinzialvorstände der beiden Organisationen stimmten dieser Entscheidung in den nächsten Tagen zögernd zu[3]). Während das neue Gremium seine Arbeit aufnahm, ging die Entwicklung in den Kreisen selbständig weiter. Im März schlossen sich die beiden Verbände in Stormarn und Plön zusammen, ohne das Ergebnis der Verhandlungen in der Provinz abzuwarten[4]). Diese konzentrierten sich vor allem auf die Frage des Reichsspitzenanschlusses einer neuen Einheitsorganisation und damit auf ihre künftige politische Orientierung. Während vor allem die aus dem Kleinbauernverband hervorgegangenen Bauernvereinsvertreter nach wie vor eine Zugehörigkeit zum Reichslandbund ablehnten, verneinten die Sprecher des Landbundes den Vorschlag eines Anschlusses bei der demokratischen Bauernschaft. Sie versuchten dabei auch, Schwierigkeiten in der Reichsvereinigung des Bauernvereins auszunutzen. Hier war der langjährige Vorsitzende, Freiherr von Kerkering zu Borg, Ende Januar zurückgetreten. Während ihm von den katholischen und demokratischen Bauern des Westens und Südwestens seine völkisch-deutschnationale Einstellung vorgehalten wurde, entfachten Landbundkreise in Schleswig-Holstein eine wirkungsvolle Kampagne wegen „nationalpolitischer Unzuverlässigkeit" gegen

---

[1]) „SHB", 1928, Nr. 6 und 7.

[2]) „SHB", 1928, Nr. 6.

[3]) „SHB", 1928, Nr. 7.

[4]) „Landbote", 1928, Nr. 26 und 29. „SHB", 1928, Nr. 13.

ihn, nachdem er einen Hof in Nordschleswig an vorgeschobene „Strohmänner" einer dänischen Siedlungsgesellschaft verkauft hatte.

Dagegen vermochte sich der Sechserausschuß auf ein wirtschaftspolitisches Notprogramm zu einigen, das seine Mitglieder Lübke und Gerns, Löhndorf (der an die Stelle von Thomsen getreten war) Ende März in Berlin mit Schiele eingehend erörterten. Doch kam es vor den Reichstagswahlen des 20. Mai zu heftigen Kontroversen zwischen seinen Mitgliedern, da die Vertreter des Bauernvereins für eine Einbeziehung der DDP in den Kreis der empfehlenswerten Parteien eintraten[1]).

Die Wahlkampagne und ihr vorhergehende Auseinandersetzungen der Reichspolitik beeinflußten die eben geschilderte Entwicklung vom Herbst 1927 an wesentlich. Das auslösende Moment für die Demonstrationsbewegung war ja die tiefe Enttäuschung gewesen, daß die dringenden Appelle der Organisationen keine schnellen sichtbaren Ergebnisse in Berlin zeitigten. Wohl hatte Schiele noch vor dem Jahreswechsel ein umfassendes Hilfsprogramm vorgelegt, das einige der wichtigsten auch in Schleswig-Holstein erhobenen Forderungen zu erfüllen versuchte[2]). Aber bereits seit dem Herbst machten tiefgreifende politische Auseinandersetzungen die Regierungskoalition fast völlig arbeitsunfähig. Es ging vor allem um den Reichsschulgesetzentwurf des deutschnationalen Innenministers von Keudell, der, von der DNVP, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei unterstützt, durch die DVP und die parlamentarische Opposition der Mitte und Linken aber entschieden abgelehnt wurde[3]). Am 15. Februar 1928 stellte der Koalitionsausschuß der Regierungsparteien endgültig das Scheitern dieser Vorlage und damit der Koalition fest[4]).

Nach sehr schwierigen Verhandlungen einigten sich die Regierung und die Parteien über ein „Notprogramm" der Reichstagsarbeit bis zu den Neuwahlen. Weitergehende Wünsche der DNVP für die Landwirtschaft wurden vor allem von der SPD und dem linken Zentrumsflügel zurückgewiesen. Die Fraktionen stellten insgesamt 80 Millionen an Krediten und verlorenen Zuschüssen für die Betriebsrationalisierung, die Organisation des Fleisch- und Viehabsatzes und den Aufbau des Genossenschaftswesens bereit. Außerdem sollte der Finanzminister ermächtigt werden, die landwirtschaftlichen Kreditinstitute bei der Umschuldung mit einer Bürgschaft von 200 Millionen RM zu unterstützen. Das waren gegenüber den bisherigen Hilfen des Reiches spürbare Verbesserungen. Doch bevor die neuen Maßnahmen nach der Verabschiedung des Haushalts und der Bearbeitung in den Bewilligungsausschüssen und Behörden wirkungsvoll wurden, war bis zum Spätsommer die Verschuldung und damit die politische

[1]) „SHB", 1928, Nr. 19 und 20; „Landbote", 1928, Nr. 34, 35 und 41.

[2]) „Wirtschaftsdienst" vom 27. Januar 1928.

[3]) Siehe hierzu E. Eyck, a.a.O., 2. Band, S. 196 ff.

[4]) Schulthess, 1928, S. 59 f.

Erbitterung noch weiter angestiegen und in neuen politischen Organisationsformen verfestigt.

Schiele richtete in seiner Etatrede am 29. Februar einen dramatischen Appell an die Öffentlichkeit, die Not der Landwirtschaft zu erkennen[1]). Das Notprogramm sei nicht mehr als eine Überbrückungsaktion, der tiefgreifendere Maßnahmen folgen müßten. Die Redner der bisherigen Koalitionsparteien unterstützten seine Darlegungen, und auch die Fraktionen der Opposition setzten sich jetzt für tatkräftige Hilfsmaßnahmen ein. Der Sprecher der SPD, Tempel, bezeichnete dabei erneut eine Intensivierung der Produktionsmethoden, eine Reorganisation des Marktes und eine neue Bodenverteilung als die eigentlichen Lösungswege für die Agrarkrise. Einen neuen Akzent brachte aber der Antrag seiner Fraktion auf sofortige Einführung des Reichsgetreidemonopols und Beseitigung aller Futtermittelzölle, der am 2. März vom Plenum abgelehnt wurde. Hier waren die Auswirkungen des neuen agrarpolitischen Programms der Sozialdemokraten spürbar, das nach den Vorschlägen von Dr. Baade im Mai 1927 vom Kieler Parteitag verabschiedet worden war[2]). Der demokratische Sprecher, Dietrich (Baden), nannte, gleich Schiele, die Beseitigung der Kreditnot die Kernfrage zur Wiederherstellung der Rentabilität. Er lehnte jedoch die von der Rechten vorgeschlagene Verstärkung der landwirtschaftlichen Schutzzölle ab und trat stattdessen für die schon im Vorjahr von Curtius zugesagte, doch bisher unterbliebene Senkung der Industrietarife ein.

Die sozialdemokratische und demokratische Kritik an der mangelhaften Rationalisierung in manchen Wirtschaftszweigen wurde durch wissenschaftliche Analysen bestätigt. Untersuchungen im „Wirtschaftsdienst" ergaben, daß im Jahr 1927 beim Getreide die Standardisierung auf Spitzentypen hin im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern noch „nicht wesentlich über den Nullpunkt" vorangekommen sei[3]). So würden z. B. noch über 400 Weizensorten in Deutschland angebaut. Dagegen sei bei der Erzeugung und im Verkauf von Butter vor allem in Schleswig-Holstein seit 1925 eine Genossenschaftsorganisation aufgebaut, die durch rationelle Herstellung eines bestimmten Markentyps mit festen Qualitätsmerkmalen Spitzenpreise erziele. Das Jahr 1928 habe dann unter dem Druck der Krise erfreuliche Fortschritte beim Absatz von Schweinen, tierischen Produkten und Kartoffeln gebracht, doch seien die Möglichkeiten auch jetzt noch lange nicht ausgeschöpft[4]). Diese Mängel, die von den Agrariern vor allem mit dem Hinweis auf die bekannten Kreditschwierigkeiten motiviert wurden, waren jedoch nur durch langfristige Planungen zu beheben, während die akuten

[1]) Schulthess, 1928, S. 66.

[2]) Zur Agrarprogramm-Diskussion der SPD im Jahr 1927 siehe Schulthess, 1927, S. 9 f. und S. 101.

[3]) „Wirtschaftsdienst", 22. April 1927.

[4]) „Wirtschaftsdienst", 14. Dezember 1928.

Notstände, wie immer man über die Ursachen dachte, sofortige Hilfsmaßnahmen erforderlich machten. Hier wirkte sich das Zusammentreffen der Regierungs- und Wirtschaftskrise verhängnisvoll aus.

Das politische Gesamtklima in den Monaten vor den Wahlen war für die republikanischen Parteien dabei spürbar günstiger als vor vier Jahren. Die Deutschnationalen hatten offenkundig stark an Boden verloren, nachdem sie ihre radikalen Anhänger durch den Eintritt in die Regierung enttäuscht hatten und dann weder ihre wirtschafts- noch ihre kulturpolitische Konzeption hinreichend durchzusetzen vermochten. Diese Schwächung ihrer Position hatte sich in Schleswig-Holstein bereits bei den Einigungsverhandlungen zwischen den Agrarverbänden im Dezember und Januar gezeigt, wo die aus dem Kleinbauernverband stammenden demokratischen Vertreter einen vor wenigen Jahren undenkbaren Einfluß ausübten. Nun war durch die Demonstrationsbewegung eine völlig andere Situation entstanden, doch gingen die hierauf bezogenen wahlpolitischen Hoffnungen der DNVP nicht in Erfüllung. Besondere Sorge bereitete ihr die Anfang März von hessischen und mitteldeutschen Landbündlern unter Führung von Hepp begründete Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, die sich vor allem an ihre bisherigen ländlichen Wähler wandte[1]). Die SPD hatte sich in den Jahren der Opposition sichtbar gekräftigt und gewann, unterstützt durch ihr neues, vor allem auf die kleinbäuerlichen Veredelungsbetriebe orientiertes Agrarprogramm, auch auf bestimmte Kreise im Landvolk eine spürbare Anziehungskraft. Allerdings blieben ihre Möglichkeiten hier weiterhin eng begrenzt. Die Ratlosigkeit vieler bäuerlicher und bürgerlicher Wähler, die sich von der DNVP abwandten, aber weder die SPD noch die DDP wählen wollten, spiegelte sich in Schleswig-Holstein deutlich in der starken Aufsplitterung der Stimmen auf insgesamt 19 Listen wider[2]).

Die SPD vereinigte 278858 (35,3%) Stimmen auf sich, 38,5% in den städtischen und 27,6% in den ländlichen Bezirken, den Gemeinden unter 2000 Einwohnern[3]). Die bisherigen Abgeordneten Luise Schröder, Eggerstedt, Richter und Biester wurden von ihr erneut in den Reichstag entsandt.

Die Deutschnationalen verloren fast ein Drittel ihres Anteils von 1924. Sie kamen noch auf 181086 (23%) Wähler, 19,1% in den städtischen und 30,3% in den ländlichen Bezirken und drei Mandate[4]). Neben Oberfohren standen die aus der Landbund-Arbeit bekannten Landwirte Heinrich Gerns, Löhndorf (Kreis Plön), und Max Soth, Lockstedt (Steinburg), an der Spitze ihrer Liste.

---

[1]) Siehe E. Topf, a.a.O., S. 125 ff.

[2]) Einzelergebnisse in: Statistik des Deutschen Reiches, Band 372, Heft 1 und 2, Berlin 1930, und bei R. Heberle, Manuskript S. 95 f.

[3]) davon in der Marsch 27,6%, in der Geest 17,5 und in Ostschleswig und -holstein 32,6%.

[4]) in der Marsch 29,6, in der Geest 24,3 und in Ostschleswig und -holstein 32,7%.

Auch die DVP und DDP hatten gegenüber 1924 Einbußen zu verzeichnen. Die DVP ging bei 107923 Wählern geringfügig von 14,6 auf 13,7% zurück, in den ländlichen Bezirken von 14,9 auf 13,9%. Hier hatte sie besonders stark in den Dörfern der Marsch (9,3%) verloren. Sie behauptete ihre beiden Mandate und entsandte erneut Oberschulrat Runkel und Landwirt Hamkens, Henredder, nach Berlin.

Schmerzlicher waren die Einbußen der DDP, die noch 44783 Stimmen (5,7%) erhielt und in den Landgebieten bei einem Rückgang von 7,8 auf 4,4% etwa 40% ihres Anteils einbüßte. Nur durch eine Verrechnung der schleswig-holsteinischen Stimmen mit denen des Nachbarwahlbezirks kam der Hofbesitzer Theodor Tantzen aus Heering (Land Oldenburg) in den Reichstag.

Die KPD erhielt mit 62144 Wählern (7,9%, in den ländlichen Gebieten 3,8%), einen gewissen Auftrieb und gewann mit dem Hamburger Gewerkschaftssekretär Maddalena einen Sitz. Von den anderen Parteien schnitt die Wirtschaftspartei mit 42096 Wählern (5,3%) am besten ab. Die NSDAP bekam 31814 Stimmen (4%). Wir werden allerdings noch sehen, daß sich schon jetzt für sie ganz bestimmte Schwerpunkte in der Provinz herausbildeten[1]). Weit abgeschlagen waren der Völkisch-Nationale Block mit 8419, die in Süddeutschland begründete Deutsche Bauernpartei mit 5676 und — entgegen den Befürchtungen der Deutschnationalen — auch die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei mit 2473 Stimmen.

Schon diese Betrachtung hat deutlich ergeben, daß im nichtsozialistischen Lager ein Kristallisationspunkt fehlte, der die bisherigen Wähler der DVP, DDP und vor allem der DNVP auf sich zu ziehen vermochte. Hier lag, wie später aufzuweisen sein wird, in der Zeit der Gärung und Unruhe die große Chance für die in der Provinz noch schwache, ungefestigte NSDAP.

Die in Schleswig-Holstein sichtbar gewordene Tendenz entsprach dem Gesamtergebnis im Reich, wenn man von regionalen Erfolgen der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei in den Landgebieten Mitteldeutschlands absieht. Die SPD übernahm mit 152 (bisher 131) Mandaten eindeutig die Führung, mit weitem Abstand von den 78 (103) Abgeordneten der DNVP, 61 (69) des Zentrums, 54 (45) der KPD und 45 (51) der DVP gefolgt. Die übrigen Sitze verteilten sich wie folgt: 25 (32) DDP, 23 (17) Wirtschaftspartei, 17 (19) Bayerische Volkspartei, 13 Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, 12 (14) NSDAP, 8 Deutsche Bauernpartei. Ähnlich waren die Verschiebungen bei den am gleichen Tag stattfindenden preußischen Landtagswahlen[2]).

Die Folge war nach wochenlangen Verhandlungen die Bildung einer nicht fraktionsmäßig gebundenen Regierung aus Ministern der „Großen Koalition". Vor allem bei den wirtschaftspolitischen Fragen gab es schwierige Auseinander-

[1]) Siehe S. 145 dieser Arbeit.

[2]) Schulthess, 1928, S. 108.

setzungen, bevor Reichskanzler Müller (Franken) das neue Kabinett, dem Mitglieder der SPD, DVP, DDP und des Zentrums angehörten, am 28. Juli der Öffentlichkeit präsentieren konnte[1]). Das Landwirtschaftsressort übernahm der Badener Demokrat Dietrich. Die Regierungserklärung vom 3. Juli[2]) brachte ein Bekenntnis zum Agrarnotprogramm vom Februar und zu weiteren Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, vor allem für die Standardisierung, Zinssenkung und Umschuldung. Die Ausführungen zur Handelspolitik waren das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den unterschiedlichen Ansichten im Kabinett. Die Regierung betonte ihre Entschlossenheit, in Europa den wechselseitigen Abbau der Zollschranken zu fördern, erkannte aber gleichzeitig die Notwendigkeit eines weiteren Schutzes für bestimmte Zweige der Wirtschaft und Landwirtschaft an.

Schon in den nächsten Monaten wurde eine spürbare Verschärfung des innenpolitischen Klimas fühlbar. In der DNVP übernahmen nach der Wahlniederlage und dem Hinüberwechseln in die Opposition die kompromißlos antirepublikanischen und radikalen Kräfte mehr und mehr die Führung[3]). Am 4. Juli erkannte Graf Westarp in der Debatte zur Regierungserklärung einige positive neue Töne auf dem Agrarsektor gegenüber dem bisherigen Kurs der SPD an, warf dem Kabinett aber vor, die wirtschaftliche Konsolidierung Europas gegenüber Deutschlands Sorgen in den Vordergrund zu stellen. Mit schneidender Schärfe sagte Oberfohren am folgenden Tage der seit 1924 von seiner Partei mitgetragenen oder doch tolerierten Außenpolitik Stresemanns den Kampf an[4]). Im gleichen Monat begannen mit dem Ausschluß des zum linken Parteiflügel gehörenden Abgeordneten Lambach in der DNVP erbitterte interne Auseinandersetzungen, deren vorläufiger Abschluß am 10. Oktober die Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden und damit der Sieg der rechtsradikalen Gruppen bildete. Ein stark beachtetes Symptom dieser Zuspitzung war ein Vorstandsbeschluß des Stahlhelms vom 23. September[5]), der in noch nie gehörter Schärfe das parlamentarische System ablehnte und den Vorschlag eines Volksbegehrens zur Änderung der Verfassung enthielt.

Demgegenüber war in der Führung des Landbundes eine betonte Begrenzung auf wirtschaftspolitische Themen zu verzeichnen, seitdem an Stelle des deutschnationalen Grafen Kalckreuth Schiele am 1. August neben Hepp und dem unbedeutenden Bethge das Präsidium dieses Verbandes übernommen hatte. Er äußerte schon jetzt starke Vorbehalte gegen die Radikalisierung der DNVP durch den Hugenbergflügel[6]) und war um gute Kontakte sowohl zur Landvolk-

[1]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 287 ff.

[2]) Schulthess, S. 128.

[3]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 347 ff.

[4]) Schulthess, S. 136.

[5]) Schulthess, S. 162 f.

[6]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 314 ff., besonders Anmerkung 109; E. Topf, a.a.O., S. 125 ff.

partei wie zu den anderen Verbänden der Landwirtschaft bemüht, um die konkreten berufsständischen Anliegen auch gegenüber der neuen Regierung mit Gewicht vertreten zu können. So bereitete sich schon jetzt, gefördert durch die von Schleswig-Holstein auf andere Gebiete des Reichs übergreifenden Einigungsparolen, die Bildung der „Grünen Front" des Jahres 1929 vor[1]).

Dieser Mäßigung in der Spitze entsprach jedoch nicht die Entwicklung in den meisten Regionalverbänden. In Schleswig-Holstein war im Sommer 1928 vielmehr eine weitere Verschärfung der verfassungs- und tagespolitischen Angriffe des Landbundes gegen Regierung und Republik zu verzeichnen. Hier blieb der beherrschende Einfluß der DNVP auf den Verband unverändert bestehen. Lediglich aus den seit Ende 1928 in der Provinz periodisch kurz aufflackernden heftigen Kontroversen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten[2]) hielt sich der Landbund heraus. Zunächst gingen im Sommer 1928 in Schleswig-Holstein die verwirrenden und teilweise turbulenten Auseinandersetzungen um die Frage der künftigen Organisationsform des Bauerntums weiter. Der Sechserausschuß stellte bei erneuten fruchtlosen Debatten über die Frage des Reichsspitzenanschlusses Anfang Juli seine Tätigkeit ein[3]). Eine Führertagung des Landbundes und eine große, von Anhängern des Landbundes und der Demonstrationsbewegung besuchte „Landvolk-Landesversammlung" in Neumünster lehnten Ende Juli eine Mitgliedschaft in der „parteidemokratisch" orientierten Deutschen Bauernschaft ab[4]). Tönnsen, Lübke, Johannsen und Frauen riefen zu gleicher Zeit im Einvernehmen mit dem Provinzialvorstand des Bauernvereins zur Gründung einer „bäuerlichen Einheitsfront" in Schleswig-Holstein auf, die mit allen drei Reichsverbänden verbunden sein sollte. Im Juli spielte sich durch eine Reihe von Versammlungen und Erklärungen jedoch der Segeberger Bauer Otto Köhler, Bühnsdorf, mit einem Freundeskreis mehr und mehr in den Vordergrund[5]). Er trat, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Landbundes, für einen Anschluß nur beim Reichslandbund und der Reichsvereinigung ein und setzte sich bei den entscheidenden Verhandlungen weitgehend durch. Am 27. August kamen die Delegierten der mittlerweile gebildeten zwölf Einheitskreisverbände in Neumünster zusammen. Sie beschlossen, am 1. Oktober den neuen Einheitsverband zu bilden und die Frage des Spitzenanschlusses dann innerhalb von 6 Monaten durch eine Urabstimmung klären zu lassen. Gegen diese Änderung des Programms von Tönnsen und Lübke meldete das Organ des Bauernvereins sofort sehr ernste Bedenken an, weil die Kämpfe um das Votum der Bauern eine

---

[1]) Siehe S. 128 dieser Arbeit.

[2]) Siehe S. 151 dieser Arbeit.

[3]) „SHB", 1928, Nr. 28.

[4]) „Landbote", 1928, Nr. 51.

[5]) „SHB", 1928, Nr. 29 und 30.

erneute tiefe Beunruhigung und unerwünschte Politisierung der berufsständischen Arbeit bringen würde[1]).

Die Landbundführung versuchte durch scharfe, weitgespannte Forderungen ihren Einfluß auf die Entwicklung zu verstärken. Heftigen Angriffen des Landboten gegen Tönnsen und Lübke[2]) folgte am 2. September ein Aufruf von 32 Landbundführern, die als „Nationale Einheitsbewegung" auch noch die Neumünsteraner Vorschläge ablehnten[3]). Die Übernahme der Schriftleitung des Verbandsorgans durch Major a. D. Scheel im August bedeutete noch eine Verstärkung des radikal antidemokratischen, völkisch bestimmten Kurses.

Entsprechend den Beschlüssen vom 27. August erfolgte am 10. Oktober in Neumünster die Bildung des „Schleswig-Holsteinischen Bauernbundes" als „Einheitsorganisation der Provinz Schleswig-Holstein". Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wurden Tönnsen und Köhler gewählt. Der Landbund distanzierte sich nach kurzem Zögern von dem neuen Verband, dem er eine unklare politische Haltung vorwarf[4]). Im Bauernverein herrschte längere Zeit Unsicherheit. Südtondern und Plön beschlossen schon im Oktober, Husum und Eckernförde im Januar 1929 den Anschluß an den Bauernbund. Die Vertreterversammlung des Bauernvereins sprach sich am 29. November grundsätzlich für eine Fusion aus, die jedoch erst dann möglich sei, wenn man über die definitive Richtung der Bauernpolitik im neuen Bauernbund klar sehe[5]). So gab es am Ende des Jahres, das mit der großen Demonstrationsbewegung für die bäuerliche Einheit begonnen hatte, wieder drei berufsständische Organisationen und dazu ein nie dagewesenes Maß an persönlichen Spannungen und Gegensätzen im Bauerntum der Provinz.

Während die alten Führungsgruppen der Verbände und neue Kräfte zäh um die künftige Organisationsweise und Orientierung des Bauerntums rangen, waren tieferliegende Motive der Demonstrationsbewegung im Landvolk zur vollen Wirkung gekommen. Wir haben bereits die beiden wichtigsten Triebkräfte für jenen Aufbruch im Januar 1928 erwähnt. Zunächst ging es um die organisatorische Einigung des Bauerntums und die Forderung nach tatkräftiger Hilfe durch die Organe des Staates. Daneben aber wurde unüberhörbar das Verlangen nach einer völligen Umgestaltung des politischen und staatlichen Lebens laut. Die jahrelange antidemokratische und völkische Propaganda kam auf dem Nährboden der Wirtschaftsnot zur vollen Virulenz. Man glaubte weithin nicht mehr an die Fähigkeit oder Bereitschaft der „herrschenden Kräfte" im parlamentarischen System, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Daneben aber war auch die verfassungs- und agrarpolitische Opposition des Landbundes und der DNVP mit ihrem Schwanken zwischen Regierungsbeteiligung und scharfer

[1]) „SHB", 1928, Nr. 35.

[2]) „Landbote", 1928, Nr. 57, 61 und 62.

[3]) „Landbote", 1928, Nr. 69.

[4]) „Landbote", 1928, Nr. 92 und 94.

[5]) „SHB", 1928, Nr. 49.

Obstruktion in die tiefe Vertrauenskrise einbezogen. So wurde schon im Frühjahr eine deutliche Unzufriedenheit über den Gang des Geschehens nach dem 28. Januar spürbar. Otto Johannsen war in den ersten Februartagen in Berlin von Schiele und dem preußischen Landwirtschaftsminister Steiger empfangen worden und bei seiner Rückkehr optimistisch gestimmt. Im Gegensatz zu ihm setzten aber viele seiner Freunde, unter ihnen Wilhelm Hamkens und Claus Heim[1]), keine Hoffnungen mehr auf die Zusagen der Regierungsvertreter. Johannsens Wirken im Sechserausschuß und das Stocken der Einigungsverhandlungen begegneten im Frühsommer einer immer heftigeren Kritik[2]).

Ihren beredten Ausdruck fand diese Stimmung gegen die „erstarrten alten Organisationen", die mit dem „System" verkettet seien, in einer Leserzuschrift des Plöner Bauern W. Paustian, Kaköhl, vom April[3]): „. . . Sind wir in unsere Kreisstädte gezogen, um das alte Parteisystem, welches wir bekämpfen und das durch und durch tuberkulös ist, zu unterstützen, . . . um uns wieder in die alten, ausgefahrenen Gleise führen zu lassen? . . . Viereinhalb Jahre hat der deutsche Bauer seine Scholle gegen äußere, sichtbare Feinde verteidigt, und als er zurückkehrte, setzte er die friedliche Arbeit in seinem Königreich wieder fort. Doch dieses friedliche stille Schaffen war ihm nicht lange vergönnt; denn bald merkte er, daß ihm nicht nur das ersparte Barvermögen mit Hilfe der Inflation geraubt wurde, sondern daß die dunkle Macht auch ihre Hände ausstreckte nach der Substanz, nach der ihm liebgewordenen Scholle . . . So konnte es kommen, daß Tausende Landleute auf die Straßen zogen, um gegen die Willkür der Plutokratie, der Geldherrschaft, zu protestieren, die uns über das heutige System regiert. . . ."

Hier sind die wichtigsten politischen Motive der neu aufkommenden Landvolkbewegung ausgesprochen: Das „Alte", die bisherige Staats- und Organisationsform ist diskreditiert, unglaubwürdig geworden. Sie hat sich nicht nur als unfähig erwiesen, die wirtschaftlichen Probleme des Bauerntums zu lösen; die herrschenden Gruppen des „Systems" sind mannigfach mit den „dunklen Mächten" der internationalen Finanz und anderen überstaatlichen Kräften verbunden, die das Landvolk in seiner Substanz zu vernichten drohen. Etwas Neues muß werden, ein neuer Staat, eine neue Ordnung, die — ohne exakte verfassungspolitische Vorstellungen — zumeist mit dem Vokabular der völkischen Bewegung umschrieben wird. In jenem Wort von den drohenden dunklen Mächten, das sich sehr oft wiederfindet, vereinigte sich die Ideologie der völkisch-antisemitischen Gruppen, der Tannenbergbündler, der Werwölfe und Stahlhelmer mit dem schon früher sichtbar gewordenen[4]) Selbstverständnis des Bauerntums

[1]) Diese Darstellung beruht auf den Schilderungen von Claus Heim und W. Hamkens gegenüber dem Verfasser.

[2]) Besonders scharf wurde Johannsen im „Landboten" (1928, Nr. 70) angegriffen, weil er sich von den im Januar verkündeten Zielen immer weiter entferne.

[3]) „Rendsburger Tageblatt", 21. April 1928, Nr. 101.

[4]) Siehe S. 44 dieser Arbeit.

als gefährdete Minderheit in der von anderen ökonomischen Gesetzlichkeiten und anderen vitalen Interessen bestimmten Industriegesellschaft[1]).

Im ersten Halbjahr 1928 fanden etwa monatlich Treffen von Vertrauensleuten der Demonstrationsbewegung aus allen Landkreisen Schleswig-Holsteins in Neumünster statt[2]). Nachdem die schon geschilderte Entfremdung gegenüber Otto Johannsen und den maßgeblichen Vertretern der Organisationen eingetreten war, ging die Führung auf einige Persönlichkeiten der Westküste, unter ihnen Wilhelm Hamkens, Tetenbüll (Eiderstedt) und Claus Heim, St. Annen (Norderdithmarschen) über. Der 32jährige Hamkens entstammte einem angesehenen Eiderstedter Geschlecht. Er war bis 1928 wenig hervorgetreten, doch nach der Rückkehr als Leutnant nach dem Weltkrieg Mitglied der Organisation Escherich und des Stahlhelms Westküste gewesen[3]). Hamkens hatte bei der Neuformierung der bäuerlichen Organisationen in den westlichen Kreisen nach dem 28. Januar den Vorsitz in Eiderstedt übernommen, hielt jedoch diesen Verband betont aus den Verhandlungen und Wirren in der übrigen Provinz heraus. Sein Ziel war es, eine „völkische" Bewegung des Landvolks ins Leben zu rufen, die nicht nur berufsständische Forderungen des Bauerntums vertrat, sondern alle Gruppen des flachen Landes zusammenzufassen vermochte. So wurde im Herbst 1928 bewußt die Bezeichnung „Landvolkbewegung" übernommen. Hamkens trat für ein strikt antiparlamentarisches, auf Umgestaltung des gegenwärtigen Staates gerichtetes Programm ein. Er suchte aber umstrittene Themen, wie z. B. die Frage „Monarchie" oder „Republik", aus den Debatten der Landvolkbewegung auszuklammern und beschränkte sich so zumeist auf die Forderung nach einem „starken, landwirtschaftsfreundlichen Staat". Um der Einheit in seiner Anhängerschaft willen wandte er sich auch gegen die Bemühungen extremer völkischer Kreise, vor allem der Tannenbergbündler, zu einseitige ideologische Überzeugungen zum Gedankengut der Landvolkbewegung zu machen.

Bei dieser bewußt verschwommenen Fassung der eigenen grundsatzpolitischen Ziele kamen die bestimmenden und profilierten Akzente fast nur aus der scharfen Polemik gegen die bestehenden Institutionen und ihre Maßnahmen, also aus der Weckung von „Feindvorstellungen". Hamkens Grundgedanke war es, durch passiven Widerstand und ständigen Protest eine Änderung des wirtschafts-

[1]) Wilhelm Hamkens nannte rückblickend als auslösendes Motiv für die Landvolkbewegung: „Die materielle und seelische Not kamen zusammen. Die Menschen fühlten sich betrogen, verlassen und leer" (Gespräch mit dem Verfasser).

[2]) Diese Darstellung stützt sich vor allem auf persönliche Angaben von Hamkens und Heim, sowie die Akte 309/22696 („Landvolk- und Junglandvolkbewegung, Bauernunruhen Winter 1928/29", 21. April 1928 bis 1. März 1929").

[3]) Eine instruktive Darstellung der politischen und organisatorischen Herkunft der führenden Mitglieder der Landvolkbewegung findet sich in Akte 309/22784; vergleiche dazu den Bericht des Regierungspräsidenten über die Landvolkbewegung vom 30. September 1929 in der gleichen Akte.

politischen Kurses zu erzwingen und die auf eine völlige Umformung des Staates gerichteten mannigfachen Tendenzen zu stärken. Wir werden sehen, wie sich diese Pläne in einzelnen Aktionen und Phasen näher ausbildeten und sehr starke Auswirkungen über Schleswig-Holstein hinaus hatten, ohne zu ihrem eigentlichen Ziel zu führen. Hamkens betonte immer wieder den besonderen Charakter seiner „Bewegung" im Gegensatz zu den Organisationen. Es gab keine feste Mitgliedschaft und keine gewählten Vorstände, abgesehen von den Bezirken wie Eiderstedt, wo sie identisch mit dem Berufsverband war. In den Kreisen wurden Vertrauensleute eingesetzt, die ihrerseits Kontakte sowohl zu Hamkens wie zu den örtlichen Beauftragten hielten und Parolen für die Mundpropaganda weitergaben. Ein gewisses Zentrum bildete ab Anfang 1929 die Itzehoer Redaktion der „Landvolk"-Zeitung, die den Weisungen von Hamkens und Heim als den anerkannten Sprechern der Bewegung und den Hauptgesellschaftern des Blatts unterstand. Zu bestimmten Vorhaben wurden lokale Vereinigungen gegründet, aber auch außerhalb von diesen konnte jeder mitarbeiten, der sich zu den Zielen der Bewegung bekannte. So gewann das Wirken der Landvolkbewegung den Charakter des Spontanen, Unberechenbaren, schwer Faßbaren[1]). Fließende Übergänge bestanden zu den Berufsverbänden der Bauern und den völkischen Organisationen; eine starke, die ganze Provinz bewegende Aktivität wechselte schnell mit Wochen scheinbar völliger Ruhe.

Hamkens lehnte Gewaltmaßnahmen ab[2]). Er verfügte über eine große rednerische Begabung[3]) und vermochte die Landleute mitzureißen, wenn er in ihrer Sprache gleichsam mit Keulenschlägen auf das System und seine Organe einhieb. Derbe, volkstümliche Töne wechselten mit einem von starkem Sendungsbewußtsein bestimmten Pathos. Dies wurde auch in seinem Stil sichtbar, wie als Beispiel ein Artikel aus dem November 1928 zeigen mag[4]): „Eine unumstößliche Tatsache auf allen Lebensgebieten ist, daß sich letzten Endes nur die Wahrheit durchsetzt. Der Wahrheit muß sich schließlich alles beugen. Wahrheit und Ehrlichkeit ist dasselbe. Deshalb können wir heute zuversichtlich der Befreiung Deutschlands von überstaatlichen Mächten entgegensehen, weil auch der Bauer beginnt, ehrlich zu werden — ehrlich gegen sich selbst, ehrlich gegen die ihm vom Vaterland gegebene Scholle und damit ehrlich gegen das Erbe seiner Kinder, das Erbe des kommenden Deutschland . . ."

Nach Abschluß der Ernte 1928 begann vom Westen der Provinz aus eine Welle von Versammlungen und Aktionen. Im Oktober erklärte Heim in einem

---

[1]) Die Organisationsweise und Verbreitung der Landvolkbewegung schildert der Bericht der Landeskriminalpolizeistelle Flensburg vom 24. Januar 1929 (in 309/22696) besonders eingehend.

[2]) „Der Schleswiger" vom 23. August 1929, Nr. 198, überschrieb eine kritische persönliche Würdigung mit „Hamkens, der Ghandi des Landvolks".

[3]) „Der Schleswiger", 5. Juli 1929, Nr. 156, kennzeichnete Hamkens in einem Versammlungsbericht als einen Redner von „ergötzlicher Ironie und beißender Satire".

[4]) „Eingesandt" in dem „Eiderstedter Wochenblatt" vom 13. November 1928.

„Eingesandt" der Heider Zeitung, daß er künftig keine Steuern mehr bezahlen werde, und forderte seine Berufskollegen auf, sich seinem Beispiel anzuschließen. Am 12. November richtete Hamkens in einem „Offenen Brief" im Namen der Vertrauensmänner der „Landvolkvereinigung Eiderstedt" einen Appell an die Gemeindevorsteher, die Nichtzahlungsfähigkeit der meisten Steuerzahler zu erklären und Geld von den vorgesetzten Behörden zur Deckung der kommunalen Etats anzufordern[1]). Er bezog sich dabei auf eine Zusage der Reichsregierung, bei besonders kritischen Notfällen die Steuern niederzuschlagen oder zu stunden.

Das Echo im Lande war außerordentlich stark. Schon wenige Tage später erfolgte ein Zwischenfall, der die Erregung bis zur Siedeglut steigerte. Am 19. November verhinderten in dem Steinburger Dorf Beidenfleth über 200 Landleute die Pfändung von 2 Ochsen für rückständige Gemeindesteuern[2]). Holzfeuer flammten auf, Feuerhörner ertönten, die Menge stieß Drohungen aus und war im Begriff, tätlich zu werden, so daß der Gemeindevorsteher sich zurückziehen mußte. Das Ereignis fand in der Provinz und der Presse des ganzen Reiches große Beachtung. Die radikalen Parolen des entschlossenen passiven Widerstandes, der Verhinderung von Zwangsversteigerungen und Pfändungen, der Steuerstreiks und der Boykottdrohungen gegen örtliche Verwaltungsinstanzen, darunter viele staatstreue bäuerliche Amts- und Gemeindevorsteher, wurden auf Hunderten von großen und kleinen Versammlungen erregt diskutiert und zogen nach diesem Beispiel große Teile des Bauerntums Schleswig-Holsteins in ihren Bann.

Am 25. November strömten über 1000 Landleute in Itzehoe auf einer großen Steinburger Landvolkkundgebung zusammen. Insgesamt 12 Redner aus 8 Kreisen kamen zu Wort, unter ihnen der Steinburger deutschnationale Reichstagsabgeordnete Max Soth. Tumultartige Proteste gegen jede Form der Zwangsversteigerung wechselten mit heftigen antisemitischen Ausfällen gegen Kapital und Banken und demagogischen Angriffen auf die Regierung und die Behörden[3]). Am gleichen Tage traten über 30 angesehene Landwirte und bäuerliche Gemeindevorsteher mit dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Graf Rantzau-Breitenburg, im Itzehoer Landratsamt zusammen und brachten schwerste Bedenken gegen die Radikalisierung der Landvolkbewegung, der klare politische Ziele völlig fehlten, zum Ausdruck. Ihr Verfahren der persönlichen Diffamierung aller Berufskollegen, die öffentliche Ämter bekleideten, müsse zur Zerstörung der Selbstverwaltung in den ländlichen Gebieten und einer weiteren Aufsplitterung der bäuerlichen Organisationen führen. Graf Rantzau warnte eindringlich davor,

---

[1]) „Nordischer Kurier", 15. November 1928, Nr. 270.

[2]) Zu Beidenfleth siehe: K. Schapke, Aufstand der Bauern, Leipzig 1933, S. 33 ff.; „Itzehoer Nachrichten", 21. November 1928, Nr. 274; „Altonaer Nachrichten", 23. November 1928, Nr. 276.

[3]) „Flensburger Nachrichten", 28. November 1928, Nr. 280.

den Boden des Rechts zu verlassen[1]). Von ähnlichen Sorgen war die Sitzung des Steinburger Landgemeindetages am 4. Dezember bestimmt, an der 90 von 120 Gemeindevorstehern des Kreises teilnahmen[2]). Der Vorsitzende, Amtsvorsteher Augustin, Borsfleth, beklagte die beispiellose Uneinigkeit der Landwirtschaft als wichtigste Ursache ihrer Machtlosigkeit. Sie trage damit selbst die Hauptschuld an ihrem Unglück. Landrat Steltzer sprach am 30. Dezember vor dem Rendsburger Kreistag eindringlich die Warnung aus, daß die „Vernichtung der Selbstverwaltung" jede individuelle Behandlung in Steuerfragen unmöglich mache[3]).

Diese Perspektiven zeigen deutlich, welches Ausmaß die Radikalisierung in wenigen Wochen erreicht hatte. Der Übergang von der Protest- zur Aktions- und Obstruktionsbewegung war vollzogen. Vor allem der aktivistische Claus Heim bemühte sich um die Bildung von kleinen entschlossenen Kadern. Gemeinsam mit Max Soth und dem Steinburger Geschäftsführer des Landbundes, Guido Weschke, formte er die im Sommer 1928 begründete[4]) „Jungnordmarkwehr" um, die jetzt durch Demonstrationen Zwangsversteigerungen und Pfändungen verhindern sollte. Wirkungsvoller wurden die von ihm im Dezember 1928 in Dithmarschen und Eiderstedt zu dem gleichen Zweck ins Leben gerufenen „Wachvereinigungen". Ihren Aufbau übertrug er Herbert Volck[5]). Dieser unterhielt als Propagandist völkischer Gruppen seit 1924 enge Beziehungen zu leitenden Mitgliedern des Stahlhelm Westküste, des Alldeutschen Verbandes und anderer rechtsextremer Gruppen der Provinz. Er war nach den aufsehenerregenden Berichten aus dem Norden, gleich anderen Berliner Freunden, Ende November nach Schleswig-Holstein geeilt[6]). Volcks engster Mitarbeiter war Hauptmann a. D. Nickels aus Heide, ein früheres Dithmarscher Mitglied von Orgesch, Deutschvölkischer Freiheitspartei und Stahlhelm Westküste mit ausgezeichneten Verbindungen im Westen Schleswig-Holsteins.

Die Wirtschaftslage wurde zu dieser Zeit auch von den Behörden der Provinz weiterhin als kritisch angesehen. So berichtete der Landrat von Norderdithmarschen im November[7]), daß die Umschuldungsaktion bisher nur wie ein

---

[1]) Bericht Landrat Steinberg vom 26. November 1928 in Akte 309/22569; „Nordischer Kurier", 28. November 1928, Nr. 280.

[2]) „Itzehoer Nachrichten", 5. Dezember 1928, Nr. 286, und der Kommentar in der Kieler Zeitung vom 30. November 1928, Nr. 333 („Landvolk!").

[3]) KNN, 1. Januar 1929, Nr. 1.

[4]) „Itzehoer Nachrichten", 16. November 1928, Nr. 271.

[5]) Die beste Charakteristik seiner Person hat Volck durch den anmaßenden Stil seines Buchs „Rebellen um Ehre", Gütersloh 1931, selbst gegeben, das wohl manche Einblicke in die Atmosphäre jener Zeit gibt, in den meisten Einzelangaben aber unzuverlässig ist.

[6]) Siehe hierzu: Ernst von Salomon, Der Fragebogen, Hamburg 1952, S. 269 ff. Auch diese Schilderung der Landvolkbewegung verdient in vielen Einzelheiten starke Vorbehalte.

[7]) Bericht vom 16. November 1928 in: Akte 309/22696.

„Tropfen auf einen heißen Stein" gewirkt habe. Ohne Zweifel liege die Lebenshaltung mancher Landwirte unter der durchschnittlich bezahlter Facharbeiter. Trotz der relativ guten Ernte hätten intensiv wirtschaftende Betriebe ihre Lage nicht durchgreifend verbessern können. In diesem Kreis waren nach einer Übersicht vom Februar 1929 gegen Ende des Haushaltsjahres 403 Anträge auf Niederschlagung von Gemeindesteuern gestellt worden, von denen 125 stattgegeben wurden[1]). Bei der Grundvermögenssteuer wurde mit einer noch höheren Zahl gerechnet. Dazu kam die sehr beträchtliche Zahl der ohne Stundungsanträge säumigen Steuerpflichtigen. Ab Dezember erfolgte in den Kreisen der Provinz die Bildung von Gutachterausschüssen aus Vertretern der Bauern und Behörden[2]), die über die Niederschlagung oder Stundung im Einzelfall befinden sollten. Die Initiative ging von einigen Landräten aus; der Regierungspräsident übernahm diese Einrichtung bald für ganz Schleswig-Holstein. Die Ausschüsse wurden jedoch von der Landvolkbewegung nicht anerkannt, die grundsätzlich alle Steuern, Versteigerungen oder Pfändungen ablehnte, andererseits aber jede Konzession der staatlichen Organe propagandistisch für sich als Erfolg stark auswertete[3]). Im Dezember 1928 erreichte sie einen Beschluß der Hamburger und Altonaer Viehkommissionäre, die Übernahme des wegen Steuerrückständen gepfändeten Viehs auf ihren Märkten in Zukunft abzulehnen[4]).

In den letzten Wochen des Jahres versuchte Regierungspräsident Dr. Johannssen noch einmal, den drohenden Konflikt um die Bewahrung der gefährdeten staatlichen Ordnung durch einen Appell an die Vernunft abzuwenden. Es gelang ihm, die drei landwirtschaftlichen Berufsverbände für einen gemeinsamen Aufruf zu gewinnen, in dem sie die Bauern zur Besonnenheit mahnten und sich gegen ungesetzliches Handeln wandten[5]). Doch war der Brand nicht mehr einzudämmen. Die Landvolkbewegung griff weiter um sich und verschärfte im Frühjahr 1929 den Kampf mit den Organen des Staates noch mehr. Viele Betrachtungen zum Jahreswechsel 1928/29 waren von düsteren Sorgen bestimmt. Noch zeichnete sich die große Wirtschaftskrise nur für Weitblickende als Gefahr am Horizont ab[6]), aber die akute Not der Landwirtschaft währte bereits 15 Monate, ohne daß eine wirkliche Entspannung durch die bisherigen Hilfsmaßnahmen zu verspüren war. Schon wurde die Frage gestellt, ob das politische

---

[1]) Bericht vom 4. Februar 1929, in 309/22696.

[2]) Unterlagen in 309/22696.

[3]) „Itzehoer Nachrichten", 16. November 1928, Nr. 271, „Eingesandt": „Das Landvolk ist auf dem richtigen Wege!"

[4]) „Hamburger Echo", 28. Dezember 1928, Nr. 339.

[5]) „Rendsburger Tageblatt", 10. Dezember 1928, Nr. 300.

[6]) Sorge verursachte in den Wintermonaten vor allem das hohe Ansteigen der Arbeitslosigkeit über den saisonüblichen Stand hinaus, ohne daß ein starker Konjunktureinbruch zu verzeichnen war. Siehe Helga Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930, Düsseldorf 1952, S. 107 ff.

Ergebnis der Agrarkrise, die verhängnisvolle Radikalisierung bis an die Grenzen ungesetzlicher Handlungen, überhaupt noch durch rein wirtschaftliche Maßnahmen aufzuheben sei. Die Ereignisse in Schleswig-Holstein wirkten im ganzen Reich gleich einem „Menetekel“[1]).

[1]) Schiele vor dem IX. Reichslandbundtag am 28. Januar 1929 in Berlin, Schulthess, 1929, S. 13.

VII. Kapitel

Höhepunkt und Niedergang der Landvolkbewegung; die NSDAP beginnt ihren Siegeszug (1929/1930)

Das Jahr 1929 begann mit stürmischen agrarpolitischen Debatten und Kundgebungen. Die in Schleswig-Holstein praktizierte Idee des passiven Widerstandes bis zum rigorosen Bruch mit der bestehenden Staatsordnung und ihren Organen gewann in vielen Gebieten Deutschlands schnell Resonanz. Am 18. Januar stellte die Vollversammlung der Bayerischen Landwirtschaftskammer der Reichsregierung ein Ultimatum, in dem sie bei Nichterfüllung ihrer Forderungen bis zum Ende der Ernte 1929 die Einstellung der Belieferung der Städte und aller Arbeiten, die nicht zur Ernährung der eigenen Familien und Betriebsangehörigen nötig seien, androhte[1]). Am Niederrhein bildete der Vorsitzende der dort dominierenden Bauernvereine, Freiherr von Loe, mit der Regionalorganisation des Landbundes einen Einheitsverband[2]). Schiele betonte bei der großen Landbund-Versammlung im Berliner Zirkus Busch am 28. Januar 1929 ebenfalls den Gedanken der Einheit in einer „Reichsbauernfront" stark[3]). Er warnte bei aller scharfen Kritik an den unzulänglichen öffentlichen Maßnahmen aber davor, den Kampf gegen das jetzige politische System zum Kampf gegen den bestehenden Staat überhaupt auszuweiten. Am 20. Februar fanden sich die Führer der drei berufsständischen Verbände mit dem Präsidenten Brandes vom Deutschen Landwirtschaftsrat erstmals zu einer gemeinsamen Demonstration zusammen. In einem Telegramm wurde der Regierung die Bildung der agrarischen Einheitsfront mitgeteilt. Gleichzeitig einigte man sich unter Ausklammerung der zwischen ihnen selbst umstrittenen Punkte auf bestimmte Grundforderungen, bei denen erneut die Frage der Umschuldung, einer einschneidenden Zinssenkung und der Außenhandelspolitik im Vordergrund standen[4]).

Schieles Bemühungen um die Bildung dieser Aktionsgemeinschaft waren von dem Zentrumspolitiker Andreas Hermes, der am 24. März 1928 den Vorsitz der Reichsvereinigung der Bauernvereine übernommen hatte, lebhaft unterstützt worden. Die Deutsche Bauernschaft vertrat Prof. Fehr, der Vorsitzende des Bayerischen Bauernbundes. Die „Grüne Front" vermochte durch ihre jetzt

[1]) Schulthess, S. 10.

[2]) E. Topf, a.a.O., S. 45 f.

[3]) Schulthess, S. 13; „Landbote", 1929, Nr. 9 und 10.

[4]) „Landbote", 1929, Nr. 16 und 23.

koordinierten Verbindungen zu einflußreichen Kreisen des Zentrums, der DNVP, der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei und der Bayerischen Volkspartei spürbaren Einfluß auf die wirtschaftspolitische Entwicklung zu nehmen[1]). Die Spannungen zwischen den Verbänden blieben allerdings verdeckt bestehen, vor allem nachdem für den Landbund durch die Radikalisierung und schließlich die Spaltung der Deutschnationalen sehr schwierige innere Probleme entstanden[2]).

Angesichts der fast unverminderten Not des Bauerntums gaben die Sozialdemokraten und Demokraten viele ihrer bis jetzt zäh verfochtenen wirtschaftspolitischen Grundsätze preis. Bereits im Frühjahr begannen Verhandlungen um großzügige Subventionen für die Landwirtschaft[3]) und die Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Schutzzollbestimmungen, bei denen auch die Regierung bald von der Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung einzelner Tarife ausging. Doch war die Aktionsfähigkeit des Kabinetts schon jetzt, vor den neuen Belastungen der Weltwirtschaftskrise, durch wirtschafts- und sozialpolitische Spannungen zwischen den Parteien stark gehemmt[4]). Besondere Probleme warf eine Finanzkrise im Frühjahr 1929 auf[5]). Der neue Etat hatte allein im ordentlichen Haushalt ein Defizit von über 500 Millionen. Pläne Hilferdings, den Ausgleich durch Steuererhöhungen zu erzielen, begegneten im Kabinett und vor allem von den Verbänden der Wirtschaft und Landwirtschaft einer leidenschaftlichen Kritik. Man verwies in diesen Debatten besonders darauf, daß der Sozialhaushalt von 1,4 Milliarden im Jahr 1913 auf 4,55 Milliarden im Jahr 1928 angestiegen war[6]).

Das rauhere innenpolitische Klima spiegelte sich auch in einzelnen Wahlergebnissen wider. Bei der Landtagswahl in Sachsen kamen die Nationalsozialisten auf 5 (bisher 2) von 96 Mandaten, die Landvolkpartei eroberte 5 Sitze auf Kosten der Deutschnationalen. In Mecklenburg-Schwerin führten geringfügige Verschiebungen, die erstmals 2 Nationalsozialisten in den Landtag brachten, Ende Juli zur Bildung einer Rechtsregierung unter dem Landbundführer von Brandenstein an Stelle der bisherigen Koalition von SPD und DDP.

In Schleswig-Holstein bereitete die Landvolkbewegung Anfang 1929 Aktionen vor, die unmittelbare scharfe Gegenmaßnahmen der Staatsorgane unvermeidlich

[1]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 301, vermutet, daß sie bei dem Sturz des Kabinetts Müller und der Formierung der Regierung Brüning maßgeblichen Einfluß ausgeübt hat. Siehe auch F. Reinhardt, Andreas Hermes, Neuwied 1953, S. 119 ff.

[2]) Siehe S. 156 f. dieser Arbeit.

[3]) Dietrich wies am 3. Mai darauf hin, daß die Ausgaben im Reichshaushalt für die Landwirtschaft seit 1924 von 6 Millionen bis 1928 auf 11 Millionen RM angestiegen seien, wozu im letzten Jahr noch die 64 Millionen des Notprogramms gekommen seien, das mit einem neuen 100-Millionen-Fonds fortgesetzt werde.

[4]) H. Timm, a.a.O., S. 118 ff.

[5]) H. Timm, a.a.O., S. 120 f.

[6]) H. Timm, a.a.O., S. 60.

machten. Sie versuchte, in großen Teilen der Provinz, im Verein mit kleinen Gruppen aus Handwerk, Handel und Gewerbe und einzelnen Arbeitern, als „Nothilfe"-Bewegung durch revolutionäre Proklamationen die Selbstverwaltung zu übernehmen. Bereits am 17. Februar führte ein von ihr inspiriertes „Kartell des Mittelstandes" an verschiedenen Orten Protestkundgebungen durch[1]). Kurz darauf sprach sich ein Arbeitsausschuß der mittelständischen Gruppen Südtonderns scharf gegen neue Steuern[2]) aus und forderte statt dessen eine Senkung der Tarife.

Am 4. März veranstaltete die „Nothilfe" in zwölf zentralen Orten, u. a. in Itzehoe, Wilster, Heide, Garding, Husum, Leck, Rendsburg, Eckernförde und Bordesholm, große Kundgebungen, die teilweise von weit über 1000 Personen besucht waren[3]). Hauptsprecher waren die Führer der Landvolkbewegung. Die übereinstimmende Begründung für die neue Institution war, sie solle „alle Bedrängten vor den Behörden vertreten" und die Einwohner anprangern, die Pfändungen mittelbar und unmittelbar unterstützen. Es wurden aber schon weitergehende Pläne ausgesprochen. So bezeichnete ein Redner die „Nothilfe" als die „Regierung des kämpfenden Landvolks"[4]).

Die Behörden reagierten diesmal schnell. Wegen Aufrufs zum Steuerboykott und des Versuchs der Ausschaltung der legalen Selbstverwaltungsorgane wurden wenige Tage später die öffentlichen Versammlungen der „Nothilfe" zusammen mit denen der NSDAP[5]) und KPD verboten[6]). Die Proteste der Landvolkführer machten ihre eigentlichen Ziele jetzt ganz deutlich. Die am 4. März nominierten Ausschüsse forderten in Erklärungen und am 12. März in einem gemeinsamen, von Männern aus 8 Kreisen unterzeichneten „Offenen Brief" als Organe „gewählter Volksvertreter" die Aufhebung dieses Erlasses, um ihre „Volksversammlungen" weiterhin durchführen zu können.

Besonders bezeichnend ist der Text eines Schreibens der „Nothilfe Steinburg"[7]). Er war an den „Verwaltungapparat, Regierungspräsident Abegg[8]), Schleswig," adressiert und hatte folgenden Inhalt: „Am 4. März dieses Jahres hat in Itzehoe das notleidende Volk des Kreises Steinburg die Unterzeichneten als Nothilfe eingesetzt! Das notleidende Volk hat hierdurch zum Ausdruck

---

[1]) Der Text eines Aufrufs findet sich in der „Wilsterschen Zeitung", 10. Januar 1929, Nr. 8.

[2]) Der Protest bezog sich auf die Pläne Hilferdings (siehe S. 129 dieser Arbeit), „Flensburger Nachrichten", 3. März 1929, Nr. 65.

[3]) Ein zusammenfassender Bericht befindet sich in der Akte 309/22921, siehe ferner „Das Landvolk", 6. März 1929, Nr. 13.

[4]) „Schleswiger Nachrichten", 5. März 1929, Nr. 54.

[5]) Das Verbot für NSDAP und KPD erfolgte wegen der blutigen Auseinandersetzungen in Wöhrden, siehe S. 147 f. dieser Arbeit.

[6]) Landrat Schleswig, 16. März 1929, an Regierungspräsidenten, in: 309/22921.

[7]) Abschriftlich in 309/22921.

[8]) Der betont republikanisch eingestellte Regierungspräsident war im Januar an die Stelle von Dr. Johannssen getreten, der die Altersgrenze erreicht hatte.

gebracht, daß die Nothilfe von jetzt an allein seine Interessen zu vertreten hat. Wir geben Ihnen als Verwaltungsapparat der Provinz davon Kenntnis! Gestützt auf den Artikel der Reichsverfassung, wonach alle Gewalt vom Volk ausgeht, ordnen wir hiermit an, daß die Verwaltungsorgane sich an uns zu wenden haben, wenn sie irgendwelche Anordnungen treffen wollen." Der Brief war „im Namen des notleidenden Volkes des Kreises Steinburg" von 6 Steinburgern, die auf der Itzehoer Versammlung benannt waren, und Wilhelm Hamkens unterzeichnet.

Die Schleswiger Regierung ließ jetzt keinen Zweifel mehr daran bestehen, daß sie mit schärfsten Maßnahmen dieser Amtsanmaßung begegnen werde. Angesichts der Möglichkeit von Hochverratsverfahren wichen die Anhänger der Landvolkbewegung zurück. Die Nothilfe stellte ihre Tätigkeit ein, allerdings nicht ohne in einem Schreiben an den Reichspräsidenten vom 17. April[1]) darüber Beschwerde zu führen, daß den „gewählten Vertretern des notleidenden Volkes der Provinz Schleswig-Holstein" durch das Vorgehen des „Verwaltungsapparats" der verfassungsmäßige Schutz schon seit langen Jahren versagt worden sei.

In dieser Aktion fand die tiefe Entfremdung zwischen großen Teilen des Bauerntums und der Staatsverwaltung ihren klarsten Ausdruck. Wir haben schon früher auf diesen Tatbestand mehrfach hingewiesen[2]), der seit der dänischen Reaktionsperiode nach 1851 und der Einverleibung der Herzogtümer in den preußischen Staat immer wieder in Spannungen sichtbar geworden war. Nach 1918 hatten sich neue Reibungsflächen herausgebildet und die Gegensätze noch weiter vertieft. Die Erschütterung des Vertrauens zur Staatsautorität durch die Härten der Kriegs- und Zwangswirtschaft wurde bereits wiederholt deutlich[3]). Ein ständiger Anlaß zu Polemiken gegen den politischen Kurs der republikanischen Kräfte bildete die starke Ausweitung der Sozialleistungen und Lohntarife. Neue Behörden, z. B. für Landeskultur- und Wasserwirtschaftsfragen, begegneten vor allem an der Westküste einer heftigen Kritik[4]). Durch die tiefe Kluft zwischen den monarchisch-traditionalistischen und republikanischen Kräften war die gesamte Verwaltungsorganisation in eine innere Krise geraten. In ihrer Unsicherheit, in vielen schematischen und bürokratischen Maßnahmen spiegelte sich das Fehlen einer einheitlichen tragenden Staatsauffassung wider. Der Rendsburger Landrat Steltzer, ein kritischer, aber überzeugter Anhänger der republikanischen Idee, ging soweit, zu sagen: „Wir haben eigentlich keinen Staat, keine lebendige Staats- und Selbstverwaltung mehr, sondern nur noch einen Verwaltungsapparat"[5]). Diese Vokabel wurde — wie wir sahen — in den Nothilfe-Kundgebungen aufgenommen.

---

[1]) „Das Landvolk", 17. April 1929, Nr. 35.

[2]) Siehe S. 52 dieser Arbeit.

[3]) Siehe S. 56 dieser Arbeit.

[4]) E. Topf, a.a.O., S. 18 f.

[5]) E. Topf, a.a.O., S. 19; siehe auch K. D. Bracher, a.a.O., S. 45 ff.

Das Scheitern dieser Aktion nahm der Landvolkbewegung die Möglichkeit zur unmittelbaren politischen Wirksamkeit. Sie konzentrierte sich wieder auf die Verhinderung von Pfändungen und Versteigerungen durch das Auftreten großer Mengen protestierender Landleute. Diese Art des Boykotts erwies sich fast überall als sehr wirksam, Gebote wurden nur noch selten abgegeben.

Daneben bedeutete die starke Verbreitung der am 11. Januar erstmals erscheinenden „Landvolk"-Zeitung eine erhebliche Verstärkung der meinungsbildenden Kraft der Bewegung. Sie wurde von dem völkischen Verleger Ferdinand Pramor in Itzehoe herausgegeben und erschien zunächst als Wochenblatt, im April mit 10 Ausgaben und ab Mai zeitweise täglich. Am 1. März übernahm der 29jährige Mitarbeiter rechtsextremer Zeitschriften, Bruno von Salomon[1]), die Hauptschriftleitung. Er gab im Verein mit einer Gruppe radikaler völkischer, teilweise nationalkommunistischer Literaten, unter ihnen sein Bruder Ernst v. Salomon, Friedrich Wilhelm Heinz, Herbert Volck und der frühere Husumer Landbundgeschäftsführer Johann Kühl, dem Blatt einen von glühendem Haß gegen die westliche bürgerlich-liberale Staats- und Gesellschaftsordnung bestimmten aggressiven Kurs[2]). So war schon in der ersten Märznummer von der „eisernen Sprache der Bajonette" die Rede, vor der das „Friedensgewinsel der Verständigungspropheten" und „jüdischen, rationalistischen Politiker" verstummen müsse[3]). Der verständnislosen Haltung der „liberalen bürgerlichen Presse" wurde die kommunistische „Rote Fahne" gegenübergestellt, die den Widerstand der Bauern gegen Pfändungen vom Standpunkt des revolutionären Proletariats ausdrücklich begrüße. Der Bauer möge, so hieß es weiter, auf diese Zeichen aufmerksam achten, denn er sehe aus einer gewohnheitsmäßigen Einstellung heraus vielfach noch zu sehr im Arbeiter den gemeinsamen Feind.

Ernst v. Salomon wandelte in einem Artikel im April[4]) Motive der marxistischen Verelendungstheorie ab. Je schlechter es den Bauern gehe, um so eher würden sie politisch erwachen. Möge die Regierung nur den schärfsten Terror ausüben, Verbote, Unterdrückung, Maschinengewehre. Vielleicht werde man ihr dafür einmal dankbar sein.

Der schnelle Aufschwung einer derart redigierten Zeitung spiegelte den Grad der Radikalisierung und Verbitterung im Bauerntum wider. Im Mai zählte sie

---

[1]) Zu Bruno von Salomons Person, Werdegang und politischen Auffassungen finden sich in der Akte 309/22 784 detaillierte Unterlagen.

[2]) Die erste, durch Bruno von Salomon redigierte Nummer vom 2. März 1929 hatte u. a. folgende Schlagzeilen: „Wirklichkeit und Silberstreifen" (gegen Stresemann); „Unsere ‚Sachverständigen'" (gegen Dr. Schachts Verhandlungen in Paris); „Die Pleite der Zivilisation durch etwas Kälte" (gegen die verweichlichten bürgerlichen Großstädter); „Die Lüge des Parlamentarismus"; „Trotz Locarnotraum: französisch-belgisches Waffenbündnis, trotz 10 Jahre Weimar: kommende deutsche Diktatur".

[3]) „Das Landvolk", Nr. 10, 2. März 1929.

[4]) „Das Landvolk", Nr. 41, 24. April 1929.

8000, im Oktober 1929 10000 Bezieher[1]). Die finanzielle Basis bildeten Kleinaktien, die in Beträgen von 50, 100 und 200 RM unter den Anhängern der Landvolkbewegung starken Absatz fanden. Hamkens, Heim und einige andere maßgebliche Mitglieder der Bewegung brachten erheblich höhere finanzielle Opfer. Trotzdem blieb ein beträchtliches laufendes Defizit, das immer wieder durch Spendenaktionen gedeckt werden mußte[2]). Das Blatt wurde mehrfach für kurze Zeitspannen verboten, doch sofort unter neuem Namen und Ausgabeorten weitergeführt[3]). Es wirkte vor allem an der Ausweitung der Landvolkbewegung auf andere Gebiete des Reiches mit. Allerdings begegneten die extremen Töne neben begeisterter Zustimmung auch einer wachsenden Kritik. So riefen im Mai beleidigende Angriffe der Zeitung auf den angesehenen Eiderstedter Landrat und Hofbesitzer Reeder einen scharfen Protest des Landwirtschaftlichen Kreisvereins hervor, der Reeder ausdrücklich sein Vertrauen aussprach[4]). Über solche Vorfälle kam es schon früh auch zu Auseinandersetzungen zwischen v. Salomon und Hamkens, der jedoch zunächst auf den glänzenden, wirkungsvollen Stilisten nicht verzichten wollte.

Starken propagandistischen Auftrieb erhielt die Landvolkbewegung durch eine Anfang 1929 beginnende Serie von Prozessen gegen Bauern, die zumeist wegen Aufreizung zum Steuerstreik und Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt waren. Diese Verfahren wurden in der Landvolkzeitung sowie auf zahlreichen Veranstaltungen und Demonstrationen auf das stärkste ausgewertet. Namhafte völkische Anwälte konnten als Verteidiger gewonnen werden und benutzten brillante Plädoyers über die Not des Bauerntums dazu, die Regierung und den Staat vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit als die eigentlich Schuldigen anzuklagen[5]).

So wurden am 3. Januar 1929 in Husum Wilhelm Hamkens und neun weitere Bauern wegen Aufrufs zum Steuerstreik zu Geld- oder ersatzweise Gefängnisstrafen verurteilt. Hunderte von Landleuten waren während der Verhandlungen in der Stadt; es kam zu Drohungen und Steinwürfen gegen die Polizeiabsperrungen. Eine Kundgebung des Landvolks, bei der Hamkens begeistert gefeiert wurde, beschloß den Tag[6]).

---

[1]) Situationsbericht des Polizeipräsidenten von Altona vom 5. Oktober 1929 an den Regierungspräsidenten in 309/22668.

[2]) Regierungspräsident, 30. September 1929, an den Preußischen Minister des Innern, in: 309/22784.

[3]) Landeskriminalpolizeistelle Flensburg, 2. April 1929, an den Regierungspräsidenten, in: 309/22921.

[4]) „Husumer Nachrichten", Nr. 105, 6. Mai 1929; „Itzehoer Nachrichten", Nr. 128, 4. Juni 1929.

[5]) „Auch in Husum werden die Angeklagten wieder als öffentliche Ankläger gegen das heutige System auftreten, und es ist daher zu begrüßen, daß sie sich wieder die von Itzehoe her bewährten Verteidiger Dr. Luetgebrune und Kay, Heide, genommen haben." („Das Landvolk", 24. April 1929, Nr. 41.)

[6]) „Husumer Nachrichten", 5. Januar 1929, Nr. 4; „Kieler Zeitung", 4. Januar 1929, Nr. 4.

Besonderes Aufsehen erregte der Itzehoer Prozeß gegen 55 an den Beidenflether Vorgängen Beteiligte, die wegen Aufruhrs angeklagt waren. Am 17. April wurden von dem Schöffengericht vor zahlreichen Vertretern der deutschen und internationalen Presse 27 Gefängnisurteile von 6 bis 8 Monaten und 26 Freisprüche verkündet. Ein Angeklagter erhielt eine Geldstrafe[1]). 56 Landleute standen vom 22. bis 27. Mai wegen der Vorfälle am 3. Januar vor den Schranken des Husumer Gerichts. 45 von ihnen wurden zu Geldstrafen von 100 RM verurteilt, 11 freigesprochen[2]). Am 19. März 1929 erhielt Hamkens vor dem Flensburger Landgericht seine erste Gefängnisstrafe[3]). Die Kette der Verfahren riß in den folgenden Monaten nicht ab; bald ging die Zahl der Verurteilten in die Hunderte.

Schon bei den Demonstrationen am 28. Januar 1928 war sichtbar geworden, daß sich die wirtschaftlichen Motive der Protestbewegung sofort mit oppositionellen politischen Thesen verbanden. Die Unruhe im Landvolk weckte, weit über die Erwartungen oder Befürchtungen der berufsständischen Organisationen hinaus, bei vielen radikalen politischen Gruppen weitgespannte Hoffnungen und Kombinationen. Und andererseits erkannten die Führer der Landvolkbewegung auch sehr bald, daß ohne enge Verbindungen zu anderen politischen Kräften eine wirkungsvolle Vertretung ihrer Ziele überhaupt nicht möglich war. Sie mußten freilich stets befürchten, bei der improvisierten Form ihrer eigenen Arbeit von straff organisierten anderen Verbänden überspielt oder infiltriert zu werden. Die Deutschvölkische Freiheitspartei veranstaltete im November und Dezember 1928 in Dithmarschen zahlreiche Versammlungen; ein Hamburger Redner, Hans Siehl, zog zu Roß von Ort zu Ort[4]). Ihr Landesgeschäftsführer, Major a. D. Koopmann, Hohn (Rendsburg), gehörte mit dem Tannenbergbündler Bauer Markus Wulf, Eisendorf, zu dem Führungskreis des Rendsburger Landvolks. Der Tannenbergbund steigerte seine Aktivität im Winter 1928/29 erheblich. General Ludendorff sprach auf mehreren Veranstaltungen in der Provinz[5]). Auf einer internen Bezirkskonferenz des kommunistischen Jugendverbandes für Nordwestdeutschland wurde am 18. November 1928 mitgeteilt, daß die Unruhegebiete des Landvolks ein Schwerpunktgebiet der KPD-Arbeit werden sollten[6]). Die Verbindung zum Stahlhelm war vor allem über den Segeberger Kreisführer, Freiherr v. Lamezan, gegeben, der auf zahlreichen Landvolkversammlungen referierte. Als den entscheidenden Kontaktmann zur

[1]) Unterlagen über den Prozeß finden sich in: 309/22569.

[2]) „Das Landvolk", Nr. 66, 26. Mai 1929, und Nr. 70, 31. Mai 1929.

[3]) Das „Rendsburger Tageblatt", 20. März 1929, Nr. 67, kritisierte in einem scharfen Kommentar diesen Prozeß, „in dem das heutige System seine Verurteilung selbst gefunden" habe.

[4]) „Nordischer Kurier", 16. November 1928, Nr. 271.

[5]) Bericht Landrat Segeberg, 29. April 1929, in: 309/22569.

[6]) Geheimbericht Landeskriminalpolizeistelle, 23. November 1928, in: 309/22696.

DNVP nannte ein vertraulicher Bericht des Regierungspräsidenten[1]) vom 5. Juli 1929 den Reichtagsabgeordneten Max Soth. Mit besonderer Sorge verzeichnete Abegg, daß der sich weiter steigernden Aktivität rechtsradikaler Organisationen keine nennenswerte Tätigkeit staatserhaltender Verbände oder Parteien entspreche. Als ein gewisser politischer Gegenfaktor wurde lediglich der Jungdeutsche Orden mit Schwerpunkten in Angeln und Südtondern genannt[2]). Charakteristisch sei die „vollkommene Hilflosigkeit", mit der die bürgerliche Presse der Provinz den Umtrieben von Landvolkbewegung und NSDAP gegenüberstehe. Die Bemühungen ernsthafter und angesehener Männer in den Kommunalvertretungen, dem Radikalismus entgegenzutreten, verdienten Anerkennung. Doch fehlte ihnen eine feste gemeinsame politische Basis und genügend entschiedener Rückhalt in der öffentlichen Meinung.

Über Soth wurden auch zahlreiche Verbindungen zu Zentralen der Rechtsorganisationen im Reich vermittelt[3]). Besonders enge Kontakte bestanden zur Organisation Consul, von der die radikale Gruppe Heim bei den Bombenattentaten gefördert wurde[4]), und zum Alldeutschen Verband. Mit Hitler verhandelten Beauftragte der Landvolkbewegung im Frühjahr 1929 in Berlin. Doch ließ es der Totalitätsanspruch der NSDAP, wie noch näher zu zeigen sein wird[5]), zu keinen tragfähigen Absprachen kommen. Hamkens nahm im Sommer 1929 an einigen Beratungen des sogenannten „Ostelbienausschusses" teil, einem vertraulichen Kontaktkreis führender Persönlichkeiten des Hugenberg-Flügels der DNVP, des Landbundes und der völkischen Verbände[6]). Hier wurden eingehend grundlegende Pläne für die Arbeit der Rechtsopposition erörtert und Verabredungen über die Entmachtung der gemäßigten, zur Zusammenarbeit mit den Mittelparteien bereiten Gruppen der Deutschnationalen getroffen. Gespräche über eine finanzielle Förderung der Bewegung wurden um diese Zeit mit nord- und westdeutschen Wirtschaftlern, u. a. dem Generaldirektor der HAPAG und früheren Reichskanzler Cuno, geführt. Sie brachen jedoch nach der Verhaftung der Gruppe Heim ab.

Die Landvolkzeitung war bald über das ganze Reichsgebiet verbreitet. Im Sommer 1929 kamen u. a. Sympathieschreiben des Siebenbürger Jungbauernverbandes, des Nationalverbandes Deutscher Offiziere und mehrerer Hannoverscher Landbundgruppen. Auch in der Reichswehr fand das Blatt Beachtung; eine sächsische Division bezog es sogar im Abonnement[7]). Am 1. April 1929 gab

---

[1]) Bericht vom 5. Juni 1929, an den Preußischen Minister des Innern (im Konzept), in: 309/22668.

[2]) Siehe S. 152 ff. dieser Arbeit.

[3]) Nach persönlichen Angaben von Hamkens und Heim.

[4]) Siehe S. 137 dieser Arbeit.

[5]) Siehe S. 146 f. dieser Arbeit.

[6]) Im Nachlaß des Generals Seeckt, den ich 1952 im Nationalarchiv der USA in Washington einsehen konnte, befinden sich zwei Sitzungsprotokolle dieses bisher wenig beachteten Kreises.

[7]) Einzelheiten finden sich in der Akte 309/22784.

der Siebenbürger Schriftsteller Georg Kenstler in Thüringen das erste Heft des Monatsblatts „Blut und Boden" heraus, das er ganz in den Dienst der Landvolkbewegung stellte. Während bis zum Sommer 1929 die Aktionen der Demonstrations- und Landvolkbewegung Schleswig-Holsteins indirekt auf die Forderungen der Berufsverbände im Reichsgebiet eingewirkt hatten, kam es jetzt zur Ausweitung ihrer unmittelbaren Wirksamkeit. Im Juli sprachen Weschke und Kühl auf zahlreichen Versammlungen in Pommern und Oldenburg; Vertrauensleute wurden in vielen Kreisen gewonnen[1]). In Ostpreußen übernahm Hamkens Schwager, Friedrich Doepner, Samelucken, die Führung, in Schlesien der Gutsbesitzer Friedrich Glöckner. Auch hier setzte sich die in Schleswig-Holstein geborene Form der „Bewegung" durch. Große Demonstrationen wechselten mit Maßnahmen des passiven Widerstandes, dem Boykott von Versteigerungen und Pfändungen und Aufrufen zum Steuerstreik.

Weitverzweigte Verbindungen und ehrgeizige Pläne gingen von dem Kreis der jungen völkischen Intellektuellen aus, die sich als journalistische Mitarbeiter oder Agitatoren der Landvolkbewegung angeschlossen hatten. Bruno v. Salomon und seine Freunde sahen die Bauernnot nur als Mittel zum Zweck an. Ihr Ziel war es, Kader für eine revolutionäre Umsturzbewegung im Reich zu gewinnen, wobei ihre politischen Vorstellungen nur in dem tiefen Haß gegen die bürgerlich-liberale Welt klar waren, sonst aber in extrem völkischen und kommunistischen Schattierungen schillerten[2]). Beispielhaft für dieses Denken ist ein Brief von Johann Kühl an den Vorsitzenden des Kreis-Junglandbundes in Schlawe (Pommern) vom 6. September 1929:[3]) „Vor allem kommt es darauf an, daß Beispiele geschaffen werden. Der Bauer kommt dann in Gang, wenn er sieht, daß es ihm an den Kragen geht ... Wenn sie erst einige Märtyrer überzeugt haben, treibt sich die Sache von selbst weiter ..." Bruno v. Salomon lehnte die „Münchner NSDAP" als „zu weich", „zu wenig revolutionär", ab. „Wir wollen doch schließlich etwas Neues", schrieb er im Juli 1929 an F. W. Heinz: „Dazu gehört allerdings etwas mehr Mut — und etwas mehr Bedenkenlosigkeit." v. Salomon entfaltete im Sommer 1929 eine rege Reisetätigkeit. So traf er sich beispielsweise am 30. August mit Ernst Jünger, Ernst Niekisch, Friedrich Wilhelm Heinz und Bodo Uhse in Mönchengladbach. Besondere Erwartungen setzte dieser Kreis trotz aller Vorbehalte gegen ihre monarchische und konservative Führung immer wieder auf die Reichswehr. Enge Beziehungen unterhielten v. Salomon und seine Freunde zu den „Bombenlegern" um Claus Heim.

Schon im Winter war es zwischen Hamkens und Heim zu Differenzen über das

[1]) „Das Landvolk", Nr. 95, 18. Juli 1929; „Der Vorwärts", Nr. 337, 16. Juli 1929; K. Schapke, a.a.O., S. 39 ff.

[2]) Eine knappe Darstellung der nationalkommunistischen Tendenzen jener Jahre gibt Karl O. Paetel, Der Deutsche Nationalbolschewismus 1928/32, in: „Außenpolitik", 1952, Nr. 4 (mit Literaturhinweisen). Zahlreiche Einzelheiten finden sich in 309/22784.

[3]) In: 309/22784 (Nr. 26).

weitere Vorgehen der Bewegung gekommen. Vor allem nach dem Scheitern der Nothilfe-Aktion wurden die internen Debatten heftiger. Max Soth forderte Ende Mai auf einer Landvolkversammlung in Preetz die Bildung von bewaffneten „Heimatwehren" nach dem Vorbild Österreichs[1]). Auch Heim entschied sich im Frühjahr endgültig für den Weg der Gewalt im Kampf gegen die Staatsorgane[2]). Er sammelte einen Kreis um sich, zu dem die Funktionäre seiner „Wachvereinigung" Herbert Volck, Hans Nickels und John Johnsen, ferner Guido Weschke und einige ihm persönlich ergebene Bauern gehörten. Schon im November 1928 hatten nach der tumultuarischen Itzehoer Versammlung Weschke und einige Helfer nachts kleine Knallkörper vor dem Haus des Beidenflether Gemeindevorstehers Mahlstedt und zweier anderer „systemhöriger" Amtsvorsteher zur Explosion gebracht. Doch sah Heim diese erste improvisierte Aktion als unbefriedigend an; er trat für eine Kette sorgfältig vorbereiteter Sprengstoffanschläge größeren Ausmaßes in ganz Norddeutschland ein, die alarmierend wirken, die Not der Landwirtschaft demonstrieren und einen neuen Kurs erzwingen sollten. Nickels verfügte aus der Zeit seiner aktiven Teilnahme am Ruhrkampf über gute Beziehungen und Kenntnisse in Westdeutschland. Ende Januar 1929 entwendete er mit Hilfe von Gesinnungsfreunden aus der Pulverkammer eines Steinbruchs bei Mülheim über 50 kg Ammonit und 700 Sprengkapseln. Dieser Vorrat wurde in dem entlegenen Hof des Bauern Peter Holländer in Carlumfeld an der dänischen Grenze untergebracht. Holländer, der Mitglied des Stahlhelms und Vertrauensmann der Landvolkbewegung war, empfing das Auto mit dem Sprengstoff feierlich im dunklen Anzug; so zeigte er seine feste Überzeugung, an einem Ereignis von besonderer vaterländischer Bedeutung teilzuhaben.

Zur Bearbeitung der Sprengkörper wurden über das Berliner Büro der Organisation Consul[3]) der in Altona lebende Elektriker Kaphengst und ein Kunstmaler Schmidt, beide langjährige Mitglieder völkischer Verbände, gewonnen. In einem Maleratelier in der Hamburger Friedensstraße stellten sie aus zurechtgezimmerten Margarinekisten Bomben mit einer Füllung von je 4 kg Ammonit her.

Den Auftakt bildete am 6. April ein Handgranatenanschlag in Wesselburen auf die Häuser von zwei Landleuten, die als Gegner der Landvolkbewegung

---

[1]) „Schleswiger Nachrichten", 29. Mai 1929, Nr. 223; „Das Landvolk", 29. Mai 1929, Nr. 69.

[2]) Die wichtigsten Quellen für die folgende Darstellung waren das 236 Schreibmaschinenseiten umfassende Urteil des Schwurgerichts in Altona vom 31. Oktober 1930 gegen Heim und 20 weitere Angeklagte, das mir Reichsgerichtsrat a. D. Stoldt liebenswürdigerweise zur Verfügung stellte, und die Akte 309/22 784 (Landvolkbewegung, „Sprengstoffanschläge").

[3]) Die Verbindungen zum Berliner Büro der „Organisation Consul" (Hartmut Plaass) und zur Zentrale des „Alldeutschen Verbandes" sind bei den polizeilichen Untersuchungen und im Prozeß nur in sehr geringem Umfang aufgehellt worden. Hier verdanke ich Heim persönlich ergänzende Hinweise.

bekannt waren. Die Handgranaten stammten aus einem Waffenlager des Bauern Amandus Vick, Rönne, dem im Jahr 1920 von Freikorpsangehörigen u. a. Maschinengewehre, Gewehre und Munition zur sorgfältigen Aufbewahrung übergeben waren. In der Nacht zum 23. Mai 1929 erschütterte die erste schwere Explosion das Itzehoer Landratsamt; es entstand ein beträchtlicher Sachschaden in Höhe von fast 10000 RM. Wenige Tage später, am frühen Morgen des 3. Juni, detonierte am Finanzamt Oldenburg (Land Oldenburg) eine zweite Bombe. Hier bezifferten sich die Kosten der Reparaturen am Gebäude und der benachbarten Lambertikirche auf 15000 RM. Bis zum 6. September erfolgten in Niebüll, Lüneburg und Schleswig 5 weitere Anschläge. Stets entstanden erhebliche Schäden; nur in Schleswig verhinderte ein resolutes Hausmädchen die Detonation der im Hauseingang des Regierungsvizepräsidenten Grimpe nachts zufällig entdeckten Bombe.

Die Unruhe über diese Serie von Attentaten wuchs in den betroffenen Gebieten Norddeutschlands von Woche zu Woche. Die gesamte deutsche Öffentlichkeit war alarmiert; die sensationellen Nachrichten bestimmten viele Schlagzeilen der internationalen Presse. Personen waren bei den Anschlägen nicht zu Schaden gekommen, aber die Wirksamkeit einer offenbar weitverzweigten Terrororganisation in den politisch unruhigen Landgebieten Nordwestdeutschlands bewegte die Gemüter. Der Polizeiapparat wurde in den Monaten von April bis September ständig verstärkt[1]). Mehrere hundert Spezialbeamte kamen aus Berlin nach Schleswig-Holstein und Nord-Hannover, es wurden stichprobenartige Autokontrollen unternommen, Besprechungen und Versammlungen beschattet, Fahndungen nach Verdächtigen über das ganze Reichsgebiet ausgedehnt. Die Polizei zog die Führer der Landvolkbewegung sofort in den Kreis der voraussichtlich Beteiligten ein und beobachtete sie sorgfältig. Doch gelang es Heim und seinen Freunden, durch geschickte Tarnung ihrer illegalen Unternehmungen für einige Zeit alle Spuren zu verwischen.

Am 9. September wurde Nickels von einer Polizeistreife beim Transport einer Bombe überrascht. Seiner Festnahme folgten am 10. und 11. September insgesamt 35 Verhaftungen in Norddeutschland und Berlin[2]), von denen in erster Linie die gesamte Spitze der Landvolkbewegung betroffen war. Die Itzehoer Redaktion der Landvolkzeitung und das Berliner Büro der Organisation Consul wurden polizeilich durchsucht, die Akten beschlagnahmt.

Die Wirkung auf die Anhänger der Landvolkbewegung war zunächst niederschmetternd. Die Attentate hatten bei der überwiegenden Mehrheit des Bauerntums trotz aller Schärfe der Gegensätze zu Staat und Verwaltung keine Zu-

[1]) Siehe 309/22784, vor allem ein handschriftliches Kurzprotokoll über eine Besprechung von Vertretern des Reichsinnenministeriums, des Regierungspräsidenten und der Polizei am 7. September 1929 in Altona.

[2]) Landeskriminalpolizeiamt Altona, 15. September, Pressemitteilung in: 309/22784.

stimmung gefunden. Nun waren neben Heim und seinen Freunden auch Hamkens und andere Sprecher des passiven Widerstandes, die in den vorhergehenden Wochen immer wieder entschieden gegen diese Form des Kampfes gesprochen hatten, unter Tatverdacht verhaftet worden. Jetzt stand unter dem ersten Eindruck der Beschuldigungen und einer Fülle an Gerüchten und Kombinationen fast die ganze öffentliche Meinung bis zu den Deutschnationalen und Nationalsozialisten hin gegen die zunächst führerlose Landvolkbewegung.

Dabei hatte der Frühsommer 1929 für sie eine Reihe an wirkungsvollen Veranstaltungen mit dem Tag von Neumünster als Höhepunkt gebracht. Am 1. August versammelten sich hier 3000 Bauern, um Hamkens nach der Verbüßung seiner ersten Gefängnisstrafe zu empfangen[1]). Obwohl er am Vortage bereits heimlich nach Flensburg gebracht und dort entlassen worden war, formierten sich die Landleute zu einem großen, von der Kieler Stahlhelmkapelle angeführten Demonstrationszug. Sie zeigten erstmals die schwarze Fahne ihrer Bewegung, die mit silbernem Pflug und rotem Schwert bestickt und an einer gerade geschmiedeten Sense befestigt war. Auf dem Großflecken, dem Marktplatz Neumünsters, forderte die Polizei mehrfach vergebens die Bauern auf, ihre Fahnen einzuholen. Bei dem Versuch, sie zu beschlagnahmen, kam es dann zu einem kurzen Handgemenge. Zwei Demonstranten wurden durch Säbelhiebe, zwei Polizisten durch Stockschläge schwer verletzt, mehrere Bauern verhaftet. Der Zug ging zur Auktionshalle, die von der Polizei umstellt wurde. Erregte Ansprachen wechselten mit Marschmusik und dem Gesang nationaler Lieder. Um 8 Uhr traf Hamkens mit dem Zug ein, von den Tausenden begeistert gefeiert, und beschloß den Tag mit einer großen Rede.

Von diesem Zwischenfall ging erneut eine Welle der Bewegung durch das ganze Land. Auch gemäßigtere Kreise kritisierten das Vorgehen der Polizei scharf. Am 2. August protestierten die Vorsitzenden des Bauernbundes, Tönnsen und Köhler, persönlich bei dem Bürgermeister von Neumünster entschieden gegen das Vorgehen der Polizei. Auf der Woge dieser neuen Popularität stieß Hamkens in die bisher weniger erfaßten Gebiete der nord- und nordöstlichen Kreise vor[2]). Im August sprach er mit dem Fahnenträger von Neumünster, Walter Muthmann, auf zahlreichen stark besuchten Versammlungen in Angeln und Lauenburg. Trotzdem war schon jetzt ein zunehmendes kritisches Fragen nach den konkreten politischen Zielen und Möglichkeiten der Landvolkbewegung zu spüren[3]). So erschien die Entlarvung und Verhaftung der Bombenleger für

[1]) „Kieler Neueste Nachrichten", Nr. 179, 3. August 1929; Nr. 180, 4. August 1929.

[2]) Landeskriminalpolizeistelle Flensburg, 22. August 1929, Ia 597/29.

[3]) Der Bericht des Regierungspräsidenten vom 5. Juni 1929 an das Preußische Ministerium des Innern (in Akte: 309/22668, I.P.P. 606) über die politische Lage in Schleswig-Holstein verweist darauf, daß die Landvolkbewegung wegen ihrer Konzeptionslosigkeit an Vertrauen verliere, während es die straff über das ganze Reich organisierte NSDAP geschickt verstehe, von einem politischen Gesamtprogramm her die Not der einzelnen anzusprechen und scheinbare Wege zur Lösung aufzuweisen.

viele als Beweis der Konzeptionslosigkeit ihrer Führer. Bald sickerten Einzelheiten über die Vernehmungen durch. Die „landfremden Agitatoren", wie Volck und v. Salomon von vielen Kritikern genannt wurden, standen im Mittelpunkt der Opposition; vor allem Volcks fragwürdiges Privatleben, seine Neigung zum Glücksspiel und zur Astrologie[1]), in deren Bann er auch zeitweise Heim zog, gaben dem Kreis der Attentäter sensationelle und zwielichtige Züge besonderer Art.

Dabei blieb aber die schroff oppositionelle Grundstimmung gegenüber der Regierungspolitik und dem demokratischen Staat im Landvolk unvermindert bestehen. Eine organisatorische Belebung der staatsbejahenden Parteien und Gruppen außerhalb des sozialistischen Lagers erfolgte auch jetzt nicht. Die tragenden Kräfte der großen Koalition verfügten über keine nennenswerte politische Verankerung im Bauerntum Schleswig-Holsteins und ganz Norddeutschlands mehr; mit Stresemanns Tod verlor die Regierung ihren einzigen markanten, im Lager auch mancher politisch nicht fest gebundener konservativer Kräfte angesehenen Repräsentanten. Eine baldige nennenswerte Entspannung im Agrarsektor war mit dem Einbruch der umfassenden Weltwirtschaftskrise ab Sommer 1929 unwahrscheinlich geworden[2]). In ihrem Gefolge ergriff die Radikalisierung in wachsendem Maße auch die städtischen Schichten des Mittelstandes[3]). So war es nicht verwunderlich, daß sich die Landvolkbewegung im Winter 1929/30 trotz des schweren Rückschlages in gewissem Umfang regenerierte. Hamkens nahm nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft Ende September sofort seine intensive Werbetätigkeit wieder auf. Auf Vertrauensmännerversammlungen in Rendsburg und Husum reorganisierte er die Bewegung[4]). Kühl leitete jetzt die Geschäftsstelle in Itzehoe, der Gardinger Landwirtschaftsdirektor Schotten übernahm im Verein mit dem Tannenbergbündler Otto Winter die Schriftleitung der Landvolkzeitung. In wenigen Wochen wurden über 60000 RM an Anteilsscheinen für das Blatt neu gezeichnet; die Auflage konnte nach einem vorübergehenden rapiden Rückgang wieder auf 8000 gesteigert werden. Versammlungen fanden während der starken Propagandawelle für das Youngplan-Volksbegehren[5]) sehr guten Zuspruch und auch in anderen Teilen des Reiches wurden bei Demonstrationen gegen Versteigerungen und den Steuerdruck eindrucksvolle Besucherzahlen erzielt[6]). Hamkens stützte sich jetzt stärker auf die völkischen Gruppen des Tannenbergbundes und des

---

[1]) Einzelheiten in 309/22784.

[2]) Siehe S. 156 dieser Arbeit.

[3]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 158 ff.

[4]) Nach persönlichen Angaben von Hamkens.

[5]) Zum Youngplan-Volksbegehren siehe E. Eyck, a.a.O., 2. Band, S. 279 ff.

[6]) Bericht des Regierungspräsidenten von Königsberg, 14. Februar 1930, in 309/22783; „Der Schleswiger", 7. Dezember 1929, Nr. 288; „Der Vorwärts", 18. März 1929, Nr. 129.

Werwolf[1]). Am 10. November versammelten sich bei einem „Landesting" in Rendsburg fast 3000 Landleute, darunter Abordnungen aus Sachsen, Schlesien, Hannover und Pommern[2]).

Neue Prozesse waren auch jetzt der wirkungsvollste Ansatzpunkt für die Propaganda der Landvolkbewegung. Die Kette der Verfahren vor schleswig-holsteinischen Gerichten wegen Steuerstreiks, Verhinderung von Pfändungen und beleidigenden Äußerungen über die Reichsverfassung und die Staatsorgane riß auch im Winter 1929/30 nicht ab[3]). Nachdem der erste Schock über die Entlarvung und Verhaftung der Bombenleger verwunden war, begann ab Januar 1929 allmählich weit über Schleswig-Holstein hinaus eine Heroisierung ihrer Taten und Haft[4]). Dabei gingen im internen Kreis scharfe Kontroversen zwischen den Freunden Hamkens und Heims weiter.

Trotz dieser Bemühungen und Neuansätze übernahm die NSDAP im Herbst und Winter 1929/30 eindeutig die Führung in der Willensbildung des Bauerntums, zunächst an der Westküste und zunehmend auch in anderen Teilen Schleswig-Holsteins. Wenn wir ihre großen organisatorischen Erfolge in dieser Zeit und damit den Anfang der schicksalhaften Wende in der politischen Orientierung der Provinz verstehen wollen, müssen wir die Geschichte der Partei in Schleswig-Holstein von ihren Ursprüngen an verfolgen[5]).

Wir sind bereits früher auf die Wirkungen ihr ideologisch verwandter Bewegungen gestoßen. Die wichtigste parteipolitische Gruppierung war die Nationalsozialistische Freiheitspartei in den Jahren 1923 und 1924, die allerdings

---

[1]) Die Einladungen für eine Sonnenwendrede Ludendorffs am 1. Juni 1930 am Aschberg (Eckernförde) wurden von der Redaktion des „Landvolk" verschickt.

[2]) Polizeipräsident Altona an Regierungspräsident, 13. November 1929, in: 309/22783.

[3]) „Nordischer Kurier", 17. November 1929, Nr. 271, 5. Dezember 1929, Nr. 285; Bericht der Polizeiverwaltung Rendsburg, 2. Oktober 1929, an den Regierungspräsidenten.

[4]) Der Landrat von Steinburg berichtete am 22. März 1930 (in: 309/22590), daß die Landvolkzeitung sich seit einigen Wochen — entgegen ihrer anfänglichen Stellungnahme im September — unverhohlen auf die Seite der Bombenattentäter stelle. Am 21. März wurde Guido Weschke gegen Stellung einer Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen und in Itzehoe von seinen Landvolkfreunden empfangen. Sein Auftreten auf öffentlichen Veranstaltungen stehe bevor. „Wenn die aus der Untersuchungshaft entlassenen Attentäter selbst auch in öffentlichen Versammlungen ihre Heldentaten preisen dürfen und mit Jubel empfangen werden, ist die Verwirrung der Gefühle in der urteilslosen Bevölkerung ja auch nicht erstaunlich." Das Ansehen des Staates werde durch diese als schwächlich empfundene Haltung stark geschädigt. — Am 1. Februar 1930 war der aus Untersuchungshaft vorläufig entlassene Autovermieter Heinrich Wiborg in Lunden (Dithmarschen) von der Freiwilligen Feuerwehr mit Musik und einem Appell, an dem sich auch der Stahlhelm und die örtliche NSDAP beteiligten, empfangen worden.

[5]) Hauptquellen für die folgende Darstellung waren: die Akten 309/22998 („Stand der NS-Bewegung im Regierungsbezirk" 1929 bis Oktober 1930); 309/22576 („Die nationalsozialistische Opposition"); 309/23055 („Lageberichte des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung" 1926 bis 1928); ferner die „Blutnacht von Wöhrden und ihre Folgen, mit einem Beitrag von Adolf Hitler", Itzehoe 1929; Allan Bullock, Hitler — Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1953, S. 131 ff., und persönliche Gespräche, insbesondere mit Martin Matthiessen, Meldorf.

nach ihrer Niederlage bei der zweiten Reichstagswahl 1924 stark an Gewicht einbüßte und 1928 als Deutschvölkische Freiheitspartei nur noch über wenige Stützpunkte im Lande verfügte[1]). Bei dem Bruch von Deutschvölkischen und Nationalsozialisten im Februar 1925 schloß sich die Flensburger Ortsgruppe, die mit Pastor Friedrich Andresen seit 1924 einen Vertreter im Stadtrat hatte, der Hitlerbewegung an[2]). Sonst waren die völkischen Kräfte im Norden Deutschlands fast geschlossen bei der Deutschvölkischen Partei geblieben. Doch seit 1925 versuchte die Münchener Parteiführung hier planmäßig eine eigene Organisation aufzubauen[3]). Gregor und Otto Strasser widmeten sich vor allem dieser Aufgabe. Ein Parteikongreß am 25. November 1925 in Hannover führte unter ihrem Einfluß zu einer scharfen Kritik an Hitlers Führungsmethoden. So klangen schon früh Motive an, die später zum Bruch zwischen den Brüdern Strasser und dem „Führer" beitrugen. Aber Hitler gewann bald, vor allem auf dem Wege über eine geschickte Personalpolitik, die feste Kontrolle über die neuen Regionalverbände.

In Schleswig-Holstein bildeten sich 1926 kleine Gruppen in Altona, Kiel und Neumünster[4]). In den ländlichen Gebieten waren wandernde Gärtnergehilfen und einzelne junge Landwirte, die während ihrer Ausbildung in Süddeutschland mit der Hitlerpartei Kontakt gewonnen hatten, die ersten Mitglieder. Ende 1926 übernahm der Altonaer Bankbeamte, früherer Geschäftsführer der Landespartei und Redner der Deutschvölkischen Partei, Hinrich Lohse, den Aufbau der NSDAP in der Provinz. Bei den Kommunalwahlen am 1. April 1927 gewann in Altona eine gemeinsame Liste von Nationalsozialisten und Deutschvölkischen 5 von 55 Stadtverordnetensitzen. Im Sommer des gleichen Jahres wurde eine provisorische Gaugeschäftsstelle in Ahrensburg eingerichtet, die bald darauf nach Altona übersiedelte. Lohse, der aus dem Steinburger Dorf Mühlenbarbek stammte, richtete das Hauptgewicht seiner Propaganda aber unverzüglich auf das Bauerntum.

Es gelang ihm, in seinem Heimatbezirk auf der Steinburger Geest um Lockstedter Lager Ende 1927 einige Ortsgruppen und kleinere SA-Abteilungen zu formieren. Neben seinen persönlichen Beziehungen zu völkisch orientierten Landleuten führten örtlich bedingte Faktoren zu diesem ersten organisatorischen Erfolg. Schon vor dem Akutwerden der Agrarkrise war die konjunkturempfindliche Schweinemast der Pinneberger und Steinburger Geestbezirke im Winter

---

[1]) Über die Kontroversen zwischen NSDAP und Deutschvölkischen von 1925 bis 1928 bietet 309/23055 reichhaltiges Material.

[2]) P. H. Petersen, Das politische Gesicht der Stadt Flensburg seit 1920, in: Grenzfriedenshefte 1956, Nr. 4.

[3]) Siehe A. Bullock, a.a.O., S. 131 ff.; „Lageberichte", 28. März 1927, Nr. 121, S. 89 ff.

[4]) Dieser Darstellung liegt vor allem ein mündlicher Bericht von Martin Matthiessen, Meldorf, zugrunde.

1926/27 in schwere Bedrängnis geraten[1]). So war ein günstiger Nährboden für radikale Parolen vorhanden. Hinzu kam, daß Lockstedter Lager als Siedlungsgemeinde ehemaliger Freikorpskämpfer seit 1920 stets ein Zentrum für die völkischen Verbände und rechtsextremen Strömungen gewesen war[2]).

Am 10. Dezember 1927 sprach Hitler auf einer großen Landvolkkundgebung in Hamburg im Zirkus Busch vor 4000 Zuhörern[3]), unter ihnen zahlreiche Landleute aus dem Südwesten Schleswig-Holsteins. Planmäßig versuchte die Partei im letzten Quartal 1927 die sorgfältig beobachtete wachsende Unruhe in Dithmarschen auszunutzen. So wurden bis zum Ende des Jahres allein in dieser Landschaft 150 Versammlungen abgehalten. Der organisatorische Ertrag stand jedoch zunächst in keinem Verhältnis zum Einsatz.

Immerhin verfügte die NSDAP über ein Netz an Vertrauensleuten, als nach dem 28. Januar 1928 mit der Auflösung der bisherigen verbandspolitischen Fronten und der bald entstehenden Vertrauenskrise gegenüber dem Kreis um Otto Johannsen das Landvolk in der allgemeinen Bewegung jener Wochen seine Orientierung verlor und sich damit für eine straff geführte, dynamische Organisation mit scheinbar neuen Konzeptionen plötzlich große Wirkungsmöglichkeiten eröffneten.

Die Jahre 1925 bis 1928 hatten für die NSDAP in den meisten Gebieten des Reiches nur sehr mühsam greifbare Fortschritte erbracht. Ihre Mitgliederzahl stieg allmählich von knapp 20000 Anfang 1926 über 40000 Mitte 1927 auf 60000 im Jahre 1928[4]). Zwei Darstellungen in den Lageberichten des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom März und Juli 1927[5]) analysierten die Schwierigkeiten eingehend, denen sich die Arbeit der rechtsextremen Gruppen bei der Zugehörigkeit der DNVP zur Regierung und der relativen Stabilität der Jahre 1925 bis 1928 gegenüber sah. Viele dieser Organisationen mußten eine Stagnation oder sogar einen starken Rückgang in ihrer Anhängerschaft verzeichnen; die Wirkung der radikalen Parolen war in breiten Bevölkerungsschichten zurückgegangen. Dies betraf auch die NSDAP. Trotzdem wurde schon jetzt auf ihre ungebrochene, propagandistisch und taktisch ungewöhnlich geschickte Aktivität hingewiesen, die dieser „zahlenmäßig unbeträchtlichen, aber straff organisierten, sehr gut disziplinierten und von einem einheitlichen Willen geleiteten radikal-revolutionären Minderheitengruppe" einen besonders gefährlichen Charakter verlieh. Es war den für den Schutz der Verfassung Verantwortlichen auch bereits deutlich, daß die Agitation

---

[1]) Siehe R. Heberle, Manuskript, S. 113 f.

[2]) Siehe S. 51 dieser Arbeit.

[3]) Siehe hierzu und zu folgendem vor allem Anlage II („Unser Siegeszug in der Nordmark", in: „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung", 31. Januar 1929, Nr. 25).

[4]) Zahlen nach „Lageberichte", Nr. 123, 15. Oktober 1927, und A. Bullock, a.a.O., S. 136 und 145 f.

[5]) Nr. 121, 28. März 1927; Nr. 122, 15. Juli 1927.

nach einer Zeit der Schwerpunktbildung in den Großstädten sich künftig bei der Suche nach Einbruchstellen auf die bäuerliche Bevölkerung Nord- und Mitteldeutschlands konzentrieren werde.

Programmatisch hatte die NSDAP im wesentlichen das Vokabular der Deutschvölkischen und verwandter Gruppen übernommen[1]). Ihre eigene Note gewann sie durch die besondere Fähigkeit zur demagogischen Vereinfachung und Zuspitzung, die Verbindung von pointierter Schärfe der Anklagen mit weitgreifenden, vagen aber verheißungsvollen Versprechungen[2]) und das geschickte Lavieren zwischen „legalem" Auftreten und brutaler Rücksichtslosigkeit[3]). Die autoritäre Organisationsweise, die überragende Stellung des „Führers" und die totalen Forderungen der Partei an ihre Mitglieder hoben sie gegenüber den anderen völkischen Verbänden mit ihren zahlreichen Doppelmitgliedschaften, fließenden Übergängen und individualistischen Zügen deutlich ab. Dem Rückzug auf das „Erlebnis", auf die „Gemeinschaft" des Bundes aus der „schmutzigen" Politik des Parlamentarismus und der Parteien, dem Anliegen der primär ideologisch verstandenen „Erneuerung" und den bloßen „vaterländischen" Demonstrationen stellte Hitler die Aufgabe des aktiven militanten politischen Vernichtungsfeldzuges gegen den bestehenden Staat gegenüber[4]), das Ziel der Überwindung des „Parteienunwesens" durch die eine Partei, des Parlamentarismus durch Hineingehen in die Parlamente. Er polemisierte hierbei scharf gegen die „Sterilität" der „sogenannten deutschen Wehrverbände", die Hunderttausende junger Menschen aus dem eigentlichen politischen Geschehen ausschalteten, sie dadurch „entmannten" und so im Grunde zu einer „Schutztruppe des Systems" machten. Dieser zeitweise durch taktische Bündnisse verschleierte Ausschließlichkeitsanspruch wurde auch in dem Verhältnis von NSDAP und Landvolkbewegung sichtbar.

Lohse hatte im Nationalsozialistischen Jahrbuch von 1927 einen Aufsatz über die Stellung der Partei zur Landwirtschaft veröffentlicht. Er wiederholte zunächst die bekannten völkischen und deutschnationalen Anwürfe gegen die Motive der Außenhandelspolitik der Regierung, die in eine kausale Beziehung zu den „jüdischen Finanz- und Ausbeutungsplänen" gegenüber Deutschland gesetzt wurden. Es sei deshalb, so wurde gefolgert, kurzsichtig und unzulänglich, wenn

---

[1]) Siehe hierzu u. a. A. Bullock, a.a.O., S. 154 ff.

[2]) Z. B. die Ausführungen zur künftigen Verfassungsordnung in Goebbels' Schrift ‚Der Nazi-Sozi', 1927, Elberfeld, S. 15 f.

[3]) Goebbels im „Völkischen Beobachter" vom 14. Juli 1927: „Es ist aber etwas anderes, ob man ein Waschmittel propagiert oder für Freiheit und Recht ringt ... Eine Bewegung, die einen alten Staat zertrümmern will, kann nicht auf Filzpantoffeln gehen ..."

[4]) Hitler am 14. September 1926 in München („Lageberichte", Nr. 120, 1. November 1926, S. 83). Er erklärte bereits 1924: „Es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die Stärke einer Bewegung wachsen muß, wenn sie mit einer Bewegung ähnlicher Art verbunden wird ... In Wahrheit nimmt die Bewegung damit ihr fremde Elemente auf, die ihre Kraft mit der Zeit schwächen." A. Bullock, a.a.O., S. 121.

man aus Konsumenteninteressen Agrarschutzzölle überhaupt ablehne, oder nur von der Plattform der Agrarverbände und ständischen Parteien her diese Frage lösen wolle. Nur ein „starker Volksstaat", der den internationalen Kapitalismus überwinde, könne der Landwirtschaft wirklich helfen. Die Deutschnationalen seien hierzu unfähig; bei ihnen habe der mit dem internationalen Kapital versippte Flügel die eigentliche Führung übernommen.

Diese These von der unbedingten Überlegenheit der eigenen, organisatorisch untermauerten gesamtpolitischen Konzeption bestimmte auch die Argumentation gegenüber der Landvolkbewegung[1]). Nach dem 28. Januar 1928 erkannte die Gauleitung sofort, „was die Stunde geschlagen hatte"[2]) und nahm „zielbewußt" eine noch verstärkte Schwerpunktarbeit an der Westküste in Angriff. Sie wurde dabei von der Münchener Zentrale angetrieben und unterstützt. In mehreren Versammlungswellen sprachen bis zu den Maiwahlen auf etwa 250 Veranstaltungen auswärtige Prominente, wie Strasser, Kube, Frick und v. Reventlow neben den Funktionären des Gaus. Noch im Winter wurden mehrere Ortsverbände in Dithmarschen gegründet. Die Mitgliederzahl in der Provinz stieg von etwa 800 am 1. Januar 1928 auf fast 2000 im Mai und 4000 bis zum Jahresende[3]).

Die Konzentration auf die Hauptunruhegebiete des Landvolks trug bei den Wahlen am 20. Mai zum Reichstag und Preußischen Landtag bereits sichtbare Früchte. Bei 31814 bzw. 30046 Stimmen (jeweils 4%) wurde zwar nur Hinrich Lohse durch eine Listenverbindung mit den Nachbarwahlkreisen als Landtagsspitzenkandidat nach Berlin entsandt, aber einige regionale Erfolge waren aufsehenerregend und ein großer Ansporn für die Partei. So übersprang sie bei den Landtagswahlen[4]) in Norderdithmarschen (17,7%), Süderdithmarschen (17,2%) und Steinburg (10,2%) die 10-Prozent-Grenze. In Rendsburg kam sie auf 8,4%, hier noch dicht gefolgt von dem sonst erfolglosen Völkisch-Nationalen Block (7,5%), dessen zweiter Spitzenkandidat der bekannte Tannenbergbündler und spätere Landvolkführer Max Wulf, Eisendorf, war. In den Rendsburger Landgemeinden unter 2000 Einwohnern erhielten beide Parteien zusammen sogar fast 25% aller Stimmen (13%, 11,8%). Auch in den genannten Westküstenkreisen waren die Anteile in den bäuerlichen Bezirken am größten. Hierbei war

---

[1]) Siehe S. 147 dieser Arbeit. Entsprechend war auch die Bewertung der Landvolkbewegung in zeitgeschichtlichen Darstellungen nach 1933. So schrieb Otto Rademacher 1935 (in: Karl Scheda, Deutsches Bauerntum, Reutlingen 1935, S. 345 ff.): „Die entscheidende Wendung für den Durchbruch des völkischen Staatsgedankens brachte der Einsatz der Bauern." Aber „. . . der Mangel an politischer Schulung machte sich bemerkbar, es erwies sich, daß der Bauer allein den Kampf nicht zu Ende führen konnte. Andere politische Kräfte mußten ihn durchfechten . . ."

[2]) Siehe Anlage II.

[3]) Die Zahlen sind aus Angaben in der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung" vom 31. Januar 1929, Nr. 25, und dem Geheimbericht der Landeskriminalpolizeistelle Flensburg vom 25. April 1929 (in: 309/22998) genommen.

[4]) Einzelergebnisse finden sich in: Die Wahl zum Preußischen Landtag am 20. März 1928, in: Preußische Statistik, Berlin 1929.

wieder ein außerordentlich starker regionaler Unterschied zu verzeichnen. In Dithmarschen entschieden sich bei der Reichstagswahl in den Marschdörfern 10,2% gegenüber 33,8% in den Geestdörfern für die NSDAP[1]). Dem entsprach eine etwa umgekehrte Relation bei den Stimmen der sozialistischen Parteien[2]).

Den Nationalsozialisten gab dieses verheißungsvolle Ergebnis sofort starken Auftrieb. Schon 14 Tage nach den Wahlen führten sie einen gut besuchten Kreisparteitag für ganz Dithmarschen in Burg durch. Die Versammlungstätigkeit und Werbung wurde auch in den Sommermonaten trotz der Erntezeit fortgeführt. Am 14. Oktober sprach Adolf Hitler erstmals in Schleswig-Holstein. Einer wochenlangen Propagandakampagne gelang es, auf dem Heider Marktplatz über 10000 Zuhörer zusammenzubringen.

Die zunehmende Aktivität der Landvolkbewegung bereitete im Winterhalbjahr 1928/29 der Partei allerdings ernsthafte Sorgen. Im Mai 1929 hieß es in einem vertraulichen Brief Lohses an die Münchener NSDAP-Führung[3]): „Das Landvolk macht uns nach wie vor schwerstens zu schaffen. Die Gefahr, daß die Dummheiten dieser Leute uns gefährlich werden könnten, ist riesengroß . . ." Auf einer Großkundgebung in Itzehoe im November 1928 nahm er scharf gegen Hamkens Stellung und sprach Organisationen ohne einheitlichen politischen Kampfwillen, wie der Landvolkbewegung und Köhlers Bauernbund, jeden Wert für die reale Gestaltung von Entscheidungen ab[4]). Besonders deutlich wurde die Rivalität in dem scharfen Konkurrenzkampf der beiden Zeitungen. Das Organ der NSDAP, die „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung" erschien am 1. Januar 1929 fast gleichzeitig und am gleichen Ort wie die Landvolkzeitung. Bis Ende März kam es auf eine Auflage von 9000[5]), nur unter schweren finanziellen Opfern konnte das tägliche Erscheinen durchgehalten werden. Trotz dieses Wettbewerbs der beiden Zeitungen um die gleiche Leserschicht entstanden enge persönliche Beziehungen zwischen den verantwortlichen Redakteuren. Schriftleiter des NSDAP-Organs war der 28jährige Bodo Uhse. Er traf sich in seinen radikalen, revolutionären Auffassungen mit dem Kreis um Bruno v. Salomon, zu dessen vertrauten Freunden er bald gehörte[6]). Uhse sah im Nationalsozialismus, gleich Otto Strasser, eine sozialrevolutionäre Bewegung und versuchte, mit der Land-

---

[1]) R. Heberle, Manuskript, S. 74 A.

[2]) 29,8% SPD + 6,9% KPD = 36,7% in der Marsch zu 15,1% SPD + 2,5% KPD = 17,6% in der Geest.

[3]) Eine Abschrift, die in dem Archiv der Landvolkzeitung gefunden wurde (!), findet sich in 309/22784.

[4]) „Itzehoer Nachrichten", 13. November 1928, Nr. 268.

[5]) Bericht Landeskriminalamt Berlin, IA, 2. April 1929 (Dr. Stumm) in: 309/22668.

[6]) Zu Uhses Person und Werdegang siehe Angaben in: 309/22576 („Die nationalsozialistische Opposition"). Hier findet sich u. a. auch ein Programmentwurf der „Gruppe sozialrevolutionärer Nationalsozialisten" vom Mai 1930, die auf eine vertrauliche Besprechung in Berlin (Teilnehmer u. a. Otto und Gregor Strasser, Graf Reventlow MdR, Uhse, Ernst Jünger, Ernst Niekisch) zurückging und die Ziele dieses Kreises besonders deutlich macht.

volkbewegung eine feste gemeinsame Aktionsgemeinschaft für den Umsturz der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zu formieren. Hierbei mußte er notwendigerweise in einem Gegensatz zu den politischen und organisatorischen Prinzipien der Münchener NSDAP-Führung und ihren taktischen Allianzen mit bürgerlich-konservativen Kräften kommen[1]). Diese Tendenzen wirkten neben den großen wirtschaftlichen Sorgen mit, wenn im Frühsommer 1929 ernsthaft wegen einer Fusion der beiden Organe verhandelt wurde[2]). Doch scheiterten diese Gespräche durch Einwirkungen der nationalsozialistischen Reichsführung.

Bereits im Sommer 1929 erschien aufmerksamen Beobachtern die NSDAP als die weitaus gefährlichere Gruppierung[3]). Ihre durchgeformte, straffe Organisation und der Rückhalt in einer Reichspartei führten zu ungleich festeren Bindungen der Mitglieder als die sporadischen Aktionen der Landvolkbewegung. Diese wirkte, trotz aller wechselseitigen Reibungen, letztlich nur als ein vorbereitendes Ferment für die Eroberung des flachen Landes durch die Hitlerpartei. Auf unzähligen Versammlungen hatten die NSDAP-Referenten lediglich noch die organisatorischen Folgerungen aus dem Wirken ihrer Vorredner vom Landvolk gegen den bestehenden Staat zu ziehen[4]). Auch wo, wie vor allem in Eiderstedt, der persönliche Einfluß namhafter Landvolkführer das organisatorische Eindringen der NSDAP verlangsamte, erntete sie doch bei den Wahlen die Früchte der radikalen Propaganda.

In der ersten Jahreshälfte 1929 wurden von Dithmarschen aus in Husum und Schleswig zahlreiche Ortsgruppen aufgebaut und in den anderen Kreisen der Provinz Stützpunkte und Vertrauensleute gewonnen. Der entscheidende Durchbruch in Dithmarschen erfolgte nach der „Blutnacht von Wöhrden" im Frühjahr 1929. Am 7. März wollte die Dithmarscher NSDAP in dem zentral gelegenen Ort eine Versammlung als Auftakt für die Welle von über 100 Kundgebungen abhalten[5]). Da es hier bereits kurz zuvor zu einem Zusammenstoß mit ortsansässigen und Heider Kommunisten gekommen war, untersagte der Landrat die Durchführung. Die Veranstaltung fand daraufhin im Mitgliederkreis statt, gleichzeitig wurde jedoch eine SA-Kolonne zusammengezogen. Als diese mit Kampfliedern den Ort durchzog, traf sie auf eine kommunistische Gegendemonstration. Es kam zu einem erbitterten Handgemenge mit Fäusten, Messern und Schlagringen, in dem zwei junge SA-Männer, der Bauer Hermann Schmidt

---

[1]) Siehe S. 160 dieser Arbeit.

[2]) Nach Auskunft von Claus Heim.

[3]) Regierungspräsident, 5. Juni 1929, an Preußischen Minister des Innern, in: 309/22668. Siehe hierzu auch „Berliner Tageblatt", 13. Januar 1929, Nr. 22.

[4]) Hamkens berichtete mir, daß 1930 während seiner Inhaftierung die NSDAP bei ihrem Eindringen in Angeln etwa 20 von ihnen gebildete „Dorfgemeinschaften" fast geschlossen übernommen habe.

[5]) Die Darstellung beruht auf der NSDAP-Schrift „Die Blutnacht von Wöhrden und ihre Folgen mit einem Beitrag von Adolf Hitler", Itzehoe 1929, den Unterlagen in: 309/22668, sowie persönlichen Berichten.

aus St. Annen und der Tischler Otto Streibel aus Röst, den Tod fanden. Sieben Personen wurden schwer, 23 leicht verletzt.

Dieser blutige Zwischenfall bewegte die Bevölkerung in der ohnehin bis zum äußersten erregten Atmosphäre jener Monate zutiefst. Die NSDAP nutzte ihn trotz eines sofort erlassenen Versammlungs- und Uniformverbots für sie und die KPD in ungemein wirkungsvoller Weise aus. Der „Führer" eilte persönlich mit leitenden SA-Vertretern aus München zu den Beerdigungsfeiern am 13. in St. Annen und Albersdorf herbei, an denen insgesamt über 6000 Personen, darunter Hunderte von uniformierten SA-Leuten und Stahlhelmern, teilnahmen. Hitler und Lohse sprachen an den Gräbern mit außerordentlich demagogischer Schärfe. Der Gauleiter verwischte schon in seinen Einleitungssätzen bewußt den Unterschied zwischen den kommunistischen Totschlägern und den verantwortlichen Repräsentanten des Staates[1]). Die Magie des Blutes und des Opfers wurde immer wieder beschworen und damit bei den Tausenden eine fast ekstatische Erregung erzeugt. Um ein Haar wäre es in Albersdorf zu tätlichen Angriffen auf die für Ordnungsaufgaben bereitgestellte Polizei gekommen. Dabei waren vor allem zahlreiche Bauern kaum zurückzuhalten; mühsam nur gelang es den SA-Formationen, sie in Seitenstraßen abzudrängen. Viele Stunden wurde in den Gaststätten des Ortes und der Nachbardörfer leidenschaftlich diskutiert; die Erregung dieses Tages vibrierte noch wochenlang in unzähligen Debatten nach.

Hitlers Erscheinen und Auftreten hinterließ eine nachhaltige Wirkung. Die Bewegung ergriff im Nu zahlreiche neue Orte; in ihrer Hochburg Albersdorf erhöhte die NSDAP ihre Mitgliederzahl in drei Tagen von etwa 220 auf über 300; im Gau Schleswig-Holstein in einer Woche um mehr als 500. Der Feldzugsplan zur Eroberung der ganzen Provinz wurde am 21. April in Neumünster auf einer internen Gautagung dargelegt[2]). 322 Delegierte waren anwesend, darunter 194 von den insgesamt 201 Ortsgruppenvorsitzenden. Die Partei zählte jetzt etwa 8000 Mitglieder in Schleswig-Holstein, davon waren 1800 in den letzten 11 Wochen neu gewonnen und 2300 in der SA zusammengefaßt. Diese rapide Ausweitung machte eine Umorganisation erforderlich. Der Gau wurde in Bezirke unterteilt, die durchweg mit den Kreisgebieten zusammenfielen. Die Ernennung der Bezirksleiter erfolgte von der Gauleitung im Einvernehmen mit der Reichsführung. So blieb die straffe, autoritäre Führung der neuen Kader gesichert. Zu den völkischen

---

[1]) „Sie haben ihn totgemacht, den Kameraden Schmidt, und warum haben sie ihn totgemacht? Nur weil er sich nicht fügen wollte, denen, die unser ganzes Volk und ganzes Land totmachen, nur weil in ihm etwas von dem Trotz lebt, der in der Freiheit und in der Ehre ein höheres Gut sieht als im feilen Lob der erbärmlichen Zeit . . ." Hitler umkleidete das traurige Geschehen und damit seinen politischen Anspruch mit sakraler Weihe: „Wie die ersten Christen ihre Blutopfer zu bringen hatten, und vor Gott die Verantwortung auf die Mörder fiel, so ist es auch heute . . ."

[2]) Geheimbericht der Landeskriminalpolizeistelle Flensburg, 25. April 1929, in: 309/22998, Anlage III.

Verbänden sollte die klare organisatorische Trennung gewahrt bleiben, auch örtlich war nur ein taktisches Zusammengehen von Fall zu Fall gestattet. Für die zweite Jahreshälfte wurde eine Schwerpunktbildung in den bisher wenig erschlossenen nördlichen und ostholsteinischen Kreisen beschlossen. Zum Reichsparteitag in Nürnberg am 3. und 4. August lagen über 1200 Anmeldungen aus der Provinz vor.

Periodische Berichte der Landräte[1]) spiegeln deutlich das Wachsen der Partei in den folgenden 18 Monaten wider. Sie eroberte ein Dorf, einen Kreis nach dem anderen, manchmal im ersten Sturm, oft beim zweiten, dritten oder fünften Anlauf. Dem einsatzbereiten, aggressiven Schwung der nationalsozialistischen Propagandisten, ihrer sehr bald routinierten, gelegentlich auch brutalen Taktik waren die organisierten Gegenkräfte in dem schon zuvor radikalisierten politischen Klima der Provinz nicht gewachsen. Den Kern der aktiven alten Kämpfer bildeten Angehörige des niedrigen Mittelstandes, die zumeist dem Bauerntum als nachgeborene Söhne entstammten und mit ihm als Angestellte von Genossenschaften, Molkereiverbänden und Beratungsstellen oder kleine Beamte oft in engem Kontakt geblieben waren. Vielen von ihnen war die Möglichkeit zu einem beruflichen Aufstieg durch den Verlust des Kriegs und den Zusammenbruch verlorengegangen; so ließen sich aus ihrer Unzufriedenheit leicht Haß gegen den bestehenden Staat und weitgespannte Hoffnungen auf einen Umschwung der Machtverhältnisse anfachen. Zu ihnen stießen zahlreiche Bauern aus wirtschaftlicher Not, doch frühzeitig auch schon angesehene junge Landwirte mit gesunden Betrieben. Hier trug die fast zehnjährige ständige ideologische Propaganda gegen den demokratischen Staat sowohl in ihren geistig tiefer fundierten Ausdrucksformen wie in der bloßen Haßpolemik sichtbare Früchte. Es war, wie wir gesehen haben, der Republik und den sie tragenden politischen Gruppen nicht gelungen, sich in dieser jungen Generation des Bauern- und Bürgertums geistig und organisatorisch fest zu verankern.

Der schon früh in den Analysen Weitsichtiger vorhergesehene Zwiespalt zwischen den politischen Führungsgruppen der Hauptstadt und den meinungsbildenden Kräften in der Provinz bestand vor allem in Norddeutschland tiefer denn je zuvor[2]). Gerade den aktiven Kräften der jungen Generation genügte dabei das Verharren im bloßen Protest, in der partikularistischen Negation nicht. Sie glaubten, in der NSDAP eine alle Stände und Landsmannschaften umfassende nationale Erneuerungsbewegung gefunden zu haben, die die wirtschaftlichen Interessen des Bauerntums im Rahmen einer gesamtpolitischen Konzeption vertrat. So standen junge Hofbesitzer in der vordersten Reihe der Partei, der 28jährige Meldorfer Martin Matthiessen als Kreisleiter von Süder-

[1]) In: 309/22998.

[2]) Siehe hierzu vor allem die Befürchtungen von Troeltsch (S. 56 dieser Arbeit) und den Bericht von Landrat Pauly über die Organisation Escherisch (Anlage I).

dithmarschen, der 36jährige Adolf Thormählen aus Strohdeich (Steinburg), Peter-Ludwig Petersen, Osterohrstedt (Husum) und Kreisleiter Johann-Friedrich Jebe, Ostenfeld (Husum). Die fünf Spitzenkandidaten bei den Reichstagswahlen 1930, unter ihnen Thormählen und Matthiessen, hatten ein Durchschnittsalter von knapp 33 Jahren.

In dieser Schichtung wurde ferner ein spezielles Problem des Bauerntums sichtbar. Viele ältere Landwirte zögerten in den wirtschaftlich unruhigen Zeiten mit der Übergabe der Höfe an ihre erwachsenen Söhne besonders lange. In den landwirtschaftlichen Verbänden und in der ländlichen Kommunalpolitik konnten junge Kräfte bei der sehr konservativen Grundeinstellung der Älteren meistens ohnehin nur schwer in verantwortliche Positionen hineinwachsen, wenn auch nach dem 28. Januar 1928 manche festgeformten Hierarchien aufgelöst waren. So fand in der nationalsozialistischen Orientierung vieler junger Bauernsöhne aus angesehenen deutschnationalen oder nationalliberalen Familien auch eine Generationenfrage im Landvolk ihren Ausdruck.

Verhältnismäßig intakt gegenüber der nationalsozialistischen Welle blieben die SPD und KPD. Abgesehen von den Städten behaupteten sie sich vor allem in den sozial stark differenzierten Landbezirken der Marsch, Fehmarns und Ostholsteins, sowie in den ländlichen Industriegemeinden ihre guten organisatorischen Positionen, wie in späteren Wahlen bestätigt wurde[1]). Allerdings gelang der NSDAP regional, besonders auf der Geest, auch die Gewinnung von bisher sozialdemokratisch orientierten Kätnern und Landarbeitern. Die homogenere soziale Struktur der zumeist verkehrsmäßig wenig erschlossenen kleinen Gemeinden des Mittelrückens beförderte die Bildung einer einheitlichen politischen Haltung[2]). Neben der freiwilligen Anpassung wirkte dabei gelegentlich auch der Terror. Ländliche Geschäftsleute, Handwerker und Arbeiter wurden stellenweise von fanatisierten Landleuten durch Boykottdrohungen zum Eintritt in die Partei veranlaßt[3]).

Der entscheidende Stoß der NSDAP richtete sich jedoch gegen die Wählerschaft der „bürgerlichen" Parteien. Immer wieder wurde hier in den Berichten der zuständigen staatlichen Stellen das Fehlen fast jeder ernsthaften Gegenwehr festgestellt[4]). Die sehr große Zahl von kritischen oder doch skeptischen Landleuten, unter ihnen besonders viele aus der kommunal- und verbandspolitischen

---

[1]) Siehe S. 183 ff. dieser Arbeit.

[2]) Siehe hierzu R. Heberle, Manuskript S. 41 ff.

[3]) Siehe Anlage III und Bericht Landrat Süderdithmarschen, 27. November 1929, in: 309/22998. Hans Asmussen wies in seiner Schrift, „Die Not des Landvolks", Rendsburg 1929, S. 17, darauf hin, daß am 28. Januar 1928 ebenfalls Landarbeiter in einigen Fällen „nicht ohne mittelbaren Zwang" zur Teilnahme an den Demonstrationen bewogen worden seien.

[4]) Bericht der Außenstelle Heide der Landeskriminalpolizeistelle Flensburg, 2. April 1929, in: 309/22921; Regierungspräsident an Preußischen Minister des Innern, 5. Juni 1929, in: 309/22668; Landeskriminalpolizeiamt Berlin, 8. April 1929, in: 309/22668.

Arbeit angesehene Persönlichkeiten[1]), hielt sich vorerst zurück; es fehlte an einer geschlossenen, politisch profilierten und organisatorisch gefestigten Gruppierung im bürgerlichen Lager, die einen Kristallisationspunkt und Gegenpol bilden konnte. Die DVP und DDP verfügten außerhalb der Städte über keine nennenswerte Organisation mehr. Relativ stabil war dagegen, trotz des erheblichen Wählerrückganges, die Mitgliederschaft der DNVP geblieben. Doch hatte sie seit dem von Hugenberg, Hitler, Seldte und Class im Juli 1929 abgeschlossenen Aktionsbündnisses gegen den Youngplan[2]) die Grundlage für eine eigenständige wirkungsvolle Argumentation gegenüber dem radikaleren und bedenkenloseren Partner preisgegeben. Hitler vermochte durch die mit großen Mitteln finanzierte Kampagne des Volksbegehrens den eigenen Aktionsradius zu vervielfachen. Seine deutschnationalen und rechtsbürgerlichen Bundesgenossen brachten ihn an den Vordergrund der innenpolitischen Bühne, während die DNVP vom Dezember an durch die Sezessionen ihrer volkskonservativen und christlichsozialen Gruppen, sowie eines Teils der agrarischen Abgeordneten um Schiele eine nicht wieder auszugleichende Schwächung erfuhr.

In Schleswig-Holstein blieb die regionale Organisation fast geschlossen bei der Partei; doch war der innere Zwiespalt bereits im Frühjahr deutlich geworden. Namhafte Sprecher der Deutschnationalen standen in der Schärfe ihrer radikalen Formulierungen den Nationalsozialisten in nichts nach, so daß beispielsweise dem Reichstagsabgeordneten Max Soth am 18. Januar 1929 in Wrohm (Dithmarschen) von nationalsozialistischen Debatterednern versichert wurde, die NSDAP unterscheide sich nur in dem Wunsch nach der entschiedenen Einbeziehung der Arbeiterschaft in einen neuen Staat von seinen Auffassungen[3]). Demgegenüber nahm sein Fraktionskollege Oberfohren in dem „Ostholsteinischen Tageblatt" und auf zahlreichen Versammlungen entschieden den Kampf mit den Nationalsozialisten auf[4]). Doch vermochte der angesehene Kieler Politiker trotz seines rednerischen Formats die Entwicklung nicht aufzuhalten. Im Spätsommer und Herbst folgte er — nicht ohne innere Bedenken[5]) — Hugenberg auf dem Weg zur Aktionsgemeinschaft mit Hitler. Nach der Sezession übernahm er am 12. De-

---

[1]) Bezeichnend hierfür ist ein Brief, den Otto Johannsen als Vorsitzender des Kreisbauernbundes Norderdithmarschen am 11. Juni 1929 an Regierungspräsident Dr. Abegg schrieb (in: 309/22668). Er wandte sich gegen den bedauerlichen Radikalismus und sprach sich für eine sachliche, aufgeschlossene Zusammenarbeit mit den Regierungsinstanzen aus. „Wenn jemand Steuern zahlen kann, dann soll er auch die Steuern zahlen."

[2]) Zu dem Volksbegehren gegen den Youngplan und die politischen Auswirkungen dieser Kampagne siehe K. D. Bracher, a.a.O., S. 316 f.; E. Eyck, a.a.O., Band 2, S. 350 ff.; A. Bullock, a.a.O., S. 144 ff.

[3]) „Nordischer Kurier", 19. Januar 1929, Nr. 16.

[4]) Bericht des Regierungspräsidenten an den Preußischen Minister des Innern, 5. Juni 1929, in: 309/22668; „Die Blutnacht von Wöhrden und ihre Folgen", Itzehoe 1929, S. 2 f.

[5]) Nach übereinstimmender Auskunft der ihm persönlich eng verbundenen Parteifreunde Vizeadmiral a. D. Meurer und Rechtsanwalt Dr. Rasmuss.

zember den Vorsitz der Reichstagsfraktion. In der schleswig-holsteinischen Parteiorganisation wuchsen auf Grund der praktischen Erfahrungen mit der NSDAP[1]) 1930 die Vorbehalte gegen den Kurs Hugenberg weiter. Anfang des Jahres legte der langjährige Vorsitzende, Landrat a. D. Rogge, deshalb sein Amt nieder[2]). Sein Nachfolger, Vizeadmiral a. D. Meurer, stand der Entwicklung im Reich ähnlich besorgt gegenüber. Doch fand diese Opposition keinen offenen Ausdruck.

Ein verheißungsvollerer Neuanfang kam im Herbst 1929 aus der Arbeit des Jungdeutschen Ordens. Wir haben dargestellt, wie sich hier seit 1925 allmählich eine Annäherung an den bestehenden Staat und die Grundzüge seiner Politik vollzog, ohne daß die betont unabhängige und kritische Haltung preisgegeben wurde[3]). In den Auseinandersetzungen der unruhigen Jahre 1928 und 1929 vollzog der Orden auf zahlreichen Veranstaltungen eine klare Abgrenzung zu der radikalen Propaganda der Landvolkbewegung und der NSDAP. So sagte z. B. sein Reichsredner Hellmer am 20. März 1929 auf einer gutbesuchten Kundgebung in Husum[4]), der Orden sei eine Stütze dieses Staates, solange nichts Besseres an seine Stelle gesetzt werden könnte. Die hemmungslose Agitation der extremen Gruppen vermöge nicht zu einem wachsenden Verständnis für die eigentlichen sachlichen Anliegen des Landvolks zu führen. Diese Einstellung beschäftigte die Landvolkbewegung wiederholt; Bruno v. Salomon und sein Freundeskreis sahen den Orden bei seinem nicht unbeträchtlichen Anhang in Angeln, Südtondern und einigen Bezirken Husums als ein spürbares Hindernis für die eigenen Aktionsmöglichkeiten an[5]).

Zur vollen politischen Wirksamkeit kam der Orden im Herbst 1929 durch die Entwicklung im Reich[6]). Die Krise der Deutschnationalen und der Versuch jüngerer Kräfte, die demokratische Mitte zu regenerieren, brachte das Feld der Parteien und Verbände in Bewegung. Mahraun entschloß sich jetzt, den Schritt in die unmittelbare Tagespolitik zu wagen. Am 1. November forderte der Orden die deutschen Staatsbürger auf, eine „breite nationale Front der Mitte" unter der Bezeichnung „Volksnationale Reichsvereinigung" zu bilden[7]). Im Norden Schleswig-Holsteins war bald eine rege Aktivität des neuen Verbandes zu ver-

---

[1]) Siehe „Landbote", 1930, Nr. 37, 40 und 49. 1930 kam es zu einem langwierigen Verleumdungsprozeß zwischen Oberfohren und Lohse.

[2]) „Rendsburger Tageblatt", 7. Januar 1930, Nr. 5. Schon im September 1928 hatte der erst im Mai erneut als Spitzenkandidat für Schleswig-Holstein in den Preußischen Landtag gewählte frühere Landbund-Provinzialvorsitzende Milberg sein Mandat zur Verfügung gestellt.

[3]) Siehe S. 102 f. dieser Arbeit.

[4]) Landrat Husum, 21. März 1929, an Regierungspräsident, in: 309/22789.

[5]) Korrespondenz „Landvolk"-Redaktion in: 309/22784.

[6]) Einzelheiten und Literaturhinweise siehe bei K. D. Bracher, a.a.O., S. 140 ff. und 355 ff.

[7]) „Mitteilungen", Nr. 1, des Polizeipräsidenten Berlin, 3. Januar 1930, in: 309/22789.

spüren[1]). Am 15. Januar 1930 trat er in Süderbrarup, dem wirtschaftlichen Mittelpunkt Angelns, mit einer aus allen Teilen dieser Landschaft stark besuchten Versammlung, die von den Führern des Ordens geleitet wurde, erstmals an die Öffentlichkeit[2]). Der ländliche Amtsvorsteher Schütt, Eslingsholz, kündigte eine Veranstaltungswelle für ganz Schleswig-Holstein an. Dr. Kardel, Schleswig, betonte, daß der Orden nicht selbst Partei werden, aber über die Reichsvereinigung wertvolle Kräfte in die unmittelbare öffentliche Verantwortung bringen wolle. Der Gründungsaufruf für das Reichsgebiet[3]) vom 28. Januar 1930 war von über 150 angesehenen Persönlichkeiten des politischen und geistigen Lebens, darunter den Sprechern des Ordens, zahlreichen Repräsentanten der volkskonservativen und christlich-sozialen Sezessionisten und mehreren Führern der bündischen Jugend unterzeichnet. In sehr wirkungsvollen Formulierungen trat er für eine Reform des „mechanisierten Parlamentarismus" durch eine Verfassungsneuordnung, das Prinzip der „Nachbarschaft" und die Kräftigung der Selbstverwaltung ein. Die Diktaturpläne der extremen Rechten und Linken wurden in aller Schärfe abgelehnt.

Die Nationalsozialisten erblickten in dem Auftreten und den ersten Erfolgen der Volksnationalen Reichsvereinigung sofort eine große Gefahr. Hier drohte im bäuerlichen Nordosten der Provinz ihrer vom Südwesten sich ausweitenden Bewegung ein starker Gegenpol zu erwachsen, der durch das hohe Ansehen der führenden Sprecher, die als Ausgangsbasis vorhandene Organisationen des Ordens und die entschiedene, aber gleichzeitig gemäßigte konservativ-bodenständige Art der Argumentation eine große Anziehungskraft auf die unzufriedene, doch parteipolitisch noch nicht festgelegte Mehrheit des Landvolks ausüben konnte. Schon am 20. Januar griff das NSDAP-Organ der Provinz die neue Gruppierung auf das heftigste in einer Weise an, die von erheblichen eigenen Sorgen zeugte[4]). Die Reichsvereinigung, so hieß es, sei seit Wochen an der Arbeit, sich mit einem ungewöhnlichen Aufwand an Kraft, Zeit und Geld in Schleswig-Holstein festzusetzen. Der Nationalsozialismus habe in der Provinz vor allem die Herzen der Bauern gewonnen. Nun versuche der Orden auf diesem Weg „in nicht ungeschickter Weise", die Landleute von ihrem Eintreten für eine revolutionäre Entwicklung abzubringen. Im Hintergrund stünden aber „Cliquen mandatslüsterner Berliner Politiker", die mit dem „System" verfilzt seien.

Die Schilderungen der Landräte bestätigen den sehr erfolgreichen Start der Reichsvereinigung im Norden der Provinz. Südtondern berichtete am 18. Januar[5]),

---

[1]) Regierungspräsident an die Landräte, 25. Januar 1930, in: 309/22789.

[2]) „Kieler Zeitung", 15. Januar 1930, Nr. 15.

[3]) Text in: 309/22789. Siehe hierzu ferner V. Gebhardt, a.a.O., S. 31 ff.; A. Mahraun, Der Aufbruch, Sinn und Zweck der Volksnationalen Reichsvereinigung, Berlin 1929.

[4]) „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung", 23. Januar 1930, Nr. 19 („Seite an Seite mit Severing").

[5]) Landrat an Regierungspräsidenten, 18. Januar 1930, in: 309/22789.

daß von den 5 „Bruderschaften" des Ordens eine starke und wirkungsvolle Werbung für die Reichsvereinigung entfaltet werde. Diese finde besonders auf der Geest im Bauerntum beträchtliche Resonanz. Mehrere Gruppen der Landvolkbewegung seien zu ihr übergetreten. Insgesamt zähle sie bereits 20 Ortsgruppen mit über 500 Mitgliedern.

Flensburg-Land meldete am 31. Januar[1]) „ein reges Interesse". Die Organisation sei so ausgeweitet, daß in jedem Kirchspiel Stützpunkte bestünden. Die neue Gruppierung finde weithin sogar „begeisterte Aufnahme".

Husum verzeichnete am 8. Februar[2]) ebenfalls eine rege Versammlungstätigkeit und für den Norden des Kreises einen positiven Widerhall. Dagegen sei die Haltung der Bevölkerung im Süden durchweg ablehnend, da hier die NSDAP bereits fest Fuß gefaßt habe und das Feld beherrsche.

Schleswig schrieb am 3. Februar[3]) von großen Erfolgen der Werbung in fast allen Ortschaften des Kreises. Besonders hätten Kreise der DVP die Reichsvereinigung entsprechend einem positiven Beschluß ihres Provinzialvorstandes begrüßt[4]). Sie werde im Bürger- und Bauerntum zur Sammlungsbewegung der Opposition gegen Hitler und Hugenberg. Aus den anderen Kreisen wurden lediglich vereinzelte Ansätze gemeldet, in den Schwerpunktgebieten der NSDAP hatte sofort eine intensive Gegenwirkung eingesetzt. Aber die großen regionalen Erfolge weniger Wochen berechtigten doch zu den Erwartungen, die vor allem in dem Schleswiger Bericht zum Ausdruck kamen. Übereinstimmend wurde die starke Beteiligung angesehener bäuerlicher Vertreter aus dem kommunalen und verbandspolitischen Bereich hervorgehoben. Wenn diese verheißungsvolle Entwicklung kurz darauf ebenso schnell abbrach, wie sie begonnen hatte, so lag dies an den Neugruppierungen im Reich[5]). Die vielfältigen Bemühungen des Frühjahrs 1930, zu einer Sammlung der liberalen und gemäßigt konservativen Kräfte „von Treviranus bis Koch-Weser" zu kommen, scheiterten. Selbst die deutschnationalen Sezessionisten fanden keinen gemeinsamen Weg. Im Sommer 1930 stand Treviranus' Konservative Volkspartei neben dem Christlich-Sozialen Volksdienst und der von Schiele und Schlange-Schöningen mit ihren Freunden verstärkten Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei. Monatelange Verhandlungen zwischen DVP und DDP blieben ebenfalls erfolglos. So kam im Vorzeichen der Reichstagswahlen und der bedrohlichen Ausweitung der NSDAP am 27. Juli als einzige Fusion die Bildung der „Deutschen Staatspartei" aus DDP, jungdeutscher VNRV und einigen christlichen Gewerkschaftsgruppen

---

[1]) Landrat an Regierungspräsidenten, 31. Januar 1930, in: 309/22789.

[2]) Landrat an Regierungspräsidenten, 8. Februar 1930, in: 309/22789.

[3]) Landrat an Regierungspräsidenten, 5. Februar 1930, in: 309/22789.

[4]) Zu den Unterzeichnern des Aufrufs vom 28. Januar 1930 gehörte der Landtagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei und Vorsitzende des Provinzialbauernvereins, Iversen.

[5]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 347 ff.

zustande. Es war eine vor allem von jüngeren Kräften inspirierte Gründung, die reformerische Gedanken des Ordens in ihren Appell zur staatsbürgerlichen Verantwortung und Mitarbeit in der Republik aufnahm. Von Anfang an gab es aber starke sachliche Spannungsmomente. Antisemitische und antikapitalistische Tendenzen im Orden standen im schroffen Gegensatz zur Überzeugung und soziologischen Schichtung der Deutschen Demokraten. Zwischen den praktischen Politikern der liberalen Partei und den von bündischen Gemeinschaftsideen bestimmten Jungdeutschen war auch bei redlichem Wollen schwer eine gemeinsame Basis des Denkens und Handelns zu finden. Schon unmittelbar nach dem Zusammenschluß kam es zwischen den Gruppen zu wochenlangen schwierigen Auseinandersetzungen über die Reichstagsliste. Vor allem aber weigerte sich ein Teil der Mitglieder des Ordens, den Beitritt zu der neuen Partei zu vollziehen[1]). Die über zehn Jahre genährten Vorurteile gegen die DDP als „kapitalistische" Partei und Bundesgenossin der Sozialdemokraten waren zu tief eingewurzelt. So brach die in einigen Gebieten des Reiches verheißungsvolle Entwicklung der Reichsvereinigung ab. Das galt auch für Schleswig-Holstein. Eine Fusion der Grundorganisationen kam in der Provinz fast nirgendwo zustande. Der Wahlkampf wurde nicht einheitlich geführt. Manche örtlichen Gruppen des Ordens gingen zur NSDAP oder zu völkischen Verbänden[2]), andere hielten sich völlig aus der parteipolitischen Auseinandersetzung heraus oder lösten sich auf. Eine gewisse Auswirkung auf das Reichstagswahlergebnis hatte die Gründung der Staatspartei lediglich in einigen Landbezirken Angelns[3]), ohne das Gesamtbild nennenswert beeinflussen zu können.

So scheiterte der Versuch einer reformerischen bäuerlich-bürgerlichen Sammlungsbewegung als Alternative zur revolutionären NSDAP im Ansatz an der großen Differenz des politischen Bewußtseins und der Organisationsweise zwischen den Verbänden und Parteien, den liberaldemokratischen „Weimaranern" und den bündisch-nationalen Jungkonservativen.

---

[1]) V. Gebhardt, a.a.O., S. 42 ff.

[2]) Lagebericht Polizeipräsident Kiel, 27. Oktober 1930, in: 309/22786. Hier wird u. a. der Übertritt zahlreicher Mitglieder des Jungdeutschen Ordens zum Werwolf infolge der Fusion mit den Demokraten gemeldet.

[3]) Nach R. Heberle, Manuskript S. 99, erhöhte sich der Anteil der Stimmen für die Staatspartei in den Landgemeinden Angelns gegenüber 1928 (DDP) von 5,2% auf 7,5%. Zum Ergebnis in der Provinz siehe S. 165 dieser Arbeit.

VIII. Kapitel

Die NSDAP erobert die Provinz; bäuerliche Organisationskämpfe mit neuen Fronten (1930/1932)

Seit dem Herbst 1929 überschattete die Wirtschaftskrise zusehens alle innenpolitischen Diskussionen im Reich. Während die Landwirtschaft bereits vom Herbst 1927 an in einer akuten Notlage war, hielt sich die Konjunktur in der gewerblichen Wirtschaft noch fast 2 Jahre[1]). Im Spätsommer 1929 setzte ein starker Produktionsrückgang ein, die Arbeitslosenzahlen stiegen, die Konsumkraft ging zurück. Die Kündigung zahlreicher Auslandskredite nach dem Zusammenbruch der New Yorker Börse beschleunigte die Krisenentwicklung; für die ohnehin angespannte Haushaltssituation des Reichs und der Länder waren die Wirkungen einschneidend. Hieraus erwuchsen vor allem zwischen DVP und SPD wirtschafts- und sozialpolitische Spannungen, an denen die große Koalition zerbrach[2]). Am 27. März 1930 erklärte das Kabinett Müller-Franken seinen Rücktritt. Damit war die nach dem Wahlergebnis von 1928 einzig denkbare parlamentarische Regierungskonstellation gescheitert. Schon drei Tage später wurde unter starker Mitwirkung des Reichspräsidenten das neue Kabinett Brüning gebildet. Aber es stützte sich nur auf eine Minderheit im Parlament, die Fraktionen des Zentrums, der DVP, DDP und Wirtschaftspartei, sowie die ersten deutschnationalen Sezessionisten. Deshalb trug es mehr den Charakter einer Fachregierung. Auf ausdrücklichen Wunsch Hindenburgs übernahm Schiele das Landwirtschaftsministerium, obwohl er damals noch Mitglied der deutschnationalen Fraktion war. Sein Vorgänger, der Demokrat Dietrich, leitete jetzt das Wirtschaftsministerium. Hieran wurde deutlich, wie sehr die scheinbar unüberbrückbaren agrar- und außenhandelspolitischen Gegensätze früherer Jahre zwischen den zur Verantwortung bereiten Kräften von rechts und links durch die unmittelbaren Erfordernisse der Krisensituation relativiert worden waren.

Die inneren Schwierigkeiten der Deutschnationalen vergrößerten sich durch diese Konstellation weiter. Hugenberg beharrte auch gegenüber der neuen Regierung auf dem Prinzip der strikten Opposition; ihm wurde vor allem von

[1]) Zu den Ursachen und Phasen der Weltwirtschaftskrise siehe K. D. Bracher, a.a.O., S. 208 ff.; A. Predöhl, Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929—1931, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1953, Nr. 1; W. Grotkopp, Die große Krise, Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise, Düsseldorf 1954.

[2]) Einzelheiten bei H. Timm, a.a.O., S. 149 ff., und K. D. Bracher, a.a.O., S. 296 ff.

den Schiele verbundenen Agrariern widersprochen. Eine Vorstandssitzung der Partei zeigte am 25. April diese Differenzen deutlich; doch standen 80 Prozent der Landesverbandsvertreter hinter dem Parteivorsitzenden[1]). Im Juli kam es nach einer Abstimmung über die Aufhebung der ersten Notverordnung zum Bruch. Sieben weitere Abgeordnete, unter ihnen Graf Westarp, Schiele und Schlange-Schöningen verließen am 22. Juli die Reichstagsfraktion. Am 8. August folgten ihnen 7 Mitglieder des Preußischen Landtages, darunter der Schleswiger Bauer Bundtzen, Langstedt. Die Ausweitung der deutschnationalen Opposition auch auf die Regierungsbeschlüsse zugunsten der Landwirtschaft war der letzte Anlaß für ihren Schritt[2]).

Brünings energische, tiefeinschneidende Maßnahmen zur Lösung der Finanzkrise begegneten im Parlament und bei den vor allem getroffenen Mittelschichten wachsender Kritik. Als sein rigoroses Spar- und Steuerprogramm keine Mehrheit fand, ließ er es durch eine präsidiale Notverordnung in Kraft setzen. Ihrer Aufhebung durch eine knappe Majorität am 18. Juli folgte die Auflösung des Reichstages.

In diesen 4 Monaten hatte Schiele eine Reihe agrarpolitischer Maßnahmen einleiten können, die manche Hoffnungen weckten. Bereits im Mai und Juli 1929 waren von agrarischen Abgeordneten im Reichstag Anträge zur Erhöhung mehrerer Tarife, vor allem für Getreide, eingebracht[3]). Am 22. Dezember verabschiedete das Plenum eine entsprechende Vorlage. Für die Regierung hatte Hilferding zuvor betont, daß eine Zollerhöhung zu verantworten sei, wo die Produktionskosten nicht mehr gedeckt würden. Die Vorbehalte der SPD gegenüber den agrarischen Forderungen wurden jedoch wieder stärker akzentuiert, als sie im März 1930 in die Opposition kam, ohne daß sie auf die frühere Linie der Ablehnung jedes agrarischen Zollschutzes zurückging. Schiele konnte am 7. April, also bereits wenige Tage nach Bildung des Kabinetts Brüning, eine Vorlage zum Schutz der Landwirtschaft[4]) einbringen. Sie sah u. a. eine Ermächtigung für die Regierung vor, den Zollsatz für Roggen und Weizen auf einen Preis von 230 RM bzw. 260 RM pro Tonne zu regulieren, dazu, falls nötig, die Tarife für Gerste und Hafer entsprechend zu beeinflussen und einen Mindestpreis für Schweine zu sichern. Schon am 14. April verabschiedete der Reichstag dieses Gesetz. Außer SPD, KPD und der Mehrheit der Demokraten versagte auch die NSDAP ihm ihre Zustimmung. Während SPD und DDP vor allem gegen die weitgehenden Ermächtigungen verfassungsrechtliche Bedenken hegten[5]), bezeichneten die Nationalsozialisten die Hilfsmaßnahmen als unzureichend. In einem großen Referat stellte Schiele am 23. Juni vor dem Reichstag neben der

[1]) Schulthess, S. 115.

[2]) Schulthess, S. 184.

[3]) H. Kretschmar, a.a.O., S. 73 ff.; Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates, 1930, S. 306 ff.

[4]) Schulthess, S. 101.

[5]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 335 ff.

gesunden Bildung von Eigenkapital und der Eindämmung der Landflucht vor allem eine agrarwirtschaftliche Intensivierung und stärkere Besiedlung des Ostens als vordringlichste Aufgabe in den Vordergrund. Viele der eingeleiteten Aktionen kamen allerdings durch die Reichstagsauflösung und den heftigen Wahlkampf im Spätsommer ins Stocken. Insbesondere führte die weitere Verschärfung der ökonomischen Krise und das Absinken der Konsumkraft zu einem empfindlichen Preiseinbruch im Bereich der Viehwirtschaft[1]). Hier setzte bald die Kritik von veredelungswirtschaftlich orientierten Kreisen ein. Sie verwiesen auf die starke Verteuerung der Futtermittel[2]) durch die neuen zollpolitischen Maßnahmen und fanden vor allem in Kreisen der DDP und SPD parlamentarische Unterstützung. Den Vorsitz eines im Juli in Bremen gegründeten Dachverbandes für bäuerliche Veredelungswirtschaft übernahm der demokratische Abgeordnete Tantzen[3]).

Auch die scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen vor den Septemberwahlen führten zu einer Lockerung im Gefüge der „Grünen Front"[4]). Schiele stellte sich nach seinem endgültigen Bruch mit Hugenberg der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei als Spitzenkandidat zur Verfügung und führte ihr andere namhafte Landbundvertreter zu. Die Mehrzahl der Landesorganisationen blieb jedoch unter deutschnationaler Leitung, während in der Mitgliederschaft die Nationalsozialisten schnell an Boden gewannen. Im Oktober zog Schiele die Konsequenz aus dem für die Regierung und vor allem für seine Liste[5]) enttäuschenden Wahlergebnis. Er blieb als reiner Fachminister im Kabinett Brüning und legte sowohl sein Reichstagsmandat wie das Präsidium des Landbundes nieder. Sein Nachfolger, der deutschnationale Graf Kalckreuth, schwenkte als Gefolgsmann Hugenbergs sofort auf die radikale oppositionelle Linie ein, die ganz den propagandistischen Absichten der NSDAP entsprach. So hatte Schiele bei seinem Bemühen, unter dem düsteren Vorzeichen der Weltwirtschaftskrise reale politische Lösungen für die Landwirtschaft zu finden, bald keinen persönlichen Rückhalt bei einer Partei oder einer tragenden wirtschaftlichen Organisation mehr. Vielmehr wuchs die erbitterte Kritik des Verbandes, den er bis zur Übernahme seines verantwortlichen Staatsamtes durch Jahre

---

[1]) Der Großhandelspreis für 50 kg Ochsen und Schweine, der im Juni von 1925 bis 1929 in Berlin durchschnittlich bei 60,40 RM bzw. 72,40 RM gelegen hatte, betrug im Juni 1930 nur noch 53,30 RM bzw. 55,70 RM (nach „Wirtschaft und Statistik", Statistisches Reichsamt, 1932, S. 434).

[2]) Der „Wirtschaftsdienst" vom 6. Februar 1931 weist nach, daß zu diesem Zeitpunkt die Inlandpreise für Weizen, Roggen und Gerste um weit mehr als das Doppelte über die Importangebote angehoben waren (268:123 RM bei Weizen, 160:45 RM bei Roggen und 190:66 RM bei Gerste).

[3]) Siehe „SHB" 1930/Nr. 31.

[4]) H. Kretschmar, a.a.O., S. 84 ff.; E. Topf, a.a.O., S. 125 ff., 219 f.

[5]) Schiele war der Landvolkpartei nie als Mitglied beigetreten, obwohl er für sie kandidierte.

selbst geleitet hatte, weiter an[1]). Bald rückten die Fragen der Osthilfe in den Mittelpunkt eines vor allem hinter den Kulissen erbittert geführten Kampfes. Hier überkreuzten sich nach wie vor[2]) die auf allmähliche Umformung der Agrarstruktur gerichteten Pläne der preußischen Regierung mit den strikt konservativen, auf Besitzerhaltung orientierten Forderungen des Landbundes. Die Einschaltung der preußischen Instanzen bei der Durchführung von Kredithilfen und des Vollstreckungsschutzes begegneten deshalb heftigster Opposition[3]).

Die politischen Wandlungen des Jahres 1929 wirkten sich in Schleswig-Holstein auch auf die Verhandlungen um die berufsständische Organisationsweise des Bauerntums aus. Der frühere große Einfluß der Verbände auf die Meinungsbildung ihrer Mitglieder war seit 1928 stark zurückgegangen. Wir haben gesehen, welche Wirkungen die Landvolkbewegung über einen längeren Zeitraum an ihnen vorbei ausübte. Vom Winter 1928/29 an erfaßte dann die NSDAP große Teile der Landbevölkerung ungleich unmittelbarer und fester als jemals eine politische Partei zuvor. Am Ende des ereignisreichen Jahres 1928 standen — wie erinnerlich — trotz aller Einigungsbemühungen wieder drei Verbände nebeneinander[4]). Das Gewicht verlagerte sich im Winter und Frühjahr 1929 mehr und mehr zum neuen Bauernbund Köhlers und Tönnsens. Weitere Kreisgruppen des Bauernvereins schlossen sich ihm ganz oder in ihrer Mehrheit an; auch der Landbund verlor Mitglieder[5]). Einigungsgespräche zwischen dem Bauernbund und Bauernverein wurden fast das ganze Jahr 1929 hindurch geführt[6]), obwohl es mehrfach zu scharfen Kontroversen in der Öffentlichkeit kam. Nach dem Scheitern der ersten Verhandlungen hatte der Bauernverein im Frühjahr 1929 seine eigene Tätigkeit in den Kreisen wiederaufgenommen. Am 10. März erläuterten seine Vorsitzenden, Stamerjohann und Lübke, diesen Beschluß auf einer Versammlung in Mölln[7]). Vor allem die ungeklärte Frage des Spitzenanschlusses, der zu starke Einfluß von getreidewirtschaftlich orientierten Großgrundbesitzern im Landbund und seine einseitige politische Bindung wurden hierbei wieder herausgestellt. Man stützte sich jetzt in erster Linie auf die Organisation des früheren Kleinbauernverbandes[8]). Dazu kamen aber vor allem in Segeberg, Pinneberg, Bordesholm und Eckernförde einige mittel- und großbäuerliche Gruppen. Bei ihnen waren entweder wirtschaftspolitische Gründe oder die Ab-

---

[1]) Siehe S. 167 f. dieser Arbeit.

[2]) Siehe S. 74 dieser Arbeit.

[3]) H. Kretschmar, a.a.O., S. 80.

[4]) Siehe S. 120 dieser Arbeit.

[5]) „SHB", 1929, Nr. 1, 32, 46.

[6]) Der „SHB", 1929, Nr. 25, zählt für die Zeit von November 1928 bis April 1929 9 Sitzungstermine auf. Im September schien nochmals eine Lösung greifbar nahe zu sein.

[7]) „SHB", 1929, Nr. 11.

[8]) So konstituierte sich in Mölln der frühere „Lauenburger Kleinbauern-, Siedler- und Pächterbund" als Kreisgruppe Lauenburg des Bauernvereins.

lehnung der gesamtpolitischen Tendenzen von NSDAP, Landvolkbewegung und DNVP ausschlaggebend. Bald gab es heftige Kontroversen mit den Nationalsozialisten, die den Verband und seine führenden Mitglieder vor allem nach den Provinziallandtagswahlen im November scharf attackierten[1]). Während die NSDAP mit 71380 Stimmen und 7 Mandaten hierbei einen großen Erfolg errungen hatte[2]), kam die „Bauernliste" des Bauernvereins nur auf 17748 Stimmen. Bauernbund und Landbund hatten die bürgerliche Gemeinschaftsliste „Heimat und Wirtschaft" unterstützt, die 177658 Wähler und 16 Mandate auf sich vereinte.

Im Anschluß an diese Wahl wurden die Gespräche zwischen Bauernbund und Landbund intensiviert. Der wachsende Einfluß der Nationalsozialisten in den örtlichen Gliederungen und das gemeinsame Vorgehen von NSDAP und DNVP beim Youngplanvolksbegehren wirkten in dieser Richtung mit. Am 22. Dezember veröffentlichten die Vorstände beider Verbände eine Erklärung, in der sie die bevorstehende Fusion ankündigten. Sie wurde im Januar 1930 durch Beschlüsse der Vertreterversammlung vollzogen[3]). Der neue Verband erhielt den Namen „Land- und Bauernbund". Offizielles Organ wurde die seit dem 1. April 1929 herausgegebene Wochenschrift „Schleswig-Holsteinischer Bauernbund". Dem Bauernverein stellte man den Beitritt anheim. Doch waren weitere Verhandlungen von vornherein aussichtslos, da die aus dem Landbund kommenden Gruppen nur einem Spitzenanschluß beim Reichslandbund zustimmen wollten[4]).

Das Schwergewicht in der verbandspolitischen Vertretung des schleswig-holsteinischen Bauerntums lag jetzt eindeutig bei dem Land- und Bauernbund mit seinen über 30000 Mitgliedern. Seine Führung war in den Händen eines dreiköpfigen engeren Vorstandes, dem Tönnsen und Köhler vom Bauernbund und Graf Kielmannsegg vom Landbund angehörten. Tönnsen verblieb trotz der zunehmenden Radikalisierung in den Lokalorganisationen zunächst bei dem gemäßigten Kurs, den er bereits seit der Gründung des Bauernbundes verfolgt hatte. Er setzte auf die Bildung der Regierung Brüning und besonders die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Schieles sehr weitgehende Hoffnungen[5]). Vor den Reichstagswahlen 1930 wurde die Neutralität des Verbandes im Rahmen der bürgerlichen und rechtsorientierten Parteien betont[6]). Köhler stellte im Sommer sein Vorstandsamt zur Verfügung, um als Spitzenbewerber für die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei Schleswig-Holsteins zu kandidieren[7]) und damit die Linie Schieles auch wahlpolitisch zu vertreten.

---

[1]) „SHB", 1930, Nr. 31.

[2]) „SHB", 1929, Nr. 47; „Bauernbund", 1929, Nr. 36.

[3]) „Bauernbund", 1929, Nr. 39, 1930, Nr. 3; „SHB", 1929, Nr. 40.

[4]) „SHB", 1929, Nr. 52.

[5]) „Bauernbund", 1930, Nr. 14, 15, 34.

[6]) „Bauernbund", 1930, Nr. 35.

[7]) „Bauernbund", 1920, Nr. 36.

Stamerjohann hatte im April enttäuscht den Vorsitz des Bauernvereins niedergelegt[1]). Sein Nachfolger wurde Iversen, Munkbrarup. Neben ihm prägte vor allem der eigenwillige, kämpferische Hauptgeschäftsführer Otto Schulze die Arbeit des Verbandes. Es gelang, eine Organisation von etwa 5000 Landleuten zusammenzuhalten und die Mitglieder über die in früheren Jahren aufgebauten Verbandsgenossenschaften wirtschaftlich zu fördern. Trotzdem war der Bauernverein eindeutig zur Rolle einer Minderheitengruppe verurteilt, die immer schärferen Anfeindungen ausgesetzt war[2]).

Die NSDAP vermochte bis zum Frühjahr 1930 in fast allen Kreisen der Provinz organisatorisch Fuß zu fassen. Dann kam es in der Mitte des Jahres durch die Sezession der sozialrevolutionären Strassergruppe[3]) auch in Schleswig-Holstein für sie zu einer ernsten Belastungsprobe. Im Herbst 1929 war es erstmals an der Westküste zu Zwistigkeiten zwischen dem mit Strasser befreundeten Vorsitzenden des NSDAP-Bezirks Albersdorf, Tierarzt Dr. Grantz, und Lohse gekommen[4]). Nachdem Strasser am 3. Juli 1930 seinen Austritt aus der NSDAP erklärt und in Berlin zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Revolutionärer Nationalsozialisten" aufgerufen hatte[5]), wurde Itzehoe zu einem Zentrum für die Arbeit seiner Anhänger in Schleswig-Holstein. Hier war Bodo Uhse als Hauptgeschäftsleiter des NSDAP-Organs bereits seit Anfang 1929 mit radikal sozialistischen und antibürgerlichen Ideen hervorgetreten. Er versuchte jetzt seinen im Vorjahr gescheiterten Plan einer Verbindung mit den Resten der Landvolkbewegung — sowohl den Freunden Heims wie der Gruppe Hamkens — erneut zu verwirklichen, wurde jedoch am 16. Juli aus der Partei ausgeschlossen[6]).

Schon in den letzten Maitagen war bei vertraulichen Besprechungen in Berlin der Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung der nationalsozialistischen Opposition und anderer nationalrevolutionärer Kräfte vorbereitet worden[7]). Hierbei fand sich ein Kreis interessanter Persönlichkeiten, von Otto und Gregor Strasser, Graf von Reventlow und Bodo Uhse bis zu Ernst Jünger und Ernst Niekisch zusammen. Über die Gruppe „Sozialrevolutionärer Nationalisten" Karl Otto Paetels bestanden auch gute Kontakte zu kommunistischen Oppositionskreisen und unzufriedenen Sozialdemokraten. Doch kam diese Gruppierung nach dem Bruch Otto Strassers mit der NSDAP-Führung nicht zur vollen, einheitlichen Entfaltung. Nur ein Teil seiner Gesprächspartner folgte ihm. Die

[1]) „SHB", 1930, Nr. 18.

[2]) Siehe S. 168 f. dieser Arbeit.

[3]) Zur Strasserkrise siehe O. Strasser, Hitler und ich, Konstanz 1948, S. 122 ff., und die Unterlagen in: 309/22576 („Die nationalsozialistische Opposition", 1929 bis 1932).

[4]) Bericht Landrat Süderdithmarschen, 27. November 1929, in: 309/22998.

[5]) „Vossische Zeitung", 4. Juli 1930, Nr. 158.

[6]) „Rendsburger Tageblatt", 17. Juli 1930, Nr. 165.

[7]) Siehe hierzu das vertrauliche Rundschreiben der „Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten" vom Juni 1930 in: 309/22576 und K. O. Paetel, Der deutsche Nationalbolschewismus 1918—1932, in „Außenpolitik" 1952, Nr. 4, S. 292 ff.

Hitlerpartei behielt die Initiative und ging sofort rücksichtslos gegen die ersten Sezessionisten vor.

In Schleswig-Holstein splitterten vor allem in Süderdithmarschen und Steinburg insgesamt etwa 800 Mitglieder ab, unter ihnen der Steinburger Kreisleiter, Schlossermeister Niemann, Lockstedter Lager, und Dr. Grantz[1]). Dieser hatte bereits am 3. Juni mit 130 Personen eine „Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft" für eine „innere Bereinigung" der Bewegung gegründet[2]). Doch kam es auch hier nicht zu einer festen Organisationsbildung. Eine am 11. Juli von Grantz nach Albersdorf einberufene Versammlung mit Major Buchrucker als Referenten wurde von zusammengezogenen SA-Abteilungen gesprengt[3]); bei einer Schlägerei gab es mehrere Verletzte. Auch an anderen Orten wurden Gründungsversuche durch Drohungen und Terror vereitelt. Die besitzfeindlichen Parolen der „sozialistischen Revolution" und die von der NSDAP propagandistisch wirksam angegriffenen Kontakte zu linksradikalen Kreisen belasteten die Strassergruppe ohnehin im Bauern- und Bürgertum. Hierdurch fühlten sich auch Hamkens und seine Freunde zur Zurückhaltung bewogen[4]). Eine Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft war am 13. September in Albersdorf in Anwesenheit Strassers nur von 50 Personen besucht[5]). Die auf verschiedenen Veranstaltungen ausgegebene Parole der Wahlenthaltung besaß wenig Zugkraft. Die NSDAP büßte zwar durch diese Auseinandersetzungen in einigen Landgemeinden Süderdithmarschen gegenüber 1928 Stimmen ein[6]); dennoch hatte die Krise weder auf ihre organisatorische Entwicklung noch auf das Gesamtwahlergebnis nennenswerte Auswirkungen.

Bodo Uhse und Bruno v. Salomon zogen Ende des Jahres die Konsequenzen aus diesem Fehlschlag. Sie schlossen sich dem kommunistisch orientierten „Reichsbauernbund" und wenig später auch der KPD an[7]).

Die Mitgliederzahlen der NSDAP Schleswig-Holsteins lagen nach den Berichten der Landräte am 1. Dezember 1929 bei 10400[8]), davon fast 3000 in

---

[1]) Polizeipräsident Kiel, 11. Juli 1930, in: 309/22998.

[2]) „VZ", 7. Juni 1930, Nr. 131; „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung", 14. Juni 1930, Nr. 138, 18. Juni 1930, Nr. 141.

[3]) „Rendsburger Tageblatt", 15. Juli 1930, Nr. 163.

[4]) Polizeipräsident Altona, 25. Oktober 1930, in: 309/22576.

[5]) Landjägereiposten Albersdorf, 15. September 1930, an Landrat Süderdithmarschen, in: 309/22576.

[6]) Polizeipräsident Altona, 25. Oktober 1930, in: 309/22576.

[7]) Polizeipräsident Berlin, 22. November 1931, in: 309/22576. Siehe S. 175 dieser Arbeit.

[8]) In 309/22998 (ohne Eutin). Zwischen den eigenen Angaben der NSDAP und den amtlichen Ermittlungen lag begreiflicherweise eine gewisse Differenz. So behauptete die Partei bereits Ende Oktober 1929, daß sie 12000 Mitglieder in Schleswig-Holstein (einschließlich Eutin) zähle. Die Berichte der Landräte beruhten auf Meldungen der Gemeindevorsteher, Landjäger und Beamten der Landeskriminalpolizeistellen. Dennoch mögen kleine Gruppen, vor allem Einzelmitglieder, nicht erfaßt worden sein. Andererseits neigte die NSDAP aus propagandistischen Gründen zu Übertreibungen in ihren zahlenmäßigen Erfolgen.

Dithmarschen. Eine genauere Aufgliederung der stärksten Kreisorganisation, Süderdithmarschen, für den Stand vom 1. Mai 1929 ergab, daß zu dieser Zeit 19 Ortsgruppen auf der Geest mit fast 1200 Mitgliedern nur 5 auf der Marsch mit 230 Mitgliedern gegenüberstanden[1]). Diese Relation entsprach der bereits im Vorjahr bei den Reichstagswahlen sichtbar gewordenen Differenz. Von den 24 Ortsvorsitzenden waren 18 Bauern und Landwirte. Dazu kamen je ein Tierarzt (Dr. Grantz), Kaufmann, Handwerker und Rentner sowie zwei Funktionäre ohne Berufsangabe. Am 1. März 1930 waren 12200, am 1. September — trotz der Einbußen im Sommer — über 14000 Mitglieder gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr lag das Schwergewicht der Ausweitung in den Marschgebieten der Westküste, in Ostholstein und in den schleswigschen Grenzbezirken. Südtondern und Plön berichteten am 1. März erstmals von vier bzw. zwei Ortsgruppen mit etwa 100 bzw. 70 Mitgliedern. Bis zum 1. September verdoppelten sich diese Zahlen. Segeberg verzeichnete im Frühjahr 164, Lauenburg 464, Eckernförde 120, Flensburg 56 (im Herbst 160) Mitglieder. So war vor der Reichstagswahl in fast allen Kreisen der Provinz die organisatorische Plattform für eine großangelegte Propagandawelle vorhanden. Trotz der hochsommerlichen Jahreszeit führten die schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten in wenigen Wochen über 1000 Versammlungen und Aufmärsche durch.

Dem hatten die bürgerlichen Parteien nicht mehr viel entgegenzusetzen. Alle drei aus der deutschnationalen Sezession entstandenen Gruppen traten in Schleswig-Holstein auf. Sie waren im Frühsommer in Kiel und Rendsburg von kleinen Kreisen gebildet worden und verfügten über keine nennenswerte zahlenmäßige Basis. Die Landvolkpartei stellte neben Köhler u. a. den früheren Deutschnationalen Graf Brockdorff-Ahlefeldt (Ascheberg) und den aus der Bauernvereinsarbeit vor 1929 bekannten Angelner Hofbesitzer Thomsen, Schnarup, heraus. Die Listen der Konservativen Volkspartei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes waren vor allem durch städtische Kandidaten bestimmt.

An ländliche Wähler appellierte der im August von einer Handvoll Mitgliedern des Bauernvereins erneut gegründete Provinzialverband der Deutschen Bauernpartei, die im Reich mit der Deutschen Bauernschaft eng verflochten war. Hier kandidierten u. a. Friedrich Wilhelm Lübke, Augaard und Heinrich Leu, Söby (Eckernförde).

So zersplitterte sich auch die Führungsgruppe der hart bedrängten bäuerlichen Minderheitenorganisation wahlpolitisch auf drei Parteien: Zur DVP und Deutschen Staatspartei kam die Bauernpartei. Insgesamt waren im Wahlkreis Schleswig-Holstein 28 Listenvorschläge eingereicht worden. Von ihnen kamen am 14. September nur 5 zum Zuge.

Der große Gewinner dieses Tages war auch in der Provinz die NSDAP. Ihr Erfolg übertraf noch die Erwartungen der eigenen Führung[2]). 240288 Wähler

[1]) Landrat Süderdithmarschen an Regierungspräsidenten, 4. Mai 1929, in: 309/22998.

[2]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 366 ff.

bedeuteten fast eine achtfache Zahl gegenüber dem Mai 1928 und mit 27% aller Stimmen einen erheblich höheren Anteil als im Reichsdurchschnitt[1]). In den ländlichen Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern kam sie sogar auf 35,1%, in den größeren Orten auf 23,2%. In den Landbezirken schnitt sie wieder in der Geest am besten ab (45,9%); die Marsch folgte in nur noch geringem Abstand (41,2%), während demgegenüber Ostschleswig und -holstein noch spürbar abfielen (24,3%). Dies war sowohl auf die stabile Position der Linksparteien in den Gutsbezirken Ostholsteins wie auch dem relativ geringen NSDAP-Anteil in der von ihr bisher wenig erschlossenen bäuerlichen Landschaft Angeln (24,6%)[2]) zurückzuführen. Hier wirkten sich noch deutlich die Arbeit des Ordens und der Reichsvereinigung aus. Neben dem tiefen Einbruch in die bäuerliche Bevölkerung trugen hauptsächlich die Mobilisierung eines neuen großen Reservoirs an früheren Nichtwählern und erstmals wahlmündigen Jugendlichen zum Erfolg der NSDAP bei. Die Wahlbeteiligung stieg in der Provinz gegenüber 1928 von 80 auf 90%.

Von den anderen Parteien hatte die DNVP die stärksten Einbußen zu verzeichnen. Sie sank mit 54569 Stimmen (6,1%) auf weniger als ein Drittel der Wähler und fast ein Viertel ihres Prozentsatzes von 1928 ab. In den ländlichen Gemeinden[3]) kam sie noch auf 7,9, in den größeren Orten auf 5,3%. Besonders wurde sie in den Dörfern der Marsch (5,3%) und der Geest (3,7%) dezimiert. Aber auch in den Landbezirken der Ostküste erreichte sie nur noch ein Drittel des Anteils von 1928 (10,9%). Am katastrophalsten waren die Verluste in den westlichen Bezirken. In den Kreisen Husum und Norderdithmarschen, die 1921 Hochburgen der Partei gewesen waren[4]), kam sie noch auf knapp 5% aller Stimmen[5]).

Die Neugründungen der Sezessionisten vermochten lediglich einen Teil dieser Wähler aufzufangen. Die Landvolkpartei erhielt mit 33866 Stimmen (3,8%) keinen Sitz. In den Landgemeinden fiel nur jede zehnte Stimme auf sie (10,7%)[6]). Einige nördliche von der NSDAP wenig erfaßte Bezirke brachten ihr wesentlich günstigere Ergebnisse; dagegen war sie in den nationalsozialistischen Hochburgen der Westküste und in Südholstein erfolglos. Einem Anteil von 20,8% in den Dörfern der Landschaft Angeln standen 8,02% in den Landgebieten Segebergs, dem Heimatkreis Köhlers, gegenüber. Einen gewissen regionalen Erfolg erzielte auch der Christlich-Soziale Volksdienst in Angeln mit 4,8%[7]) bei 16643 Stimmen

---

[1]) Einzelergebnisse siehe in „Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930" in: Statistik des Deutschen Reiches, Band 382, Berlin 1932, ferner R. Heberle, Manuskript, S. 95 und 99.

[2]) Nach Heberle, Manuskript, S. 98 c.

[3]) Entsprechend der früheren Aufgliederung bis zu 2000 Einwohnern.

[4]) Siehe S. 53 ff. dieser Arbeit.

[5]) Husum: 1068 von 20524 Stimmen, Norderdithmarschen: 812 von 20305 Stimmen gegenüber noch 4567 (26,2%) bei der Landtagswahl 1928.

[6]) Davon in der Geest 14,2, in der Marsch 7, in Ostschleswig und -holstein 10,2%.

[7]) In den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern.

und einem Gesamtanteil von nur 1,9% in der Provinz. Die Konservative Volkspartei lag mit 17969 Stimmen (2%) ebenfalls weit abgeschlagen im Feld. Immerhin hatten die sezessionistischen Gruppen in ihrer Gesamtstimmenzahl die DNVP noch weit überrundet. Durch ihre Uneinigkeit und das Fehlen einer organisierten Anhängerschaft bestand allerdings kaum Aussicht, an örtliche Erfolge mit einer systematischen Arbeit anzuknüpfen.

Auch die Deutsche Volkspartei erlitt starke Verluste. Sie kam noch auf 64473 Stimmen (7,3%), davon 8,4% in den städtischen und 4,8% in den ländlichen Bezirken[1]).

Die Deutsche Staatspartei erreichte mit 42154 (4,7%) trotz der stärkeren Wahlbeteiligung nicht den Stand der DDP von 1928. Gleich ihr hatte die Wirtschaftspartei durch den Ruck zur NSDAP Einbußen zu verzeichnen. 35716 Stimmen (4%) reichten ebenfalls nicht für ein Mandat. Völlig erfolglos war die Bauernpartei mit 3317 Wählern.

Ziemlich konstant blieb der Block der Linken. Die allgemeine Radikalisierung wirkte sich hier in der Abwendung einiger sozialdemokratischer Wählergruppen zur KPD aus. Diese vermochte bei einem Gesamtergebnis von 94329 Stimmen (10,6%) ihren Anteil sowohl in den städtischen Bezirken (13,1%) wie auch in den ländlichen Gemeinden (5,8%) zu erhöhen. Besonders stark war der Anstieg in den Dörfern der Marsch (8,3%), doch auch in den Landbezirken der Geest (3,2%) und der Ostkreise (4,9%) konnten die Kommunisten Gewinne verzeichnen.

Die Sozialdemokraten behaupteten mit 265349 Wählern (29,8%) nicht ganz ihre numerische Stärke von 1928 und gingen infolge der größeren Beteiligung vor allem relativ zurück. Immerhin blieben sie mit knappem Vorsprung die stärkste Partei. In den Orten bis zu 2000 Einwohnern kamen sie auf einen Anteil von 22,8%, in den größeren Gemeinden auf 33,1%.

Auch in der personalen Vertretung der Provinz trat durch diesen Wahlausgang eine starke Verschiebung ein. Die vier sozialdemokratischen Abgeordneten kehrten sämtlich wieder. Für die NSDAP zogen der 35jährige Kieler Amtsgerichtsrat Dr. Franzen[2]), der 33jährige Journalist Meyer-Quade, Schleswig, der 38jährige Hofbesitzer Thormählen, Strohdeich (Steinburg) und der 29 Jahre alte Altonaer Arbeiter Bruno Stahmer in den Reichstag ein. Die DNVP war nur noch durch Dr. Oberfohren vertreten, die DVP erstmals durch den angesehenen einstigen Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei[3]) Dr. Schifferer, Neuwittenbek (Eckernförde). Die Kommunisten entsandten ihren preußischen Landtagsabgeordneten Christian Heuck aus Itzehoe in das Reichsparlament.

Nach diesem Wahlergebnis gewann die Regierung Brüning in noch stärkerem

---

[1]) Bis zu 2000 Einwohnern.

[2]) Franzen wurde bereits im Oktober 1930 als nationalsozialistischer Minister nach Braunschweig berufen. Sein Mandat übernahm der 28jährige Martin Matthiessen, Meldorf.

[3]) Siehe S. 21 dieser Arbeit.

Maße den Charakter eines Fachkabinetts[1]). Die sozialdemokratische Opposition fand sich jetzt mit dem System der Notverordnungen ab und verzichtete darauf, eine Regierungskrise herbeizuführen, weil eine Alternative bei den neuen Mehrheitsverhältnissen praktisch nicht mehr bestand. Am 25. November zog die Wirtschaftspartei Justizminister Dr. Bredt aus dem Kabinett zurück; schon im Juni hatte Finanzminister Prof. Moldenhauer (DVP) demissioniert. Brüning setzte seine rigorose Sparpolitik fort, die mit der Kürzung von Gehältern, Subventionen und sozialen Leistungen vor allem in den mittelständischen Gruppen Proteste hervorrief. Reichsfinanzminister Dietrich mußte dennoch am 14. Januar 1931 erklären, daß für das laufende Haushaltsjahr mit einem Defizit von 900 Millionen zu rechnen sei[2]).

Schiele vermochte trotz dieser düsteren Gesamtlage weitere Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft durchzusetzen. Eine Notverordnung vom 1. Dezember brachte wesentliche Vereinfachungen und Erleichterungen bei der steuerlichen Veranlagung[3]), am 28. Januar 1931 folgte die Ankündigung neuer Schritte zur Zinsverbilligung, am 5. März wurde der Roggenzoll von 150 auf 200 RM pro Tonne erhöht. Am 26. März fand das Osthilfegesetz im Reichstag eine große Mehrheit[4]). Es sah in erster Linie eine Erweiterung der Umschuldungsmaßnahmen vor. Die Mittel kamen größtenteils vom Kapitalmarkt und wurden zu stark ermäßigten Zinssätzen von den staatlichen Banken und Landstellen abgegeben.

Trotz aller Bemühungen war aber keine nennenswerte Besserung der landwirtschaftlichen Situation zu verzeichnen. Manche Zweige der Veredelungswirtschaft, vor allem die Gräserbetriebe, hatten neue empfindliche Rückschläge hinzunehmen. Die Preisschere zwischen agrarischen und industriellen Erzeugnissen öffnete sich bis zum Dezember 1931 noch weiter[5]). Dann brachten Zwangspreissenkungen der Regierung für gewerbliche Erzeugnisse eine geringfügige Entlastung. Die Auswirkungen der einschneidenden Kaufkraftminderung fast aller Schichten der Bevölkerung traf die Veredelungsbetriebe am stärksten, weil die ohnehin sehr spät eingeleiteten Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung und Standardisierung ergebnislos bleiben mußten, wenn die Verbraucher großenteils kaum noch die Grundnahrungsmittel bezahlen konnten. Die Not der Massenarbeitslosigkeit führte naturgemäß zu einer immer stärkeren Opposition gegen weitere Tarif- und Preissteigerungen. Schon im Februar 1931 setzte die SPD in einer Kampfabstimmung die Ausgabe eines zollfreien Gefrierfleischimportkontingents von

---

[1]) K. D. Bracher, a.a.O., S. 370 ff.

[2]) Schulthess, S. 12 (600 Millionen weniger Einnahmen infolge von Steuerrückgängen, 300 Millionen Mehrausgaben für die Erwerbslosenunterstützung).

[3]) Schulthess, S. 232.

[4]) Schulthess, S. 72 f. und 93.

[5]) Zu diesem Zeitpunkt lag der Preisindex (1913 : 100) für industrielle Fertigwaren bei 127,2, pflanzliche Nahrungsmittel 117,6, Vieherzeugnisse 99,2 und Schlachtvieh 71,8 (Wirtschaft und Statistik, Berlin 1932, S. 434).

50000 Tonnen in der Zollvorlage durch[1]). Daneben wuchs im Verlauf des Jahres mit der Krise der Veredelungsbetriebe die schon geschilderte Kritik an den hohen Sätzen für die auch als Futtermittel dienenden Getreidesorten[2]). Schiele kündigte im Frühjahr mehrfach entsprechende Maßnahmen an. Doch bezog ein Beschluß des Reichskabinetts vom 29. April auf zusätzliche Tariferhöhungen neben Schweinen u. a. auch Hafer und Futtererbsen in den Katalog ein.

Schon im Winter vollzog die Landvolkpartei, für die Schiele noch im September kandidiert hatte, ihre Schwenkung in die Opposition[3]). Am 7. Februar 1931 stimmte sie fast geschlossen[4]) einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung zu. Mit harten Worten verurteilte Schlange-Schöningen diesen Wandel seiner Freunde. Am 26. Februar rief er Schiele von der Tribüne des Reichstages zu[5]): „Sie sind derjenige Mann, der von der sogenannten ‚Grünen Front' auf diesen Platz gestellt worden ist. Ich bedauere aufs tiefste, daß sie vielfach von denselben Menschen ... angegriffen werden, mit einem geradezu erbarmungslosen Dilettantismus."

Schiele sah sich so mit dem ersten Halbjahr 1931 einer ständig wachsenden Kritik gegenüber, in die auch frühere Befürworter seiner Politik einschwenkten. Am 25. Februar appellierte er beschwörend an die deutsche Öffentlichkeit[6]): „Ich verstehe die schwarzen Fahnen der Verzweiflung und Empörung als schwere Krankheitssymptome der um das Leben ringenden Landwirtschaft. Ich werde meinen Platz aber so lange behaupten, als ich der Überzeugung bin, hier am besten der deutschen Landwirtschaft in unserem Vaterland zu dienen."

So beruhte das Kabinett Brüning auf der schmalen Basis des Vertrauens des Reichspräsidenten, der Tolerierung durch die betont distanzierte sozialdemokratische Opposition und der guten persönlichen Zusammenarbeit seiner Mitglieder. Außerhalb der Stammgebiete des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei fehlte die lebendige Verbindung mit der Bevölkerung, den meinungsbildenden politischen Elementen, weil keine kräftigen, in der Wählerschaft verankerten Organisationen für diese Mittlerrolle vorhanden waren[7]).

Diese Erscheinungen waren in der schleswig-holsteinischen Entwicklung deutlich ausgeprägt. Das Ergebnis der Septemberwahlen hatte nachhaltige Wirkungen auf die öffentliche Meinung und das Geschehen in der Provinz. Das wurde schon in dem Kommentar des Land- und Bauernbundes vom 21. Septem-

---

[1]) Schulthess, S. 58.

[2]) „Wirtschaftsdienst", 1931, Nr. 6, S. 233 f. Hier wird vor allem auf die ständigen Pressionen einflußreicher Landbundkreise zugunsten der Kornwirtschaft verwiesen.

[3]) Einzelheiten bei E. Topf, a.a.O., S. 219 f.

[4]) Bis auf Schlange-Schöningen und Baur, Schulthess, S. 32.

[5]) Schulthess, S. 57.

[6]) Schulthess, S. 55.

[7]) Vergleiche K. D. Bracher, a.a.O., S. 301.

ber sichtbar[1]). Die beiden Vorsitzenden, Tönnsen und Kielmannsegg, sprachen von einer „nationalen Schicksalswende" und erklärten, die Wahlen hätten erwiesen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer strikten Rechtsorientierung sich elementar durchgesetzt habe. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, es möge durch eine Wendung beim Zentrum der Weg für eine Regierung der Rechten frei werden.

Während hier also noch der Gedanke einer verfassungsmäßig verantwortlichen Regierung bei maßgeblicher Beteiligung der NSDAP anklang und Schiele für sein Wirken in „parlamentarisch schwer zu meisternder Zeit" Dank gesagt wurde, setzte sich bald eine radikale Tonart durch. Am 7. Dezember[2]) forderte das Verbandsorgan kategorisch den Rücktritt der Regierung Brüning. „Nach innen Zwang, nach außen Weichheit" sei das „Kainszeichen der beginnenden Diktatur der Mitte". Es gehe darum, durch „willensstarke nationale Führer" das seit der Revolution von 1918 bestehende System zu beseitigen, wobei offenblieb, ob hiermit die Regierungsmethoden der Republik oder ihre Staatsform selbst gemeint war.

Starke Verbitterung rief in der Provinz im Frühjahr 1931 die Entscheidung der Regierung hervor, entgegen einer Empfehlung des Reichsrates Schleswig-Holstein nicht in die Sondermaßnahmen der Osthilfe einzubeziehen[3]). Die Nationalsozialisten gewannen hierdurch eine besonders günstige Agitationsbasis. Sie übernahmen im Chor der allgemeinen Kritik an der Landwirtschaftspolitik mehr und mehr die Führung, knüpften jedoch gleichzeitig in den Notgebieten der bäuerlichen Veredelungswirtschaft geschickt an die alten Interessengegensätze gegenüber den ostelbischen Kornbauern deutschnationaler Prägung an.

Nach den Septemberwahlen 1930 fiel die endgültige Entscheidung in der NSDAP-Führung, auf die Gründung einer eigenen Landwirtschaftsorganisation zu verzichten[4]). Unter Leitung von Walter Darré wurde ein „Agrarpolitischer Apparat" der Partei aufgebaut, der über ein Netz an Vertrauensleuten die bestehenden Berufsverbände planmäßig infiltrieren sollte. Dieser Weg war nach dem Wechsel in der Führung des Landbundes sehr erleichtert und führte bei der größten Standesorganisation bald zu beträchtlichen Erfolgen, während die Bauernvereine und Bauernschaften weniger berührt wurden.

In Schleswig-Holstein konzentrierte sich die Aktivität der NSDAP ganz auf den Land- und Bauernbund; den Parteimitgliedern war die Mitgliedschaft im Bauernverein streng untersagt. Im Juli 1931 forderte die NSDAP ihre Anhänger

---

[1]) „Bauernbund", 1930, Nr. 38.

[2]) „Bauernbund", 1930, Nr. 49.

[3]) Schulthess, S. 72. Auch im „Wirtschaftsdienst" 1931, Nr. 21, findet sich eine sehr kritische Betrachtung über diese Entscheidung. Entweder müsse man die Maßnahmen auf die östlichen Grenzbezirke beschränken oder aber auf alle Notstandsgebiete des Reiches ausweiten.

[4]) Nach Auskunft von Martin Matthiessen, der im „Agrarpolitischen Apparat" der Partei die Geschäftsführung für Schleswig-Holstein wahrnahm.

formell auf, dem Land- und Bauernbund beizutreten, nachdem ihr, wie auch im Reich, verbindliche Zusagen über die Mitarbeit in den Vorständen und den klaren rechtsoppositionellen Kurs des Verbandes gemacht worden waren[1]). Damit hatten Tönnsen und Kielmannsegg die vom alten Bauernverein vor 1928 zum strikten Prinzip erhobene Freiheit von einseitigen politischen Bindungen preisgegeben. Wohl blieben zahlreiche Vorstandsämter in den Händen von deutschnationalen oder parteilosen Landwirten. Aber die politischen Äußerungen und Reaktionen des Verbandes unterlagen immer stärker dem dynamischen nationalsozialistischen Einfluß. Bereits im Winter 1930/31 wandte sich Otto Köhler mit einem Freundeskreis der Hitlerpartei zu; diese gewann nach den starken Preiseinbrüchen im Frühjahr 1931 auch unter den Landleuten Nordfrieslands und Angelns mehrere tausend Mitglieder.

Die Ohnmacht der bürgerlichen Parteien und die zermürbenden wirtschaftlichen Sorgen, die scheinbare Ausweglosigkeit der Situation, ließen die noch unorganisiert vorhandenen geistigen und politischen Widerstandskräfte gegen die ansteigende braune Flut mehr und mehr erlahmen. Die Propaganda der NSDAP war schon seit 1928 immer wieder davon ausgegangen, daß nur ein radikaler Wechsel im politischen System die Gesundung der Wirtschaft bringen könne. Am 10. November 1929 hatte der Kreisleiter von Eiderstedt, Rechtsanwalt und Bauer Otto Hamkens, im Provinziallandtag erklärt, es werde sicher wieder zu einer Krise kommen. Die Schwierigkeiten würden solange anhalten, bis ein wirklich grundlegender Wandel in den politischen Verhältnissen Deutschlands erfolgt sei[2]).

Das wirkungsvollste Motiv der Propaganda wurde so mehr und mehr der Hinweis auf das kommende „Dritte Reich", in dem das Bauerntum als „erster Stand" endlich von seinen Nöten befreit und geachtet sein sollte. Einzelforderungen, wie nach Wiederherstellung der Rentabilität durch Verminderung der Zinssätze und Produktionskosten, Vereinfachung und Verminderung der Steuern, Abbau der Handelsspannen und Senkung der Bodenpreise, gaben diesen Heilsversprechen vage wirtschaftspolitische Konturen.

Der Bauernverein behauptete sich auch nach dem Erdrutsch vom Herbst 1930 als Minderheitenorganisation. Aber seine politische Wirkung wurde durch die verwirrende Überlagerung der verfassungs- und wirtschaftspolitischen Fronten gemindert. Der Verband setzte seine heftige Opposition gegen die Futtermittel-

---

[1]) Der NS-Kreisleiter von Husum, Landmann Jebe, Ostenfeld, wurde bereits im Frühjahr in den Landesvorstand des Land- und Bauernbundes gewählt („Bauer", 1931, Nr. 10). — Hitler erklärte am 30. Juni auf einer großen Kundgebung in München: „Wir erkennen ohne weiteres die unbedingte Notwendigkeit einer starken wirtschaftspolitischen Organisation des Bauerntums an und fordern von unseren Parteigenossen, die Landwirte sind: ‚Tretet ein in den Landbund! Unbedingt wertvolle Kräfte arbeiten in dieser Organisation, die auch im 3. Reich gute Mitarbeit werden leisten können, wenn sie an der richtigen Stelle eingesetzt werden.'" („Bauernbund", 1931, Nr. 27.)

[2]) Verhandlungen des 70. Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtages 1929, Kiel 1929.

politik Schieles 1931 fort[1]), obwohl er sonst in einer Front mit den Kräften des Kabinetts Brüning gegen Hitler und Hugenberg stand[2]). Differenzen über Zoll- und Außenhandelsfragen führten neben persönlichen Spannungen im Juni 1931 zum Bruch mit der Reichsvereinigung der Bauernvereine[3]). Um die gleiche Zeit setzte sich auch der Land- und Bauernbund deutlicher von der zu starken Bevorzugung der Kornbauern durch Schieles Maßnahmen ab[4]). Dies wurde vom Bauernverein als eine verspätete Einsicht ironisch kommentiert[5]). Iversen versuchte in dieser Zeit der Verbitterung und des Wunschdenkens in eindringlichen Reden und Artikeln um Verständnis für die wahren Möglichkeiten und Bedingtheiten deutscher Politik zu werben. Am 28. Juni 1931 gelang ihm beim Knivsbergfest vor Tausenden von deutschen Nordschleswigern eine gültige Deutung der Gegenwart in ihren Aufgaben und Gefahren[6]): „30 Jahre sind vergangen, seitdem der Jubel eines dankbaren Volkes zum ersten Mal dies (Bismarcks) Standbild umbrauste. Das geeinte deutsche Reich war ein Land geworden, das unter Bismarcks Führung den Gang der Weltgeschichte mitbestimmte, das deutsche Volk, ein Volk von Weltgeltung. Eine blühende Wirtschaft, ein wachsender Wohlstand ließen ein kommendes Unheil nicht ahnen. Weit entfernt war dies Volk von Kriegslust und Katastrophenpolitik. Und Deutschlands Schuld war es nicht, daß durch den Tod Kaiser Friedrichs eine Generation übersprungen wurde, wo andere Völker bis zum Weltkrieg hin von dieser Generation führend bestimmt wurden. Daß diese Entwicklung und der außergewöhnliche Aufschwung Deutschlands eine spürbare Unsicherheit mit sich brachten, sein Drängen und Streben den umgebenden Völkern unbequem wurden, kann man vielleicht verstehen, das soll hier ruhig ausgesprochen werden. Aber Kriegslust und Kriegsabsicht lagen unserem Volke fern ... Wohl aber ist selbst im eigenen Land die unstete sprunghafte äußere und innere Politik nach dem Sturze des Reichsgründers als Unsicherheit empfunden und kritisiert worden. Auch dieser Landesteil Nordschleswig hat jene Politik verspürt, die wir als Volks- und Heimatgenossen nicht gebilligt haben und die in ihren letzten Auswirkungen den Dänen mit eine Handhabe gab, Ansprüche auf dieses Land zu erheben.

... Wenn wir die Entwicklung der letzten Jahre überblicken, dann will uns scheinen, daß eine Entspannung eingetreten sei, die von beiden Völkern (Deutschen und Dänen) zu begrüßen wäre. Es kann nur einer gesunden Entwicklung dienen, wenn aus dem Zustand gegenseitiger Rücksichtnahme allmählich eine unbefangene, fruchtbare Berührung entsteht. Der Weg wird weit und manches Hindernis zu beseitigen sein. Wo aber ein Wille ist, da ist auch ein Weg; wir

[1]) „SHB", 1931, Nr. 21.

[2]) „SHB", 1931, Nr. 3, 4, 5, 7 („Nazi-Lohse lügt"), Nr. 49 („Nazi-Lohse phantasiert").

[3]) „SHB", 1931, Nr. 26, 30 und 31.

[4]) „Bauernbund", 1931, Nr. 41 und 42.

[5]) „SHB", 1931, Nr. 44.

[6]) „SHB", 1931, Nr. 27 und 28.

meinen, daß man beiderseits um die Stärkung dieses Willens bemüht sein soll. Über dem Tor, das zur weiteren Verständigung führt, müssen aber die Worte stehen: Ehrlichkeit und Recht und Wahrheit.

... Europa steht an der Wende eines neuen Zeitalters. Aus einer solchen Katastrophe, wie wir sie erleben, wachsen neue Wirtschafts- und Lebensgesetze, bilden sich neue Verbindungen und entstehen neue Aufgaben. Kein Volk steht heute allein im Kampf um Arbeit und Lebensraum ...

Die Achtung vor dem Staat, die Freude am deutschen Volkstum muß neuen Auftrieb bekommen. Dieser Weg führt aber über strenge Selbstzucht; er endet nicht mit dem Absingen nationaler Lieder, sondern beginnt erst danach. Das nationale Fühlen und Denken hat überhaupt wenig mit äußeren Formen zu tun; es ist eine Sache des Herzens, der letzten und innersten Hingabe an die Nation.

Woran diese Zeit krankt, das ist der Mangel an Verantwortung dem Ganzen gegenüber. Erschwerend tritt der innere Zwiespalt hinzu; er ist das größte Hindernis für die kommende Neugestaltung des deutschen Volkes und Reiches. Ein oftmals gesprochenes Wort! Wer aber tiefer blickt, dem letzten Ringen der Kräfte nachgeht, dem bleibt es nicht verborgen, daß ein Teil des Volkes sich nicht lösen kann von dem Gedanken, die große Vergangenheit könne in derselben Form und Weise wiederkehren. Einem anderen Volksteil geht die Neugestaltung des Reiches, die Überwindung der tausend Schwierigkeiten zu langsam. Sollte man dieses Drängen und Stürmen nicht verstehen, wo Gewaltpolitik von außen und Parteigeist von innen Gesundung und Befreiung hemmen! Daß diese Verhältnisse zu erbitterten Kämpfen und oft fruchtlosen Auseinandersetzungen führen müssen, ist traurig, aber erklärlich. Über allem aber soll und muß stehen: das Reich; alles was wir denken und handeln im öffentlichen Leben, muß dieser einen Sorge unterworfen sein: was dient dem Volke, dem Vaterland, in dieser Zeit der großen Entscheidungen? Nur der geeinte Volkswille und die geschlossene Kraft der ganzen Nation! Stein, der große Staatsmann und Volksfreund, dessen 100. Todestag wir morgen gedenken, würde sagen: „Nur die Zucht aller Guten und Tapferen kann uns Rettung und Heilung bringen."

Solche Worte fand ein schleswig-holsteinischer Bauer in der Zeit der Verwirrung und des Umbruchs, an der Wende zum totalen Staat, dessen Wesen freilich den meisten noch verborgen war, die sich von der Dynamik und den Versprechungen der Hitlerpartei gefangennehmen ließen, Worte, die wir heute nicht ohne Bewegung gleichermaßen als Ausdruck einer hier noch lebendigen geistigen Tradition der freiheitlichen Verfassungsbewegung des 19. Jahrhunderts, wie als frühes Erahnen der uns nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges bewußt gewordenen deutschen und europäischen Aufgaben der Gegenwart empfinden. Die Entwicklung Iversens von seinen freiheitlichen aber partikularen und verschwommenen romantischen Ideen nach 1918[1]) bis zur Zeit der Knivs-

[1]) Siehe S. 34 f. dieser Arbeit.

bergrede macht die formenden Wirkungen deutlich, die von der parlamentarischen Mitarbeit in einer verantwortlichen Reichspartei, der DVP, und vor allem von Stresemanns Persönlichkeit unmittelbar ausgingen. Es war tragisch, daß die politische und ständische Organisationsweise der Provinz nach 1918 ein Fruchtbarwerden solcher Erfahrungen für die Bewußtseinsbildung breiter bäuerlicher und bürgerlicher Schichten ausschloß.

Um eine eigenständige Linie bemühten sich in den Jahren 1930/31 auch die Reste der Landvolkbewegung, ohne allerdings zu einer klaren ideologischen Abgrenzung gegenüber der NSDAP zu kommen. Wir haben gesehen, wie Anfang 1930 die anfängliche Distanz zu den Bombenlegern zunehmend aufgegeben wurde und wie Heim und seine Freunde schließlich als Märtyrer des leidenden Bauerntums erschienen[1]). Die Konsolidierung des Land- und Bauernbundes und die wachsende organisatorische Kraft der NSDAP verminderten die Basis von Hamkens Bewegung weiter[2]). Aber neue Verfahren um bäuerliche Steuerverweigerer und vor allem der große Altonaer Schwurgerichtsprozeß gegen Heim und 20 andere Angeklagte im Sommer und Herbst 1930 verliehen ihr immer wieder sporadisch Auftrieb. Im Mai 1930 zählte die Landvolkzeitung noch fast 8000 feste Bezieher[3]); Hamkens sammelte in der ersten Aprilhälfte erneut 5700 RM als Anteilscheine für das Blatt[4]).

Vom Juni 1930 an gelang es, zahlreiche völkische und rechtsorientierte Verbände in Norddeutschland sowie angesehene Einzelpersönlichkeiten aus der berufsständischen und kommunalpolitischen Arbeit zu einer Kampagne für Claus Heim und seine Mitangeklagten zusammenzuführen. Der bekannte Verteidiger Dr. Luetgebrune übernahm die Koordinierung der Aktion, die auch starke publizistische Unterstützung fand[5]).

Der an dramatischen Auseinandersetzungen reiche Prozeß[6]) stand in der Zeit

---

[1]) Siehe S. 141 dieser Arbeit.

[2]) Polizeipräsident Kiel, 23. Januar 1930, in: 309/22783; „Hamburger Fremdenblatt", 14. Juli 1930 („Abflauen der Landvolkbewegung").

[3]) Polizeipräsident Altona, 6. Juni 1930, in: 309/22783. Für die Brüchigkeit vieler Argumente und gleichzeitig die politische Instinktlosigkeit maßgebender Verwaltungsstellen war bezeichnend, daß die „Landvolk"-Zeitung im November 1929 einen Druckauftrag des Landesfinanzamtes Kiel auf 30000 Steuerveranlagungszettel (!) erhielt und ausführte (Polizeipräsident Altona, 14. Dezember 1929, in: 309/22783). Der Behördenchef erklärte später auf Befragen, man sei sich über den Charakter des Vertragspartners nicht klar gewesen! Regierungspräsident Dr. Abegg versah den Vorgang mit der treffenden Randnotiz: „Ebenso bedauerlich vom Landesfinanzamt, wie unmoralisch von der Zeitung. Der reine Hohn!"

[4]) Polizeipräsident Altona, 11. Juli 1930, in: 309/22590.

[5]) Polizeipräsident Altona, 11. Juli 1930, in: 309/22783. Luetgebrune, Neu-Preußens Bauernkrieg, Hamburg 1931. Diese einseitig gefärbte Darstellung spiegelt vor allem die Schwerfälligkeit der Verwaltung und Justiz gegenüber den Aktionen der Landvolkbewegung an zahlreichen Beispielen wider.

[6]) Herrn Reichsgerichtsrat a. D. Richard Stoldt, Hamburg-Groß Flottbek, verdanke ich die Möglichkeit der Auswertung des Urteils vom 31. Oktober 1930 und seiner ausführlichen Begründung von 234 Schreibmaschinenseiten sowie wertvolle mündliche Hinweise auf den Verlauf des Verfahrens.

vom 26. August bis 31. Oktober im Scheinwerferlicht der deutschen und teilweise auch der internationalen Öffentlichkeit. Er bestätigte sowohl in den zahlreichen Aussagen der agrarischen Gutachter und Zeugen wie auch im Urteilsspruch selbst die große Notlage der Landwirtschaft als wesentliches Motiv für die Radikalisierung und Opposition im Landvolk. Die völkischen Anwälte, allen voran Luetgebrune, vermochten in ihren Zeugenbefragungen und Plädoyers wieder das Gericht zum Forum für eine wirkungsvolle Agitation gegen die bestehende Staatsordnung zu machen. Eine außergewöhnliche Publizität gewann die für journalistische Koloritgebung besonders geeignete Erscheinung Claus Heims, des großen wortkargen Dithmarschers, der in seinen wenigen Äußerungen ganz den Stolz und die historisch-legendäre Unbeugsamkeit seiner Landleute zeigte. Schon vor der Eröffnung des Prozesses wurde seine Popularität so eingeschätzt, daß die Nationalsozialisten ihm im Juli durch Lohse und Rechtsanwalt Stahmer die Spitzenkandidatur auf ihrer Reichstagsliste in Schleswig-Holstein anboten[1]). Heim lehnte aus der Untersuchungshaft ab, obwohl er bei einer Wahl gegen die weitere Strafverfolgung zunächst durch seine parlamentarische Immunität geschützt gewesen wäre.

Der mit Spannung erwartete Urteilsspruch erkannte die subjektiven Beweggründe der Täter weitgehend an, kam aber vor allem wegen schwerer Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zu 11 Zuchthaus- und 5 Gefängnisstrafen. Zwei Angeklagte erhielten Geldstrafen, drei wurden freigesprochen. Am höchsten war das Strafmaß für Heim und Volck mit je 7 Jahren Zuchthaus. Die sofortige Vollstreckung wurde in fast allen Fällen angeordnet.

Die nächsten Monate brachten zahlreiche Demonstrationen und Resolutionen für die Freilassung der Verurteilten. Bis zum Sommer 1931 faßten über 100 ländliche Gemeindevertretungen in Schleswig-Holstein entsprechende Beschlüsse; Kreisgruppen des Bauernbundes, landwirtschaftliche Vereine, Genossenschaften und völkische Verbände sprachen sich in der gleichen Richtung aus. Zur Bestreitung der Prozeßkosten und für den Unterhalt der Familien einiger Verurteilter wurden große Beträge aufgebracht. In ein unschönes Licht kam der Einsatz mancher Freunde Heims allerdings, als sich Luetgebrune im Sommer 1931 den Vorwurf machen lassen mußte, über 100000 Mark Honorar und Spesen für seine Plädoyers zugunsten der notleidenden Bauern in Altona empfangen zu haben[2]).

Die materielle Not der Bauern führte in und außerhalb Schleswig-Holsteins immer wieder zu Protesten unter der schwarzen Fahne. Im Herbst 1930 sprach

[1]) Nach mündlicher Auskunft gegenüber dem Verfasser. Siehe auch „Rendsburger Tageblatt", 31. Juli 1930, Nr. 177.

[2]) Der in Altona zu einer kürzeren Freiheitsstrafe verurteilte Johannes Rathjen, Bargfeld, griff in einem „Eingesandt" im „Rendsburger Tageblatt" vom 27. August 1931, Nr. 200, Luetgebrune deshalb heftig an. Die notleidenden Bauern hätten Hunderttausende aufgebracht, deren Verwendung nicht einwandfrei geklärt sei. Heim und Hamkens waren durch dieses Verhalten des Anwalts auf das peinlichste berührt.

Hamkens auf zahlreichen Versammlungen in Ostpreußen. Bei einer Kundgebung in Holsnis (Flensburg Land) am 7. Juni 1931 nahm er seine alten Gedanken der „Selbsthilfe" durch „Dorfgemeinschaften" wieder auf, ohne daß der begeisterte Beifall von vielen Hunderten ihm konkrete Ergebnisse einbrachte[1]). So wurde Hamkens mehr und mehr auf seinen Heimatkreis Eiderstedt beschränkt. Im August 1931 mußte nach sehr peinlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gesellschaftern und mit dem Verleger Pramor die Landvolkzeitung ihr Erscheinen einstellen[2]). Die beiden Nachfolgeorgane, Pramors „Landvolkkampf" und das von Hamkens in Husum veröffentlichte „Landvolk", machten sich in unangenehmer Weise Konkurrenz und waren auch als Wochenblätter nicht mehr existenzfähig.

Viele alte Verbindungen blieben dabei über das Reichsgebiet hinweg bestehen und wurden durch verstärkte Kontakte zu nationalrevolutionären Kreisen ergänzt. Vom Dezember 1931 an gab Ernst Niekisch in Berlin im Auftrag von Hamkens und Doepner ein vervielfältigtes Mitteilungsblatt des „Deutschen Landvolk-Kampfbundes" heraus, das die politische Entwicklung im nationalrevolutionären Sinn kommentierte[3]). Von diesem Kreis wurden 1931 und 1932 mehrere neue Initiativen zu einer Amnestie für die Bombenleger ergriffen[4]). Sie fanden von verschiedenen politischen Gruppen erfolgreiche Unterstützung. Am 10. Juni 1922 forderte der Rechtsausschuß des preußischen Landtages mit den Stimmen der NSDAP, KPD und DNVP die Regierung auf, Heim und seinen Mitverurteilten Straferlaß zu gewähren. Schon im nächsten Monat erfolgten die Entlassungen.

Heim wurde sofort sowohl von den Nationalsozialisten wie von den Kommunisten umworben. Ernst Niekisch faßte im Sommer 1932 vor dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl den Gedanken, ihn als Sammelkandidaten der „Nationalrevolutionären" herauszustellen. In knapp zwei Wochen wurden hierfür 28000 Stimmen in Norddeutschland gesammelt. Aber Heim versagte sich diesem Gedanken ebenso wie den Angeboten der extremen Parteien. Er war sich selbst darüber im klaren, daß ihm für die Wahrnehmung von politischen Spitzenaufgaben manche Voraussetzungen fehlten.

Der Einsatz der KPD für die Amnestie war von Bruno von Salomon dirigiert worden. Wir haben seine und Bodo Uhses Wendung zur KPD nach dem Scheitern

[1]) „Flensburger Nachrichten", 8. Juni 1930, Nr. 131. Die Gemeindevertreter in Holsnis hatten kurz zuvor aus Protest gegen die Steuerpolitik der Regierung geschlossen ihre Mandate niedergelegt.

[2]) Polizeipräsident Altona, 20. Mai 1931, in: 309/22701; Polizeipräsident Altona, 24. August 1931, in: 309/22701; „Vossische Zeitung", 23. August 1931, Nr. 201 („Landvolkbewegung stirbt ab"); „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung", 11. Oktober 1930, Nr. 299; „Der Schleswiger", 29. November 1931, Nr. 279.

[3]) Drei Exemplare bei 309/2270.

[4]) R. Schapke, a.a.O., S. 77 f. Dem Anfang 1932 gegründeten Claus-Heim-Komitee gehörten u. a. Major Buchrucker, Ernst Jünger, Frank Thiess, v. Oldenburg-Januschau, Otto Strasser, Hans Zehrer und Dr. Brandes an.

der sozialrevolutionären Organisationspläne Strassers schon erwähnt[1]). Die Kommunisten hatten 1927 versucht. unter ihrem Reichstagsabgeordneten Ernst Putz, Sinnthal (Rhön), einen „Reichsbauernbund" als Plattform für die Arbeit unter den Kleinbauern ins Leben zu rufen[2]). Doch kamen sie auch in den Krisenjahren der Landwirtschaft trotz örtlicher Ansätze[3]) zu keinen nennenswerten Erfolgen. Bodo Uhse räumte am 19. Januar 1932 in einem Gespräch mit Heim in der Strafanstalt Celle ein, daß er in Schleswig-Holstein bisher kaum Anklang gefunden habe[4]).

Vor 145 Teilnehmern des von Uhse dirigierten kommunistischen „Reichsbauernkongreß" legte Bruno von Salomon einige Tage später in Berlin ein entschiedenes Bekenntnis zur kommunistischen Partei ab. Die künftige Wirtschafts- und Staatsordnung müsse unter der Führung des Industrieproletariats aufgerichtet werden[5]) und zu einer grundlegenden Besitzumschichtung führen. Im schleswig-holsteinischen Bauerntum vermochte er mit diesen Ideen lediglich in einigen Steinburger Dörfern am Geestrand, wo Kleinbetriebe unter besonders schwierigen Bedingungen wirtschafteten, Fuß zu fassen. Zu einem Zentrum dieser Arbeit wurde die bäuerliche Gemeinde Kremperheide, die bei der ersten Reichstagswahl 1932 auf einen KPD-Stimmenanteil von 33,8 % kam[6]).

Während die Landvolkbewegung in ihrer direkten Wirksamkeit allmählich verebbte, blieben gewisse mittelbare Einflüsse bestehen. Wir haben erwähnt, daß die Landvolkvereinigung Eiderstedt in einer loseren Organisationsform gleichzeitig als Kreisgruppe des Land- und Bauernbundes anerkannt war[7]). Hamkens Bemühungen im Sommer und Herbst 1931, die Steuerstreiks zu aktivieren, fanden durch die Bankkrachs und Preisstürze[8]) dieser Zeit einen günstigen Nährboden. Doch gelang es dem Land- und Bauernbund, diese Bewe-

---

[1]) Siehe S. 162 dieser Arbeit. Zur Strategie und Taktik der kommunistischen Agrarpolitik siehe David Mitrany, Marxismus und Bauerntum, München 1957.

[2]) Einzelheiten siehe „Lageberichte", Nr. 123, 15. Oktober 1927, in: 309/23055.

[3]) Auf die Liste des „Reichsbauernbundes Mecklenburg-Strelitz" entfiel z. B. bei den Landtagswahlen 1927 ein Mandat.

[4]) Eine Niederschrift der Unterhaltung findet sich in: 309/2271. Heim äußerte hierbei sehr entschieden die Ansicht: „Der Bauer wird niemals marxistisch sein." Als eigenes Ziel nannte er lediglich die Bildung einer „Volksgemeinschaft", die frei von Parteien und ständischen Gegensätzen sein solle.

[5]) Nach Niekischs Bericht in dem bereits erwähnten Mitteilungsblatt des „Landvolk-Kampfbundes" (in 309/22701). Niekisch fügte als persönlichen Eindruck hinzu: „v. Salomon wirkt unverkennbar als großstädtischer Hysteriker, der nur zufällig mit dem Lande in Berührung gekommen ist."

[6]) R. Heberle, Manuskript S. 120.

[7]) Siehe S. 123 dieser Arbeit.

[8]) Vom Sommer 1931 an erfolgte ein weiterer starker Rückgang vor allem in der Veredelungswirtschaft, so beim Großhandelspreis für Ochsen bis auf 37,10 RM, für Schweine auf 37,80 RM pro 50 kg im Juni 1932 (Berliner Notierungen, lt. Wirtschaft und Statistik, Statistisches Reichsamt 1932, Berlin, S. 434). Nachdem die „Danat-Bank" am 13. Juli ihre Zahlungen eingestellt hatte, folgte eine allgemeine Krise der Kreditinstitute (Schulthess, 1931, S. 131).

gung in die Hand zu bekommen. Am 10. Oktober 1931 wurden von ihm in der Provinz über 1000 Versammlungen für die Bildung von „Schicksalsgemeinschaften" zur Nachbarschaftshilfe und zur Selbsthilfe gegen Versteigerungen durchgeführt[1]). Im Mittelpunkt aller Reden und Entschließungen stand die Forderung nach einem sofortigen Moratorium für sämtliche Abgaben und Tilgungen. Im November erfolgte in Kiel die Bildung einer „Landwirtschaftlichen Besitzschutzgenossenschaft" als GmbH. Sie sollte sich bei Zahlungsschwierigkeiten einschalten und Vereinbarungen mit den Gläubigern herbeiführen, die eine Erhaltung der Betriebe sicherten[2]).

Auch bei dieser Aktion wurde der wachsende unmittelbare Einfluß der NSDAP in der Berufsorganisation sichtbar. So sprach z. B. bei der Segeberger Kundgebung neben Tönnsen als einziger Vertreter einer Partei der nichtbäuerliche NS-Kreisleiter Stiehr. Im Verbandsorgan hieß es hierüber[3]): „Er betonte die Notwendigkeit, daß jeder einzelne (im Kampf gegen das System) sich hinter seinen Führer stelle und Vertrauen zu ihm habe. Denn es sei nicht möglich, daß jeder über den letzten Schritt informiert werde. Persönliche Streitigkeiten zwischen den Organisationen oder Führern hätten in dieser Schicksalsstunde auszuscheiden. Alles müsse unter eine große Idee gestellt werden. Der Bauernverein müsse zu Boden geschlagen werden. ‚Wer heute nicht für uns ist, ist gegen uns, und wer gegen uns ist, wird kaputtgeschlagen. Heil!!'"

Das waren in dieser Zuspitzung neue Töne in den Versammlungen und Organen der Berufsverbände des schleswig-holsteinischen Bauerntums. Ein Übermaß an Verbitterung und Hoffnungslosigkeit hatte dazu geführt, daß jetzt die Gedanken der intoleranten Obstruktion und des rücksichtslosen Kampfes gegen den bestehenden Staat als Programm von den führenden landwirtschaftlichen Organisationen selbst und damit auch von anerkannten kommunalen und ständischen Sprechern des Landvolks übernommen wurden[4]).

Eine Bestätigung seiner dominierenden Stellung erhielt der Land- und Bauernbund bei den Ergänzungswahlen zur Vertreterversammlung der Landwirtschafts-

---

[1]) „Bauernbund", 1931, Nr. 42.

[2]) „Bauernbund", 1931, Nr. 45.

[3]) „Bauernbund", 1931, Nr. 42.

[4]) Die Aktion vom Oktober 1931 führte zu einer Welle neuer Gerichtsverfahren und Boykottmaßnahmen. Ein typisches Beispiel mag für viele stehen: Am 3. Dezember 1931 waren vor dem Schöffengericht in Altona mehrere Landwirte aus Siek (Stormarn) und Umgebung wegen Teilnahme an einer „öffentlichen Zusammenrottung" in Großensee Ende Oktober angeklagt, bei welcher es mit vereinten Kräften unternommen wurde, durch Gewalt und Drohung einen Beamten zur Unterlassung einer Amtshandlung zu nötigen. Zwei landwirtschaftliche Gehilfen, die eine zur Versteigerung bestimmte Kuh dem Gerichtsvollzieher entrissen und in den Stall zurückgeführt hatten, wurden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Landwirt aus Rausdorf, der einen an der Versteigerung als Gehilfen beteiligten Erwerbslosen verspottet hatte, erhielt 50 RM Geldstrafe. Der Erwerbslose wurde nach diesem Zwischenfall boykottiert, indem die Nachbarn ihm die Milch nicht mehr mitnahmen und der Krämer des Dorfes ihm nichts mehr verkaufen wollte. („Bauernbund", 1931, Nr. 50.)

kammer am 26. Oktober 1931. Von den 35 neu gewählten Landleuten gehörten ihm 31 an. Unter den insgesamt 73 Mitgliedern der Kammer waren jetzt 13 Vertrauensleute der NSDAP[1]), die zunächst eine gewisse Zurückhaltung bewahrten und gemeinsam mit ihren parteilosen und deutschnationalen Verbandskollegen den 1929 zurückgetretenen Grafen Rantzau-Breitenburg wieder zum Präsidenten und Tönnsen zum stellvertretenden Vorsitzenden der Kammer wählten.

So hatte sich das Bild vom Jahresanfang 1930 bis zum Winter 1931/32 stark gewandelt. Die ökonomische Krise war noch drückender geworden, vor allem hatten die Ereignisse dieser 24 Monate die Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Wende durch überkommene Kräfte und Methoden fast überall völlig schwinden lassen. Dieser tiefe Pessimismus war bei den aktivistischen Elementen der Bevölkerung noch stärker in politisch-revolutionäre Leidenschaft umgeschlagen. Anfang 1930 gab es — wie wir sahen — im Gefüge der Parteien, der politischen und wirtschaftlichen Verbände noch eine Vielfalt eigenständiger Gedanken und neuer organisatorischer Ansätze neben der aufkommenden NSDAP. Bis Ende 1931 hatte sich dieses mannigfach schattierte Panorama mit seinen offenen Möglichkeiten verwandelt und war nur noch von wenigen harten Umrissen bestimmt. Der Block der Linken behauptete sich in Schleswig-Holstein als politische Vertretung von mehr als zwei Fünfteln der Stadt- und etwa einem Viertel der Landbevölkerung. Aber hier stieg im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit der Einfluß der radikalen KPD weiter an, so daß die Sozialdemokratie wie im Parlament so auch bei den Debatten in den Städten und Landgemeinden einen immer schwierigeren Kurs zwischen den Argumenten der ihr programmatisch nicht genehmen, aus staatspolitischen Gründen aber tolerierten bürgerlichen Regierung und den radikalen Flügelparteien steuern mußte. Die bürgerlichen Parteien der Provinz waren ohnmächtige Splittergruppen; die völlig geschlagenen Deutschnationalen verfügten als einzige von ihnen noch über eine gewisse Organisation, ohne unter der Führung Hugenbergs ernsthafte Hoffnungen auf eine eigenständige Erneuerung hegen zu können. Im maßgeblichen ländlichen Berufsverband hatten sich die Nationalsozialisten mit ihrer Ideologie fest verankert und personell durch Vertrauensleute in allen Gremien Einfluß gewonnen. Noch bestand in der Führung eine Mehrheit von deutschnationalen und parteilosen Persönlichkeiten. Dies war für die NSDAP aber unbedenklich, weil die eigene starke Basis in der Mitgliedschaft und vor allem das Fehlen einer alternativen politischen Konzeption ihren Einfluß immer weiter verstärken mußten.

Die Hitlerpartei war die straff organisierte, aktive Minderheit und damit fast konkurrenzlos Sprecher eines Bürger- und Bauerntums, dessen Denken verbittert um die Bewahrung oder Wiedergewinnung der bedrohten, teilweise schon verlorenen wirtschaftlichen Substanz kreiste. Wir haben bereits bei der Dar-

[1]) „SHB", 1931, Nr. 50.

stellung der Strasserkrise darauf hingewiesen, wie fern im Grunde den meisten bäuerlichen Anhängern der NSDAP umstürzlerisches Denken in sozialer Hinsicht lag[1]). Sie waren vielmehr in der Tat „konservative Revolutionäre", die ein von schwerverständlichen Entwicklungen und Mächten bedrohtes Erbe behaupten wollten[2]).

In vielen Schilderungen aus dieser Schlußphase der Republik[3]) war das Gefühl vorherrschend, in den Dörfern und Kleinstädten Schleswig-Holsteins einer Bevölkerung zu begegnen, die sich von dem bestehenden Staat, seinen Institutionen, Zielen und Forderungen gänzlich abgewandt hatte. Die seit 1928 bekannten vielfältigen Formen des gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Boykotts, der Verweigerung von Steuern oder Zinszahlungen und der Unterbindung von Zwangsversteigerungen dienten auch nach dem Erliegen der Landvolkbewegung weiter als Waffen im passiven Widerstand der Bauern. Je auswegloser die Notlage der Landwirtschaft erschien, desto drückender waren auch die Folgen für die ihr verbundenen klein- und mittelständischen Kreise von Handel, Handwerk und Gewerbe.

Wir haben gezeigt, wie die lastende Not allmählich viele Vorbehalte gegen die Botschaften des Umsturzes und Hasses zum Schweigen brachte. In der Jugend aus Stadt und Land fanden die Nationalsozialisten ihre zahlreichsten und aktivsten Mitglieder. Dennoch hören wir aus Schleswig-Holsteins Landvolk bis zum Ende der Republik am deutlichsten von der Jungbauernbewegung Stimmen mit einem eigenen Klang, der spürbar von den lauten Parolen der Hitlerpartei unterschieden war. Es gab in der nationalsozialistischen Argumentation Elemente, die dem Wollen des Jungbauernverbandes eng verwandt zu sein schienen[4]): die grundsätzlichen Vorbehalte gegen die egalitären Züge der parlamentarischen Demokratie, der Appell an die Kräfte des Volkstums, der Ruf nach „Erneuerung" und nach Versöhnung zwischen den Ständen. Die Jungbauernbewegung hatte sich 1929 mit den kleinen Gruppen der Landbundjugend vereint und 1930 unter der Führung Otto Clausens endgültig dem Land- und Bauernbund angeschlossen[5]). Manche ihrer aktiven Mitglieder gehörten seit 1930 auch der NSDAP und ihren Gliederungen an; entgegen den früheren Grundsätzen des Verbandes kam es bei

[1]) Siehe S. 161 dieser Arbeit. Martin Matthiessen sagte hierzu im Gespräch mit dem Verfasser: „Zwischen einem Nationalsozialisten im Dithmarscher Dorf und im Berliner Wedding bestand auch damals schon in ihren politischen Zielen ein himmelweiter Unterschied. Der eine wollte in einer Revolution das bedrohte Erbe sichern, der andere eine völlig neue Gesellschaft, die dem Nichtbesitzenden ungleich größeres Recht gab."

[2]) Bezeichnend hierfür ist das Zitat auf S. 121 dieser Arbeit.

[3]) „Frankfurter Nachrichten", Nr. 122, Mai 1932 („Deutschland Anno 1932, Die Bauernbewegung in Schleswig-Holstein"). „Montag-Morgen", 4. Juni 1932 (Leopold Schwarzschild: „Schwarze Fahnen"). „Berliner Tageblatt", 20. Mai 1932 („Endlich ein Entschluß"). Aus einer früheren Zeit: „Itzehoer Nachrichten", 30. Juli 1930, Nr. 177 („Auf die Knie vor Hakenkreuz oder Kommunismus"), Anlage IV.

[4]) Siehe S. 103 f dieser Arbeit.

[5]) „Jungbauer", 1930, Nr. 4.

Festen, die von ihr mitgestaltet wurden, zum Auftreten geschlossener uniformierter Einheiten der Partei, so bei dem traditionellen Aschberg-Heimatfest am 3. und 4. September 1932[1]). Trotz dieses dynamischen politischen Einflusses auf die Jugend und des zustimmenden oder passiven Verhaltens des Führungskreises der großen Berufsorganisation blieben im Verband aber distanzierte und kritische Betrachtungen bestimmend. Es waren vor allem die lärmende, von einem übersteigerten Selbstbewußtsein getragene Art der Propaganda und der totalitäre Geltungsanspruch der NSDAP, die von den geistig führenden Köpfen der Jungbauernbewegung als dem eigenen, in Heimat, Religion und Volkstum gegründeten Wesen fremd empfunden wurden. Hier herrschte das klare Empfinden vor, daß weder im Bauerntum noch im Volksganzen die geistige und religiöse Besinnung für eine wirkliche Erneuerung genügend gediehen waren. Ein nur zu berechtigtes Mißtrauen gegen die verwandelnde und heilende Kraft politischer Revolutionsparolen versuchte das drängende Fragen vieler Jungen, wo in der verworrenen Wirklichkeit der Hebel für eine Besserung denn sonst angesetzt werden solle, zu mäßigen. Die Antwort, sich vorerst in einer Haltung christlicher Geduld und Demut, in stiller Pflichterfüllung im eigenen Lebenskreise und geistiger Verinnerlichung zu bescheiden, genügte der Ungeduld der meisten aber nicht mehr.

„Eine im tiefsten bäuerlich-geistige Führerschicht ist kaum vorhanden", schrieb der 28jährige Bauer Ernst Kühl, Ellerhoop (Pinneberg), hierzu in seinen tiefsinnigen „Zeitgedanken hinter dem Pflug"[2]). „Politisch ist der Bauer ohne Einfluß und ohne irgendeine Macht, die seiner Bedeutung zukäme; wirtschaftlich ist er bis in die Dachsparren verschuldet, und sein Ersticken unter der Zinslast ist nahe. Eine lebendige Bauernkultur sucht man vergebens. Wir können in dieser Lage 3 Wege gehen: einmal, wir werfen die Flinte ins Korn, zum anderen, wir versuchen mit allen Kräften, die sich uns bieten, die Rechte des Bauerntums revolutionär durchzukämpfen. Oder wir tun still unsere Pflicht, lassen den Pflug nicht rosten, solange wir ihn noch führen können. Versuchen, das Bauerntum aus seinen ewigen Bindungen heraus zu erneuern. Es ist die wichtigste Frage, die wir heute zu entscheiden haben.

Sollen wir die Zweige, die uns am lästigsten sind, die uns am meisten drücken, abwerfen und alle Kraft in einen Zweig treiben, den politischen Zweig? ... Treiben wir so den Saft mit aller Kraft in diesen Zweig, der dann sozusagen der fortgesetzte verlängerte Stamm bedeutet, so laufen wir Gefahr, daß bei dem großen Sturmwind dieser Ast abgerissen wird und der Stamm langher spaltet ...

Ich muß mich zu dem letzten Weg entscheiden. Denn es ist der Weg, ob wir uns dagegen wehren oder nicht, der uns schicksalhaft auferlegt ist, ... der Weg der inneren Erneuerung."

---

[1]) „Jungbauer", 1932, Nr. 9.

[2]) „Jungbauer", 1932, Nr. 1.

Gleichgestimmt waren Betrachtungen, die Paul v. Hedemann-Heespen im November 1932 in der Zeitschrift des Verbandes anstellte[1]): „Den Gebildeten sieht man, den Ungebildeten hört man. Gerade die stille Arbeit ist ein Beweis ihrer Kernigkeit ... Mit „Juda-verrecke"-Singen geht's nicht allein. Stille und Enthaltsamkeit sind Geschwister. ‚Mein Reich ist nicht von dieser Welt.' Nur wer sich etwas versagen kann, ist fromm. Die große deutsche Frage ist erstmals keine Machtfrage, sondern ‚wie werde ich wieder ein anständiger Mensch?' Maßhalten im Großen und sogar im Kleinen ..., erst die Deutschen, dann Deutschland auf die Beine stellen!"

In einem Artikel zur Landestagung am 6. Dezember 1931[2]), die unter dem Thema „Für oder wider Gott?" stand, hatte von Hedemann-Heespen besonders eindringlich vor der sich mit dem Nationalsozialismus noch weiter ausbreitenden antisemitischen Rassenhetze und damit der Vergötzung des eigenen Volkstums gewarnt. Der Kampf für die bedrohten Belange des eigenen Standes und Volkes in einer Partei sei gerechtfertigt; niemals dürfe sich der Christ aber einer politischen Organisation „mit Haut und Haaren verschreiben". Die personale Verantwortung vor Gott stehe über jeder anderen Verpflichtung.

Noch nach der Machtergreifung Hitlers klangen in den ersten Betrachtungen neben großen Hoffnungen auf den politischen Neuanfang eigengeprägte Erwartungen und gewisse Sorgen deutlich an. So hieß es in der Märznummer des „Jungbauern"[3]): „Eine geistige Revolution kann man nicht machen. Sie muß, wenn sie zur Durchführung gelangen soll, von der Gesamtheit des Volks getragen werden. Wenn heute bestimmte Gruppen an die Durchführung dieser Aufgabe herangegangen sind, so will das nicht bedeuten, daß sie sich anmaßen, für sich alleine Volk und Staat zu repräsentieren. Die nationale Bewegung hat die Macht ergriffen. Wir wissen, daß Macht erhalten schwerer ist, als Macht erobern, und die Führer der nationalen Bewegung sollten sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß Macht nur hält, wer sie aus dem Geist heraus handhabt ... Nicht nur ganz Europa, sondern insbesondere wir Deutschen stehen vor dem großen Problem, das Prinzip der Demokratie mit dem der Aristokratie zu versöhnen ... Wenn wir den Parteienstaat beseitigen wollen, dann müssen wir zunächst das eigene Parteibuch fortwerfen."

Wir wissen, wie anders als diese Stimmen die bewegenden Tendenzen jener Zeit im Bauerntum und insgesamt in der deutschen Politik waren. Eine wirkliche reformerische Alternative zu den nationalsozialistischen und kommunistischen Springfluten einerseits, den zersplitterten, kraftlosen Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten andererseits gab es seit dem Scheitern der Bemühungen im Winter 1929/30 im deutschen protestantischen Bauern- und

---

[1]) „Jungbauer", 1932, Nr. 11.

[2]) „Jungbauer", 1931, Nr. 12.

[3]) „Jungbauer", 1933, Nr. 3.

Bürgertum nicht. Das bestärkte die Selbstbegrenzung des Verbandes auf die ständische und kulturelle Wirksamkeit und verhinderte so das unmittelbare Fruchtbarwerden seiner Einsichten und Ziele für die politische Meinungsbildung in diesen Schicksalsjahren, damit auch ihre letzte Prüfung und Abklärung in der harten Wirklichkeit.

IX. Kapitel

Machtergreifung und Gleichschaltung (1933)

Die letzten Monate der Republik brachten in Schleswig-Holstein keine nennenswerten politischen Veränderungen oder Neuansätze mehr. Die Leidenschaftlichkeit der Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Linksparteien steigerte sich bei den häufigen Wahlkämpfen des Jahres 1932 teilweise noch. Besonders alarmierend wirkten wiederholte blutige Zusammenstöße von KPD und SA. So waren allein am 17. Juli in Altona 15 Todesopfer zu beklagen.

Die dominierende Stellung der Hitlerpartei im Bürger- und Bauerntum der Provinz wurde trotz gewisser Krisenerscheinungen im Reich zu keiner Zeit ernsthaft in Frage gestellt. Die Reste der Mitte und der gemäßigten Rechten verharrten in ihrer Agonie. Den Deutschnationalen fehlte durch die Politik Hugenbergs trotz gelegentlicher scharfer Kontroversen mit der NSDAP jede wirkliche Stoßkraft gegenüber der übermächtigen aggressiven Flügelpartei. Der Sturz der Regierung Brüning[1]) im Mai 1932 und die am 20. Juli durch Papen bewirkte verfassungswidrige Gleichschaltung Preußens schwächten die republikanischen Kräfte der Staatsverwaltung entscheidend und lähmten die ohnehin geringe Bereitschaft, im kommunalen Bereich für die bestehende Ordnung einzutreten, damit fast völlig.

Die wirtschaftliche Situation blieb bis zum Jahresende düster, ohne daß Hoffnungen auf eine Besserung verbreitet waren[2]). Papens Landwirtschaftsminister v. Braun erklärte am 11. Juni[3]), in den letzten zwei Jahren habe die Verschuldung in den bäuerlichen Bezirken Westdeutschlands schneller zugenommen als im Osten. Auf den Märkten der Veredelungswirtschaft sei die Lage katastrophal. Die Kaufkraftverringerung der Bevölkerung habe bei den wichtigsten Agrarprodukten zu schweren Preiseinbrüchen und Bedarfsverminderungen von 5 bis 18% geführt.

Die Fieberkurve der politischen und sozialen Krise zeigte in den Ergebnissen der beiden Reichstagswahlen[4]) des Jahres ihren bedrohlichen Verlauf. Die NSDAP erreichte in Schleswig-Holstein am 31. Juli mit 51% aller gültigen

---

[1]) Siehe vor allem K. D. Bracher, a.a.O., S. 481 ff.

[2]) In Fachkreisen erblickte man im Spätsommer 1932 erstmals Anzeichen für eine Abschwächung der Krise (Schulthess, 1932, S. 193).

[3]) Schulthess, S. 105.

[4]) Ergebnisse in: Statistik des Deutschen Reiches, Band 434, Berlin 1935.

Stimmen (506117 von insgesamt 992568) erstmals in einem deutschen Wahlbezirk die absolute Mehrheit[1]). In den ländlichen Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern kam sie mit 63,8% der Zwei-Drittel-Mehrheit nahe, in den Geestdörfern sogar beinahe auf 80% (78,7%)[2]). An der Spitze lagen die überwiegend bäuerlichen Landkreise des Nordens, Westens und der Mitte. Flensburg-Land brachte den Nationalsozialisten 17243 von insgesamt 24641 Stimmen, Südtondern 17148 von 26589, Husum 17810 von 25987, Schleswig 28821 von 41074, Norderdithmarschen 17553 von 25629, Süderdithmarschen 18813 von 31506. Die absolute Mehrheit erreichte die Partei ferner in Eiderstedt, Rendsburg, Bordesholm, Steinburg, Eckernförde und Segeberg.

Neben den großen Städten brachten Ostholstein und die Hamburgischen Grenzbezirke den Linksparteien die höchsten Prozentsätze. Die SPD büßte trotz der hohen Wahlbeteiligung (87,9%) einige Tausend Wähler ein; sie kam noch auf 259634 Stimmen (26,2%). In den größeren Städten erhielt sie 29,9, in den Landgemeinden 18,6%, davon in den Dörfern Ostholsteins und -schleswigs 19,4%[3]). Die Kommunisten verbesserten dagegen ihren Anteil auf 106058 Stimmen (10,7%), und in den Städten erhielten sie 13,1, in den Landgemeinden 5,8%.

Die Deutschnationalen konnten gegenüber ihrer schweren Niederlage im September 1930 nur sehr geringfügig Boden zurückgewinnen. Sie erhielten 64767 Stimmen (6,5%). Als einziger regionaler Schwerpunkt zeichnete sich das ländliche Ostholstein und -schleswig mit einem Anteil von 10% in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern ab. Hauptverlierer der Wahl waren die kleinen Mittelparteien, deren politische Existenz in Schleswig-Holstein mit diesem Ergebnis fast ausgelöscht wurde. Deutsche Volkspartei, Demokraten und Wirtschaftspartei kamen noch auf insgesamt 3% aller Stimmen gegenüber 24,7% im Mai 1928 und 16% im September 1930. Nicht weniger als 32 Listen waren in Schleswig-Holstein zu dieser Wahl eingereicht worden. Zum Zuge kamen die Nationalsozialisten mit acht, die Sozialdemokraten mit vier, sowie DNVP und KPD mit je einem Abgeordneten.

Bei der Novemberwahl wirkte sich auch in Schleswig-Holstein der im ganzen Reich spürbare Rückgang der Nationalsozialisten aus. Die NSDAP erhielt 431989 Stimmen (45,7%), büßte also bei einer geringeren Wahlbeteiligung (84,9%) fast 75000 Wähler ein. Ihre Verluste verteilten sich ziemlich gleichmäßig auf die ganze Provinz; gegenüber dem Juli verlor sie in Eckernförde und Steinburg die absolute Mehrheit.

---

[1]) Demgegenüber betrug ihr Anteil im Reich 37,8%.

[2]) Heberle, Manuskript, S. 99. Auf die Marsch entfielen 61,6%, Ostholstein und -schleswig 51,7%.

[3]) Heberle, Manuskript, S. 107, zeigt in einer genauen Analyse die stark soziologisch bedingten Unterschiede auf. SPD und KPD erhielten in den Güterdistrikten des Kreises Oldenburg 45% (NSDAP 41,4%) und Plöns 42,4% (NSDAP 45,3%), in den Bauerndörfern Oldenburgs 36,4% (NSDAP 52%), Plöns 33,9% (NSDAP 52,2%) und Angelns 12,5% (NSDAP 70,8%).

Allerdings war mit diesem Rückschlag der Radikalen keine Kräftigung der demokratischen Mitte und Linken verbunden. Der SPD-Anteil ging weiter zurück (24,7 %), während die KPD stark anzog (13,3 %). Die drei Mittelparteien erreichten nur 3,5 %.

Dagegen vermochten die Deutschnationalen etwa 40 % der von den Nationalsozialisten abwandernden Wähler aufzufangen. Sie kamen bei 96944 Stimmen auf 10,3 %. Die scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Hitlerpartei und der konservativen Regierung Papen führten in dem erbitterten Wahlkampf vorübergehend zu einer sehr deutlichen Frontenstellung der DNVP gegenüber der äußersten Rechten[1]). In Schleswig-Holstein warnte Oberfohren im Sommer und Herbst auf zahlreichen Versammlungen in klugen Analysen eindringlich vor dem totalitären Machtanspruch der Nationalsozialisten[2]). Der deutschnationale Fraktionsführer entwickelte im Gegensatz zu ihnen die Konzeption eines mit Autorität regierten, aber freiheitlichen Rechtsstaates, der aus einer Synthese von Verfassungselementen der USA und des kaiserlichen Deutschland entstehen könne[3]). Doch blieb diese klare Scheidung und damit der Ansatz für eine überzeugungsfähige Alternative zum Nationalsozialismus auch in der Provinz nur eine kurze Episode. Sehr bald wurde unter dem Einfluß Hugenbergs und bei den Wechselfällen der sprunghaften Berliner Entwicklung, die schnell zum Ende der Republik führte, das trügerische Leitbild von den gemeinsamen Aufgaben der „nationalen Opposition" wieder bestimmend.

Es kam am 30. Januar 1933 zur „nationalen Regierung". Durch die vorzeitige Auflösung des Reichstages vermochte die Hitlerpartei schon im Februar in allen Teilen des Reiches einen Wahlfeldzug zu entfesseln, den sie im triumphierenden Bewußtsein der errungenen Machtposition propagandistisch völlig beherrschte. Das Wahlergebnis vom 5. März[4]) machte den Rückschlag vom November mehr als wett. In Schleswig-Holstein erreichte die NSDAP — im Gegensatz zum Reich[5]) — mit 533754 Stimmen und 53,2 % klar die absolute Mehrheit. Lediglich in den Stadtkreisen, in Stormarn und Eutin blieb sie unter der 50 %-Grenze. Das beste Ergebnis erzielte sie im bäuerlichen Südtondern mit 14393 von insgesamt 19587 Stimmen (76,2 %).

Die SPD erhielt 222483 Stimmen (22,2 %), die KPD 107519 (10,1 %). Volkspartei und Staatspartei kamen zusammen auf 2,1 %, das Zentrum — seit 1919

---

[1]) „Landbote", 1932, Nr. 38, 43, 44.

[2]) „Landbote", Nr. 32, 1932.

[3]) „KNN", 2. November 1932, Nr. 258.

[4]) Über die letzten Wochen der Weimarer Republik und die Methoden der Gleichschaltung nach dem 30. Januar 1933 orientieren: A. Brecht, Vorspiel zum Schweigen, Wien 1948, H. O. Meissner, H. Wilde, Die Machtergreifung, Stuttgart 1958.

[5]) Der NSDAP-Anteil im Reich betrug 43,9 %.

auch in Schleswig-Holstein die stabilste politische Gruppierung[1]) — behauptete seinen Anteil von 1%.

Die Deutschnationalen („Kampffront Schwarz-Weiß-Rot") verbesserten auf Grund der Rekordwahlbeteiligung (89,5%) ihre Stimmenzahl von 96944 auf 101600. Doch sank ihr Anteil von 10,3 auf 10,1%. So kam der große Rechtsruck nur der NSDAP zugute; ein Gleichgewicht der „nationalen" Kräfte bestand nach dieser Wahl im politischen Leben der Gemeinden, Kreise und Provinzen noch weniger als vorher. Die Nationalsozialisten befestigten ihre Stellung durch die Ergebnisse der Provinzial-, Landtags- und Kommunalwahlen vom 12. März zudem weiter. Sie errangen mit eigenen Vorschlägen oder über „nationale Gemeinschaftslisten" in fast allen kommunalen Vertretungen der Provinz einen beherrschenden Einfluß; im Provinziallandtag gewannen sie 32 von 58 Mandaten[2]).

Diese Tage brachten in Schleswig-Holstein die ersten schweren ungesetzlichen Eingriffe in das öffentliche Leben der Provinz. Am 10. März — also unmittelbar vor der Kommunalwahl — besetzten SA-Abteilungen die Kieler und Altonaer Rathäuser; die Oberbürgermeister Dr. Lueken (DVP) und Brauer (SPD) wurden ihrer Ämter enthoben[3]). Diese ersten Gewaltakte lösten — parallel zu der Entwicklung im Reich — eine Serie von Maßnahmen der „Gleichschaltung" von Vertretungen, Körperschaften und Verbänden aus.

Die Sozialdemokraten sahen sich Schritt für Schritt in die Illegalität abgedrängt; schon im März kam es in Schleswig-Holstein zu einer Reihe von Verhaftungen. Die kleinen bürgerlichen Parteien kapitulierten vor dem stärker werdenden Druck. Bereits am 15. Februar stellte sich der Provinzialverband der DVP in einer Erklärung hinter die neue Regierung Hitler-Hugenberg[4]); am 20. April beschloß er seine Selbstauflösung[5]). Sehr früh richtete sich der nationalsozialistische Machtanspruch auch gegen rechtsorientierte, konservative Persönlichkeiten. Am 6. Oktober 1932 hatte die Regierung v. Papen den sozialdemokratischen Oberpräsidenten Kürbis und Regierungspräsident Dr. Abegg ihrer Ämter enthoben[6]); ihre Nachfolger wurden die bürgerlich-deutschnationalen Laufbahnbeamten Dr. Thon und Landrat Wallroth (Flensburg). Anfang März 1933 trat Oberpräsident Dr. Thon einen „längeren Erholungsaufenthalt" an[7]); am 27. März wurde der nationalsozialistische Gauleiter Hinrich Lohse zu seinem Nachfolger berufen[8]).

---

[1]) Die Prozentzahlen des Zentrums betrugen in Schleswig-Holstein: 1921 0,8, Mai 1924 1,0, Dezember 1924 1,1, 1928 1,1, 1930 1,0, Juli 1932 1,2, November 1932 1,0, März 1933 1,0%.

[2]) „KNN", 14. März 1933, Nr. 62, mit zahlreichen Einzelergebnissen.

[3]) „KNN", 12. März 1933, Nr. 61.

[4]) „KNN", 15. Februar 1933, Nr. 39.

[5]) „KNN", 22. April 1933, Nr. 94.

[6]) „KNN", 6. Oktober 1932, Nr. 235.

[7]) „KNN", 9. März 1933, Nr. 58.

[8]) „KNN", 28. März 1933, Nr. 74.

Die Deutschnationalen verfolgten diese Entwicklung mit wachsender innerer Unruhe. Der Reichstagswahlkampf war von ihnen ganz im Zeichen der „nationalen Koalition" geführt worden; unzählige Demonstrationen nach dem 30. Januar hatten sie und der Stahlhelm gemeinsam mit den Nationalsozialisten bestritten. Immer wieder kamen aus Berlin Beteuerungen über die Einigkeit und die prinzipielle Gleichberechtigung der „nationalen" Parteien und Organisationen, aber die rücksichtslose Machtpolitik der Nationalsozialisten bei der Besetzung von Positionen und der schrittweisen Gleichschaltung fast aller Organisationen stand in zunehmendem Widerspruch hierzu.

In dem persönlichen Schicksal des führenden schleswig-holsteinischen Abgeordneten und langjährigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberfohren wurde Schuld und Tragik der deutschnationalen Politik in diesen Monaten am deutlichsten sichtbar[1]).

Oberfohren hatte in den entscheidungsvollen Beratungen vor dem 30. Januar starke Bedenken gegen die vorgesehene Form der Koalition mit den Nationalsozialisten erhoben. Er war nicht ein bedingungsloser Gegner jeder Regierungsbildung mit Hitler; in der prinzipiellen innerparteilichen Auseinandersetzung, ob der entschiedene Oppositionskurs gegen die Republik fortgesetzt werden sollte, hatte er sich 1929 und 1930 mit seinen schleswig-holsteinischen Freunden an die Seite Hugenbergs gestellt. Doch bekämpfte er seit jenen Jahren in der Provinz wie im Reich alle totalitären Ansprüche der Hitlerpartei mit außerordentlicher Schärfe[2]). Deshalb verlangte er wesentlich stärkere Garantien für die Gleichberechtigung der Deutschnationalen, als sie tatsächlich am 30. Januar geboten wurden. Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung, vor allem die Auflösung des Reichstages, bestärkten seine Befürchtungen.

Schon diese Differenzen trübten das persönliche Verhältnis zu Hugenberg. Oberfohren stellte sich erneut als Spitzenkandidat für Schleswig-Holstein zur Verfügung und nahm auch aktiv am Wahlkampf teil[3]). Aber bereits im März traf ihn, den amtierenden Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, als ersten namhaften Politiker der Rechten Hitlers Terror. Am 19. März hatte er vor dem erweiterten Provinzialvorstand der DNVP Schleswig-Holsteins

---

[1]) Die folgende Darstellung beruht auf der Akte 309/22766 der Politischen Polizei in Schleswig, die Durchschriften der polizeilichen Ermittlungen über Oberfohrens Tod, protokollarische Vernehmungen und die Abschrift einer Reihe von Briefen aus der Zeit von Februar bis April 1933 enthält, ferner auf persönlichen Informationen des damaligen Provinzialvorsitzenden der DNVP, Vizeadmiral a. D. Meurer und des Kieler Kreisvorsitzenden Dr. Rasmuss.

[2]) Siehe S. 151 dieser Arbeit.

[3]) „KNN", 1. März 1933, Nr. 51. Oberfohren legte auch öffentlich in seinen Reden besonders Gewicht auf die unbedingte Notwendigkeit, das „Gleichgewicht" in der nationalen Koalition zu stabilisieren. So erklärte er am 28. Februar in Altona: „Diese Regierung wird ihre gegenwärtigen Aufgaben nur dann lösen können, wenn sie in dem Stil und der Formierung erhalten bleibt, in der sie Herr v. Papen zusammengestellt hat."

in Kiel einen vertraulichen Lagebericht gegeben[1]), der tiefe Bestürzung bei den Anwesenden hervorrief. Oberfohren zeigte in einer Fülle von Einzelbeispielen auf, wie sehr starke Kräfte in der NSDAP auf einen Bruch der Vereinbarungen vom Januar, eine völlige Ausschaltung der Deutschnationalen und damit die Errichtung einer Einparteiendiktatur unter Zerstörung der rechtsstaatlichen Ordnung hinwirkten. Diese Entwicklung müsse, so betonte er, in eine innen- und außenpolitische Katastrophe einmünden. Oberfohren kündigte an, daß er in der Fraktion ein energisches Auftreten von Hugenberg gegenüber Hitler verlangen werde, um im letzten Augenblick eine Wende herbeizuführen.

Die Alarmrufe aus dem Lande häuften sich[2]); doch kurz vor den entscheidenden Beratungen unter den neuen deutschnationalen Abgeordneten schlug Görings politische Polizei zu. Nach wochenlanger Bespitzelung und wiederholtem Bruch des Fernmeldegeheimnisses[3]) wurde Oberfohrens Sekretärin am 26. März in Berlin verhaftet und sein dortiges Büro durchsucht. Am nächsten Tage folgte auf telegraphische Anweisung eine Durchsuchung seiner Kieler Wohnung unter Bruch der parlamentarischen Immunität. Diese verlief ergebnislos; doch fielen der Polizei in Berlin eine Reihe von Abschriften aggressiver Schreiben gegen Hugenberg und Seldte in die Hände. Oberfohren distanzierte sich von diesen — wie er erklärte — ihm zugegangenen anonymen Briefen; er wurde aber von den Nationalsozialisten und auch von Hugenberg verdächtigt, an der Abfassung oder Verbreitung beteiligt zu sein. Dieser immer stärker werdende Druck zerbrach seine Widerstandskraft. Am 30. März legte er sein Mandat nieder[4]). Dieser Schritt wurde von der Partei und der Presse nur mit konventionellen Dankesprüchen kommentiert; dennoch wirkte er in einer weiteren Öffentlichkeit als ein Alarmzeichen.

---

[1]) Zu dem Verlauf dieser Sitzung siehe den Brief des stellvertretenden Provinzialvorsitzenden der DNVP, Freiherr v. Hollen-Schönweide vom 20. März an Oberfohren (Akte Oberfohren). Dr. Rasmuss gab mir eine ausführliche mündliche Darstellung.

[2]) Besonders erwähnenswert ist ein Brief des Erlanger deutschnationalen Abgeordneten Prof. Lent vom 20. März an Oberfohren, in dem die sofortige Einberufung der deutschnationalen Fraktion gefordert wird: „Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Die katastrophale Entwicklung der Lage erfordert ein baldiges Zusammentreten der Fraktion; so können die Dinge nicht weitergehen. Alle deutschnationalen Beamten werden entfernt, eine Verhaftungspsychose und eine ekelhafte Stickluft von Denunziationen greift um sich. Zeigen wir nicht mehr Widerstand, so kommt der Augenblick, daß Stahlhelm und Partei aufgelöst werden. Vor allem aber wundert man sich im Lande allgemein in immer steigendem Maße, warum man von einer Vertretung der Deutschnationalen in der Regierung nichts mehr merkt. (Drei Wörter unleserlich) könnte anders regiert werden, wenn die Nationalsozialisten allein in der Regierung säßen? Wer beantwortet die Frage, die man überall liest und auf die ich eine Antwort nicht weiß ... Die Mißstimmung bei unseren Anhängern naht. Unsere Eigenschaft als Regierungspartei wird lächerlich, ja ekelhaft. Das werden Sie sicher mit mir fühlen! Mit den besten Empfehlungen, Ihr ergebener gez. Lent."

[3]) Die vorhergehende Bespitzelung ergibt sich aus der protokollarischen Erklärung, die Oberfohren am 22. April 1933 an Dr. Rasmuss abgab. Bei der Vernehmung am 27. März wurde Oberfohren vorgehalten, sich gegen die am Vortag erfolgte Ernennung Lohses zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein telefonisch in scharfer Weise ausgesprochen zu haben.

[4]) „KNN", 31. März 1933, Nr. 77.

Deshalb wurde im Laufe des April von nationalsozialistischer und teilweise auch deutschnationaler Seite eine planmäßige Verleumdungkampagne gegen ihn inszeniert, die ihn seelisch völlig zermürbte[1]). Wiederholte Proteste und Ehrenerklärungen des Provinzialverbandes und des Kieler Kreisverbandes der Partei blieben ergebnislos.

Eine neue schwere Belastung erwuchs Oberfohren aus aufsehenerregenden Veröffentlichungen in der bekannten englischen Zeitung „The Manchester Guardian" vom 26. und 27. April 1933 über den Reichstagsbrand, in denen die Schuld an diesem Verbrechen den nationalsozialistischen Mitgliedern des Reichskabinetts und der SA zugesprochen wurde. Diese Darstellung fußte auf einer „vertraulichen Denkschrift", von der es hieß, sie stamme aus deutschnationalen Kreisen und zirkuliere in Deutschland. Mit dieser Niederschrift wurde schon im April der Name Oberfohren in Verbindung gebracht; wenig später veröffentlichte eine Gruppe namhafter Emigranten sie unter dem Titel „The Oberfohren Memorandum" in England[2]).

Oberfohren wurde am Mittag des 7. Mai in seiner Kieler Wohnung erschossen aufgefunden. Die Umstände, die in den polizeilichen Ermittlungen ausführlich festgehalten wurden, sprechen für einen Selbstmord[3]). Es war der gleiche Tag, an dem Adolf Hitler erstmals als Reichskanzler unter dem Jubel von Zehntausenden der Marinestadt einen triumphalen Besuch machte[4]).

Seine Beisetzung am 11. Mai wurde zu einer letzten tragischen Manifestation unabhängiger konservativer Gesinnung in Schleswig-Holstein, bevor der Vorhang zum Schweigen mit der totalitären Machtergreifung endgültig fiel. Vor einer großen Trauergemeinde brachten Pastor Nielsen, Vizeadmiral a. D. Meurer und vor allem der langjährige Freund des Verstorbenen, Reichstagsabgeordneter

---

[1]) Die Deutschnationale Parteileitung in Kiel veröffentlichte nach seinem Tod einen Brief an Hugenberg vom 12. April, in dem Oberfohren u. a. schrieb: „Das, was ich erlebt habe, ist in den letzten Wochen fast übermenschlich gewesen. Schon vorher hatte mich der Verlauf der politischen Entwicklung fast zu Boden geworfen." („KNN", 10. Mai 1933, Nr. 108.) Diese Zeilen beweisen deutlich, daß die Gegensätze zu Hugenberg nicht rein taktischer Natur waren oder gar nur auf „Mißverständnissen" (R. Wolf, Der Reichstagsbrand 1933, Beilage „Das Parlament", 18. Januar 1956, S. 35) beruhten.

[2]) Der Text dieser Niederschrift und weitere wichtige Einzelheiten finden sich bei R. Wolf, a.a.O.

[3]) Schon damals wurde der Verdacht ausgesprochen, Oberfohren sei von den Nationalsozialisten ermordet worden. Diese Vermutung findet sich auch in mehreren späteren Veröffentlichungen, u. a. Paul Loebe, Der Weg war lang, Lebenserinnerungen, Berlin 1954, S. 216. Der Nachfolger Oberfohrens im Vorsitz der deutschnationalen Fraktion, Otto Schmidt, Hannover, bezeichnete das Ende Oberfohrens ebenfalls als ein „wohl gewaltsames" (R. Wolf, a.a.O., S. 35). Demgegenüber schrieb seine Witwe in einem Brief: „Mein Mann ist nicht von den Nazis erschossen worden. Wohl sah er sich ihrer dauernden Verfolgung ausgesetzt, deren Ende und Konsequenzen nicht abzusehen waren, so daß er in klarer Voraussicht der furchtbaren Folgen einer autoritären Staatsführung, die zur Katastrophe für Volk und Staat führen mußte, in seiner tiefen Verzweiflung den Freitod suchte."

[4]) „KNN", 9. Mai, Nr. 107.

Lavarrenz, unüberhörbar zum Ausdruck, welche bedrückenden Sorgen und Gefahren diesen Tod bewirkt hatten. Lavarrenz sagte: „Seine treue Arbeit hätte einen besseren Ausgang verdient . . . Er ist in den Sielen gestorben. Es ist eine furchtbare Belastung, die wir durchkämpfen müssen, wo heute alles anders geht, als vorher gesagt war[1])." Aber die gleiche Nummer des deutschnationalen Wochenblattes für Schleswig-Holstein, in dem wir diese Sätze finden, pries im neuen Stil der offiziösen Propaganda in mehreren Beiträgen die einmaligen Leistungen der Regierung Hitler. Die Gleichschaltung stand unmittelbar vor ihrem Abschluß.

Das galt auch für die berufsständischen Vertretungen des schleswig-holsteinischen Landvolks. Die Regierungsbildung des 30. Januar war von dem schleswig-holsteinischen Land- und Bauernbund, seiner politischen Entwicklung seit 1930 entsprechend, vorbehaltlos begrüßt worden[2]). Gewisse eigenständige Töne klangen nur im Bereich der Jungbauernbewegung an, etwa in der mehrfach geäußerten Erwartung, die „nationale Revolution" werde zur Aufhebung aller parteipolitischen Gruppierungen führen[3]).

Nach dem Rückschlag, den die Novemberwahlen für die Nationalsozialisten brachten, hatten die deutschnationalen und parteilosen Kräfte im Land- und Bauernbund vorübergehend die Unabhängigkeit des Verbandes etwas stärker betont. So erklärte Tönnsen am 10. Dezember in Flensburg[4]), die beherrschende Stellung der Organisation verlange von ihrem Vorsitzenden, daß er mit allen nationalen Gruppen zusammenarbeite. „Er kann sich nicht einer Partei und einer politischen Gruppe verschreiben." Bereits am 15. November hatte das nationalsozialistische Organ der Provinz, die Schleswig-Holsteinische Tageszeitung, Tönnsen kritisiert, weil er bei einer Reichslandbundtagung in Berlin einen scharfen Resolutionsentwurf gegen die Regierung v. Papen nicht unterstützt habe[5]).

Doch änderten diese kleinen Reibereien nichts an der dominierenden Stellung der Nationalsozialisten in den meisten Orts- und Kreisgruppen des Berufsverbandes und damit an ihrem unvermindert starken Einfluß auf seine kompromißbereite Provinzialleitung. Eine gemeinsame Aktion von NSDAP, DNVP und Land- und Bauernbund zwang Iversen, am 20. Dezember den Vorsitz im „Schleswig-Holsteiner-Bund" niederzulegen[6]). Der beträchtliche persönliche Einfluß, den diese Stellung dem Leiter des Bauernvereins auf konservative,

---

[1]) „Landbote", 1933, Nr. 20.

[2]) „Bauernbund", 1933, Nr. 5 („Es ist geschafft").

[3]) „Jungbauer", 1933, Nr. 3.

[4]) „Bauernbund", 1932, Nr. 50.

[5]) „Bauernbund", 1932, Nr. 46. Dabei stand der Verband in kritischer Opposition zu der Agrarpolitik der Kabinette v. Papen und Schleicher („Bauernbund", 1932, Nr. 45, 1933, Nr. 2 und 3).

[6]) „Bauernbund", 1932, Nr. 51.

heimattreue Kreise der Provinz eröffnete, war seinen Gegnern in der Politik und Verbandsarbeit schon lange ein Dorn im Auge gewesen.

Nach dem 30. Januar beteiligte sich der Land- und Bauernbund an zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen für die neue Regierung. Eine Pinneberger Verbandstagung wurde am 15. Februar nach einem Referat Tönnsens mit dem „Horst-Wessel-Lied" geschlossen[1]). Gemeinsame Versammlungen von NSDAP und Bauernbund fanden in den Landgemeinden jetzt häufiger statt[2]).

Sehr bald wurden allerdings Zeichen der Unsicherheit spürbar, welche Folgen die einsetzende Gleichschaltung aller Bereiche des öffentlichen Lebens für das bäuerliche Verbandswesen haben werde. Zunächst begrüßten die Sprecher des Land- und Bauernbundes das scharfe Vorgehen der Hitlerpartei gegen den Bauernverein. Damit schien ihr Ziel, die einzige Berufsorganisation der Provinz zu sein, unmittelbar vor der Verwirklichung zu stehen. Das Organ des Bauernvereins nahm in den ersten Wochen nach dem 30. Januar den unausweichlichen Kampf mit den übermächtigen Gegnern mit großem Mut auf. Ein Leitartikel vom 4. Februar[3]) unterzog die Zusammensetzung und das Programm der Regierung Hitler — Hugenberg einer sehr kritischen Betrachtung. Er verwies auf die zahlreichen Gegensätze zwischen den Koalitionspartnern und schloß mit den Sätzen: „Die Harzburger Front ist geleimt. Wir fürchten, das deutsche Volk auch." Dieser Tenor bestimmte auch die nächsten Nummern des Blattes[4]). Die Antwort der NSDAP bestand im Terror. Am 15. Februar sprengten SA-Leute eine Versammlung des Bauernvereins in Klein-Kummerfeld (Kreis Segeberg)[5]). Der Redner, Hauptgeschäftsführer Schulze, wurde auf der Rückfahrt überfallen und niedergeschlagen. Die Schleswig-Holsteinische Tageszeitung bezeichnete Schulze am 1. März als einen „Verräter am Berufsstand, einen Agenten des Marxismus", dessen Kritik an der nationalen Regierung nicht mehr geduldet werden könnte[6]). „Die Zeiten, wo Demagogen ungestraft die Ehre der Nation und ihrer Träger beschmutzen durften, sind ein für allemal vorbei."

Der Vorstand des Bauernvereins wich vor diesen unverhüllten Drohungen zurück. Sein Organ befaßte sich in den letzten Wochen seines Erscheinens fast nur noch mit agrarwirtschaftlichen Fragen. Am 1. April wurden durch eine Polizeiaktion die Geschäftsstellen des Verbandes in Rendsburg und Bad Segeberg besetzt und unter dem Vorwand, staatliche Gelder seien zweckentfremdet verwendet worden, geschlossen[7]). Bei mehreren Vorstandsmitgliedern fanden Hausdurchsuchungen statt; Hauptgeschäftsführer Schulze wurde in Schutzhaft

[1]) „Bauernbund", 1933, Nr. 7.

[2]) „Bauernbund", 1933, Nr. 13.

[3]) „SHB", 1933, Nr. 5 („Geleimte Front — Geleimtes Volk?").

[4]) „SHB", 1933, Nr. 6 und 7 („Vier Jahre Frist!", „Nationale Konzentration?").

[5]) „Bauernbund", 1933, Nr. 8.

[6]) „Bauernbund", 1933, Nr. 9.

[7]) „Bauernbund", 1933, Nr. 14 und 15.

genommen. So war auch ohne formelles Verbot das Weiterbestehen des Bauernvereins unmöglich gemacht worden. Die NSDAP veranlaßte in den folgenden Wochen die Einberufung von Hauptversammlungen der Kreisverbände, in denen über die Selbstauflösung und den Anschluß der Mitglieder an den Land- und Bauernbund entschieden werden sollte. In Gegenwart der Kreisleiter und anderer nationalsozialistischer Funktionäre wagten sich Stimmen der Opposition nirgends mehr hervor; doch war teilweise — wie z. B. am 13. Mai in Segeberg[1]) — Zurückhaltung gegenüber dem Appell spürbar, dem Land- und Bauernbund beizutreten. Trotz einer sich verstärkenden Kampagne gegen die „Nichtorganisierten", die in „schwarzen Listen" als „Schädlinge" namentlich angeprangert wurden, blieb ihr Prozentsatz in den früheren Schwerpunktgebieten des Bauernvereins zunächst beträchtlich. Noch im Juli wurde in Eckernförde darüber Klage geführt, daß fast 40% aller Bauern bisher nicht Mitglied der Einheitsorganisation geworden waren[2]).

Sehr früh meldeten die Nationalsozialisten ihre Forderungen auf einen beherrschenden personellen Einfluß im Land- und Bauernbund an. So mußte der Kreisverband Pinneberg am 27. Februar über einen Antrag nationalsozialistischer Mitglieder abstimmen, den angesehenen deutschnationalen Vorsitzenden Eyler-Raa durch einen Vertreter der NSDAP zu ersetzen[3]). Eine knappe Mehrheit sprach sich für Eyler aus; doch erklärte er am 8. April seinen Rücktritt, um, wie er ausführte, „der politischen Entwicklung Rechnung zu tragen"[4]). Sein Nachfolger wurde ein Nationalsozialist.

Doch schien es zunächst, daß sich die Hitlerpartei mit einer personellen Umgruppierung zu ihren Gunsten begnügen und die ländliche Selbstverwaltung wie das Verbandswesen im übrigen bestehenlassen werde. Am 30. März erklärte der Flensburger Kreisleiter und Reichstagsabgeordnete Hans auf einem gemeinsamen Bauernabend von NSDAP und Bauernbund in Handewitt[5]): „Wir Nationalsozialisten wollen die Aufrichtung des Staates auf berufsständischer Grundlage. Die Berufsorganisation für die Landwirtschaft soll in Schleswig-Holstein der Land- und Bauernbund sein. Jeder hat die Pflicht, in der Berufsorganisation mitzuarbeiten." Er kündigte allerdings gleichzeitig an, daß die bisherigen Maßnahmen zur Gleichschaltung nur einen Auftakt bildeten: „Die Säuberungsaktion in Schleswig-Holstein wird erst jetzt ihren Anfang nehmen. Wir haben die Macht und das Recht dazu . . . " Eine legendenhafte Schilderung der jüngsten Vergangenheit diente zur Rechtfertigung für diesen totalitären Anspruch: „Wir standen kurz vor der Vernichtung des ganzen deutschen Volkes durch den Kommunismus. Die Brandfackel, die den Reichstag anzündete, sollte

[1]) „Bauernbund", 1933, Nr. 20.
[2]) „Bauernbund", 1933, Nr. 32.
[3]) „Bauernbund", 1933, Nr. 9.
[4]) „Bauernbund", 1933, Nr. 15.
[5]) „Bauernbund", 1933, Nr. 13.

das Fanal sein. Nur dem Nationalsozialismus ist es zu verdanken, daß eine Gegenorganisation aufgestellt wurde."

Die Entwicklung im Reich war auch für die folgenden Ereignisse in der Provinz bestimmend. Hier verstärkten die Nationalsozialisten ebenfalls zunächst ihren Einfluß in dem vorhandenen organisatorischen Rahmen. Am 25. März wurde der Reichstagsabgeordnete Meinberg an Stelle des deutschnationalen Hofbesitzers Bethge in das Präsidium des Reichslandbundes gewählt, das jetzt aus zwei Nationalsozialisten, einem Deutschnationalen und einem Parteilosen bestand[1]). Am 4. April beschlossen die Verantwortlichen des Reichslandbundes, der Christlichen Bauernvereine und des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP die Bildung einer „Reichsführergemeinschaft des Deutschen Bauernstandes", die eine organisatorische Neugliederung des Landvolks vorbereiten sollte[2]). Diese Entscheidungen und vor allem die Wahl von Walter Darré zum Vorsitzenden der „Führergemeinschaft" erfolgten bereits unter starkem politischem Druck. Damit verfügten die Nationalsozialisten über eine scheinbar legale Schlüsselposition, die sie ohne Rücksicht auf satzungsmäßige Zuständigkeiten zur Gleichschaltung des gesamten ländlichen Verbandswesens ausnutzten.

Am 5. Mai legte Graf Kalckreuth, der noch im April die Initiative zur Bildung der „Führergemeinschaft" maßgeblich unterstützt hatte, sein Amt als geschäftsführender Landbundpräsident nieder, um sich gegen schwere Verdächtigungen ungesetzlicher Manipulationen „in voller Handlungsfreiheit" wehren zu können[3]). Ähnliche Anschuldigungen waren schon zuvor gegen Schiele und andere namhafte Agrarpolitiker, die nicht der NSDAP angehörten, erhoben worden. An die Stelle von Kalckreuth trat Meinberg.

Am gleichen Tag wurde die bevorstehende Machtübernahme der NSDAP in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft formell angekündigt. Auf der Vertreterversammlung des Land- und Bauernbundes erklärte der „Gaufachbearbeiter" für Agrarfragen, Landtagsabgeordneter Struve, Oelixdorf, in Neumünster[4]): „Ich bin mit der Gleichschaltung der Vertretungen des landwirtschaftlichen Berufsstandes der Kammern und des Genossenschaftswesens beauftragt worden ... Nur eine Weltanschauung kann richtig sein, und diese hat über die anderen zu herrschen. Die Weltanschauung der NSDAP entspricht dem Wesen des Volks am vollkommensten ... Für demokratische Prinzipien ist kein Platz mehr. Vom Vertrauensmann im Dorf an trägt jeder seine eigene Verantwortung. Diese kann von einer Mehrheit nicht abgenommen werden. Auch in unserem Berufsstand wird das Führerprinzip stabilisiert werden."

So war die am gleichen Tag vollzogene Neuwahl des Provinzialvorstandes die letzte demokratische Entscheidung einer Delegiertenversammlung des schleswig-

[1]) „Bauernbund", 1933, Nr. 12.

[2]) „KNN", 6. April, Nr. 82.

[3]) „KNN", 6. Mai, Nr. 105.

[4]) „Bauernbund", 1933, Nr. 19.

holsteinischen Bauerntums. Unter Zustimmung der Nationalsozialisten wurden Tönnsen und Graf Kielmannsegg wiedergewählt; zu ihnen trat Struve, Oelixdorf, als stellvertretender Vorsitzender. Doch bestand im neuen elfköpfigen Vorstand eine klare nationalsozialistische Majorität.

In schneller Folge schlossen sich Neuwahlen in den Kreisen an, die fast ausnahmslos eine Besetzung der Spitzenfunktionen durch Nationalsozialisten brachten. Offene Opposition gab es nur im alten Kerngebiet Eiderstedt, wo die „Landvolkvereinigung" als Berufsverband der Bauern seit 1930 unter dem Vorsitz von Hamkens fast völlig selbständig und nur in loser Verbindung zur Provinzialorganisation gearbeitet hatte. Am 30. Mai fand in Garding eine Generalversammlung statt, die Struve von sich aus über den Kopf des Vorstandes hinweg einberufen hatte[1]). Hier kam es zu sehr heftigen Debatten zwischen Hamkens Freunden und den Nationalsozialisten. Hamkens wehrte sich entschieden gegen die befohlene Gleichschaltung. Früher habe man ihm „Hosianna" zugerufen, jetzt wolle man ihn und seinen Vorstand gewaltsam stürzen. Er beschwor die Erinnerung an die Kämpfe der Jahre 1928/30 und rief Struve zu: „Wo waren Sie damals und wo ich?" Die Sympathien der Anwesenden waren durchaus geteilt. Als Struve deshalb die von Hamkens geforderte Vertrauensabstimmung ablehnte, schloß dieser von sich aus die Versammlung. Erst in einer folgenden internen Zusammenkunft erklärten Hamkens und der Gesamtvorstand angesichts des übermächtigen politischen Drucks ihren Rücktritt.

Schon am 8. April hatte der Vorstand der Landwirtschaftskammer in Kiel unter Graf zu Rantzau-Breitenburg demissioniert[2]). Oberpräsident und Gauleiter Lohse ernannte von sich aus den Nationalsozialisten Prof. Draeger zum „kommissarischen Leiter" der Kammer. Damit setzte ein umfassendes personelles Revirement, das auch zu Veränderungen bei den Genossenschaften führte, ein.

Den vorläufigen Abschluß dieser Entwicklung bildete die straffe Zusammenfassung der Verbands-, Kammer- und Genossenschaftsorgane unter einem nationalsozialistischen „Landesbauernführer". Am 5. Juli verkündete Walter Darré, der soeben als Nachfolger Hugenbergs das Landwirtschaftsministerium übernommen hatte, diese neue Ordnung[3]). Struve übernahm die Führung in Schleswig-Holstein. Kreisbauernführer traten an die Stelle der bereits gleichgeschalteten Vorstände. Von dort war es bis zur Proklamierung des Reichsnährstandes im Dezember 1933[4]) nur noch ein kurzer Schritt.

Damit war in ganz anderer Weise, als viele bäuerliche Wähler der NSDAP es in den Jahren vor der Machtübernahme erwartet hatten, die nationale Revolution auch für die freien Berufsorganisationen des Landvolks schicksalhaft geworden.

[1]) „Bauernbund", 1933, Nr. 23.

[2]) „KNN", 11. April 1933, Nr. 86.

[3]) „Bauernbund", 1933, Nr. 28.

[4]) „Bauernbund", 1933, Nr. 52.

Zunächst ließen die Anspannung zahlreicher Aktionen und „Erzeugungsschlachten", neue Gesetze und eine spürbare Linderung der ökonomischen Krise den tiefgehenden Wandel in seiner eigentlichen Bedeutung für die meisten nicht bewußt werden. Dennoch waren in privaten Kreisen schon vor dem Kriegsausbruch zunehmend Stimmen der Desillusionierung und der tiefen Sorge hörbar, wohin das Ende jeder politischen Freiheit und die im Kirchenkampf eingeleitete Gleichschaltung auch des religiösen und geistigen Bereichs in Heimat und Volk führen würden.

Ergebnisse und Betrachtungen

Die historische Darstellung hat gezeigt, wie vielfältig die Wege waren, die von dem Wahlsieg der demokratischen Parteien im Jahr 1919 zu den großen Erfolgen der Nationalsozialisten nach 1930 führten. Ein Resümee ist nicht einfach, weil sich mannigfache ideologische, ökonomische und psychologische Faktoren mit stark individuellen Momenten in dieser Zeit verbanden. Zu den allgemeinen Tendenzen der deutschen Geschichte kamen, wie wir sahen, besondere Züge der schleswig-holsteinischen Entwicklung, die vor allem im Landvolk radikalisierend wirkten.

Früh wurden die Wirkungen spürbar, die aus dem Spannungsverhältnis der Grenzprovinz zu der Zentrale des Reiches und ihrer politischen Prägung erwuchsen. Historisch war diese Polarität seit der Annexion durch Preußen und den Fehlgriffen der Zentralverwaltung im nationalpolitisch umstrittenen Landesteil Schleswig wirksam. So verzeichneten wir sie bereits für die Zeit des Kaiserreichs. Während aber im Bürger- und Bauerntum wirtschaftliche Fortschritte und die politische Eingewöhnung um die Jahrhundertwende zu einer gewissen Aussöhnung mit der neuen Ordnung und teilweise sogar zur Annahme preußischer und deutschnationaler Ansichten führten, blieben bei den Wahlen bis 1919 die linksoppositionellen Kräfte (Freisinnige und Sozialdemokraten) führend, ohne daß es außerhalb der sozialistischen Bewegung zu einer stärkeren organisatorischen Bindung der Wähler an die Parteien kam.

Der staatliche Umsturz ging 1918 von Kiel aus. Aber die Provinz reagierte auf die Gefahren einer revolutionären gesellschaftlichen Umwälzung und tiefer Eingriffe in die Besitzverhältnisse konservativ. Gegenüber den neuen Machthabern und den befürchteten Tendenzen im Reich war, wie wir sahen, 1919 auch die Wahl der Deutschen Demokraten für viele Bauern und Bürger ein antirevolutionäres Bekenntnis. Heimatbewußte Schleswig-Holsteiner, die weder in der — nach Troeltsch — vom großstädtischen „Berliner Kommunalfreisinn" bestimmten DDP noch in der preußisch-konservativen DNVP einen legitimen Ausdruck ihres Wollens zu finden glaubten, unternahmen den Versuch, eine bäuerlich bestimmte Landespartei zu bilden. In ihr fanden wir Spuren des liberalen Freiheitsdenkens, aber auch bereits Ansätze einer Umformung der Heimat-, Standes- und Volksideen zum völkisch-rassischen Mystizismus und zu fragwürdigen Elitevorstellungen.

Auch die neu entstehende berufsständische Organisationsbewegung war von Anfang an durch beide Motive bestimmt. Einerseits verstand sie sich selbst als freiheitliche und — gesellschaftlich gesehen — demokratische Emanzipations-

bewegung des Bauerntums, das zur Mündigkeit und Mitbestimmung neben dem traditionell im Landvolk führenden Großgrundbesitz drängte. Daneben aber erwuchsen bald Spannungen zur demokratischen Staatsform und Regierungspraxis. Sie setzten mit der heftigen Opposition gegen die Zwangswirtschaft der Nachkriegsjahre ein und übertrugen sich bald auf große Bereiche der Außenhandels- und Wirtschaftspolitik der Republik. Aus der Minderheitensituation des Bauerntums in der modernen Industriegesellschaft gewann die Kritik an dem „Gesetz der reinen Zahl" in der Demokratie zunehmend an Boden und mündete in vage Vorstellungen einer von Eliten beherrschten ständischen oder autoritären Staatsordnung ein.

Die Wirkung dieser Ideen wurde durch das Aufkommen der Selbstschutz- und Wehrverbände in Schleswig-Holstein früh verstärkt. Die Organisation, Form und Ideologie der meisten Bünde, entwickelte sich zunehmend in betontem Gegensatz zu den demokratischen Prinzipien; eine Ausnahme bildete lediglich der Jungdeutsche Orden in seiner allmählichen Wandlung von revolutionären zu reformerischen Zielsetzungen. Die republikanischen Verbände faßten außerhalb der sozialistischen Anhängerschaft kaum Fuß; die gemäßigten bürgerlichen Parteien blieben, trotz der — gemessen an der Zeit vor 1914 — erheblichen Steigerung des politischen Engagements in weiten Kreisen der Bevölkerung, ohne nennenswerte organisatorische Basis, wie vor allem ihre Ausschaltung bei den Kommunalwahlen frühzeitig sichtbar machte.

Dagegen führten der Schock über die Niederlage, über Revolution und Diktatfrieden, die Gefährdung der überkommenen Ordnungen und Werte, die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und damit die subjektiv stark empfundene Rechtsunsicherheit zu einer erheblichen organisatorischen und propagandistischen Kräftigung der deutschnationalen Rechtsopposition. Unter einer hochbefähigten Führung wurde sie in den Jahren 1920 bis 1924 zum stärksten politischen Faktor im Bürger- und Bauerntum der Provinz; vorübergehend gewann sie unter dem Vorzeichen der neuen Gegensätze auch Teile der heimattreuen Konservativen, die vor 1914 nie zu einer völligen Aussöhnung mit dem monarchischen Preußen gekommen waren, und frühere liberale Wähler. So nahm auch ihr Einfluß auf die Anhänger des Bauernvereins zu, wenngleich dessen Verhältnis zum deutschnationalen Landbund bis gegen Ende der zwanziger Jahre gespannt blieb.

In den Jahren 1925 und 1926 war auch in Schleswig-Holstein ein Abklingen der scharfen Gegensätze spürbar. Nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, der relativen wirtschaftlichen Konsolidierung und unter dem Eindruck der Erfolge Stresemanns bestand erstmals eine gewisse Hoffnung auf eine allmähliche Versöhnung zwischen den Bauern und Bürgern der Provinz und der Republik. Aber die organisatorischen Strukturen blieben unverändert; der Schwerpunkt lag weiterhin bei den verfassungspolitisch oppositionellen Parteien und Verbänden, auch wenn die Zahl ihrer aktiven Mitarbeiter vorübergehend abnahm. Vor allem ging die Neuverschuldung des Bauerntums zu ungünstigen,

ökonomisch nicht tragbaren Bedingungen weiter. So kam es Ende 1927 nach einer schlechten Ernte schnell zu einer starken Spannung und Erregung im Landvolk, die sich in der großen Demonstrationsbewegung des 28. Januar 1928 entlud. Diese bildete den Ausgangspunkt für eine Anzahl weitgreifender Aktionen, in denen sich das Verbandsgefüge der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft institutionell und personell neu formierte und — über die Grenzen der Provinz weit hinaus — große Teile des deutschen Bauerntums politisch in Bewegung kamen. Diese Entwicklung verlief teilweise neben den überkommenen Verbänden und Parteien.

Die Deutschnationalen hatten durch ihr Schwanken zwischen extremer Opposition und Beteiligung an der Regierungsarbeit seit 1924 bei vielen ihrer radikalen wie gemäßigten Anhänger gleichermaßen an Kredit verloren. Die Hitlerpartei verstand es, das entstehende Vakuum auszunutzen und noch vor dem vollen Einsetzen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise vom Jahr 1928 an im Bauerntum Schleswig-Holsteins und großer Teile Norddeutschlands den entscheidenden Durchbruch zu erzielen. Wohl stand ihr vor allem in Schleswig-Holstein zunächst die Landvolkbewegung Hamkens und Heims als eigenständiger Faktor gegenüber. Aber letztlich wirkte diese bei ihrem bewußten Verzicht auf eigene Organisations- oder gar Parteibildung nur als ein Ferment der Radikalisierung zugunsten der Nationalsozialisten.

Der Bauernverein hatte sich seit seiner Gründung niemals auf eine Partei festlegen lassen. Er grenzte sich zwar früh gegenüber der Sozialdemokratie ab und brach 1924 anläßlich der Verhandlungen um die erste Zollvorlage auch für mehrere Jahre mit den freihändlerischen Deutschen Demokraten. Doch legte er Wert darauf, daß zumindest zwei bürgerliche Parteien „Vertrauensmänner" aus seinen Reihen auf ihren Kandidatenlisten placierten. Seit 1930 erfaßte die Hitlerpartei den Bereich der Selbstverwaltung aber ebenso wie den der Berufsverbände. Sie drängte die deutschnationalen Kräfte, die nach der Fusion des Bauernvereins und Landbundes zunächst an Boden gewonnen hatten, schnell zurück und gewann schon vor der Machtergreifung eine große Zahl von Schlüsselfunktionen in den Kreis- und Ortsorganisationen wie auch beträchtlichen Einfluß auf die Landesführung.

Diese Erfolge des Nationalsozialismus wurden durch die Schwäche und Gespaltenheit seiner Gegner wesentlich befördert. Den Deutschnationalen fehlte unter der Führung Hugenbergs eine überzeugungskräftige alternative Position gegenüber der NSDAP, die sie wechselweise unterstützten und bekämpften. Der im Norden Schleswig-Holsteins verheißungsvolle Ansatz, mit der Volksnationalen Reichsvereinigung zu einer konservativen aber staatsbejahenden Parteibildung zu gelangen, kam im Frühjahr 1930 durch die Entwicklung im Reich zum Erliegen. Die Deutsche Staatspartei gewann in der Provinz keine neuen Wählerschichten mehr; die Deutsche Volkspartei sank nach Stresemanns Tod schnell zu einer bedeutungslosen Splitterpartei ab. So fehlte den gemäßigten

bürgerlich-bäuerlichen Kräften, die sich 1929 und 1930 in der ländlichen Selbstverwaltung und im Verbandswesen zunächst noch gegen die anbrandenden Wogen des Radikalismus wehrten, eine feste politische Plattform für ihren Kampf. Die einzige intakte republikanische Kraft blieb die Sozialdemokratie, ungeachtet gewisser Verluste, die auch sie durch die radikalen Flügelparteien von rechts und links hinnehmen mußte. Ihre Schwerpunktgebiete in Stadt und Land brachten auch 1932 noch erheblich geringere nationalsozialistische Stimmenanteile als die der bürgerlichen Parteien. Aber der Brückenschlag zu staatsbejahenden Bauern und Bürgern gelang ihr auch in den letzten Jahren der Republik kaum. Zu tief waren die überkommenen Gegensätze und wechselseitigen Vorurteile eingewurzelt, um selbst in einer so großen Notzeit hinfällig zu werden. Dabei hatte die Regierungspraxis von Konservativen, Demokraten und Sozialdemokraten in den Kabinetten Müller und Brüning seit 1928 an sich deutlich gezeigt, wie viele dogmatische Positionen in der Wirtschafts- und Agrarpolitik angesichts der Krise relativiert wurden.

Wir haben an vielen Beispielen gesehen, wie tief die Kluft zwischen dem Bauern- und Bürgertum der Provinz und der Regierung in Berlin in der Schlußphase der Republik geworden war. Dies galt — wie das Schicksal von Männern wie Schiele und Schlange-Schöningen zeigt — nicht nur für Schleswig-Holstein, obwohl hier die Radikalisierung mit der wirtschaftlichen Not des Landvolks am weitesten fortgeschritten war.

So fehlte es außerhalb der sozialistischen Gruppen und des Restbauernvereins fast völlig an organisierter Gegenwehr, als die Nationalsozialisten zur Monopolisierung und Machtergreifung in den Verbänden, Gemeinden und Organen der öffentlichen Meinung ansetzten. Die geistigen Vorbehalte einiger christlicher und konservativer Kreise im Landvolk, insbesondere der Landjugend, die früh bestimmte Gefahren des totalitären Anspruchs und damit der Politisierung aller Lebensbereiche erkannten, blieben deshalb ohne Einfluß auf den tatsächlichen Ablauf der Dinge.

Die politische Orientierung in Schleswig-Holstein erfolgte also in einem Kontrast zu dem Systemwechsel im Reich. Zugespitzt läßt es sich so ausdrücken: Als in Berlin monarchisch-konservativ regiert wurde, wählte die periphere Provinz demokratisch und sozialistisch. Nach der Revolution von 1918 begann in einer sich steigernden Opposition zum neuen Regierungssystem die Wendung zur deutschnationalen Rechten und schließlich zum völkisch-nationalsozialistischen Radikalismus.

Dafür waren, wie wir sahen, viele individuelle und zeitbedingte Faktoren wichtig. Aber die fast gleichbleibende Polarität zwischen Provinz und Hauptstadt beruhte stark in soziologischen Spannungen, die schon vor 1914 bestanden und sich nach der Niederlage und Revolution noch verschärften. Mit dem Ausbruch des industriellen Zeitalters war für die überkommenen Berufsgruppen des selbständigen Mittelstandes eine ernsthafte Krise entstanden, die ihre Stellung

in der Gesellschaft gefährdete und große Fähigkeiten der Anpassung forderte[1]). Wir begegneten schon in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg im Bürger- und Bauerntum Schleswig-Holsteins starken antikapitalistischen Strömungen, die damals zumeist der linken Opposition (Freisinn und Sozialdemokraten) zugute kamen, vereinzelt aber auch bereits den rechtsradikalen Antisemiten.

Niederlage, Inflation, Agrar- und Wirtschaftskrise verschärften diese Spannungen bis zur Existenzgefährdung und beförderten — in mehreren Stufen — in einer von Grund auf bedächtigen, Radikalismen abholden Bevölkerung so den Weg bis zur extremen staatsverneinenden Haltung der Landvolkbewegung und des Nationalsozialismus. Dem Historiker wird freilich deutlich, daß diese soziologischen Faktoren keineswegs zu geschichtlich zwangsläufigen Entwicklungen führten. Dies zeigt schon ein kurzer Blick über die Grenzen nach Dänemark, wo ein gefestigteres, in einem kontinuierlichen Traditionszusammenhang stehendes Staatswesen ökonomisch und vor allem politisch die ernsten Krisenerscheinungen seiner Landwirtschaft in den zwanziger Jahren und ihre psychologischen Wirkungen durchzustehen und schließlich zu lösen vermochte[2]).

Besonders an der Entwicklung in der Provinz ist zu erkennen, wie sehr es der improvisierten Demokratie von Weimar an der Kraft zur Integration fehlte. Die Frage nach der historischen Schuld ist nicht leicht zu beantworten. Auch im Zeichen der Niederlage und des Umbruchs kam es nicht zu einer Neugliederung und inneren Kräftigung der Parteien, denen im parlamentarischen Staat erstmals eine zentrale politische Verantwortung zufiel. Zentrum und Sozialdemokraten behaupteten als Weltanschauungsparteien ihren traditionellen Besitzstand einigermaßen; die Deutschen Demokraten und wenig später auch die rechtsliberale Volkspartei verloren im protestantischen Bürger- und Bauerntum aber zusehends an Boden. Ihr Erbe traten großenteils die Deutschnationalen an. Sie bauten die stärkste Organisation neben der SPD auf und gewannen über die ländlichen Berufsverbände, Teile der Industrie und ihre erfolgreiche Pressepolitik eine außerordentlich starke meinungsbildende Kraft.

Sie trugen durch ihren rücksichtslosen Kampf gegen den ungefestigten Staat in verhängnisvoller Weise zu der Verstellung des Bildes von den tatsächlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten einer deutschen Politik im Schatten des Zusammenbruchs bei. Es kam nicht zu einer nüchternen Bestandsaufnahme, worin die unmittelbaren und tieferen Ursachen der Niederlage und Revolution lagen und in welchem Spielraum eine verantwortliche deutsche Staatsführung noch zu handeln vermochte. Das deutsche Volk nahm die Niederlage nicht als gegeben hin, um sie in einem staatlichen und wirtschaftlichen Neuanfang mit

---

[1]) Siehe S. 66 ff. dieser Arbeit.

[2]) Der Landvolkbewegung in mancherlei Hinsicht verwandt war die bäuerliche *Selvstyre*-Organisation, die Cornelius Petersen in den zwanziger Jahren in Nordschleswig und Jütland leitete. Aufschlußreiches Material findet sich hierüber in der Akte der Schleswiger Regierung 309/22747.

friedlichen Mitteln zu überwinden, sondern es war in weiten Schichten von der restaurativen Idee der Wiederherstellung des unwiederbringlich Vergangenen, das in der Not der Gegenwart verklärt erschien, erfüllt.

So konnte Willy Iversen es im Juni 1931 in seiner Knievsberg-Rede mit Recht als „das größte Hindernis für die kommende Neugestaltung des deutschen Volkes und Reiches" bezeichnen, daß viele seiner Landsleute sich nicht von dem Gedanken zu lösen vermochten, „die große Vergangenheit könne in derselben Form und Weise wiederkehren". Diese Erwartung wurde im Bürger- und Bauerntum schließlich zu einer der stärksten Triebkräfte für die nationalsozialistische Propaganda, nachdem die Deutschnationalen in dem Widerspruch von Deklamation und praktischer Politik abgewirtschaftet hatten.

Den Berufsverbänden der Landwirtschaft kam unter diesen psychologischen Gegebenheiten eine mittelbare, aber doch sehr bedeutsame Funktion zu. Die größte Organisation, der Bauernverein, hielt sich in verfassungs- und parteipolitischen Fragen bis 1930 neutral, wenngleich eine scharfe Opposition gegen die Wirtschaftspolitik der Berliner Regierungen die antirepublikanischen Tendenzen indirekt beförderte. Aber der Bauernverein war bestrebt, die politischen Parteien keine breite unmittelbare Verankerung innerhalb des Bauerntums gewinnen zu lassen, um den Vorrang der ständischen Verbände im kommunalen Bereich zu befestigen und bei Verhandlungen über Kandidatenaufstellung zu Reichstags- und Landtagswahlen taktisch mit größerem Gewicht operieren zu können. Er relativierte die allgemeinen politischen Fragen also bewußt, um zu einer möglichst geschlossenen Front die bäuerlichen Wirtschaftsinteressen wahrzunehmen. Der Landbund stand demgegenüber auf der Seite der Verfassungsgegner und verhalf den Deutschnationalen zu einer begrenzten aber festen Plattform. Die Wehrverbände gewannen mit ihrer zahlenmäßigen Ausweitung zusehends einen scharf antirepublikanischen Charakter.

So waren die Parteien und insbesondere die staatsbejahenden Gruppen an die Peripherie der Organisationsformen des Bürger- und Bauerntums abgedrängt, bis die Nationalsozialisten von 1928 an mit Macht in das Gefüge der mannigfachen halb- und unpolitischen Verbände einbrachen.

Wir haben in dem vorhergehenden Jahrzehnt seit 1918 eine Anzahl gedanklicher und tatsächlicher Ansatzpunkte gesehen, die trotz aller Disharmonien Aussichten auf eine allmähliche Synthese zwischen Provinz und Republik zu eröffnen schienen. Am Anfang stand v. Hedemann-Heespens Wunsch, die schleswig-holsteinische Heimatpartei in eine Union konservativer Regionalparteien und damit in einen übergreifenden politischen Verband hineinzuführen, der zur Mitverantwortung in der Reichspolitik bereit und fähig war. Es folgte die Verbindung des Bauernvereins mit den katholischen und demokratischen Berufsverbänden des Westens und Südens in der Reichsvereinigung. Wenn von dieser Berührung keine anhaltenden politischen Wirkungen auf größere Kreise

des schleswig-holsteinischen Landvolks ausgingen, so lag dies in der lockeren Form des Zusammenschlusses und, wie wir sahen, in der persönlichen antirepublikanischen Haltung des Präsidenten Baron v. Kerkering begründet. Die Phase relativer politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung in den Jahren 1925 und 1926 wurde von den demokratischen Parteien nicht genutzt, um sich mit einer neuen agrarpolitischen Konzeption und intensiver organisatorischer Arbeit im Landvolk zu verankern. So traf sie die Krise des Winters 1927/28 unvorbereitet und hilflos. Selbst die politischen und wirtschaftlichen Alarmzeichen führten vor den Septemberwahlen 1930 nicht zu einem Zusammengehen der verfassungsbejahenden bürgerlichen Parteien. Der isolierte Versuch, durch die Fusion von DDP und Jungdeutschen Orden zu dieser Sammlung zu kommen, scheiterte fast überall und brachte in Schleswig-Holstein den erfolgversprechenden Anfang einer jungkonservativen Parteigründung zum Erliegen.

Die politischen Anschauungen einiger namhafter Bauernführer Schleswig-Holsteins veranschaulichen in ihrer Entwicklung die dargestellten Phänomene. Die verfassungsliberalen heimatlichen Traditionen des 19. Jahrhunderts wurden im politischen Bereich am deutlichsten durch Willy Iversen verkörpert. Der Schleswiger Bauer hatte schon vor dem Weltkrieg in jungen Jahren besondere Fähigkeiten bewiesen, indem er neue Wege zur Intensivierung des Viehexports nach Rußland und in den Balkan beschritt. Seine Auslandserfahrungen ließen ihn während des Krieges zu einem wichtigen Mitarbeiter Berliner Regierungsstellen werden, die für den Import von Lebensmitteln zuständig waren. So verfügte er früh über gute persönliche Kenntnisse internationaler und administrativer Probleme. Dennoch blieb Iversen ein heimatverbundener schleswig-holsteinischer Landmann. Die Entwicklung nach 1918 verurteilte ihn bei seinen liberalen Überzeugungen bald dazu, im Berufsstand und in der politischen Auseinandersetzung Sprecher von hart bedrängten Minderheiten zu sein. Nach dem Scheitern der Landespartei kam er über die DDP zur DVP, für die er in den Preußischen Landtag gewählt wurde, ohne in der Arbeit der schwachen Parteiorganisation stärker in Erscheinung zu treten. Beträchtliche Verdienste erwarb er sich um die Wirtschaftsorgane des Bauernvereins und in der Heimatbewegung. In der Zeit der Radikalisierung übernahm er 1929 den Vorsitz des Rest-Bauernvereins; damit trat er in die vorderste Linie der sich verschärfenden verbandspolitischen Kämpfe. Trotz zunehmender Anfeindungen durch die übermächtigen Gegner behielt er die Führung des Bauernvereins bis zur Zwangsauflösung im Frühjahr 1933 bei.

In den letzten Jahren von Iversens öffentlichem Wirken war in der Abwehr des Radikalismus eine noch deutlichere Akzentuierung seiner verfassungspolitischen Ansichten zu erkennen. Gegenüber der Zeit nach 1918, als er vorübergehend mit einigen völkisch-antisemitischen Gruppen in der Landespartei zusammenging, hatte die verantwortliche parlamentarische Mitarbeit in einer Reichspartei seine Überzeugungen gesicherter und ausgereifter werden lassen.

Die meisten anderen Führer des Bauernvereins verblieben dagegen bewußt in der Distanz zu dem Bereich des politischen Parteienkampfes und der Parlamente. Dies galt auch für seinen langjährigen Vorsitzenden Heinrich Stamerjohann. Stamerjohann gehörte bereits seit 1908 dem Vorstand der Landwirtschaftskammer an. Er war ein gemäßigter, ausgleichender Mann, aber als Redner und Gesprächspartner volkstümlich, geistvoll und fesselnd. Politisch stand der Reserveoffizier und Kommandeur einer Artillerieabteilung bei der gemäßigten Rechten, etwa zwischen Nationalliberalen und Freikonservativen.

Stamerjohann lehnte aber als Verbandsvorsitzender jede öffentliche parteipolitische Stellungnahme entschieden ab. Kandidaturen zum Reichstag, die ihm mehrfach angeboten wurden, schlug er aus. Er wollte den Bauernverein als verbindende Kraft zwischen den verschiedenen Betriebsformen und politischen Strömungen im Bauerntum erhalten; die in seinen Augen prinzipiell eigentumsfeindliche Sozialdemokratie schloß er hierbei allerdings aus. Die Verbindung mit der Entwicklung im Reich war für ihn als stellvertretenden Vorsitzenden der Reichsvereinigung gegeben; sie machte ihn zunehmend gegen simplifizierende Parolen der Extremisten gefeit. 1926 schloß er sich persönlich der DVP Stresemanns an, ohne bei der gekennzeichneten Grundeinstellung irgendwie für diese Partei aktiv zu werden. So war er im Winter 1927/28 bereit, die 1924 abgebrochenen Verbindungen zum demokratischen Kleinbauernverein neu zu knüpfen. Allerdings vermied er auch jetzt jede Frontenstellung gegen rechtsradikale Strömungen im Landvolk. Als der von ihm verfolgte Kurs der bäuerlichen Sammlung und rein berufsständischen Begrenzung in den Wirren der Jahre 1928 und 1929 mit dem aufkommenden Radikalismus scheiterte, zog er sich nach kurzer Zeit ganz aus der schleswig-holsteinischen Verbandsarbeit auf seinen Hof und einige Ehrenämter zurück.

Als Stamerjohann den Vorsitz im aufgesplitterten Bauernverein resignierend aufgab, rückten der Eiderstedter Wilhelm Hamkens und der Dithmarscher Claus Heim aus der Anonymität schnell in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen des Landvolks. Sowohl der 47jährige Heim wie der 32 Jahre alte Hamkens waren vor 1928 politisch nicht hervorgetreten. Heim hatte ein bewegtes, in vielem abenteuerliches Leben hinter sich, als er Anfang der zwanziger Jahre den väterlichen Hof in St. Annen übernahm. Vor dem Weltkrieg war er nach Südamerika gegangen, wo er sich in mehreren Ländern als Viehzüchter und -händler versucht hatte. Die Härte des Daseins in diesem fremden Kontinent, die unmittelbaren Eindrücke von Revolutionen und Bürgerkriegen hatten seiner Lebensauffassung einen kompromißlosen, kämpferischen und in manchem anarchischen Zug verliehen. Doch waren in der Fremde auch die Liebe zur Heimat und ein — wie bei vielen Auslandsdeutschen — nationalistischer deutscher Patriotismus gewachsen; nach der Rückkehr schloß Heim sich dem Alldeutschen Verband an. Heim war als besonders wohlhabender Bauer persönlich weniger von der Wirtschaftskrise berührt als die meisten seiner Berufs-

kollegen. Trotzdem ließ ihn sein ausgeprägtes Temperament schnell zu einem der radikalsten Sprecher der neuen Bewegung werden.

Hamkens war aus dem Ersten Weltkrieg als junger Frontoffizier auf den Familienhof nach Eiderstedt zurückgekommen. Er hatte sich der Organisation Escherich und dem Stahlhelm Westküste angeschlossen, ohne in der Verbandsarbeit sonderlich hervorzutreten. Die Nöte des Landvolks, die bei den Gräsern Eiderstedts früh fühlbar wurden, machten ihn aber mehr und mehr zum entschiedenen Gegner des republikanischen Staates. Hamkens war kein völkischer Fanatiker; als er gleichsam über Nacht in die politische Auseinandersetzung eingriff, hoffte er durch Demonstrationen des passiven Widerstandes eine umfassende Bewegung des deutschen Landvolks und städtischer Mittelschichten formieren zu können, die eine Änderung des „Systems" erzwingen sollte. Ohne feste Organisationsbildung und parteipolitische Profilierung, die er als Verengung ansah, wollte er das bestehende politische Machtgefüge von unten aus den Angeln heben. Als ihm in einem späteren Stadium die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens offenbar wurde, verstärkte er die Bemühungen um taktische Bündnisse mit anderen rechtsoppositionellen Kräften. Doch hatte die Landvolkbewegung zu dieser Zeit bereits ihren Höhepunkt überschritten.

Hamkens persönliche Willenskraft, seine Unbeugsamkeit, Opferbereitschaft und rednerische Überzeugungsfähigkeit fanden auch im Kreis seiner Gegner Respekt. Aber neben den festgefügteren Institutionen und Machtgruppen wurde er mehr und mehr zu einem Einzelgänger. Letztlich wurzelte seine Konzeption der „Bewegung" in dem Ideal der traditionellen bäuerlichen Selbstverwaltung Eiderstedts, das den bürokratisierten Organisationsformen moderner Staaten, Parteien und Verbände entgegengesetzt war.

Die Schwächen des bäuerlichen Individualismus, wie ihn Hamkens und Heim verkörperten, und der Selbstbegrenzung auf standes- und verbandspolitische Wirksamkeit, die für den Bauernverein bezeichnend war, wurden von den jungen nationalsozialistischen Bauernführern deutlich erkannt. Zwar ging es auch ihnen um die Belange der eigenen Berufsgenossen, um ihre wirtschaftliche Gesundung und gesellschaftliche Geltung. Aber sie betonten immer wieder, daß diese Ziele nur in einer allgemeinen politischen Neugestaltung und deshalb von einer umfassenden, straff organisierten Volkspartei erkämpft werden könnten. Wir haben schon dargestellt, daß in dieser These der jungen Nationalsozialisten idealistische Motive mitschwangen.

Die Beschränkung der Verbände auf die eigenen Belange beruhte in sachlich und politisch verkürzten Perspektiven; sie verlieh ihrer Argumentation auch oft ungewollt einen rein materialistischen Zug, der für junge Menschen unbefriedigend war. Wir haben dies bereits an den Diskussionen der Jungbauernvereine gesehen. Hier setzten auch die Nationalsozialisten mit ihrer Werbung in anspruchsvolleren Kreisen der Jugend ein. Freilich praktizierten sie bald bedenkenlos das Prinzip, daß der Zweck die Mittel heilige. Martin Matthiessen,

der damals 28jährige Kreisleiter Dithmarschens, berichtete mir, er habe 1928 seine ersten SA-Einheiten großenteils aus Rabauken und Schlägern zusammengesetzt, um die Auseinandersetzung mit der KPD „tatkräftig" führen zu können. Die NSDAP griff, wie wir sahen, auch in Schleswig-Holstein früh zu den Mitteln der Diffamierung und des Terrors gegen Andersdenkende, wenn die Künste der Propaganda versagten. Der rücksichtslose, bis zum äußersten gehende politische Einsatz wurde für junge Parteiführer, wie Matthiessen, zu einer Sinnerfüllung ihres von Wirtschafts- und Berufssorgen überschatteten Daseins. Im Grunde war es die Hingabe an eine übergeordnete Autorität, eine straffe und hierarchische Organisation, ein Kollektiv, die zur Überhöhung des individuellen Lebensbereiches, zu Opferbereitschaft, aber auch im unbedingten Streben nach Macht zur Verletzung überkommener Moral- und Wertbegriffe führte. Hierin lag der tiefe Unterschied zur Landvolkbewegung Hamkens, die zwar Solidarität forderte und geltende Gesetze mißachtete, aber doch in ihren bäuerlichen Führern und den meisten ihrer Anhänger antibürokratisch und frei von totalitären Tendenzen war.

Rückblickend erscheinen uns die Nöte und Disharmonien dieser Zeit gering, wenn wir sie mit dem Unglück vergleichen, das der totalitäre Staat über unser Volk und Land brachte. Wir können unsere leidgeborenen späteren Einsichten sicher nicht zum Maßstab für das vielfältige Handeln in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Jahre zwischen 1918 und 1933 machen. Aber die Betrachtung dieser Periode zeigt doch, wie verhängnisvoll es ist, wenn radikale Propaganda und politische Urteilslosigkeit zu einer völligen Verkennung der realen Möglichkeiten eines Volkes und Staatswesens führen, wenn meinungsbildende Führungsgruppen großer Bevölkerungsschichten aus menschlich sympathischer Bescheidenheit oder provinzieller Begrenztheit den schicksalhaften verfassungs- und staatspolitischen Fragen ihrer Zeit auszuweichen suchen. Dann sind die Voraussetzungen gegeben, unter denen dynamische Minderheiten ihren totalitären Anspruch in einer politisch labilen, orientierungslosen Gesellschaft durchzusetzen vermögen.

Max Weber hatte im Jahre 1917 — also schon vor dem Zusammenbruch der traditionellen Ordnung — davon gesprochen, daß die Zukunft des Vaterlandes von dem Vermögen seiner Bürger abhänge, den rechten politischen Weg über arbeitsfähige Parteien, Organisationen und Parlamente selbstverantwortlich zu finden. Das Beispiel des schleswig-holsteinischen Landvolks erhellt wesentliche Gründe, warum dies in der Weimarer Republik nicht gelang. Es kann deshalb auch für uns eine Warnung und Lehre sein.

Anlagen

I. „Arbeitsgemeinschaft Dithmarschen"

Auszug aus einem Bericht des Landrats von Süderdithmarschen, Dr. Pauly, vom 19. November 1920 an den Regierungspräsidenten (Akte 309/22678):

„... Über die Arbeitsgemeinschaft Dithmarschen berichte ich folgendes:

In weiten Kreisen der Bevölkerung Dithmarschens ist man unzufrieden mit der Haltung der Regierung nach zwei Richtungen hin. Nach der einen Seite versteht man es nicht, weshalb gegen die staatsfeindlichen kommunistischen Organisationen nicht gesetzgeberisch und im Verwaltungswege mit viel größerer Schärfe vorgegangen wird; man befürchtet, es könne eines Tages, da angeblich noch große Mengen von Militärgewehren in den Händen von Kieler und Hamburger Kommunisten sich befinden, die kommunistische Richtung die Staatsgewalt langsam in ihre Hände bringen. Man hält es deshalb für notwendig, gegen solche Eventualität Vorsorge zu treffen durch Gründung von Selbstschutzorganisationen und durch Förderung des listenmäßig geführten Bundes reichswehrbereiter Männer.

Nach der anderen Seite ist man unzufrieden mit der wirtschaftlichen Gesetzgebung und ihrer Durchführung. Man will in schärfster Weise gegen Wucher- und Schiebertum vorgehen, die Landleute auch zur Erfüllung ihres Ablieferungssolls in Brotgetreide anhalten und die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Brotgetreide, Haferpräparaten, Kartoffeln und Fleisch auf dem Wege freiwilliger Umlage sichern. Dagegen wünscht man freie Verfügung über die über das Ablieferungssoll hinaus vorhandenen Getreidemengen zu einem gerechten, von der Arbeitsgemeinschaft festgesetzten Preise.

Mit diesen Tendenzen vereinigt sich starkes Streben nach moralischer Erneuerung unter Betonung der Ehre des einzelnen Berufsstandes.

Es wird beabsichtigt, ohne Unterschied der politischen Parteirichtung alle Berufsstände Dithmarschens und darüber hinausgehend der Provinz Schleswig-Holsteins in ihren Berufsorganisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, die an der Gesundung und Erneuerung des Staatslebens arbeiten soll. Wucher- und Schiebertum sollen bekämpft werden durch Warnung und öffentliche Benennung der Schuldigen. Überhaupt sollen die gesellschaftlichen Mächte aufgerufen werden zum Kampf gegen öffentliche Unmoral. Die landwirtschaftlichen Berufsorganisationen sollen für die Versorgung der Minderbemittelten eintreten, wenn notwendig, auch unter Außerachtlassung unpraktischer Gesetzesbestimmungen, wie z. B. bei der Haferversorgung. Und schließlich sollen alle Wehrhaften sich verpflichten, im Falle eines kommunistischen Putsches sich der Reichswehr zur Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände zum Waffendienst zur Verfügung zu stellen.

Der Arbeitsgemeinschaft Dithmarschen haben sich bis jetzt in den beiden Kreisen Norder- und Süderdithmarschen angeblich ca. 10000 Mitglieder angeschlossen. Der Verein hat seinen Sitz in Heide, wo er sich ein eigenes Geschäftshaus gekauft hat. Als Geschäftsführer ist der bisherige Dentist Kern aus Wesselburen hauptamtlich angestellt, wie erzählt wird, gegen ein Gehalt von jährlich 50000 Mark. Es sollen einige Millionen für Vereinszwecke, allerdings fast ausschließlich in Norderdithmarschen, von

wo die Bewegung ausgeht, gezeichnet sein. Etwa 500000 Mark sind angeblich eingezahlt worden.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft besteht aus 2 Personen, dem Hofbesitzer Kahlcke in Friedrichsgabekoog, Westhof, und dem Maurermeister Böhme in Meldorf. Ersterer soll gleichzeitig Vorsitzender der deutschnationalen Volkspartei in Norderdithmarschen sein, letzterer steht politisch weiter links.

Außer dem Vorstand ist ein geschäftsführender Ausschuß vorhanden.

In der Arbeitsgemeinschaft Dithmarschen befinden sich meines Wissens Angehörige aus allen bürgerlichen Parteien des Landes, ob auch aus der Mehrheitssozialdemokratie, ist mir unbekannt. Jedenfalls sind aber auch Arbeiter dabei beteiligt. Es ist meines Erachtens deshalb nicht richtig, die Arbeitsgemeinschaft etwa im Hinblick auf den Vorsitzenden als eine Organisation rechtsstehender Elemente der Bevölkerung zu bezeichnen. Das ist durchaus nicht der Fall. Die Arbeitsgemeinschaft wird vielmehr von allen bürgerlichen Kreisen als der ohne Rücksicht auf parteipolitische Einstellung unternommene Versuch betrachtet, im Wege der Zusammenfassung berufsständischer Organisationen eine Selbstverwaltung einzurichten, die stark genug ist, allgemein anerkannten Schäden des öffentlichen Lebens entgegenzutreten. Daher erklärt sich der große Zulauf, der voraussichtlich sich in der nächsten Zeit noch erheblich verstärken wird. Eine umfangreiche Agitation durch zahlreiche öffentliche Versammlungen steht bevor.

An der Ehrlichkeit, der Rechtlichkeit und dem guten Willen der in der Arbeitsgemeinschaft leitenden Männer ist in keiner Weise zu zweifeln. Auch versichern sie, sich hinter die Behörden stellen und den Behörden helfen zu wollen.

(Meine) Die Ansicht des Landrats über die Arbeitsgemeinschaft, die ich leitenden Männern des Vereins gegenüber nicht verhehlt habe, ist folgende:

Bei allen guten Zielen, die die Arbeitsgemeinschaft sich gesetzt hat, liegt doch in dem Bestreben, neben der staatlichen Organisation eine machtvolle Organisation zu schaffen, die weithin Einfluß auf Gebieten ausüben soll, die bisher staatlicher Betätigung vorbehalten waren, eine gewisse Abkehr vom Staatsgedanken, während die Zeit nichts dringender verlangt als Hingabe an den Staatsgedanken und Mitwirkung aller Kräfte innerhalb des staatlichen Getriebes. Auch ist die Grundauffassung, daß es gelte, ungesetzliche Machtbestrebungen von links nicht allein von Staats wegen, sondern auch im Wege privater Organisation entgegenzutreten, aus Befürchtungen hergeleitet, die meines Erachtens keinen genügenden Boden in der Wirklichkeit haben. Und schließlich ist die Organisation, die nach ihrem eigenen Programm Gegensätze überbrücken will, geeignet, den beklagenswerten Riß zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie nicht zu überbrücken, sondern in verhängnisvoller Weise zu erweitern.

Was die Stellungnahme der Behörden zu der Arbeitsgemeinschaft angeht, halte ich folgendes für richtig: Es wäre verfehlt, einer derartigen Bewegung irgendwie entgegentreten zu wollen. Ich halte es für richtig, abzuwarten, wie sich die Tätigkeit des Vereins im einzelnen gestalten wird. Wahrscheinlich wird sich sehr bald ergeben, daß innerhalb der Arbeitsgemeinschaft verschiedenartige Kräfte arbeiten, die zusammenzuhalten schwierig sein wird.

So hat z. B. der Bauernverein in Süderdithmarschen eine ablehnende Haltung eingenommen.

Ferner aber müßte meines Erachtens versucht werden, die leitenden Männer von ihrem Mißtrauen gegen alle staatliche Regelung und gegen die staatlichen Behörden zurückzubringen . . .

... Und schließlich müßten m. E. die politischen Parteien zu dieser neuen Erscheinung Stellung nehmen, die zwar sich um die politische Orientierung ihrer einzelnen Mitglieder nicht kümmern, aber in ihrer Gesamterscheinung und nach ihrem Willen, auf das Staatsleben Einfluß zu gewinnen, selbst doch nichts anderes sind als der kraftvoll unternommene Versuch, weite Kreise zu einer neuen Parteibildung zusammenzufassen."

II. „Unser Siegeszug in der Nordmark"

Artikel in der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung" vom 31. Januar 1929, Nr. 25 (Auszug):

„Der ‚Völkische Beobachter' schreibt:

Während nach der Neugründung im Jahre 1925 der Kampf wenig planmäßig war und sein konnte, nahm er in den Jahren 1926/27 immer konzentriertere Formen an ... Es wurde bald erkannt ..., daß hier (in Schleswig-Holstein) in erster Linie um die Gewinnung des Landvolks gekämpft werden mußte ...

... Es erfolgte die planmäßige Konzentration auf ein bestimmtes Gebiet, und zwar auf Dithmarschen. Dies trat organisatorisch rein zahlenmäßig bis Ende 1927 wenig in Erscheinung ... Immerhin, die Partei führte bis Ende 1927 150 Versammlungen in Dithmarschen durch ... Diese sture und zähe, mitunter bis zur Verzweiflung geleistete Vorarbeit fand ihre erste Krönung in der Landvolkversammlung vom 10. Dezember 1927 in Hamburg im Zirkus Busch, wo Adolf Hitler vor über 4000 Personen den Nationalsozialismus predigte.

... Die Gauleitung erkannte sofort (Anfang 1928), was die Stunde geschlagen hatte, und ging zielbewußt zur organisatorischen Erfassung dieser (bäuerlichen) Massen ... über ... Vom 1. Januar 1928 bis zu den Maiwahlen konnten wir einen reichlich hundertprozentigen Mitgliederzuwachs buchen ... Wir verzeichneten 31000 Stimmen bei der Wahl, nachdem der Wahlkampf ... planmäßig auf Dithmarschen und die angrenzenden Gebiete konzentriert worden war, in denen dann auch die Schlacht gewonnen wurde ...

... Ende 1928 war der Mitgliederbestand von 1927 reichlich vervierfacht ... Dithmarschen war zur nationalsozialistischen Hochburg geworden, von wo aus die Bewegung jetzt von selbst auf die angrenzenden Gebiete übergriff ... Steinburg, Pinneberg, Rendsburg, Schleswig und Husum fingen an, Dithmarschen im Ortsgruppen- und Mitgliederbestand Konkurrenz zu machen."

III. Die Blutnacht von Wöhrden.

Geheimbericht der Landeskriminalpolizeistelle Flensburg vom 25. April 1929 (in 309/22998).

Auszug aus einem Beamtenbericht vom 16. März 1929 aus Heide:

„... In Albersdorf (Süderdithmarschen) fand die Beerdigung des Nationalsozialisten Otto Streibel am 13. d. M. statt. Zu dieser Feier hatten sich etwa 4000 Teilnehmer, darunter etwa 500 Braunhemden, eingefunden ... Die Gegend von Norderhastedt,

Tensbüttel, Albersdorf und Tellingstedt muß fraglos als die Hochburg der Nationalsozialisten bezeichnet werden. In der Gegend gehört fast die ganze Bevölkerung der Partei an. Vor dem Vorfall in Wöhrden zählte die NSDAP in Albersdorf 220 Mitglieder. Jetzt ist sie 310 Mitglieder stark. Fast alle nationalsozialistischen Ortsgruppen und SA in Norder- und Süderdithmarschen haben einen ähnlichen Zuwachs von aktiven und passiven Mitgliedern zu verzeichnen. In Albersdorf trugen einfache und alte Bauernfrauen an ihren blauen Arbeitsschürzen das Hakenkreuzabzeichen. Bei der Unterhaltung mit solchen alten Müttern fühlte man sofort, daß sie von Zielen und Zwecken der nationalsozialistischen Partei gar keine Ahnung haben. Sie sind aber davon überzeugt, daß alle ehrlichen Leute in Deutschland heute ausgenutzt werden, daß die Regierung unfähig ist und daß von den Behörden viel zu viel Steuergeld verwirtschaftet wird. Ferner sind sie davon überzeugt, daß nur die Nationalsozialisten die Retter aus diesem angeblichen Elend sein können. Solche Meinungen hört man nicht nur von Frauen, sondern auch von Bauern und sonstigen neugewonnenen Mitgliedern der NSDAP. Die Gastwirte in Albersdorf standen am Tage der Beerdigung in der Hitleruniform hinter ihren Tonbänken. Am darauffolgenden Tag wurde noch beobachtet, daß die Bewohner von Albersdorf sich häufig mit dem Ruf „Heil" begrüßen. Am Beerdigungstag selber herrschte in Albersdorf eine allgemein gereiztere Stimmung als in St. Annen. Der Leichenzug, die Aufstellung der Braunhemden am Grabe und das spätere Eingreifen der Schutzpolizei wurde photographiert. Die einzelnen nationalsozialistischen Führer sprachen am Grabe länger und hetzten dort schlimmer, als es in irgendeiner öffentlichen Parteiversammlung der Fall sein könnte. Hitler führte dort unter anderem aus, daß der Märtyrer Streibel für das neue Vaterland gefallen sei. Die heutigen Machthaber hätten Deutschland im Jahre 1918 zum Teil mit belogen und betrogen und hätten sich dadurch die Macht verschafft. Streibel sei ein einfacher Arbeiter gewesen, der klar erkannt habe, daß nur die Nationalsozialisten das ganze Volk, ob Bauer, Bürger oder Arbeiter, befreien können. Lohse sprach auch schärfer und länger als in St. Annen. Er erwähnte unter anderem, daß später bei der endgültigen Befreiung Deutschlands noch viel mehr Braunhemden fallen würden. Soweit seien die Nationalsozialisten aber noch nicht. Streibel sei zu früh gefallen. Mörder, die vom Staate geschützt würden, hätten ihn abgeschlachtet. Der Hamburger Gauführer Hüttmann brachte am Grabe noch einmal das einseitige Versammlungsverbot in ganz gehässiger Weise zur Sprache. Er erwähnte dabei auch, daß der sozialdemokratische Hamburger Judensenat zum Schein des Gerechten auch die kommunistischen Versammlungen verboten habe. Die Rufe „Lewer dot als Sklav!", „Deutschland erwache" usw. klangen noch deutlicher und kräftiger als in St. Annen. Der Standartenführer Grantz forderte nach Beendigung der politischen Versammlung am Grabe die Braunhemden auf, vor dem Kirchhof auf dem dortigen freien Platz anzutreten und dann in aufgelöster Ordnung abzurücken. Die Tausenden aufgepeitschten Menschen verließen nur langsam den Friedhof. Unmittelbar vor dem Ausgang des Kirchhofs hielten nun mehrere Autofahrzeuge, die mit Schupomannschaften besetzt waren. Die Braunhemden versuchten, dort anzutreten, und aus dem Grunde konnten die vielen anderen Teilnehmer den Kirchhof und den erwähnten Platz vor diesem nur sehr langsam verlassen. Der Polizeioffizier, Major von Seidlitz, und ein Hauptmann forderten die Braunhemden sofort zum Abrücken in aufgelöster Ordnung und die übrigen Teilnehmer auf dem Kirchhof zum schnelleren Verlassen des Platzes auf. Die Offiziere kamen bei dem Vorhaben fast in Bedrängnis, denn sie wurden von den Teilnehmern, nicht von den Braunhemden, sondern von Bauern usw. beschimpft und angeschrien. Später mischte sich dann auch der Standartenführer Grantz ein, der eine sehr scharfe Auseinandersetzung mit dem Polizeihauptmann führte. In dem Moment gab der Major dem Hauptmann den Befehl,

die Wachtmeister absitzen, laden und sichern zu lassen. Dieser Vorfall führte sofort zu einem wahren Tumult. Der Gauführer Lohse suchte sich von einer Erhöhung Gehör zu verschaffen. Er schrie: „Die ‚preußisch-sozialistische' Polizei wird wieder einmal nervös. Laßt euch von ihr nicht provozieren und abschlachten, sondern behaltet die Ruhe und geht sofort in eure Häuser und Lokale." Die Braunhemden gehorchten sofort, während einfache Bauern gar nicht zu beruhigen waren. Sie wollten sich lieber abschlachten lassen als in diesem „verrotteten kommunistischen Staat" weiterleben. Die Führer der Nationalsozialisten, darunter Hitler, Hauptmann von Pfeffer, Major Dinklage, Hauptmann Schöne, Hüttmann, Gosch u. a. versuchten nun, die sich sträubenden Teilnehmer vom Platz zu bringen. Braunhemden schleppten aufgeregte Bauern in den Gasthof „Zur Linde". Als die Polizeioffiziere diese Bemühungen der nationalsozialistischen Führer sahen, ließen sie ihre Beamten aufsitzen und verließen den Platz. Im Gegensatz zu St. Annen versagten die Landjägereien in Albersdorf nach diesseitigen Beobachtungen vollkommen. In Albersdorf irrten zahlreiche Landjäger planlos umher, ohne bei der ganzen Veranstaltung tätig zu sein. Bei einem geschickten Mitwirken der Landjägerei in Albersdorf, bei einer Aufstellung vor und auf dem Kirchhof, wie dieses z. B. in St. Annen geschah, hätte der peinliche Vorfall nach diesseitiger Ansicht vermieden werden können. Auf dem dortigen viel größeren Kirchhof sind ebenfalls durch das Versagen der Landjägerei größere Verwüstungen an Grabanlagen vorgekommen als in St. Annen. Im allgemeinen hörte man in Albersdorf gehässige Worte gegen die Landjägereibeamten, die nach den Wöhrdener Vorgängen anscheinend den Anschluß mit der Bevölkerung verloren haben.

Die aufgeregten Teilnehmer fanden sich in den vorhandenen Wirtschaften zusammen und dort wurde weiter auf Staat, Regierung, Oberpräsident und auch auf den Landrat Pauly geschimpft. In sehr scharfen Worten forderte man die Abberufung des Landrats, der ein Freund des Oberpräsidenten sei, kein Verständnis für die Bauern zeige und mit dem man keine Verbindung haben wolle. In allen Wirtschaften wurden kleine Hetzreden gehalten. Die großen Führer traten in Lokalen nicht als Redner auf, sondern es waren einfache Braunhemden und Bauern, die das Wort führten. Sie forderten, daß die nationalsozialistische Bewegung von Dorf zu Dorf getragen werden solle. Alle Landvolk- und Bauernorganisationen seien überflüssig und zu den Landwirtschaftskammern dürfe kein Pfennig mehr gezahlt werden. Die SA solle die Bauern vor Pfändungen schützen. Versammlungsverbote ließe man sich von dieser Regierung nicht gefallen und diese Anordnung solle unbeachtet bleiben . . . Die Bauern in den Lokalen wurden sich ferner darüber einig, daß sie in Zukunft nur solche Arbeiter und Dienstboten beschäftigen wollen, die der nationalsozialistischen Partei angehören. Es wurden tatsächlich auch Knechte und Arbeiter als neugewonnene Mitglieder in den Wirtshauszusammenkünften festgestellt.

. . . Bei der Unterhaltung mit Bauern äußerten diese, daß die Gewinnung des Parlaments durch die Nationalsozialisten viel zu lange dauere. Es müsse zum Bürgerkrieg kommen, denn ein Ende mit Schrecken sei besser als ein Schrecken ohne Ende. Solche Äußerungen geschahen natürlich unter dem Einfluß der ganzen Wöhrdener Vorgänge. Trotzdem muß aber gesagt werden, daß die Landbevölkerung in hiesigen Gebieten ganz außerordentlich verbittert und zu allen möglichen Gewaltstreichen fähig ist. Die Regierung und die Behörden werden in allergröbster Weise beschimpft.

Das persönliche Erscheinen des Hitler hat auf die Bevölkerung einen großen Eindruck gemacht. Man rechnete es dem Führer hoch an, daß er hier zur Beerdigung des Parteigenossen erschienen ist. Hitler, Hauptmann von Pfeffer, Major Dinklage und Hauptmann Schöne wurden als Volksbefreier und Lieblinge gefeiert. Der Gastwirt Heß aus Hennstedt hat sein Auto dem Hitler zur Verfügung gestellt. Hitler über-

nachtete bei Guth, St. Annen-Österfeld. Am Abend nach der Beerdigung in St. Annen hat Hitler die in Wöhrden verwundeten Parteigenossen besucht und sich mit ihnen photographieren lassen. Auch das hat auf die Landbevölkerung einen Eindruck gemacht.

. . . Es ist festgestellt worden, daß die Landbevölkerung auch nach den Beerdigungen bei jeder Gelegenheit in den Wirtschaften, in den Zügen usw. lebhaft Politik treibt. Ihre Gespräche drehen sich stets um die Befreiung Deutschlands, um das große Werk der Nationalsozialisten. Als solche bezeichnen sie sich immer wieder selber (Bauern und Bürger) und als ihre Gegner nennen sie Regierung und Kommunisten."

IV. Aus den „Itzehoer Nachrichten" Nr. 177 vom 30. 7. 1930

„Auf die Knie vor Hakenkreuz oder Kommunismus!"

Der Kampf der Nationalsozialisten und Kommunisten um die deutsche Jugend / Eindruck von Itzehoe, dem Zentrum der schleswig-holsteinischen Rechtsrevolutionäre während des Hamkens-Prozesses.

Die Sturmwarnung ist in Holstein gehißt. Es gärt überall in der Heimat der Bombenmänner. Hier und da, zuletzt in Albersdorf, wo die Anhänger der beiden nationalsozialistischen Richtungen, die von Hitler und Otto Strasser repräsentiert werden, sich einander das Gesicht zerkratzten, findet die Unruhe einen blutigen und brutalen Ausdruck.

Den Holsteinern ist es, als wohnten sie am Rande eines kochenden Vulkans, der jeden Augenblick seine verheerende Feuersäule senden kann über Gerechte und Ungerechte. Sie haben die Schreckenszeit der Bombenattentate erlebt und das Volk ist gebeugt von dem Alpdruck der offenen und geheimen Diktatur.

„Hier hat jeder seine Meinung."

Die Bombenmänner haben — bis auf weiteres — den Höllenmaschinen Ferien gegeben, aber dafür ist die Bevölkerung gesegnet mit einer Gesinnungsschnüffelei, wie man sie bisher nie gekannt und erlebt hat, und die Stadt Neumünster hat bis vor kurzem unter einem Boykott gelitten, wie er anderswo kaum erlebt worden ist. Die Entwicklung hat einen derartigen Charakter angenommen, daß die Geschäftsleute nicht mehr offen ihre Ansicht über die Ereignisse auszusprechen wagen.

Es scheint, als ob in den Augen der Leute, mit denen man über die Bauernbewegungen und die Nationalsozialisten redet, ein Funke von Mißtrauen und Unruhe flammt. Es ist zwecklos, sie nach ihrer Meinung zu fragen. Tut man es gleichwohl, bekommt man den Eindruck, daß die Gefragten, bildlich gesprochen, murmeln: „Erlöse uns von dem Übel!" Das äußerste, was sie zu sagen wagen, ist: „Hier hat jeder seine Meinung!"

Itzehoe als rechtsrevolutionäres Zentrum.

Es sind die der Rechten nahestehenden Organisationen „Landvolkbewegung" und „Nationalsozialisten", die in ihrer politischen Agitation Attentate und Gewalt statt sachlicher Argumente angewendet haben. Holstein und Schleswig sollen rechtsradikalisiert werden, und will die Bevölkerung nicht gutwillig, so soll sie überzeugt werden mit Hilfe von Dynamit und Knüppeln.

Itzehoes Lage in Holsteins Westen, wo Hamkens und Hitler zur Hauptsache ihre Anhänger suchen, macht die Stadt wohl geeignet als Sitz für den Agitationsstab der beiden Herren. Hierher nach Itzehoe, wo sich die holsteinischen Stände bis 1864 sammelten in dem Saale, in welchem Hamkens jetzt täglich verhört wird, hat er die Redaktion des „Landvolk" gelegt, und beim Jahreswechsel 1928/29 faßte Hitler hier festen Fuß durch Errichtung der nationalsozialistischen „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung", die sofort einen heftigen Kampf gegen Juden, Freimaurer und Regierung eröffnete. Die zahlreichen Kommunisten der Stadt haben selbstverständlich einen besonderen Haß auf das Hitlerorgan geworfen. Kürzlich schlugen sie der Redaktion des Blattes die Fenster ein.

Die Bevölkerung wird von fanatischen Agitatoren bearbeitet.

Von Itzehoe spannen die beiden revolutionären Richtungen wie Spinnen ihr Netz aus über Holstein und Schleswig. Die Agitatoren, von denen mindestens die obersten Leiter besoldet sind, durchpflügen das Land kreuz und quer. Die Landbevölkerung ist anscheinend etwas zur Ruhe gekommen, nachdem Hamkens, Weschke und Johnsen eingesperrt sind. Das ist aber nur scheinbar. Ganz gewiß senden keine Bombenattentate ihr Echo aus übers Land, aber die Landvolkredakteure v. Salomon und Kühl, die in diesen Tagen beide auf der Anklagebank sitzen, treiben, von vielen Helfern unterstützt, eine fanatische Agitation in Versammlung und in der Presse, und der Teil der Bevölkerung, der die Augen offen hat, nicht zuletzt vor der unterirdischen Propagandaarbeit, die geleistet wird, sieht — selbst wenn Hamkens und Genossen während des Prozesses ihre friedliche Absicht beteuern — der kommenden Zeit mit Angst und einem Gefühl der Unruhe entgegen.

Hakenkreuz oder Kommunismus, —
die Tragödie der deutschen Jugend.

Seit dem letzten Kriege hat sich eine starke Änderung und Verschiebung in den Gemütern eines großen Teils der deutschen Jugend gezeigt. Das merkt man in *Itzehoe*, obwohl es mit seinen etwa 20000 Einwohnern verhältnismäßig nur ein kleiner Ort ist. Man kann sich nicht lange unter der deutschen Jugend hier bewegen, ohne tief ergriffen zu werden von der Tragödie der Jugend.

Deutschland hatte vor dem Kriege eine fleißige, arbeitstreue und glückliche Jugend, aber auch hierin brachte der Weltkrieg eine große Umwälzung. Die verzweifelten wirtschaftlichen Verhältnisse, eine Folge des Krieges, die Reparationszahlungen usw. unterminierten die Bedingungen für die Zukunftsmöglichkeiten der deutschen Jugend, das unglückselige Gespenst der Arbeitslosigkeit warf seine Schatten in die Häuser und die unverbrauchte tatendurstige Kraft der Jugend begab sich in die Abhängigkeit der verschiedenen Richtungen, die eine staatsfeindliche, haßerfüllte und verzweifelte Jugend brauchten.

Das Schicksal der Intellektuellen und des Arbeiterproletariats.

Es gibt mehrere derartige Organisationen, die um die Jungen werben, aber es genügt zu scheiden zwischen den beiden Hauptrichtungen, auf der einen Seite den fast faschistischen Hakenkreuzleuten, dem „Stahlhelm" und dem „Jungdeutschen Orden", und auf der anderen Seite den stets anwachsenden Scharen der Kommunisten. Die Erstgenannten rekrutieren sich größtenteils aus der Intelligenz, während die Kommunisten zur Hauptsache aus dem Arbeiterproletariat hervorgehen. Zwischen diesen beiden Polen befinden sich natürlich andere Gruppen von Jungen, mehrere ohne eigentliche politische Einstellung, einige religiös orientierte, andere ganz indifferent, gleich-

gültig gegen die Kämpfe, die ihr Vaterland heimsuchen. Von diesen Kreisen hört man wenig oder gar nichts, aber die anderen machen sich um so mehr bemerkbar, und die Jugend, die keine Neigung fühlt zu den Mittelparteien, hat kaum eine andere Möglichkeit, als auf die Knie zu fallen vor dem Hakenkreuz — oder der geballten Faust, dem drohenden Symbol des Kommunismus. Die Landvolkbewegung wirbt auch um die Jugend, aber das geschieht ohne Leidenschaft. Hamkens Politik ist keine Politik auf so lange Sicht, daß er die Jugend zur Ablösung wirbt, und seine wirtschaftliche Bewegung entbehrt im übrigen der Ideale, die geeignet sind, die Sinne der Jugend zu fesseln.

Abkürzungen

Bayerische Volkspartei	BVP
Bund der Landwirte	BdL
Deutsch-Demokratische Partei	DDP
Deutschnationale Volkspartei	DNVP
Deutsche Volkspartei	DVP
Kieler Neueste Nachrichten	KNN
Kommunistische Partei Deutschlands	KPD
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	NSDAP
Organisation Escherich	Orgesch
Schleswig-Holsteinischer Bauer (Organ des Bauernvereins)	SHB
Schleswig-Holsteinische Volkszeitung	VZ
Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie	SHBLD
Schleswig-Holsteinische Landespartei	SHLP
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	USPD
Volksnationale Reichsvereinigung	UNRV

Personenregister

Abegg, Wilhelm 130, 135, 151, 172, 185
Adler, Eduard 28 f.
Adler (Landrat) 47
Aereboe, F. 57, 69 f., 90
Andresen, Friedrich 142
Asmussen (Gemeindevorsteher) 37
Augustin (Amtsvorsteher) 125

Baade, Fritz 115
Barmat, Julius 78, 91
Baum, Marie 33
Baumgarten, Otto 32, 84
Baur, Franz Robert 167
Bender (Pastor) 113
Bernstorff, Johann Heinrich Graf von 54, 87, 99
Bertheau 103
Bethge, Eberhard 118, 192
Biernatzki, W. 36
Biester, Louis 87, 116
Bismarck, Herbert Graf von 17
Bismarck, Otto Fürst von 13, 170
Blunck, Andreas 33
Böhme (Maurermeister) 206
Bötticher, Heinrich von 17
Bötticher (Studienrat) 85
Bossen, Peter 75, 86
Brandenstein, Joachim Freiherr von 129
Brandes (Landwirt) 128, 174
Brauer, Max 185
Braun, Magnus von 182
Braun, Otto 51, 61
Bredt, Johann Viktor 166
Brockdorff-Ahlefeld, Graf von 163
Brüning, Heinrich 129, 156 ff., 160, 165 ff., 170, 182, 198
Buchrucker, Bruno Ernst 162, 174
Bundtzen, Hans 54 f., 65, 75, 157

Class, Heinrich 103, 151
Clausen, Otto 105, 178
Crone-Münzebrock, August 42
Cuno, Wilhelm 56, 135
Curtius, Julius 96, 115

Damaschke, Adolf 16
Darré, Walter 168, 192 f.
Dernburg, Bernhard 90
Dietrich, Hermann 72, 115, 118, 129, 156, 166
Dinklage (Major) 209
Doepner, Friedrich 136, 174
Draeger, Hans 193

Ebert, Friedrich 26 f., 77
Eggers, Paul 86
Eggerstedt, Otto 53, 87, 116
Ehrhardt, Hermann 97
Elsner (Studienrat) 100
Erdmann, Karl-Dietrich 6
Erzberger, Matthias 51
Escherich, Georg 49, 52
Eyler-Raa 191

Feddersen, Johannes 34
Fehr, Anton 128
Fehrenbach, Konstantin 56
Frahm, Dietrich 39
Franzen, Anton 165
Frauen, Jacob 113
Frenssen, Gustav 16
Frick, Wilhelm 145
Friedrich III. 170
Frohme, Karl 53

Gerns, Heinrich 114, 116
Glöckner, Friedrich 136
Goebbels, Joseph 144
Görck, Wilhelm 37
Göring, Hermann 187
Goltz, Rüdiger Graf von der 98
Gosch (Bauer) 209
Graef, Walther 93
Gramsch (polit. Redner) 82
Grantz (Tierarzt) 161 ff., 208
Greß, Paul 28
Grimpe (Vizepräsident) 138
Guggenheimer, Emil 64
Guth 210

Häfner (Zentrumspolitiker) 99
Hänel, Albert 17
Halfmann (Realgymnasialdirektor) 59
Hamkens, Ernst 75, 87, 117
Hamkens, Otto 169
Hamkens, Wilhelm 110, 112, 121 ff., 131, 133 ff., 139 ff., 146 f., 161 f., 172 ff., 193, 197, 202 ff., 210 ff.
Hamm, Eduard 68
Hampel, Max 21, 32, 85
Hans, Claus 191
Hanssen, H. P. 19
Hartmann (Landwirt) 39
Hastedt (Landwirt) 20, 37
Haussmann, Conrad 25
Heberle, Rudolf 6
Hedemann-Heespen, Paul von 21, 35 f., 105, 180, 200
Heesch, Fritz 54, 75 f.,
Heim, Claus 110, 112, 121 ff., 125, 133, 135 ff., 147, 161, 172 ff., 197, 202 f.
Heim, Georg 42, 44, 61 ff., 96
Heinz, Friedrich-Wilhelm 132, 136
Hellfritz (General a. D.) 82 f.
Hellmer (polit. Redner) 152
Henneberg, Georg 39, 64
Henningsen, Axel 54
Hepp, Karl 73, 116, 118
Hergt, Oskar 79, 93 f.
Hermes, Andreas 128
Heß (Gastwirt) 209
Heuck, Christian 165
Hilferding, Rudolf 72, 90, 129 f., 157
Hindenburg, Paul von 89, 92, 95, 97, 107
Hitler, Adolf 7, 135, 142 ff., 146 ff., 151, 154, 169 ff., 176, 180, 185 ff., 207 ff.
Hoff, Ferdinand 19, 32
Hoffmann, Adolf 39, 58
Holländer, Peter 137
Holland, Georg 71
Hollen-Schönweide, Frhr. von (Landwirt) 187
Holstein, Konrad Graf von 16
Horlacher, Michael 90, 95
Hüttmann (NS-Gauführer) 208 f.
Hugenberg, Alfred 103, 118, 135, 151 f., 154, 156, 158, 170, 177, 182, 184 ff., 190, 193, 197

Iversen, Willy 34 ff., 54, 154, 161, 170 f., 200 f.

Jebe, Johann-Friedrich 150, 169
Jensen-Ausacker, Peter (sen.) 16, 39 f.
Jensen-Ausacker, Peter (jr.) 64, 110, 113
Jessen-Soholm (Landwirt) 19
Jöns, Peter 75
Johannsen, Johann 80, 112
Johannsen, Otto 110 ff., 119, 121 f., 143, 151
Johannsen, Paul 30, 39
Johannsen 35
Johannssen, Adolf 47, 108 f., 126, 130
Johnsen, John 137, 211
Jordan, Hugo 64 f., 77, 94
Jünger, Ernst 136, 146, 161, 174

Kaack, Hans 29
Käselau, Ernst 54
Kaftan, Theodor 57
Kahlcke, Johannes 206
Kalckreuth, Eberhard Graf von 91, 118, 158, 192
Kanitz, Gerhard Graf von 68, 89
Kaphengst (Elektriker) 137
Kapp, Wolfgang 61
Kardel, Harboe 153
Kay (Rechtsanwalt) 133
Keiser, F. 91
Kenstler, Georg 136
Kerkering zu Borg, Engelbert Baron von 43, 61 ff., 96, 113, 201
Kern (Dentist) 205
Keudell, Walter von 93 f., 114
Kielmannsegg, Johann Adolf Graf von 64, 77, 109, 160, 168 f., 193
Klagges, Dietrich 79
Kloppe, Fritz 80, 99
Koch, Bernhard 40 f.
Koch, Wilhelm 93
Koch-Weser, Erich 154
Köhler, Otto 84, 119 f., 139, 146, 159 f., 163 f., 169
Köster, Adolf 53
Koopmann (Major a. D.) 134
Kracht, Ernst 35
Kruse (Pastor) 60
Kube, Wilhelm 145
Kühl, Ernst 179
Kühl, Johann 132, 136, 140, 211
Kühl, W. 86
Kürbis, Heinrich 47, 49 f., 82, 99, 185

Lambach, Walter 118
Lamezan, Frhr. von 134
Lavarrenz, Wilhelm 189
Legien, Carl 17, 31
Lent, Friedrich 187
Leonhart, Johannes 100
Leu, Heinrich 163
Levetzow, Magnus von 49
Levetzow-Sielbeck, von (Landwirt) 19
Liliencron, von (General a. D.) 64
Lindemann, Paul Friedrich 39, 49

Loe, Felix Max Klemens Frhr. von 128
Löbe, Paul 70
Lohmann, K. 86
Lohse, Hinrich 34, 142, 144 ff., 148, 152, 161, 173, 185, 187, 193, 208 f.
Lübke, Friedrich-Wilhelm 76, 109, 112 ff., 119 f., 159, 163
Lübke, Heinrich 76
Lüdemann, Max 35, 55
Lueken, Emil 185
Luetgebrune, Walther 133, 172 f.
Ludendorff, Erich 81, 134, 141
Ludendorff, Mathilde 81
Luther, Hans 89, 92, 96

Maddalena, Max 117
Mahlstedt (Gemeindevorsteher) 137
Mahraun, Arthur 81, 103, 152
Marx, Wilhelm 68 ff., 84, 89, 93, 97, 108
Matthiessen, Martin 76, 141 f., 149 f., 165, 168, 178, 203 f.
Mattsen (Landwirt) 19
Meinberg, Wilhelm 192
Meitmann, Karl 99
Melchior, Carl Joseph 90
Meurer, Hugo 151 f., 186, 188
Meyer (Berlin), Oskar 72, 90
Meyer-Quade, Joachim 165
Mießfeldt, Max 35
Milberg, Theodor 64, 77, 152
Möller, Ferdinand 34, 105
Möller, Johannes 112
Moldenhauer, Paul 166
Mommsen, Theodor 13
Mordhorst (Generalsuperintendent) 58
Müller, Hermann 118, 129, 156, 198
Muthmann, Walter 139

Naumann, Friedrich 16
Nickels, Hans 80, 125, 137 f.
Niekisch, Ernst 136, 146, 161, 174
Nielsen (Pastor) 188
Niemann (NS-Kreisleiter) 162
Niendorf (Landrat) 47
Noske, Gustav 25 ff.

Oberfohren, Ernst 39 f., 53, 64, 86, 116, 118, 151 f., 165, 184, 186 ff.
Oldenburg-Januschau, Eilard von 174

Papen, Franz von 182, 184 ff., 189
Paetel, Karl Otto 161
Pauly (Landrat) 47, 49, 52, 149, 205, 209
Paustian, W. 121
Petersen, Cornelius 32 f., 36, 199
Petersen, Peter-Ludwig 150
Pfeffer, von (SA-Führer) 209
Plass, Hartmut 137
Pohlmann, Alexander 16
Popp, Max 27
Pramor, Ferdinand 132, 174
Preußen, Heinrich Prinz von 98 f.
Putz, Ernst 175

Raab, Friedrich Wilhelm Carl Ernst 16
Raabe, Minna 32
Radbruch, Gustav 99
Rademacher, Otto 145
Rantzau-Breitenburg, Hans Caspar Graf zu 29, 108, 124, 177, 193
Rasmuss, E. 21, 151, 186 f.
Rathenau, Walter 64
Rathjen, Johannes 173
Reeder, Nicolai 37, 133
Reinhold, Peter 93
Reventlow, Ernst Graf von 19, 86, 145 f., 161
Reventlow-Wulfshagen, Ludwig Graf von 16
Rhode (Politiker der DDP) 99
Richter, Adolf 47, 87, 116
Rickers, Willy 29
Ritter, K. 96
Rogge, Friedrich 38, 79, 152
Rosikat (Landwirt) 106
Ruer (Politiker der DDP) 32
Runkel, Heinrich 37, 54, 87, 117

Salomon, Bruno von 132 f., 136, 140, 146, 152, 162, 174 f., 211
Salomon, Ernst von 125, 132
Schacht, Hjalmar 132
Scharff, Alexander 6
Scheel (Major) 120
Scheidemann, Philipp 27
Schiele, Martin 89, 93 f., 108 f., 114 f., 118, 121, 127 f., 151, 154, 156 ff., 160, 166 ff., 170, 192, 198
Schifferer, Anton 19, 21, 165
Schlange-Schöningen, Hans 154, 157, 167, 198
Schleicher, Kurt von 189
Schmidt, Hermann 147 f.
Schmidt, Otto 188
Schmidt (Kunstmaler) 137
Schöne (SA-Führer) 209
Schorlemer-Alst, Burghard Frhr. von 42
Schotten (Landwirtschaftsdirektor) 140
Schröder, Louise 53, 87, 116
Schütt (Amtsvorsteher) 153
Schulz (Ernährungskommissar) 29 f.
Schulze, Otto 161, 190
Schween, J. 35

Schwensen (Gastwirt) 28
Seeckt, Hans von 135
Seidlitz, von (Major) 208
Seldte, Franz 97, 151, 187
Sering, Max 69 f.
Severing, Carl 50
Siehl, Hans 134
Siek, Carl 35
Siemer, Walter 30, 33
Skalweit, August 66, 68 f.
Sohrt, Jürgen 54
Soth, Max 116, 124 f., 135, 137, 151
Souchon (Admiral) 25
Spahn, Martin 43
Spieß (Geschäftsführer) 109
Stadtler, Eduard 98, 102
Stahmer, Bruno 165
Stahmer (Rechtsanwalt) 173
Stamerjohann, Heinrich 21, 35, 41, 43, 60, 94, 99, 109 f., 112, 159, 161, 202
Steiger, Heinrich 121
Stellter, F. 32
Steltzer, Theodor 47, 125, 131
Stiehr (NS-Kreisleiter) 176
Stoldt, Richard 172
Stoltzenberg, Frhr. von (Oberst a. D.) 83
Strasser, Gregor 142, 146, 161
Strasser, Otto 142, 145 f., 161 f., 174 f., 178, 210
Streibel, Otto 148, 207 f.
Stresemann, Gustav 36, 50, 65, 83, 89, 92 ff., 97, 118, 132, 140, 172, 193, 197, 202
Struve, Detlev 105
Struve, Wilhelm 19, 39 f.
Struve, Wilhelm 192 f.

Tange (Pastor) 60
Tantzen, Theodor 117, 158
Tempel, Hermann 115
Thiess, Frank 174
Thole, Johannes 54
Thommsen, Johannes 113 f.
Thomsen, Detlev 29, 35 f., 41
Thomsen, Nicolai 77, 163
Thomsen, Richard 53, 71, 86, 90
Thomsen, Willi 77
Thon (Oberpräsident) 185
Thormählen, Adolf 150, 165
Thyssen, Thyge 6, 63, 75, 109
Tiessen, Hans 62, 65, 75 f., 100
Tönnsen, Max 55, 77 f., 105, 113, 119 f., 139, 159 f., 168 f., 176 f., 189 f., 193
Topf, Erwin 112
Treviranus, Gottfried Reinhold 154
Troeltsch, Ernst 27, 56 f., 102, 149, 195

Uhse, Bodo 136, 146, 161 f., 174 f.
Urbahns, Hugo 86

Vahlbruch, Rudolf 105
Verdieck, Bruno 99
Vick, Amandus 138
Volck, Herbert 125, 132, 137, 140, 173

Wachs (Landrat) 47
Waldstein, Felix 19, 33
Wallroth, Wilhelm Theodor 185
Wangenheim, Conrad Frhr. von 45
Watter, Oskar Frhr. von 83, 99
Weber, Max 102, 204
Wels, Otto 92
Weschke, Guido 125, 136 f., 141, 211
Westarp, Kuno Graf von 118, 157
Wiborg, Heinrich 141
Winter, Otto 140
Wirth, Josef 102
Wissel, Rudolf 72
Witt, P. 65
Wittern (Justizrat) 37, 84
Wolff, Eugen 39
Wollmar 98
Wulf, Max 145
Wulff, Markus 81, 134

Zehrer, Hans 174

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

I. Kapitel
Schleswig-Holstein im Kaiserreich 7

II. Kapitel
Die Neugruppierung im politischen und berufsständischen Leben nach der Revolution 1918 24

III. Kapitel
Spannungen und Kämpfe um eine neue Ordnung (1920/1923) 47

IV. Kapitel
Agrarpolitische Kritik und verfassungspolitische Opposition (1924) 66

V. Kapitel
Elemente der Beruhigung und Versöhnung (1925/1927) 89

VI. Kapitel
Die große Krise der Landwirtschaft und ihrer Organisationen; das Landvolk steht auf (1928/1929) 107

VII. Kapitel
Höhepunkt und Niedergang der Landvolkbewegung; die NSDAP beginnt ihren Siegeszug (1929/1930) 128

VIII. Kapitel
Die NSDAP erobert die Provinz; bäuerliche Organisationskämpfe mit neuen Fronten (1930/1932) 156

IX. Kapitel
Machtergreifung und Gleichschaltung (1933) 182

Ergebnisse und Betrachtungen 195

Anlagen 205

Abkürzungen 213

Personenregister 215

Inhaltsverzeichnis 219